Der Senat rollt hinterher

ADFC: Zu wenig Geld für immer mehr Radfahrer in Berlin. **Seite 9**

Was sagt Straßburg?

Zwei Millionen TTIP-Gegner erwarten klare Worte des EU-Parlaments. **Seite 18**

Foto: dpa/Axel Heimken

40 Jahre »Satiricum«

Harald Kretzschmar über die Karikaturensammlung. **Seite 13**

Foto: 123rf/Andreas Berthold

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 10. Juni 2015 70. Jahrgang/Nr. 132 Bundesausgabe 1,80 € www.neues-deutschland.de

Kiew will siegen

Ukrainischer Premier Jazenjuk kündigt Rückholung von Donbass und Krim an

Foto: Reuters/Gleb Garanich

Washington. Für den Sieg über den Aggressor Russland sei die Einheit der Europäischen Staaten sowie der EU und USA nötig, sagte der ukrainische Ministerpräsident Arseni Jazenjuk laut Interfax-Ukraina am Dienstag in Washington während eines Arbeitsbesuches in den USA. »Ihre Einheit – das ist das beste Rezept und die beste Antwort für jeden Aggressor und jede Aggression«, erklärte er vor dem Globalforum des Amerikanischen Jüdischen Komitees. Die Ukraine schütze nicht nur sich, sondern internationales Recht und Ordnung. »Wir sind überzeugt, dass wir die Kontrolle über Donezk, Lugansk und die Krim zurückgewinnen werden.« Jazenjuk wiederholte die Beschuldigung, sein Land kämpfe gegen reguläre russische Truppen.

Auch diesmal wies das Verteidigungsministerium in Moskau umgehend zurück, dass russische Streitkräfte in der Ukraine eingesetzt seien. Verwundert wurde darauf verwiesen, dass der ukrainische Präsident Petro Poroschenko am Donnerstag von 9000 russischen Soldaten gesprochen habe, sein Verteidigungsminister aber »nach einem erfolgreich verbrachten Wochenende« schon von 42 500 Armeeangehörigen. Von einem vergeblichen Anruf des ukrainischen Verteidigungsministers bei seinem Amtskollegen in Moskau wusste laut TASS niemand etwas und habe auch keiner etwas offiziell oder inoffiziell gehört.

Die NATO begann im Westen Polens eine große Militärübung mit etwa 2100 Soldaten aus Deutschland, Belgien, Litauen, den Niederlanden, Norwegen, Polen, Tschechien, Ungarn und den USA und Hunderten Panzern.

Die Stadt Donezk sei in der Nacht von ukrainischem Militär beschossen worden, meldete die »Volksrepublik«. Aus Kiew kam die Beschuldigung, dass Kräfte der Zentralmacht unter das Feuer aufständischer Milizen geraten seien. *nd/AFP* *Seite 3*

Tsipras: Nah an einer Einigung

Griechischer Premier vor neuem Krisentreffen optimistisch / Athen legte Gläubigern neue Reformliste vor

Details einer neuen griechischen Reformliste wurden zunächst nicht bekannt. In einem Interview unterstrich Premier Tsipras aber, alle Maßnahmen müssten sozial gerecht sein.

Von Katja Herzberg

Gleich zwei Aussagen des griechischen Ministerpräsidenten Alexis Tsipras gaben am Dienstag Anlass für Diskussionen, doch nur eine von ihnen wurde medial breit aufgegriffen. Tsipras habe kurz vor der für diesen Mittwochabend angesetzten nächsten Verhandlungsrunde über das auslaufende Kreditprogramm für Griechenland ein »Horrorszenario« über den Zusammenbruch der Eurozone gemalt. Falls Griechenland die Währungsunion verlassen müsste, »wäre dies der Anfang vom Ende der Eurozone«, zitierte ihn die italienische Zeitung »Corriere della Sera«. Wenn die politische Führung in Europa schon nicht mit dem wirtschaftlich weniger bedeutsamen Griechenland fertig würde, »wie sähe dann erst die Reaktion der Märkte gegenüber Ländern aus, die weit größere Probleme haben, wie Spanien und Italien«? Italiens Staatsverschuldung liege immerhin bei zwei Milliarden Euro.

Zunächst geht es jedoch um Griechenland, das akut von der Staatspleite bedroht ist und dessen zweites Kreditprogramm Ende Juni ausläuft. Bei der Suche nach einem Kompromiss über das von EU-Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF) geforderte Reformpaket zeigte sich Tsipras optimistisch. Es bedürfe lediglich noch einer Einigung zu seinen Alternativvorschlägen für Sozialkürzungen etwa bei Renten, so Tsipras' zweite entscheidende Aussage gegenüber dem »Corriere della Sera«. »Unser Ziel ist es, dass die Maßnahmen einen umverteilenden und sozial gerechten Charakter haben.« Damit hält Tsipras auch kurz vor einem neuen Krisentreffen in Brüssel daran fest, die Austeritätspolitik der Vorgängerregierung nicht fortzusetzen.

Am Abend trifft Tsipras am Rande des EU-Lateinamerika-Gipfels mit Kanzlerin Angela Merkel und dem französischen Staatschef François Hollande zusammen. Zuvor hat die SYRIZA-geführte Regierung Brüssel neue Reformvorschläge vorgelegt. Ein Kommissionssprecher sagte in Brüssel, die Papiere würden »gründlich und sorgfältig« geprüft. Nach Medienberichten wurden in der Nacht zum Dienstag dem EU-Währungskommissar Pierre Moscovici zwei Papiere übermittelt. Drei Seiten beträfen die Sparmaßnahmen, weitere vier die Finanzierung Griechenlands in den nächsten Jahren.

> *»Es wäre der Anfang vom Ende der Eurozone.«*
>
> Alexis Tsipras über die Folgen eines Grexit

Mit einem in die Zukunft gerichteten Vorschlag meldete sich Österreichs Bundeskanzler Werner Faymann zu Wort. Er sprach sich für einen Fünfjahresplan für Griechenland aus, damit sich das Land nicht weiter »von Konkursgefahr zu Konkursgefahr, von Grexit-Diskussion zu Grexit-Diskussion« zittern müsse. Grundlegend dafür wäre der Wille der Gläubiger, sich mit Athen zu einigen. Den zweifelte der griechische Finanzminister Yanis Varoufakis bei seinem Berlin-Besuch am Montag mit Bezug auf jüngste Forderungen der Gläubiger an. »Einen solchen Vorschlag macht man nur, wenn man eigentlich gar keine Vereinbarung will«, sagte Varoufakis dem »Tagesspiegel«. *Mit Agenturen* *Seite 6*

STANDPUNKT

Ungenügend

Katja Herzberg zum Streit Athens mit Brüssel über ein Abkommen

Kaum war die Eilmeldung, Griechenland habe ein neues Papier mit Reformvorschlägen an seine internationalen Gläubiger geschickt, in der Welt, hieß es aus dieser Tage gern zitierten Kreisen, diese würden nicht ausreichen. Wirklich ungenügend ist jedoch nur eine derartige Berichterstattung. Denn sie wird weder den Bemühungen der griechischen Regierung noch der komplexen Interessenlage der Gläubiger und schon gar nicht der Lage der Menschen in Hellas gerecht.

Der Durchbruch in den Gesprächen könnte schon an diesem Mittwoch gelingen. Dafür leisteten Vertreter aus Athen und von der EU die Vorarbeit. Das neue Papier ist nur ein Teil im Verhandlungspuzzle. Griechenland hat damit erneut gezeigt, dass es an einer Lösung interessiert ist. Keiner würde mehr unter dem Ausscheiden des Landes aus der Eurozone leiden als der Mittelmeerstaat selbst. In Kommentaren aus nord- und westeuropäischer Sicht wird dieser Umstand nicht selten unterschlagen. Tsipras und seine Kollegen haben jedoch täglich vor Augen, was die Krise und die verfehlten Reaktionen darauf in ihrem Land angerichtet haben.

Bis eine Lösung gefunden ist – oder von selbst eintritt – wird die griechische Regierung daher zuallererst für die Menschen streiten, die sie vertritt. Das darf ihr nicht zum Vorwurf gemacht werden. Genauso wenig wie der bisher ungenügende Fortschritt im Verhandlungsmarathon. Denn dass sich die Krise in Griechenland durch jenen verschärfte, statt dem Land eine Perspektive zu verschaffen, liegt sicher nicht im Interesse von Tsipras und Co.

UNTEN LINKS

Karl-Josef Laumann, der erste verbeamtete Staatssekretär aus einem Bundesministerium, der nur einen Hauptschulabschluss hat, ist zum Akademikerschreck geworden. Der Mann hat die **Entbürokratisierungs-Tour** erfunden. Fährt in Pflegeeinrichtungen im Land herum und quatscht mit den Angestellten. Die sollen jetzt nicht mehr aufschreiben, um welche Uhrzeit sie dem Opa aus Zimmer 7 das Hemd zugeknöpft haben, sondern nur noch ganz wichtige Zwischenfälle. Dann hätten sie Zeit aufzupassen, dass Heimbewohner genug trinken und könnten sich mit ihnen unterhalten. So stellt sich Maschinenschlosser Laumann aus Riesenbeck das Leben im Pflegeheim vor. Inzwischen packt die promovierten Volljuristen und Möchtegernpolitikerinnen mit Einser-Abitur in den Berliner Ministerien die nackte Angst. Was macht Laumann, wenn er zurück kommt? Bundestagsreden entfloskeln? Gipfel aus Merkels Agenda entfernen? Paternosterverbieter entmachten? *ott*

ISSN 0323-3375

Friedensforscher: Keine Waffen für Saudi-Arabien

Jahresgutachten in Berlin vorgelegt

Berlin. Die fünf wichtigsten deutschen Friedensforschungsinstitute haben die Bundesregierung zum sofortigen Stopp aller Waffenlieferungen in Länder wie Saudi-Arabien aufgefordert. Im Friedensgutachten 2015 heißt es, Deutschland solle Rüstungsexporte in solche autoritäre Staaten »unverzüglich und ausnahmslos« einstellen. Generell sollte sich der Westen im Nahen und Mittleren Osten militärisch stärker zurückhalten, empfehlen die Konfliktforscher. Die Unterstützung etwa der kurdischen Milizen in Irak halten die Institute für fragwürdig. Deutschland hatte im Herbst vergangenen Jahres beschlossen, Waffen an die kurdische Peschmerga im Nordirak im Kampf gegen den Islamischen Staat zu liefern. Auch vor Rüstungslieferungen in die Ukraine wird entschieden gewarnt. Europa müsse aber dringend mehr Verantwortung für die Not leidende Zivilbevölkerung übernehmen.

Die Institute empfahlen der Bundesregierung am Dienstag in Berlin zugleich, einen palästinensischen Staat anzuerkennen, auch wenn es keine Verhandlungslösung zwischen Israel und den Palästinensern gibt. Grundsätzlich solle Deutschland in der Welt mehr »Verantwortung für den Frieden« übernehmen. »Königsweg« hierfür seien die zivile Krisenvorbeugung, zusätzliche Entwicklungshilfe und eine stärkere Förderung von demokratischen Bewegungen. Das Friedensgutachten erscheint seit 1987 jedes Jahr. *Agenturen/nd* *Seiten 4 und 5*

Bundeswehr erhält neues Kriegsgerät

Kosten soll acht Milliarden betragen Opposition kritisiert Anschaffung

Berlin. Die Bundeswehr soll für rund acht Milliarden Euro ein neues Luftabwehrsystem und vier Kampfschiffe erhalten. Aus dem Verteidigungsministerium hieß es am Dienstag, dies sei eine »realistische Kostenschätzung«. Rund vier Milliarden soll allein das neue Luftabwehrsystem MEADS kosten – ein Gemeinschaftsprodukt des deutsch-italienischen Konzerns MBDA und des US-Unternehmens Lockheed Martin, das ab 2025 die bisher von der Bundeswehr genutzten »Patriot«-Einheiten ablösen soll. Der Vertrag für das Luftabwehrsystem soll nach bisheriger Planung im April 2016 unterzeichnet werden. Die Beschaffung der Schiffe wird jetzt europaweit ausgeschrieben. Das erste von vier Schiffen soll voraussichtlich 2023 geliefert werden.

Die Opposition kritisierte die Anschaffungen scharf. »Statt eine kluge Sicherheitspolitik zu verfolgen«, arbeite Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) »lieber die Wunschzettel der Rüstungsindustrie ab«, kritisierte die sicherheitspolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag, Agniezka Brugger. Diese Entscheidung »ergibt zum jetzigen Zeitpunkt überhaupt keinen Sinn und sorgt nur für die Verschwendung von weiteren Steuermilliarden«, erklärte Alexander Neu von der Linksfraktion. *Agenturen/nd*

Kommentar Seite 4

Lesen Sie heute im Ratgeber

Fragen & Antworten rund um die Pflege: Was ist bei Pflegebedürftigkeit zu tun?

Wo greift die Mietpreisbremse bei Wiedervermietung?

Tipps für Eltern zum Kinderpass bei Auslandsreisen

*

Am 10. und 11. Juni findet in Brüssel das zweite Gipfeltreffen der Europäischen Union mit der CELAC-Gemeinschaft statt, in der sich die lateinamerikanischen und karibischen Staaten seit 2011 organisieren. Mit dem Vorläufer LAC gab es seit 1999 sechs Gipfeltreffen.

Triebkraft sind deutsche Exportinteressen

Heike Hänsel über die Lateinamerikapolitik der EU, den Einfluss der Bundesregierung und die Notwendigkeit eines Kurswandels

Die USA und Kuba arbeiten seit Mitte Dezember an der Normalisierung ihrer Beziehungen. Zieht die EU nach und stellt in Brüssel ihren »Gemeinsamen Standpunkt« von 1996 zur Disposition, der einem Systemwechsel in Havanna das Wort redet?
Es ist überfällig, dass die EU endlich diesen »Gemeinsamen Standpunkt« fallen lässt. Wir fordern das seit Jahren. Offensichtlich ist die EU von der politischen Initiative der USA vergangenes Jahr überrascht worden. Die EU hinkt bei einer Neujustierung ihrer Kuba-Politik weit hinter den USA hinterher. Vor allem Deutschland steht auf der Bremse. Das haben wir auch bei unserer Delegationsreise nach Kuba vor zwei Monaten erlebt: Der deutsche Botschafter hat offenbar noch nicht mitbekommen, dass der Kalte Krieg zu Ende ist. Er verbunkert sich in der deutschen Botschaft, als ob er sich in Feindesland befinden würde und formuliert das auch so. Dabei haben 16 EU-Staaten bereits bilaterale Abkommen mit Kuba geschlossen. Insofern wäre es ein wichtiges Zeichen, auf dem Gipfel nun den »Gemeinsamen Standpunkt« ad acta zu legen.

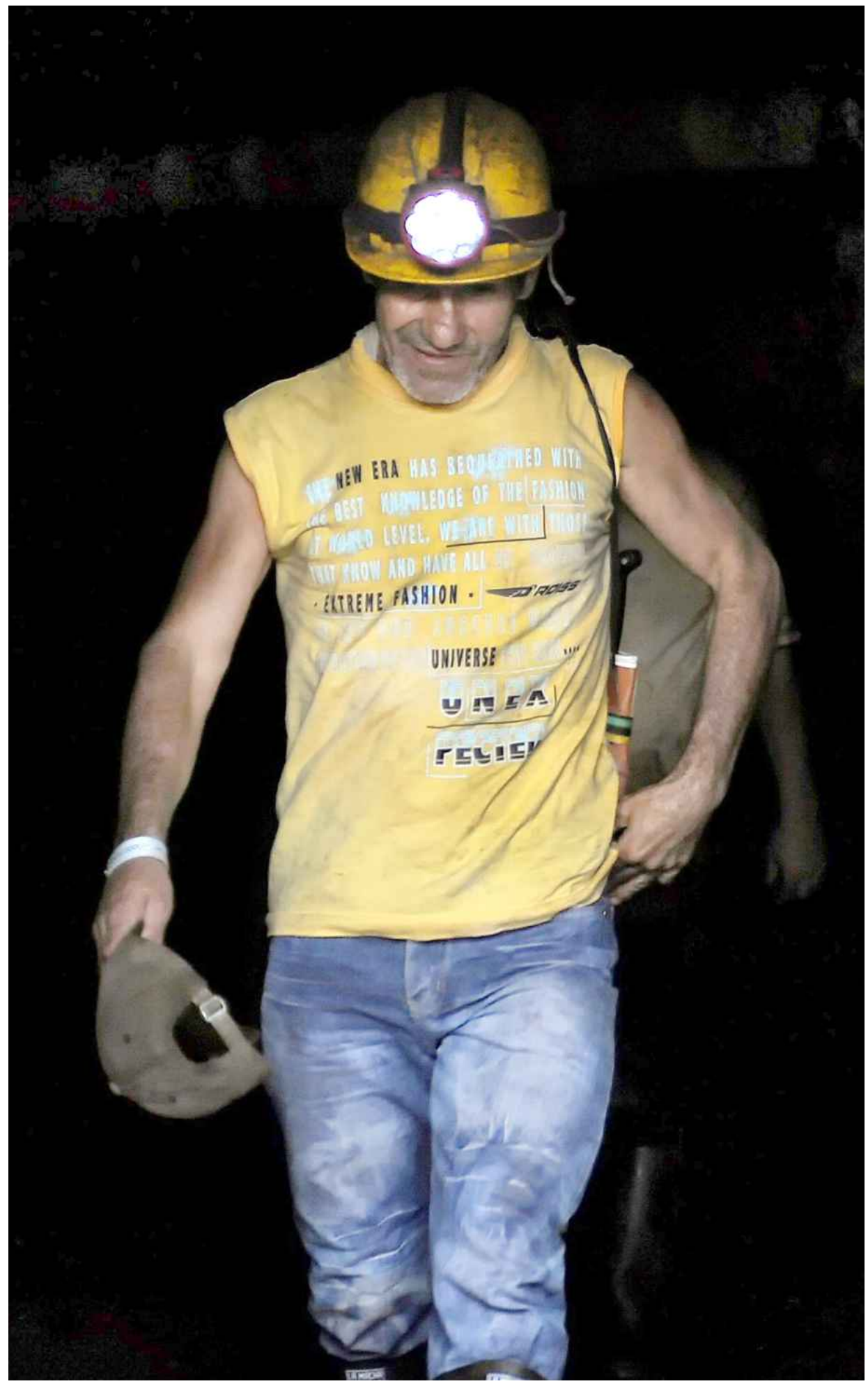
Kuba ist Teil der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC). Drängt die CELAC auf Bewegung in Sachen »Gemeinsamer Standpunkt«?
Auf alle Fälle, insbesondere die lateinamerikanischen Staaten. Auf dem diese Woche vor allem von Kuba und Venezuela organisierten Alternativgipfel wird die Forderung nach Aufhebung des »Gemeinsamen Standpunktes« erhoben, da er dem Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten widerspricht. Dennoch bin ich skeptisch, ob sich in Brüssel etwas in dieser Angelegenheit tut, denn offiziell wurde der »Gemeinsame Standpunkt« zu Kuba nicht zum Gipfelthema erklärt.

Der Vorläufer der EU-CELAC-Gipfel, der EU-LAC-Gipfel, der erstmals 1999 in Rio de Janeiro stattfand, wurde im Kontext des Wettlaufes zwischen den USA und der EU um die lateinamerikanischen Märkte aus der Taufe gehoben. Die Freihandelsabkommen der EU mit Mexiko 2000 und Chile 2002 waren erste Ergebnisse davon. Bei Mexiko wurde eine Menschenrechtsklausel verankert. Von Menschenrechtsverletzungen in Mexiko auch durch staatliche Sicherheitskräfte ist häufig die Rede, von der Klausel hört man nichts. Kam sie überhaupt mal zur Anwendung?
Nicht, dass ich wüsste. Im Gegenteil: Das Globalabkommen von 2000 wird derzeit überarbeitet, ohne dass dabei die aktuelle Menschenrechtssituation in Mexiko berücksichtigt wird. Rund um die Parlamentswahlen am vergangenen Wochenende gab es 20 Tote und mehr als 70 Angriffe auf Politiker und Überfälle unter anderem auf Abstimmungslokale. Beim EU-CELAC-Gipfel gibt es zwar einen Mexiko-Tag. Doch da geht es nur darum, dass das Globalabkommen mit Mexiko an die Standards angepasst werden soll, die gerade bei den Verhandlungen mit den USA zum transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP ausgedealt werden, damit der Freihandel ohne Einschränkungen funktioniert.

Die EU und die Menschenrechte in Mexiko sind ein beschämendes Kapitel: Die EU konnte sich nicht einmal zu einer gemeinsamen Erklärung nach den tragischen Vorfällen von Ayotzinapa durchringen. Dort sind im September vergangenen Jahres 43 Studenten verschleppt worden. Bis heute wurden nur die sterblichen Überreste von einem gefunden. Die EU sieht Mexiko als Wachstumsmotor für die eigene Wirtschaft. Immer mehr Unternehmen siedeln sich in Mexiko aus der EU an. Wirtschaftsinteressen zählen, Menschenrechte nicht. 98 Prozent aller Morde in Mexiko bleiben unaufgeklärt und ungeahndet. Die EU und die Bundesregierung schweigen dazu.

Die Freihandelsabkommen der EU mit Kolumbien, Peru und Zentralamerika sind seit 2013 ratifiziert. Damals warnten viele Beobachter vor Beschäftigungs- und Einkommensverlusten in Lateinamerika. Gibt es inzwischen belastbare Aussagen?
Ausgiebige Statistiken noch nicht, doch erste Erfahrungsberichte: Anfang des Jahres stattete eine kolumbianische Gewerkschafterdelegation der Linksfraktion einen Besuch ab. Schon jetzt zeichnet sich deutlich ab, dass die Auslandsinvestitionen in den lateinamerikanischen Ländern fast ausschließlich im Bergbausektor und im Energie- und Ölsektor gestiegen sind. Exakt in jenen Bereichen, in denen es schon vorher im Zuge der Erschließung und Expansion zu massiven Menschenrechtsverletzungen, zu Drohungen gegenüber und Ermordungen von Gewerkschaftern gekommen war. Diese Tendenz wird nun nochmals verschärft. Unsere Warnungen blieben ungehört.

Es wurde doch eine sogenannte Roadmap vereinbart, ein Fahrplan, mit dem Menschenrechtsverletzungen Einhalt geboten werden sollte, oder?
Vereinbart schon, doch mit dieser Roadmap ist vor Ort nichts passiert. Die Gewerkschafter sagen, sie haben teilweise nicht mal Kontakte mit den EU-Leuten, die dafür zuständig sein sollten, dass die Roadmap und die Vereinbarung über Arbeitsstandards und sozialökologische Standards eingehalten werden. Überprüfungen sind Fehlanzeige und die Menschenrechtssituation ist nach wie vor katastrophal in Kolumbien. Wie in Mexiko gilt auch hier: Es zählen die Wirtschaftsinteressen und alles andere ist Placebo. Deswegen fordert die Linkspartei, dass wir zu einem neuen Handelssystem kommen müssen, in denen Arbeits- und soziale und ökologische Mindeststandards verbindlich festgeschrieben werden und Vorrang vor Profitinteressen haben müssen.

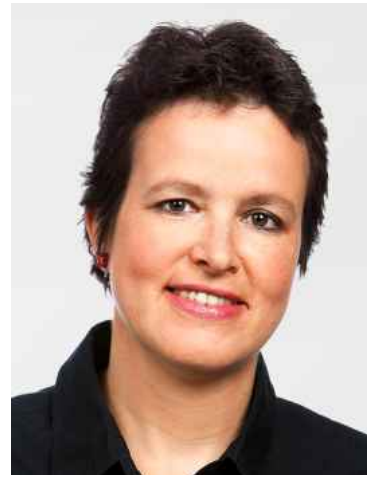


Das Freihandelsabkommen mit Kolumbien hat den Kohleabbau dort zusätzlich angeheizt. Foto: AFP/Luis Robayo

Unterminiert das Freihandelsabkommen mit Kolumbien durch seine Effekte nicht sogar die in Havanna laufenden Friedensverhandlungen zwischen der FARC-Guerilla und der Regierung in Bogotá, wenn über Auslandsinvestitionen Konflikte in Kolumbien angeheizt werden?
Ja, das ist ein ganz großes Problem, denn im Rahmen der Friedensverhandlungen wurde auch das neoliberale Wirtschaftsmodell diskutiert. Die sozialen Bewegungen, die Zivilgesellschaft, deren Positionen die FARC aufgegriffen hat, haben immer gefordert, dass im Rahmen des Friedensprozesses auch über eine neue Sozial- und Wirtschaftspolitik diskutiert werden muss. Die Landkonzentration in Kolumbien in den Händen weniger ist eine schreiende Ungerechtigkeit. Wir haben in Kolumbien selbst im lateinamerikanischen Vergleich eine der größten Ungleichverteilungen zwischen Armut und Reichtum. All das gefährdet die sozialen Ziele dieses Friedensprozesses. Die kolumbianische Regierung schafft Fakten, die durch die Friedensverhandlungen nur schwer verändert werden können. Im Endeffekt setzen sich so die Wirtschaftsinteressen durch. Deshalb ist unsere Unterstützung der Bewegung für eine gemeinsame soziale Route zum Frieden in Kolumbien sehr wichtig.

Die Forcierung von Freihandelsabkommen durch die Europäischen Union steht im Kontext von »Global Europe«, der seit 2006 propagierten Strategie der EU, die Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten zu stärken. Welche Rolle spielt die Bundesregierung dabei?
Die »Global Europe«-Strategie wurde infolge des Scheiterns der Verhandlungsrunde der Welthandelsorganisation (WTO) 2003 im mexikanischen Cancún formuliert. Statt des multilateralen Ansatzes in der WTO wurde auf die bilaterale Karte gesetzt. Das heißt: Freihandelsabkommen voranzutreiben. Deutschland als europäische Exportnation Nr. 1 profitiert davon besonders und war auch eine treibende Kraft hinter dieser »Global Europe«-Strategie. Offene Märkte sind für die deutschen Exportunternehmen ein gefundenes Fressen. Die bilateralen Freihandelsabkommen zielen nicht zuletzt auf die Bereiche, die bei der WTO noch teilweise geschützt sind, wie das öffentliche Beschaffungswesen. Mit den Freihandelsabkommen werden der Wettbewerb um jeden Preis und der Ausbau des Investitionsschutzes für Konzerne massiv vorangetrieben. Exportvizeweltmeister Deutschland profitiert innerhalb der EU dabei am meisten von »Global Europe«.

Gibt es in der EU Staaten, die einen progressiveren Ansatz im Umgang mit Lateinamerika pflegen, oder gilt wie bei Griechenland: Berlin gibt den Ton an und der Rest zieht nach?
Einige südliche Länder pflegen zumindest einen pragmatischeren Umgang. Sie versuchen, gegenüber den linken oder Mitte-links-Regierungen Lateinamerikas die Berührungsängste abzubauen und den Handel auszubauen, ohne nur die eigenen Interessen zu bedienen. Es gibt Differenzierungen gegenüber Kuba und auch Venezuela. Das gilt zum Beispiel für Frankreich, Italien und Portugal, auch für die Niederlande. Das Nicht-EU-Land Norwegen spielt eine positive Rolle, weil es den Friedensprozess in Kolumbien unterstützt. Es gibt Abstufungen innerhalb der EU-Mitgliedsländer. Insgesamt muss jedoch festgehalten werden: Die EU hat sich als ein neuer internationaler Global Player auf wirtschaftlicher, politischer und militärischer Ebene etabliert und treibt die Ausbeutung der Ressourcen weltweit voran – nicht zuletzt getrieben von den deutschen Exportinteressen.



Heike Hänsel ist entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag und war jüngst in Mexiko und Kolumbien unterwegs. Unter anderem mit diesen beiden Ländern unterhält die Europäische Union Freihandelsabkommen. Über die Politik der EU und der Bundesregierung in Lateinamerika im Lichte des zweiten Gipfels zwischen der EU und der Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten (CELAC) sprach mit ihr für »nd« **Martin Ling**,
Foto: DIE LINKE

Wettlauf um den Markt in Lateinamerika

Die EU konkurriert mit den USA und China

Von Martin Ling

Für die Europäische Union läuft in Lateinamerika nicht alles rund: Zwar konnten mit Mexiko (2000), Chile (2002) und 2013 mit dem Dreierpack Kolumbien, Peru sowie Zentralamerika fünf Freihandelsabkommen unter Dach und Fach gebracht werden, seit 1999 in Rio de Janeiro der erste EU-Lateinamerika-Karibik-Gipfel stattfand. Doch der aus EU-Sicht begehrenswerteste Partner ziert sich, obwohl bereits Mitte der 90er Jahre Verhandlungen aufgenommen wurden: der MERCOSUR (Gemeinsamer Markt des Südens), dem das regionale Schwergewicht Brasilien, Argentinien, die kleinen Paraguay und Uruguay sowie inzwischen auch das im Nordwesten des Subkontinents gelegene Venezuela angehören. Meldungen, die Verhandlungen ständen kurz vor dem Abschluss, sind inzwischen Legion, ohne dass der Vollzug je gemeldet werden konnte. Zwar wird seit 1999 konkret über eine gemeinsame Freihandelszone verhandelt, beim Hauptstreitpunkt Agrarhandel steht die EU aber weiterhin unversöhnlich auf der Bremse. Landwirtschaftliche Güter machen mit circa 50 Prozent den Hauptanteil der MERCOSUR-Exportprodukte aus. Der EU-Markt steht ihnen aber nur begrenzt offen. Der MERCOSUR verspricht sich allein vom Abbau der europäischen Importzölle einen Anstieg seiner Agrarexporte um 50 Prozent. Der soziale Aspekt ist dabei nicht unbedeutend: Fast 30 Prozent der Menschen in den MERCOSUR-Ländern verdienen ihren Lebensunterhalt in der Landwirtschaft – sie könnten partiell von einem Agrarexportboom profitieren, wenngleich der Hauptgewinner sicher die Agroindustrie wäre.

Das Rennen um den besten Zugang zum lateinamerikanischen Markt bleibt somit offen. Nachdem EU und USA den lateinamerikanischen Subkontinent in der verlorenen Dekade der 80er Jahre weitgehend vernachlässigten, erwischten die USA in den neunziger Jahren mit Inkrafttreten des nordamerikanischen Freihandelsabkommens (NAFTA) 1994, dem noch Kanada und Mexiko angehören, den besseren Start. Seit Mitte der 90er Jahre versucht die EU, Terrain gut zu machen und hat sich auch ohne Freihandelsabkommen zum größten Handelspartner des MERCOSUR gemausert.

Aus dem Zwei- ist inzwischen ein Dreikampf geworden. Seit der Jahrtausendwende wächst der Handel zwischen China und Lateinamerika um 23 Prozent im Jahr. Das Volumen zwischen Brasilien und China ist seit 2002 von 3 Milliarden auf 83 Milliarden Dollar 2013 rasant gestiegen. Schon 2009 wurde China zu Brasiliens größtem Handelspartner noch vor den USA. Auch für Chile und Peru ist China der wichtigste Exportkunde, für Argentinien und Venezuela steht das asiatische Land an zweiter Stelle. Der von Eduardo Galeano einst beschriebene Aderlass der lateinamerikanischen Rohstoffe geht weiter.

Eine Rakete traf die Schule Nr. 6 und zerstörte das Dach und sechs Klassenräume. Fotos: Ulrich Heyden

Ikonen schützen vor Raketen

In das ostukrainische Debalzewo kehrte etwas Ruhe und in die Schule Unterricht zurück – doch Frieden ist fern

In die vom Krieg schwer zerstörte Stadt Debalzewo kehrten viele Bewohner zurück. Doch seit letzter Woche flüchten die Menschen erneut in die Keller.

Von Ulrich Heyden, Debalzewo

Am Himmel ziehen luftige, weiße Wattewolken. Der Blick schweift über Felder und Hügel. Eine Idylle, wären da nicht längs der Landstraße die verlassenen Wälle aus Sandsäcken. Zeugen der Kämpfe vom Februar, als im Raum Debalzewo mehrere Tausend ukrainische Soldaten von den Aufständischen der »Volksrepubliken« Donezk und Lugansk eingekesselt wurden und aufgeben mussten.

Wir erreichen den Ortseingang. Fast ehrfürchtig schauen wir auf die leicht beschädigte Betonstele mit den gelben Buchstaben »Debalzewo« auf blauem Grund. Der Name dieses Ortes mit 30 000 Einwohnern ging im Februar um die Welt. Als wir Debalzewo im April besuchten, sahen wir nur wenige Menschen. In den Straßen ein Bild der Verwüstung. Verkohlte Fenster, Löcher in Hauswänden, umgeknickte und zerfetzte Bäume.

Beim Besuch der Schule Nr. 6 in der Komsomolskaja Uliza lernte ich Anna Schulschenko, Lehrerin für Russisch und Literatur, kennen. Was Anna mir vergangene Woche schrieb, macht Hoffnung und betrübt zugleich. In der letzten Zeit seien viele Menschen zurückgekommen, schreibt die Lehrerin. »In unsere Schule kamen sogar Kinder drei Tage vor dem Ende des Schuljahres! Langsam beginnt das Leben wieder. Wir bekommen jetzt Wasser. Auch gibt es jetzt in allen Bezirken Elektrizität. Man beginnt wieder, Gehälter zu zahlen und die zerstörten Gebäude werden repariert.«

In der letzten Woche hat das Feuer der ukrainischen Armee auf die selbst ernannten »Volksrepubliken« stark zugenommen. Beide Seiten werfen sich vor, dass auch wieder mit schweren Waffen geschossen wird. »Die alten Ängste sind zurückgekehrt«, schreibt Anna. »In der Nacht auf den 3. Juni gab es Beschießungen durch die ukrainische Armee. Es gab Zerstörungen. Von Opfern unter der Zivilbevölkerung habe ich zum Glück nichts gehört.« Wie die Bevölkerung reagiert? »Während des Beschusses gehen wir wieder in den Keller. Aber wir gehen zur Arbeit und versuchen, nicht in Panik zu geraten, obwohl natürlich viele sehr verängstigt sind.« Sie hoffe, dass es sich um «lokale Zusammenstöße und keinen ernsten Feldzug« handelt, schreibt die Lehrerin.

Das Dach und sechs Klassenräume der Schule Nr. 6 wurden durch ein Geschoss zerstört. Zum Glück war zu diesem Zeitpunkt niemand in der Schule, sagt Schulleiter Sergej Kiritschuk, ein stämmiger Sportlehrer, Ende 50. Durch die Druckwellen der Explosionen ging das gesamte Fensterglas zu Bruch. Die Schulfenster sind jetzt mit durchsichtiger Plastikplane bespannt. Glas ist Mangelware.

Von wem die Rakete kam, wisse man nicht, so der Direktor. »Zuerst kamen die Geschosse aus der Richtung, wo die Ukrainer ihre Stellung hatten. Das konnte man an dem Pfeifgeräusch der Raketen erkennen.« Dann wurde die Komsomolskaja Uliza Frontgebiet und es gingen auch Granaten der Aufständischen auf das Wohnviertel nieder.

Anfang April – nach einem halben Jahr Pause – wurde die Schule Nr. 6 feierlich wiedereröffnet. »Wir haben uns in den Armen gelegen und geweint«, erzählt die 49-jährige Anna Schulschenko. Ende Mai begannen die Instandsetzungsarbeiten. Mit Hilfe eines Krans wurden zahlreiche zerstörte Betonplatten aus dem zweiten Stock der Schule gehievt.

Auch in sechs anderen Schulen und sechs Kindergärten in Debalzewo sind jetzt Bauarbeiter dabei, Trümmer zu räumen. Russland leistet humanitäre Hilfe bei den Wiederherstellungsarbeiten, berichtet die Donezker Nachrichtenagentur DAN. In Debalzewo sind erst 200 Bauarbeiter im Einsatz. Es müssen wohl noch mehr Arbeiter werden, denn bis zum Winter will die Regierung der »Volksrepublik Donezk« alle zerstörten Fernwärmekraftwerke der Stadt instand setzen lassen.

An Raketen haben sich die Menschen gewöhnt. Doch sie träumen vom Frieden. Vor der Schule ragt eine »Uragan«-Rakete schräg aus dem Schulrasen. Man erkennt das 15 Zentimeter dicke, graue Geschoss an den vier Lenkflossen am Schwanz. Wer die Rakete abschoss, war eher in Sicherheit. Die Uragan fliegt zehn bis 35 Kilometer weit.

»Bei kaltem Wetter sitzen die Kinder in Mänteln in den Klassen«, sagt Schulleiter Sergej Kiritschenko. Dringend brauche man Geld für neue Schulmöbel. Es könne doch nicht so schwer sein, Hilfe zu organisieren. Immerhin habe die Schule viele bekannte Doktoren, Professoren und »Helden der Sowjetunion« hervorgebracht, sagt Kiritschenko. Er zeigt auf die Tafel der Berühmtheiten, die auf der Schule Nr. 6 waren.

Eher beiläufig spricht der Direktor über ein Denkmal vor der Schule. Es handelt sich um die Büste eines Scharfschützen, der an der Komsomolskaja die Schulbank drückte und der Schule seinen Namen gab. Nikolai Jakowlewitsch Ilin, geboren 1922, gefallen 1943, tötete im Zweiten Weltkrieg 494 Soldaten der deutschen Wehrmacht und der mit ihr verbündeten Streitkräfte. Ich habe den Eindruck, dass der Schulleiter den Scharfschützen nur beiläufig erwähnt, weil er den Journalisten aus Deutschland nicht kränken will.

Für die Menschen in Debalzewo begann der neue Krieg am 26. Juli 2014. Anna kann sich genau erinnern. »An diesem Tag flüchteten wir alle in die Keller. Es war schrecklich. Aber die Kinder waren tapfer. Wir haben mit ihnen Gedichte und Geschichten gelesen und gebetet. Wenn es ruhiger wurde, konnte man schnell in die Wohnungen laufen, um etwas zu kochen oder auf Toilette zu gehen. Im Badezimmer war es immer am sichersten, weil es dort kein Glas gab.«

Anna erzählt, dass bei den Kämpfen etwa 100 Bewohner von Debalzewo getötet wurden. Doch trotz der beschädigten Wohnhäuser kämen immer mehr Bewohner zurück in die Stadt. Die Lehrerin erzählt, sie habe am 4. Februar ihre 80-jährige Mutter evakuiert. Die wohnte am anderen Ende von Debalzewo. Anna musste notgedrungen mit dem Fahrrad zu ihr fahren. »Sie wollte erst nicht weg. Sie hatte einen Hund und eine Katze. Die wollte sie nicht alleine lassen.« Schließlich habe sie es doch noch geschafft, die Mutter in die fünf Kilometer entfernt liegende Stadt Slawjansk zu bringen. Die Stadt liegt in einem Gebiet, das die ukrainischen Truppen kontrollieren.

> *»Die Kinder waren tapfer. Wir haben mit ihnen Gedichte und Geschichten gelesen und gebetet.«*
>
> Anna Schulschenko
> Lehrerin

Nach der Evakuierung der Mutter kehrte Anna zurück nach Debalzewo. »Ich will hier nicht weg. Ich bin hier geboren.« Ihr 25 Jahre alter Sohn lebt im Moskauer Gebiet. Wie es eigentlich zu diesem »merkwürdigen Krieg« gekommen ist, kann sich Anna immer noch nicht erklären. Es sei »noch zu früh das zu analysieren«.

Der Zweite Weltkrieg sei »nicht so schlimm gewesen«. Das erzählten die Rentner von Debalzewo. Da sei nicht so viel zerstört worden. »Vor einem Jahr saßen wir, wenn gefeiert wurde, noch alle gemeinsam an einem Tisch und haben unsere Lieder gesungen.« Mit »wir« sind Russischsprachige gemeint, die sich mehr zu Russland hingezogen fühlen, sowie gleichermaßen Russisch- und Ukrainischsprachige, die wollen, dass die Ukraine schnell Mitglied der Europäischen Union wird.

Sergej Kiritschenko – Schulleiter im Kriegsgebiet

Die Zerstörungen in der Stadt seien schrecklich, aber sie bekämen auch Nahrungsmittel. Von wem genau, weiß Anna nicht. Wahrscheinlich aber aus Russland. Sie hoffe, dass ihr Haus wieder ein Dach bekommt. Nach einem Beschuss brannte es völlig ab. Ein Bewohner aus der dritten, der obersten Etage des Hauses, lebt jetzt notdürftig im Keller des Hauses. Wenn es regnet, bilden sich Pfützen im Treppenhaus.

Ein bisschen Angst hat Anna immer noch. »Jeder hier trägt immer eine kleine Tasche bei sich«, sagt sie. »In meiner Tasche sind Geld, Ausweise, ein Handy und ein Ladegerät. Das ist unser ganzer Reichtum.« Ein hilfloses Lächeln huscht über ihr Gesicht.

Anna trägt trotz der angespannten Lage schicke Sachen. Ihre Lederstiefel, die Ledertasche und die Wollmütze leuchten im modischen Rostbraun. Sie zeigt mir ihr Mehrfamilienhaus, das direkt gegenüber der Schule liegt. Sie freut sich über den blühenden Flieder und Jasmin. Im Krieg braucht man das Schöne ganz besonders. Die Fenster ihrer Wohnung im Erdgeschoss sind vernagelt. Die Nachbarn haben Ikonen in die Fenster gestellt, »als Schutz«, sagt Anna.

Im Hof streunen herrenlose und zerzauste Katzen. Die Wohnungen, in denen die Tiere einst ihre Heimstatt hatten, sind verschlossen oder zerstört. Anna sorgt sich um ihren Kater Erik. »Eine Katze hier verlor durch einen Granatsplitter ein Auge«, erzählt die Lehrerin. Wie es Nachbars Katze geht, scheint fast ebenso wichtig zu sein wie das Befinden einer Verwandten. Alles Lebende ist in diesem Chaos wertvoll.

Wir steigen in den dritten Stock des Gebäudes, der mit Mauersteinen und geschmolzenem Glas übersät ist. Über uns ziehen Wolken dahin. Regentropfen fallen auf Trümmer und Splitter. Die Feuchtigkeit, die jetzt ungehindert in das Mauerwerk eindringen kann, ist für Anna Schulschenko allerdings das kleinste Problem. Die Lehrerin kann sich freuen, dass ihr Haus wenigstens wieder Strom hat.

Die Kämpfer von »Prisrak«

Drei Sibirier in Altschewsk

Von Ulrich Heyden, Altschewsk

In einer Art Kaserne in Altschewsk sitzen an einem langen Tisch die Kommandeure von »Prisrak«, dem Geister-Bataillon. Einige rauchen. Die Männer haben graue Gesichter. Sie machen einen müden und abgekämpften Eindruck. Es sind keine Schüsse zu hören und es gibt auch keinen Alarm. Aber es herrscht eine gespannte Atmosphäre.

Der Stützpunkt des Freiwilligenbataillons liegt in der »Volksrepublik Lugansk« (LNR), nicht weit entfernt von der Demarkationslinie. Hinter der Linie ist das Gebiet, das von ukrainischen Truppen kontrolliert wird, aber zum Verwaltungsgebiet Lugansk gehört. Das müsse noch erobert werden und möglichst bald seien aus Kiew die »Faschisten« zu verjagen. Nur dann gebe es für die Menschen in der Ostukraine Sicherheit. Von der Friedensvereinbarung in Minsk halten die Freiwilligen nichts. Die Ukrainer würden sich nicht an den Waffenstillstand halten.

Am 23. Mai wurde auf der Straße Altschewsk-Lugansk Bataillonskommandeur Aleksej Mosgowoi bei einem Anschlag getötet. Zur Beerdigung in Altschewsk kamen über 1000 Menschen. Der 40-jährige Ostukrainer Mosgowoi war beliebt. Er kümmerte sich auch um die Alltagssorgen der Bevölkerung – Hühnerzucht, Aufbau von Suppenküchen, Nahrungsmittel für Kindergärten und Windeln für die Kleinsten.

Im Westen wurde Mosgowoi als gefährlicher Warlord dargestellt. Ende Oktober 2014 saß er in Altschewsk einem improvisierten Volksgericht vor, das einen angeblichen Vergewaltiger per Zuschauer-Abstimmung zum Tode verurteilte. Dass nach dem Beginn der ukrainischen »Anti-Terror-Operation« in der Region Chaos herrschte, Polizisten und Richter geflüchtet waren, wurde nicht berichtet. Die Strafe wurde übrigens nicht vollzogen. Für die Bewohner von Altschewsk sind die Kämpfer dieses Bataillons Beschützer. Sie sorgen, dafür, dass die ukrainische Armee nicht weiter vorrückt. Das ist ein Überlebensinstinkt, unabhängig von Ideologie und Propaganda.

Im Stützpunkt wohnt Wladimir Jefimow mit zwei weiteren Kämpfern. Alle drei kommen aus Jekaterinburg im Ural. Jefimow trägt einen Rauschebart und ist um die 60. Nach der Auflösung der Sowjetunion diente er bei der russischen Spezialeinheit »Schwarze Wölfe«. Die Menschen in der Ostukraine und Freiwillige aus Russland hätten zu den Waffen gegriffen, »weil sie die Massaker in Odessa und Mariupol gesehen haben«, meint Jefimow. Seine Schwester aber, die 70 Jahre alt ist und in Kiew wohnt, nenne ihn einen »Okkupanten«.

Die beiden Zimmernachbarn von Jefimow haben an den Wänden über ihren Betten Bilder und Ikonen befestigt. Der eine ist Anhänger einer russisch-heidnischen Glaubensrichtung, der andere Buddhist. Jefimow selbst bezeichnet sich als russisch-orthodox. So viel ist klar: Dass, was diese Männer vereint, ist nicht der Glaube. Sie sind aus Sibirien in die Ostukraine gekommen, weil sie meinen, dass ihre »russischen Brüder« gegen die ukrainische Armee Hilfe brauchen.

*

KOMMENTIERT

Das eine Übel

René Heilig zum Ausgang des Konzerngebalzes um das MEADS-Projekt

Das multinationale Taktische Luftverteidigungssystem MEADS sticht das neue Patriot-System aus. Schon vor Monaten waren die Entscheidungen gefallen. Das Verteidigungsministerum hat nun den Ausgang der Schlacht verkündet, die seit Jahren zwischen dem MBDA-Komplex – mit dem US-Konzern Lockheed Martin – und dem in Massachusetts ansässigen Raytheon-Konzern tobt. Dieses Konzerngebalze verschlang ungeahnte Mittel. Zehntausende Kinder hätte man damit satt und klug machen können.

Doch solch Fundamentalkritik spielt hierzulande inzwischen kaum noch eine Rolle. Bei Rüstungsprojekten zählt das Argument Arbeitsplätze. In der Tat, ein paar Hundert Beschäftigte bei der Entwicklerfirma in Schrobenhausen brauchen sich jetzt abermals keine Gedanken um eine alternative, womöglich nicht-militärische Produktion zu machen. Es ist ebenso wahr, dass man nun – im Gegensatz etwa zu in den USA gekauften Rüstungsgütern – deren Software-Innenleben kennt. Doch das alles macht die Entscheidung nicht besser. Von der Leyens Mannschaft hat nur das eine von zwei Übeln gewählt – man kann nicht einmal sagen, dass es das kleinere wäre. Bislang haben die deutschen Steuerzahler eine Milliarde Euro für MEADS hergegeben. Wer glaubt, dass es bei den kalkulierten weiteren vier Milliarden bleibt, hält MEADS auch für eine friedensfördernde Investition.

Deutsche Verantwortung

Olaf Standke über das in Berlin vorgestellte Friedensgutachten 2015

»Im Notfall muss man mit dem Teufel sprechen.« Der Satz wurde bei der Vorstellung des diesjährigen Friedensgutachtens mit Blick auf die Dschihadisten des Islamischen Staats und die überfällige Hilfe für die leidgeprüften Flüchtlinge im Kriegsgebiet formuliert. Vieles bei der Vorstellung des diesjährigen Friedensgutachtens drehte sich um den Begriff Verantwortung. Die, so die Konfliktforscher der wichtigsten Institute hierzulande, müsse auch Deutschland auf der internationalen Bühne übernehmen.

Natürlich kommt einem dieser Satz bekannt vor. Und doch setzten die Wissenschaftler andere Prioritäten als etwa Bundespräsident Gauck oder Verteidigungsministerin von der Leyen. »Verantwortung für den Frieden« heißt für sie nicht zwangsläufig größere militärische Präsenz allüberall. Und auch nicht Aufrüstung vermeintlich strategischer Partner, ob das nun kurdische Milizen in Irak oder Länder wie Saudi-Arabien sind. Mit ihrer Forderung nach einem »unverzüglichen und ausnahmslosen« Stopp aller Waffenlieferungen an autoritäre Staaten etwa treffen sie einen Nerv deutscher Außenpolitik. Denn die Bundesregierung verweist zwar gern auf die angeblich so strengen nationalen und von ihr anerkannten internationalen Regelungen – in der Praxis jedoch verhält sie sich mit Ausfuhrgenehmigungen für Gewehre oder Panzer eindeutig unverantwortlich.

Pillen, die die Welt nicht braucht

Silvia Ottow über die gestiegenen Arzneimittelkosten

An den Arzneimitteln scheiden sich seit jeher die gesundheitspolitischen Geister. Den Herstellern können sie nicht teuer genug sein, Krankenkassen und Patienten möchten sie preiswert bekommen. Der Konflikt scheint unlösbar, seit vor Jahrzehnten ein CSU-Bundesgesundheitsminister unverzagt eine Positivliste für Medikamente forderte und sich damit als moderner Don Quijote in den Annalen der Gesundheitspolitik verewigte.

Seitdem sind viele Medikamente entwickelt worden, die die Welt nicht braucht, die Krankenkassen aber trotzdem bezahlen müssen. Und es sind viele Minister gekommen und gegangen, die das sehr genau gesehen haben. Der eine hat sich von den Herstellern bestechen lassen, damit sie ihre Arzneien weiter zu unverschämten Mondpreisen anbieten können. Der andere hat ein fertiges Gesetz zur Überprüfung aller im Markt befindlichen Mittel gekippt, bevor er überhaupt sein Amt angetreten hat. Es ist ein aussichtsloses Unterfangen, das Arzneiangebot überschaubar und bezahlbar zu machen, wenn die Politik als erste vor dieser Aufgabe kapituliert. So sehr haben sich alle arrangiert, dass man inzwischen sogar alljährlich die Krokodilstränen der forschenden Arzneimittelhersteller über die steigenden Kosten in der Branche trocknet, obwohl jeder weiß, dass sie diese selbst verursachen.

PERSONALIE

Die erste Erste Vorsitzende

Von Jörg Meyer

Die Personalentscheidung könnte eine historische sein. Mit Christiane Benner wird ab dem 23. ordentlichen IG-Metall-Gewerkschaftstag im Oktober erstmals eine Frau an die Spitze der größten deutschen Einzelgewerkschaft rücken. Naja, noch nicht ganz, aber Zweite Vorsitzende hinter Jörg Hofmann wäre sie – wenn der Personalvorschlag von Noch-Gewerkschaftschef Detlef Wetzel durchkommt. Und bisher wurden die Zweiten Vorsitzenden stets die Ersten.

Christiane Benner, am 9. Februar 1968 in Aachen geboren, übernahm während ihrer Ausbildung zur Fremdsprachenkorrespondentin erste ehrenamtliche Tätigkeiten für die IG Metall, wurde Vorsitzende der Jugend- und Ausbildungsvertretung sowie Betriebsratsmitglied in ihrem Betrieb. 1993 begann sie ein Soziologiestudium in Marburg, das sie nach einem Auslandsaufenthalt in den USA mit der Diplomarbeit »Bestandsaufnahme der industriellen Beziehungen in Ostdeutschland« abschloss.

Ab 1997 arbeitete sie als Projektsekretärin in Frankfurt am Main. Der Schwerpunkt in der Informations- und Telekommunikationsbranche (ITK) treibt sie bis heute um. Von 2000 bis 2008 arbeitete sie als Gewerkschaftssekretärin in Niedersachsen, bevor

Christiane Benner ist Vorstandsmitglied der IG Metall.

Foto: dpa/Uwe Anspach

sie zurück nach Frankfurt ging – zum Vorstand als Bereichsleiterin für die ITK-Branche. 2011 wurde sie in den Geschäftsführenden Gewerkschaftsvorstand gewählt und ist dort zuständig für Kampagnen, Zielgruppenarbeit und Gleichstellung und damit für Frauen, Angestellte, junge Menschen, Studierende und MigrantInnen.

Detlef Wetzel würden bei einer Wiederwahl in diesem Jahr nur noch zwei Jahre bis zur Rente zur Verfügung stehen. Um einen teuren außerordentlichen Gewerkschaftstag zu vermeiden – die IG Metall trifft sich alle vier Jahre –, wird im Oktober voraussichtlich das neue Führungsduo Hofmann/Benner gewählt. Ab 2019 könnte die SPD-Frau Benner die erste Erste Vorsitzende in der Geschichte des traditionellen Männervereins IG Metall werden.

Zeichnung: Rainer Hachfeld

KOLUMNE

Die FIFA und andere Seilschaften

Christoph Ruf über den umtriebigen Präsidenten Sepp Blatter, Möglichkeiten für eine Alternative zum Fußballweltverband und die Rolle von Franz Beckenbauer im Korruptionsskandal

Es ist schon erstaunlich: In einer Republik, in der keine Umgehungsstraße, keine Stromtrasse und kaum eine öffentliche Figur unumstritten ist (warum sollte sie das auch sein?), herrscht bei einem Thema vollkommenes Einverständnis. Dass Joseph Blatter zurücktrat, wird landesweit als überfällig empfunden. Doch damit endet der Konsens nicht. Ausweislich der entsprechenden Umfragen sind annähernd 100 Prozent der Deutschen der Ansicht, dass die FIFA an sich ein Korruptionsproblem habe, das mit dem Austausch der Spitzenfunktionäre nicht behoben ist.

Die Leute haben recht. Schließlich ist es kaum denkbar, dass außer einer Handvoll hochkorrupter Funktionäre der Rest des Apparates in den vergangenen Jahrzehnten integer im Dienste des Fußballs gearbeitet hat. Bei der FIFA stinkt der Fisch zwar ganz erheblich vom Kopf her. Doch anderswo riecht er nicht viel besser.

Umso erstaunlicher, dass die Forderung aus England, man möge über eine Konkurrenzorganisation zur Züricher Seilschaft nachdenken, nicht mehr allzu laut diskutiert wird, seit Sepp Blatter das Handtuch warf. Dabei ist die FIFA allein schon strukturell kaum in der Lage, sich selbst zu reformieren. Dazu ist sie viel zu eng mit den Kontinental- und Landesverbänden verwoben. Dass UEFA-Präsident Michel Platini gleichzeitig Vizepräsident der FIFA ist, stellt dann auch eines der augenfälligsten Probleme an diesem Konstrukt dar. Denn Platini, der sich – als es längst nicht mehr viel kostete – gegen seinen einstigen Ziehvater positionierte, hat seine Machtbasis bei den osteuropäischen Verbänden. Er betreibt für sie eine ähnliche Klientelpolitik wie Blatter für die Zwerg- und Inselstaaten, die seine Hausmacht sichern. Wenn sich Menschen wie Platini als Reformer gerieren, treten sie damit nur den Beweis für die These an, dass sich die FIFA eben nicht von innen heraus reformieren kann.

Allerdings kann diese Erkenntnis nur der Anfang eines Prozesses sein, der doch weit schwieriger werden dürfte, als sich das die Politiker von Grünen (Simone Peter) und FDP

Der Journalist und Fußballexperte **Christoph Ruf** betreibt das nd-Blog »Sonntagsschuss« auf www.neues-deutschland.de.

Foto: privat

(Alexander Graf Lambsdorff) so vorstellen. Zwar trifft es zu, dass die FIFA ihrer Machtbasis enthoben wäre, wenn die maßgeblichen europäischen Verbände sich zusammentäten und südamerikanische Verbände wie Argentinien und Brasilien mit ins Boot holten. Doch abgesehen davon, dass zumindest der brasilianische Verband bei der Bevölkerung ebenfalls als Hort der Korruption gilt, dürfte der für Blatter und Konsorten leicht zu beherrschende Flickenteppich aus Kleinststaaten nun nicht durch das Machtkartell der (wirtschaftlich) Starken ersetzt werden. Die Blatter-Clique hat sich schließlich nicht nur deshalb so lang am Ruder gehalten, weil sie Dinge tat, für die sich gerade die Juristen interessieren. Sie hatte auch gehörigen Rückhalt, weil sie in Staaten, die in der Weltpolitik marginalisiert sind, mit Wohltaten um sich warf. Ein neuer Fußballplatz, ein paar geschulte Trainer, ein Jugendinternat – für manches Südseeatoll waren Blatters »Zückerli« ja tatsächlich praktizierte Entwicklungshilfe. Sollte es allerdings gelingen, einen Weltverband aufzubauen, der demokratischer und transparenter arbeitet als der bisherige, wäre viel gewonnen. Wenig wäre da schon deutlich mehr als der Status quo.

Doch ein solches Vorhaben setzte zunächst einmal den aufrechten Reformwillen der mächtigsten Landesverbände voraus. Den kann man DFB-Präsident Wolfgang Niersbach nicht absprechen, der – spät, aber immerhin – sehr deutliche Worte gefunden hat. Spannend zu beobachten wird es nun allerdings sein, wie DFB und Öffentlichkeit mit einem Mann umgehen, der seit Jahrzehnten mal ernsthaft, mal ironisch als »Lichtgestalt« bezeichnet wird und daher eine Art Narrenfreiheit zu genießen scheint: Franz Beckenbauer.

Dass ein Funktionär von 2007 bis 2011 der FIFA-Regierung angehört hat, ohne auch nur das Geringste von den Umtrieben mitbekommen zu haben, würde man sonst wohl niemandem abnehmen. Fakt ist, dass in seiner Amtszeit die WM-Vergaben an Russland (2018) und Katar (2022) verhandelt (und offenbar auch finanziert) wurden. Alles, was er wisse, wisse er aus den Medien, hat Beckenbauer dazu erklärt und sich bei einer Pressekonferenz in Berlin weitere Nachfragen verbeten. Einigermaßen merkwürdig, dass solch ein Gebaren keinen Sturm der Entrüstung nach sich zieht. Nachhilfestunden in Sachen Demokratie brauchen dieser Tage einige Länder – nicht nur Samoa.

IHRE MEINUNG

Ich habe »Winnetou« in der DDR gekauft

Zu »Im Licht der Silberbüchse«, 8.6., S. 15
»Winnetou, das waren die braungrünen Bände des Karl-May-Verlages Bamberg, von Verwandten aus dem Westen mitgebracht«, so liest man es im Artikel. Ich hatte zwar auch Verwandte im Westen. Aber ich habe »Winnetou«, Band I bis III, in den 80er Jahren in der DDR gekauft. Die Bände erschienen übrigens im Verlag Neues Leben und waren mit fast 20 Mark für DDR-Verhältnisse relativ teuer.
Walter Sommermann, Berlin

Ignoranz des Westens im Konflikt in der Ukraine

Zu »Gipfel droht mit mehr Sanktionen«, 9.6., S. 5
Die Heuchelei der G7 ist grenzenlos. Die jüngste Verletzung der Minsker Vereinbarung, d. h. der Artilleriebeschuss von Gebieten, die von den so genannten Separatisten verwaltet werden, durch ukrainische Streitkräfte, wird vom Westen komplett ignoriert. Man spricht – scheinbar neutral – von bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen beiden Seiten. Dass dabei Zivilisten, darunter Kinder, zu Tode kamen, ist hiesigen Medien kaum eine Erwähnung wert. Das würde ja auch nur stören, wenn der Druck auf Russland erhöht werden soll. Stattdessen behauptet Poroschenko rechtzeitig zum G7-Gipfel, dass Russland mit 9000 Mann regulären Streitkräften in der Ostukraine kämpfe. Die Regierung in Kiew dreht den Gebieten in der Ostukraine systematisch die für die Versorgung der Bevölkerung benötigten Leitungen ab, so jüngst die Wasserversorgung für das Lugansker Gebiet. Dazu schweigt der Mainstream lieber.

Vor diesem Hintergrund werden die einseitigen Schuldzuweisungen gegen Russland immer unglaubwürdiger. Offenbar sollen die Menschen daran gewöhnt werden, dass die Russen die »Bösen« sind. Eine gefährliche Politik, die den Konflikt eher verschlimmert und die Chancen für eine Deeskalation verringert. Die Bundesregierung ist gefordert, dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten und bei beiden Seiten auf eine friedliche Konfliktlösung hinzuwirken, solange dafür Chancen bestehen.
Alfred Spieler, Berlin

Hat die Kanzlerin wirklich gesagt: »Die Sanktionen gegen Russland werden auch in hundert Jahren noch stehen, solange die Gründe, die zu ihrer Errichtung geführt haben, nicht beseitigt sind?« Na, dann kann's ja nicht mehr lange dauern.
Harald Kulhanek, Chorin

Handlungsfreiheit kann nur das Marx-Moment schaffen

Zu »Das Piketty_Moment«, 6./7.6., S. 3
Tom Strohschneider hat zweifellos recht, wenn er als Voraussetzung für einen Politikwechsel durch eine rot-rot-grüne Regierung deutliche Eingriffe in die Akkumulations- und Regulationsweise und die Konfrontation mit mächtigen Kapitalfraktionen nennt. Als Ausgangspunkt könnte er sich so etwas wie ein Piketty-Moment vorstellen: Umverteilung als entscheidende Voraussetzung für demokratische Handlungsfreiheit.

Ich denke aber, so etwas wird in diesem System kaum möglich sein. Die notwendige Handlungsfreiheit für einen Politikwechsel kann nur das Marx-Moment schaffen – und das lautet: Expropriation der Expropriateure!
Wolfgang Kronschwitz, Radeberg

Beiträge in dieser Rubrik sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen vor.

neues deutschland

Erscheint im Verlag Neues Deutschland Druckerei und Verlag GmbH
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, **Tel.** (030) 2978-1111, **Fax** -1600
Internet www.neues-deutschland.de **E-Mail** redaktion@nd-online.de
Geschäftsführer und Verlagsleiter Olaf Koppe -1611, Fax -1610
Vertrieb/Aboservice -1800, Fax -1630, aboservice@nd-online.de
Anzeigen Geschäftskunden Dr. Friedrun Hardt (verantwortlich) -1841, Sabine Weigelt -1842, Fax -1840, anzeigen@nd-online.de. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 25 vom 1. Januar 2015.
Private Kleinanzeigen -1844, Fax -1840, privatanzeigen@nd-online.de
Redaktionsleitung Tom Strohschneider (Chefredakteur, V.i.S.d.P. -1711, Fax -1710), Wolfgang Hübner (Online -1713), Gabriele Oertel und Regina Stötzel (Wochen nd -1716, -1712), Uwe Sattler (Redaktionsmanagement -1714)
Ressorts Olaf Standke (Ausland -1731), Uwe Kalbe (Inland -1759), Jürgen Amendt, Martin Hatzius (Feuilleton -1757, -1765), Sarah Liebigt (Berlin/ Brandenburg -1741), Jirka Grahl (Sport/Service -1727), Susanne Dreistadt (Bild/Herstellung -1826)
Gestaltung/Layout Holger Hinterseher, Michael Pickardt, Wanja Wegener
Ratgeber Jürgen Holz -1772, Peter Kollewe -1773, ratgeber@nd-online.de
Leserbriefe -1724, leserbriefe@nd-online.de
Marketing Rainer Genge -1612, Fax -1610, marketing@nd-online.de
Leserreisen Frank Diekert -1620, Fax -1650, leserreisen@nd-online.de
nd-Shop, Literatur-, Film-, Musik-Service Öffnungszeiten: Montag - Freitag 9 - 17 Uhr, Manfred Ibold -1777, Monika Gadegast -1654, Fax -1650, shop@nd-online.de
Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und andere Zusendungen. Die Rechte für die Nutzung von Artikeln für elektronische Pressespiegel erhalten Sie über die PMG, Presse-Monitor GmbH, Tel. (030) 28 49 30, www.presse-monitor.de
Bankkonto Berliner Bank, Konto-Nr. 525 950 205, BLZ 100 708 48, IBAN DE81 1007 0848 0525 9502 05, SWIFT (BIC) DEUTDEDB110
Monatlicher Abonnementspreis (inkl. MwSt. und Zustellgebühr) 35,00 €, bei Postversand zzgl. 0,10 € Versandkosten pro Tag, ermäßigtes Abo 19,90 €, Soli-Abo 50,00 €, Online-Abo 17,50 €, Kombi-Abo (online plus Wochenend-Ausgabe) 24,00 €. Teilabos auf Anfrage. Das Abo kann bis spätestens drei Wochen vor Ablauf des Inkassozeitraums schriftlich gekündigt werden (Poststempel). Bei Nichtzustellung ohne Verschulden des Verlags oder bei höherer Gewalt bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.
Benutzte Agenturen dpa, AFP, SID, epd, IPS
Druck EVERSFRANK Berlin GmbH, Ballinstraße 15, 12359 Berlin
Die Auflage von neues deutschland wird von der unabhängigen Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern (IVW) geprüft.

*

Stolperstart für Ausländer in den Job

Studie: Uniabsolventen fehlt Hilfe für Arbeitseinstieg

Berlin. Ausländer mit deutschem Studienabschluss haben es nach einer neuen Studie oft schwer, hierzulande auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Hochschulen, Firmen und Behörden müssten gemeinsam Rahmenbedingungen verbessern und Übergänge in den Job erleichtern, um das Potenzial dieser Zuwanderer zu nutzen. Dies ergibt sich aus dem Report »Zugangstor Hochschule«, den der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration am Dienstag in Berlin vorlegte.

Unter denjenigen Studenten, die nach ihrem Abschluss gern in der Bundesrepublik bleiben wollen, seien rund 30 Prozent mindestens ein Jahr und damit vergleichsweise lang auf Stellensuche. Dabei seien diese Hochschulabsolventen eigentlich hoch qualifiziert, mit teilweise guten Sprachkenntnissen und Erfahrungen mit dem Leben in Deutschland. »Wenn die derzeitige Entwicklung anhält, werden zwischen 2015 und 2020 knapp 240 000 internationale Studierende einen deutschen Abschluss erwerben«, so die Untersuchung mit Vergleichsdaten zu Deutschland, Kanada, den Niederlanden und Schweden. Mittel- bis langfristige Erhebungen zeigten, »dass internationale Absolventen in Deutschland beruflich ähnlich erfolgreich sind wie ihre deutschen Kommilitonen«.

Gründe für einen Stolperstart in den Job seien oft fehlende Netzwerke. Zudem brauchten viele ausländische Hochschulabsolventen intensive Hilfestellung beim Einstieg, fänden jedoch an ihren Hochschulstandorten nur lückenhafte Unterstützungsangebote vor, die zudem häufig zu spät ansetzen. Auch zeigten sich viele Arbeitgeber »zurückhaltend«, und Ausländerbehörden entschieden nicht einheitlich.

An 55 Prozent der deutschen Hochschulstandorte besetzen große Firmen ihre offenen Stellen bereits aktiv mit ausländischen Absolventen, ermittelten die Integrationsforscher. »Anders die kleinen Unternehmen mit unter 50 Mitarbeitern: Obwohl mehr als die Hälfte dieser Betriebe heute schon Schwierigkeiten hat, ihre Akademikerstellen zu besetzen, werden internationale Absolventen von ihren Personalplanern so gut wie nie als Zielgruppe erkannt.« *dpa/nd*

Saudische Militärfahrzeuge, ausgerüstet mit dem deutschen Maschinengewehr vom Typ MG3 — Foto: AFP/Behrouz Mehri

Im Notfall mit dem Teufel reden

Friedensgutachten 2015: Mehr Verantwortung für Berlin, aber ohne Militär und Waffenexporte

Friedensforscher sprechen sich für einen verstärkten Einsatz Deutschlands in der Welt aus – allerdings ohne Kampftruppen.

Von Olaf Standke

Waffenexporte mit einem Gesamtwert von rund 30 Millionen Euro an Saudi-Arabien hat das Bundeswirtschaftsministerium allein in den ersten vier Monaten dieses Jahres genehmigt – von Munition über Teile für Marschflugkörper bis zu gepanzerten Fahrzeugen. Und das, obwohl der autoritär regierten Golfmonarchie immer wieder schwere Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden. Zudem fliegt eine von Riad geführte Militärallianz Luftangriffe auf die Huthi-Rebellen in Jemen, bei denen nach UN-Angaben über 1500 Menschen getötet wurden. Für die deutschen Friedensforschungsinstitute kann es da nur eine Konsequenz geben: sofortiger Stopp aller Waffenlieferungen. Sie appellieren an die Bundesregierung, Rüstungsexporte an Drittstaaten, also jenseits von NATO und EU, grundsätzlich zu verbieten. Das schließt die Ukraine ein. Auch der Export sicherheitsrelevanter Dienstleistungen deutscher Firmen müsse streng reguliert werden.

Das verstehen sie unter Wahrnehmung internationaler Verantwortung, von der in Berlin so gern gesprochen wird, und fordern in ihrem jüngsten Freidensgutachten eine grundsätzliche Debatte über den Stellenwert militärischer Mittel in der Außenpolitik. Auch Terrorismusbekämpfung dürfe keine vorschnelle Begründung für Bundeswehreinsätze oder die Bewaffnung nicht staatlicher Akteure sein, betonte Janet Kursawe vom Duisburger Institut für Entwicklung und Frieden bei der Vorstellung des Reports in Berlin. Waffenlieferungen an Konfliktparteien seien nicht geeignet, um Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verhindern. So sei die Unterstützung kurdischer Milizen zumindest »fragwürdig«. Deutschland hatte im Herbst 2014 beschlossen, Waffen an die Peschmerga in Nordirak im Kampf gegen den Islamischen Staat zu liefern. Der Preis dafür sei das Risiko ihrer unkontrollierten Weiterverbreitung, warnte Kursawe.

Auch mit Blick auf wachsende Flüchtlingszahlen bezweifeln die Institute, dass militärische Gewalt gegen Schlepper die Lösung des Problems sei. Die Friedensforscher verlangen von der Bundesregierung, sich für eine »menschenwürdige Flüchtlingspolitik an Europas Außengrenzen« einzusetzen. Notwendig seien legale und sichere Reisewege für die Flüchtlinge.

Angesichts der Gräueltaten der Dschihadisten werden im Gutachten zugleich mehr Hilfen für Terroropfer gefordert. Bei einer möglichen humanitären Intervention müssten Schutzzonen und Luftbrücken für Zivilisten eingerichtet werden. Das allerdings sei ohne Kontakt zum Islamischen Staat kaum möglich. Doch im Notfall müsse man eben selbst mit dem Teufel sprechen, wie es Margret Johannsen vom Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik formulierte, ohne dass sie nun für »diplomatische Beziehungen« plädieren wolle.

Fünf Institute

Das seit 1987 jährlich veröffentliche Friedensgutachten ist die Stellungnahme fünf deutscher Institute: das Institut für Entwicklung und Frieden der Universität Duisburg-Essen, das Bonn International Center for Conversion, die Forschungsstätte der evangelischen Studiengemeinschaft Heidelberg, das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik der Universität Hamburg und die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung.

Wenn Deutschland international mehr Verantwortung tragen wolle, sollte es nicht auf Kampfdrohnen der Bundeswehr, sondern vor allem auf eine präventive, vermittelnde Außenpolitik setzen – so könnte man die Botschaft der Wissenschaftler an die Regierenden hierzulande zusammenfassen. Dabei schlagen sie z.B. »eine friedenspolitische Neuorientierung der EU gegenüber ihren östlichen Nachbarn einschließlich Russlands vor«, die Moskaus Verletzung internationaler Verträge klar benennt, aber auch auf kooperative Strukturen zielt und etwa die Wiederbelebung des NATO-Russland-Rats einschließt.

Für eine solche Politik müsste man sich von einer Handelspolitik verabschieden, die unmittelbar negative soziale und politische Folgen für den globalen Süden hat, und darauf drängen, dass die Finanzmärkte und Kapitalströme stärker reguliert werden. Zivile Krisenprävention, Demokratieförderung, Entwicklungszusammenarbeit, diese Trias erscheint den Instituten als »Königsweg« einer verantwortungsvollen Friedenspolitik – vorausgesetzt, man versuche nicht, »westliche« Modelle von Entwicklung, Demokratie und Konfliktbewältigung durchzusetzen, und das auch noch per militärischer Intervention.

Regieren üben in Berlin

Offene Türen für einen noch nicht erklärten Kandidaten der Republikaner zur US-Wahl

Am Dienstag wurde einem USA-Politiker ohne Amt in Berlin ungewöhnliche Ehre zuteil. Er hielt eine Rede und traf Minister der Bundesregierung. Grund dürfte allein sein Name gewesen sein.

Von Uwe Kalbe

»Der Wunsch kam von Herrn Bush, wir sind dem sehr gerne nachgekommen«, erläuterte ein Sprecher von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble. Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier und das Kanzleramt bestätigten diese Darstellung, wie man Agenturen entnehmen konnte. Und so ist es dann wohl passiert. Jeb Bush, Sohn und Bruder konservativer USA-Präsidenten, der in der Familienchronik gern als dritter Präsidenten geführt würde, kreuzte am Dienstag schon einmal zum Üben in Berlin auf.

Dabei durfte der Republikaner nicht nur die eine oder andere Hand schütteln. Obwohl Jeb Bush noch längst kein Präsident ist, ja, noch nicht einmal der einzige Republikaner, der dies werden möchte, sondern nur einer von rund zehn Kandidaten seiner Partei, ja, obwohl genau genommen nicht einmal das stimmt, denn seine Kandidatur kündigt er zwar an, hat sie aber noch nicht erklärt – obwohl Jeb Bush also nichts ist als Ex-Gouverneur von Florida, gaben sich der CDU-Wirtschaftsrat in Berlin die Ehre wie auch die Bundesminister Schäuble und Steinmeier.

Vor dem Rat hielt er eine Rede, die Minister baten ihn zum Gespräch, sogar ein Treffen mit der Kanzlerin war avisiert. Man kann dies höchst ungewöhnlich nennen oder darin einen Hofknicks von Angela Merkel sehen, die über die protokollarischen Weihen für den Republikaner wohl das letzte Wort gesprochen haben wird. Dass das Vorgehen der Bundeskanzlerin einem Kalkül folgt, darf derweil unterstellt werden. 2008 ließ sie Barack Obama nicht vor dem Brandenburger Tor reden, als dieser noch Präsidentschaftsanwärter der Demokraten war – damit dies nicht als Parteinahme im Wahlkampf missverstanden werden könne. Bei Bush ist das offenbar kein Problem.

Aber vielleicht wird es auch nicht als Parteinahme verstanden. Immerhin werden selten irgendwo schärfere Worte über die Kanzlerin gesprochen als im CDU-Wirtschaftsrat. Dessen neu gewählter Vorsitzender, der Keksmagnat Werner Michael Bahlsen, nutzte die Gelegenheit, die schwarz-rote Koalition wegen ihrer Planlosigkeit und auch deshalb zu schelten, weil zuerst erwirtschaftet werden müsse, was verteilt werden solle – offenbar findet Bahlsen die Sozialausgaben zu hoch. Das wird er zur Freude von Jeb Bush getan haben, der für die USA ähnlich argumentiert.

Doch in seiner eigenen Rede, deren Inhalt bei nd-Redaktionsschluss noch nicht vorlag, wird sich Jeb, der eigentlich John Ellis heißt, zurückgehalten haben. Denn eigentlich ist der Mann in Europa unterwegs, um sein außenpolitisches Profil zu schärfen, wie es hieß. Und ein wenig Zurückhaltung, die in der Außenpolitik Diplomatie heißt, kann da nicht schaden. Doch vermutlich ging es auch noch um andere Gründe, für die es Jeb Bush Berater wichtig fanden, dass er Estland, Polen und Deutschland besuchte.

Zwar versucht Jeb Bush noch, die richtige Tonlage zu finden. Etwa wenn er den von seinem Bruder angezettelten Krieg gegen Irak im Jahr 2003 mal verteidigt, sich mal davon distanziert. Doch eine außenpolitische Botschaft hat er schon mal verkündet, ohne sie zu widerrufen: »Wir sind in der Lage, Macht auch in entfernten Weltregionen auszuüben.« *Mit Agenturen*

NACHRICHTEN

Wagenknecht und Bartsch sollen Fraktion führen

Berlin. Bei der LINKEN ist die Entscheidung für die Nachfolge von Fraktionschef Gregor Gysi offenbar gefallen: Künftig soll die Bundestagsfraktion von einer Doppelspitze aus Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch geführt werden. Nach dpa-Informationen erklärten sich beide am Dienstag in einem Gespräch mit der Parteiführung dazu bereit. Wagenknecht wird dem linken Parteiflügel und Bartsch dem Lager der sogenannten Reformer zugerechnet. Gysi hatte am Wochenende auf dem Bielefelder Parteitag erklärt, bei der Fraktionsvorstandswahl im Herbst nicht mehr kandidieren zu wollen. *dpa/nd*

Kampeter soll Topjob bei Arbeitgebern übernehmen

Berlin. Der Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Steffen Kampeter (CDU), ist als neuer Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) vorgesehen. Wie die BDA am Dienstag mitteilte, soll Kampeter am 24. Juni Nachfolger von Reinhard Göhner gewählt werden. Die schwarz-rote Bundesregierung hatte nach mehreren umstrittenen Politikerwechseln in die Wirtschaft eine Sperrfrist von zwölf bis 18 Monaten für Regierungsmitglieder eingeführt. Das soll Interessenskonflikten vorbeugen. Kampeter kündigte an, nach seiner Wahl den parlamentarischen Staatssekretärsposten aufzugeben. Damit würde er eine Wartezeit von zwölf Monaten einhalten. Seine neue BDA-Stelle tritt er zum 1. Juli 2016 an. *dpa/nd*

Grüne wollen »Partei neuen Typs« werden

Berlin. Die Grünen wollen sich als »Wirtschaftspartei neuen Typs« profilieren. »Ökologische Erneuerung ist die Zukunftsfrage schlechthin«, sagte Parteichef Cem Özdemir am Dienstag in Berlin. »Der alte Gegensatz zwischen Ökologie und Ökonomie kann aufgehoben werden.« Als »Wirtschaftspartei 4.0« strebten die Grünen eine »ökologisch-soziale Marktwirtschaft« mit fairem Wettbewerb für Unternehmen an, so der Politiker weiter. Laut Bundestags-Fraktionschef Anton Hofreiter ist für den ökologischen Umbau auch ein funktionierender Sozialstaat mit Verteilungsgerechtigkeit erforderlich. Über das dafür nötige Steuerkonzept solle später entschieden werden. *dpa/nd*

ANZEIGE

Buchdiskussion

DAS ENDE DER VOLKSPOLIZEI IM JAHR 1990

Beginn 18 Uhr

nd im Club
Mittwoch, 10. Juni 2015

Auf der Grundlage des 2014 im Verlag edition ost erschienenen zeitgeschichtlichen Sachbuches »Mittendrin – die Berliner Volkspolizei 1989/90« werden der letzte Präsident der VP Berlin, Chefinspekteur a. D. Dirk Bachmann, sein ehemaliger Stellvertreter, VP-Direktor a. D. Günter Heidemann und der Herausgeber des Buches, VP-Rat a. D. Hans-Jürgen Gräfe, über die Herausforderungen an die Volkspolizei Berlin in jener Zeit sprechen und Fragen der Zuhörer beantworten.
Moderation: René Heilig

FRANZ-MEHRING-PLATZ 1 · SALON DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG · 10243 BERLIN · EINTRITT 5 €

neues deutschland SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

*

NACHRICHTEN

Verbot geschäftlicher Sterbehilfe gefordert

Berlin. Eine fraktionsübergreifende Gruppe von Bundestagsabgeordneten will künftig jede geschäftsmäßige Förderung der Sterbehilfe unter Strafe stellen. Der Gesetzentwurf von Abgeordneten aus CDU/CSU, SPD, Grünen und Linkspartei, der am Dienstag in Berlin vorgestellt wurde, ist gegen »Vereine oder einschlägig bekannte Einzelpersonen« gerichtet, die Beihilfe zum Suizid regelmäßig etwa durch Beschaffung eines Medikamentes anbieten. Ein Suizidversuch oder die Teilnahme an einem Suizid(versuch) sollen weiterhin straffrei bleiben. Die Abgeordneten grenzen sich von anderen angekündigten Entwürfen ab, die etwa eine Ausweitung des ärztlich assistierten Suizids vorschlagen. Es ist der erste öffentlich gemachte Gesetzentwurf zur Neuregelung der Sterbehilfe. Mehrere interfraktionelle Gruppen wollen in den nächsten Tagen ebenfalls einen Entwurf vorlegen. *dpa/nd*

Coca-Cola: Protest gegen Mehrwegausstieg

Berlin. Die Deutsche Umwelthilfe hat vor der Berliner Coca-Cola-Zentrale gegen einen Ausstieg des Getränkekonzerns aus dem Mehrwegsystem protestiert. Dazu wurde am Dienstag auch eine Petition mit mehr als 180 000 Unterschriften übergeben. Umwelthilfe-Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch sagte, der Konzern kämpfe rücksichtslos gegen das bundesdeutsche Mehrwegsystem. Coca-Cola zeige mit seinen Plänen einmal mehr, warum der Konzern »weltweit als Symbol für Umweltzerstörung und die Vermüllung von Landschaft und Meeren« stehe, so Resch. Zum Schutz des Mehrwegsystems sei neben der Durchsetzung der Einweg-Kennzeichnungsvorschriften die rasche Einführung einer Lenkungsabgabe von 20 Cent auf alle Einweggetränke notwendig. *epd/nd*

Widerstand in SPD gegen Fracking-Gesetz

Berlin. Ein Teil der SPD-Bundestagsfraktion fordert Korrekturen beim geplanten Gesetz zum Fracking. »Der Deutsche Bundestag soll über den Einsatz der Fracking-Technologie entscheiden. Vor diesem Hintergrund ist der Sinn der Expertenkommission, die nur auf Wunsch unseres Koalitionspartners in das Gesetz aufgenommenen wurde, zu kritisieren«, teilten die Sprecher der »Netzwerker«, Eva Högl und Martin Rabanus, am Dienstag in Berlin mit. Nach bisherigen Plänen soll statt des Bundestags die Kommission bewerten, ob ab 2019 Unternehmen zu kommerziellen Zwecken Gas mit Hilfe der Fracking-Technologie fördern dürfen. Die Netzwerker betonten, dass bei den ursprünglichen Plänen von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel und Umweltministerin Barbara Hendricks (beide SPD) die Kommission nicht vorgesehen war. *dpa/nd*

ANZEIGE

SUCHE

Suche Fotoapparate / Objektive, Fernglas, Lupe, Mikroskop (Zeiss Jena etc.), Uhren, Luftgewehr, Faltboot / Kanu, Schreibmaschine (DDR o. früher)
0355 - 784 25 44. Danke für Ihren Anruf!

VERSCHIEDENES

Magdeburger Vertriebenentreffen

Abschied für Intendant wird zum Plädoyer für mehr Freiheit der Kultur in Sachsen-Anhalt

Wer gegen die Regierung in Sachsen-Anhalt aufmuckt, verliert leicht seinen Job: im Bauhaus, in Theater oder Ministerium. Ein Abschied für Dessaus Intendanten geriet daher zum Appell für Meinungsfreiheit.

Von Hendrik Lasch, Magdeburg

Mitten im Beethoven klimperte es auf dem Parkett. Ragna Schirmer, die renommierte Pianistin aus Halle, hielt inne: Der Flügel im »Theater in der Grünen Zitadelle« in Magdeburg habe eine Taste verloren. Das Publikum brach in Gelächter aus: Wie passend! Mittelbarer Anlass für die Veranstaltung, bei der sie einen Satz aus Beethovens letzter Klaviersonate spielte, waren Kürzungen bei der Kultur. Nun saß Schirmer an einem Instrument, das nicht mehr alle Tasten hatte.

Sie brachte ihren Vortrag mit Bravour zu Ende – und gab die verlorene Taste an André Bücker weiter. Dem Theatermann, Jahrgang 1969, war der Abend in der »Zitadelle« gewidmet. Zehn Jahre prägte er die Theaterlandschaft in Sachsen-Anhalt mit: erst als Intendant am Theater in Halberstadt, dann in Dessau. Mit ungewöhnlichen Inszenierungen und Projekten schaffte er es, den Stadttheatern in der Provinz zu Aufmerksamkeit der überregionalen Feuilletons zu verhelfen. Den »Götz«, den er zuletzt in Dessau inszenierte, besprach auch die »Süddeutsche«.

Jetzt ist Bücker Intendant a.D. Seine Stelle war zur neuen Saison ausgeschrieben worden; ihm selbst gab man in der Stadt zu verstehen, dass er bei der Landesregierung »schwer vermittelbar« sei. Zu verdanken hat er den unschönen Ruf seinem energischen Protest gegen Kürzungspläne des Landes bei den Theatern, von denen Eisleben und Halle betroffen sein sollten – sowie Dessau, wo von vier Sparten zwei geblieben wären. Der Intendant verweigerte sich. Er ließ die Bürger und Schauspieler ihr Theater symbolisch anpflocken; er ätzte gegen die Politik des Landes: Das »Frühaufsteher«-Motto wandelte er zur Parole »Wir sparen uns früher dumm«. Der Innenminister erwog eine Klage; auch andere Mitglieder des Kabinetts schäumten. Dass Bücker in einer Inszenierung der »Beggars Opera« die Sparpläne aufgriff und den Staatssekretär für Kultus vorführte, verstärkte den ministeriellen Groll noch.

Beliebt machen sich Kulturschaffende mit pointierter Kritik an der Politik nirgends; in Sachsen-Anhalt riskieren sie ihren Job. Im Land gebe es »Null Toleranz« in dieser Beziehung; Kultur, die sich in gesellschaftliche Belange einmische, sei hier »nicht erwünscht«, sagt im »Theater in der Zitadelle« der Architekt Philipp Oswalt – einer, der Bückers Erfahrung teilt: Oswalt leitete von 2009 bis 2014 das ebenfalls in Dessau ansässigen Bauhaus. Dann widersprach er öffentlich dem SPD-Kultusminister in der Frage

André Bücker sei »aus drei Gründen unerträglich«, meint Gregor Gysi. Der langjährige Dessauer Intendant sei politisch, humorvoll und unterhaltend. Das, sagt Gysi, »ist zu viel«.

des Standorts eines neuen Bauhausmuseums. Auch seine Stelle wurde ausgeschrieben; auf eine erneute Bewerbung verzichtete Oswalt. Seinem Theaterkollegen Bücker attestierte er Rückgrat und Widerspruchsgeist, der im Land indes nicht honoriert werde: »Im Absolutismus gab es wenigstens noch den Hofnarr«, sagt er; in Sachsen-Anhalt wollten die Regierenden nur »staatstreues Theater«. Von einer Entwicklung zu »Brot, Spielen und Hoftheater« sprach Wulf Gallert, Chef der Linksfraktion, die in Person ihres Kulturpolitikers Stefan Gebhardt den Abend organisiert hatte. Der sei, lobte Oswalt, ein »Zeichen zur Verteidigung des Liberalismus«.

Bücker traf nicht auf eine liberale Obrigkeit. Kein Wunder, sagt Gregor Gysi, Chef der LINKEN im Bundestag, der den Intendanten nach einem Naziüberfall auf dessen Schauspieler in Halberstadt kennen gelernt hatte. »Du bist aus drei Gründen unerträglich«, sagte er: »Du bist politisch, humorvoll und unterhaltend. Das ist einfach zu viel.« Diejenigen, die in der Opposition seien, schätzten eine solche Haltung dagegen besonders – »so lange sie in der Opposition sind«, wie Gysi grinsend anfügte.

Protest in Magdeburg im Jahr 2013 gegen Kürzungen bei Theatern Foto: dpa/Jens Wolf

Ein wenig Trost für Bücker bot Lydia Hüskens. Die FDP-Frau übermittelte ein Grußwort von Birgitta Wolff, ebenfalls wegen Renitenz entlassene Ex-Wirtschaftsministerin der CDU. Sie ist nun Präsidentin der Uni Frankfurt (Main). Es gebe also »Regionen, in denen man toleranter umgeht mit Menschen mit eigener Meinung«, sagte Hüskens: »Gut für Deutschland. Schade für Sachsen-Anhalt.«

Hartnäckige Lobbyisten für Distomo

Arbeitskreis erinnert 74 Jahre nach SS-Massaker in dem griechischen Dorf an ungetilgte Entschädigunsansprüche

Der »Arbeitskreis Distomo« gründete sich im Jahr 2001, um die Forderung nach Entschädigung griechischer NS-Opfer durch Deutschland zu unterstützen. Der Kampf ist bis heute nicht beendet.

Von Folke Havekost

Vor anderthalb Jahrzehnten hätte Martin Klingner noch nicht geahnt, dass er fortan regelmäßig in politischer Mission nach Griechenland reisen würde. Der »Arbeitskreis Distomo« sei ursprünglich nicht als dauerhafte Einrichtung geplant gewesen. An diesem Mittwoch aber reist der Hamburger Anwalt mit dem Arbeitskreis erneut nach Distomo, zur zentralen Gedenkveranstaltung in der 4000 Einwohner zählenden Kleinstadt. Am 10. Juni 1941 brannte eine SS-Division Distomo nieder und brachte dabei 218 Zivilisten um – offiziell eine Vergeltungsmaßnahme für die Erschießung dreier deutscher Soldaten durch Partisanen.

Klingner reist jedes Jahr nach Distomo, wenn es irgendwie möglich ist. »Wir sind da auch ein bisschen in der Pflicht«, sagt er. »Die Leute nehmen uns total herzlich auf; allein, dass wir da sind, ist für sie eine Anerkennung.« Über eine Woche lang wird des Ereignisses gedacht, auf sehr verschiedene Weise, wie Klingner erzählt. Einen Demonstrationszug zur deutschen Botschaft, eine Kundgebung vor der Akropolis sowie Diskussionsveranstaltungen in Athen und Distomo gab es bereits. Der Arbeitskreis, der sich in Deutschland seit gut 15 Jahren für die Opfer und ihre Angehörigen einsetzt, war dabei.

Martin Klingner Foto: Susann Witt-Stahl

In seinem Alltag sitzt Klingner in der Kanzlei »B 49« auf St. Pauli, ein 1981 gegründetes linkes Anwaltskollektiv. An einer Längswand hängt ein Gemälde seiner Freundin, gegenüber eine Kinderzeichnung, auf der ein Strichmännchen-Messi den Ball gerade zum »5:0« in den Winkel schießt. In den Regalen häufen sich Aktenordner, viele davon mit »Distomo« beschriftet. Es geht nicht nur um Erinnerung, es geht auch um Entschädigung. »Für mich lautet die Frage: Wie glaubhaft ist das Bekenntnis der Bundesrepublik zur Aufarbeitung des Nationalsozialismus?«, erklärt der politisch engagierte Anwalt. Und: »Das bemisst sich ganz konkret daran, wie mit den Opfern und wie mit den Tätern umgegangen wird.«

Nach den geltenden Prinzipien des Völkerrechts können nur Staaten für Kriegsverbrechen entschädigt werden, keine einzelnen Personen. Aus Sicht der Bundesregierung sind diese Entschädigungen bereits geleistet. Griechische Urteile zugunsten der Opfer blieben lange folgenlos. 2008 entschied das Römische Kassationsgericht allerdings, dass Urteile aus Griechenland auch in Italien vollstreckt werden könnten – was bislang unter anderem wegen des mangelnden Engagements der griechischen Regierungen nicht geschehen ist. Eine Beschlagnahmung deutschen Vermögens in Griechenland wird von der amtierenden Linksregierung zumindest in Erwägung gezogen.

Der AK Distomo ist keine gewaltige, aber eine hartnäckige Lobbyorganisation. Er umfasst etwa zehn Personen, die längst zu Experten in internationalem Entschädigungsrecht geworden sind. »Wir haben uns viel mit NS-Themen, speziell mit Zwangsarbeit beschäftigt«, so Klingner. »Nach der Entscheidung des höchsten griechischen Gerichts im Jahr 2000, den Opfern von Distomo 28 Millionen Euro zuzusprechen, haben wir Jannis Stamoulis nach Hamburg eingeladen, der 1995 die Klage erhoben hat. Das war der große Startschuss, darüber haben sich viele politische und persönliche Kontakte gebildet.«

Klingner wurde 1962 in Kiel geboren, sein Studium führte ihn nach Hamburg. »Jura bedeutet die Chance, sich individuell für Gerechtigkeit einzusetzen, das Ganze aber auch in einen politischen Kontext zu stellen«, begründet der Fachmann für Miet- und Arbeitsrecht seine Wahl. Eine familiäre Vorprägung kam dazu: Sein Vater Klaus war Richter, ab 1971 SPD-Landtagsabgeordneter und von 1988 bis 1996 Justizminister in Schleswig-Holstein. »Ich habe ihn immer eher als Politiker erlebt, weniger als Juristen«, erzählt der Sohn: »Mich mit politischen Fragen auseinanderzusetzen, war daher eine Selbstverständlichkeit.«

Durch das Fenster seines Büros kann man das nahe gelegene Millerntor-Stadion zwar nicht sehen, aber hören, wenn der FC St. Pauli dort seine Zweitliga-Spiele bestreitet. Klingner hat seit Jahren eine Dauerkarte und zitterte im Abstiegskampf der Kiezkicker mit. Drei Siege am Stück verhalfen seinem Lieblingsklub schließlich zum Klassenerhalt. Eine Erfolgsserie, die der griechische Regierungschef Alexis Tsipras in seinen Verhandlungen mit der EU noch nicht aufweisen kann.

»Seit 20 Jahren streiten die Menschen vor Gerichten, aber Gerechtigkeit gibt es bis heute nicht.« Klingner zeigt sich auch von Präsident Alexis Tsipras »ein bisschen enttäuscht«. »Das ist kein Punkt, den man in Verhandlungen preisgeben darf.« Weit enttäuschter ist er freilich von Angela Merkel. »In der deutschen Öffentlichkeit hat sich mittlerweile einiges bewegt, aber von Regierungsseite nichts.« Die Bundeskanzlerin sollte »auf ihrer berühmten Augenhöhe« zu einer Verhandlungslösung kommen, fordert Klingner. Auf einer Pressekonferenz am Mittwoch will er diese Forderung auch öffentlich machen.

Wenn Bürger sich beschweren

Petitionsausschuss des Bundestags zog Jahresbilanz

Von Fabian Lambeck

Auch im vergangenen Jahr hatten die Mitglieder des Petitionsausschusses im Bundestag viel zu tun. Insgesamt 15 325 Eingaben habe man gezählt, betonte die Ausschussvorsitzende Kersten Steinke (LINKE) am Dienstag bei der Vorstellung des Jahresberichts 2014 in Berlin, der zuvor auch an Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) übergeben worden war. Wie in den Vorjahren betrafen die meisten Petitionen – rund 3200 – soziale Anliegen, gefolgt von Rechts- und Verbraucherfragen. Weil die 26 Mitglieder Überhänge aus dem Vorjahr abarbeiten mussten, habe man insgesamt

Auch wenn die Petition erfolglos bleibt, zwingt man die Bundesregierung in vielen Fällen zumindest zu einer Stellungnahme.

mehr als 18 000 Eingaben abschließend behandelt, so Steinke. Der Unions-Obmann im Ausschuss, Günter Baumann, rechnete vor: Zehn Prozent der Petenten habe man direkt geholfen, fünf Prozent der Eingaben seien ans Parlament geleitet worden und weiteren 28 Prozent konnte mit Informationen weitergeholfen werden.

Mehr als ein Drittel der Eingaben sind über das Online-Portal eingegangen. Nach Angaben des Ausschusses seien mittlerweile 1,8 Millionen Nutzer auf der Webseite des Petitionsausschusses registriert.

Allerdings erwächst dem Ausschuss im Internet auch neue Konkurrenz. Unabhängige Plattformen wie change.org erfreuen sich immer größerer Beliebtheit. So hatte der Aufruf »Weg mit (dem TV-Moderator) Lanz!« bei openpetition.de innerhalb weniger Tage mehr als 230 000 Unterstützer. Zum Vergleich: Die bisher erfolgreichste Petition des Ausschusses war 2010 die zur Unterstützung von Hebammen und hatte rund 186 300 Mitunterunterzeichner, wovon 105 000 aus der Netzgemeinde kamen.

Kersten Steinke unterstrich, dass Petenten nur beim Bundestag von einer »dreifachen Sicherheit« ausgehen könnten. So gebe es eine offizielle Entgegennahme, eine sorgfältige Prüfung und eine »demokratische, abschließende Entscheidung des Parlaments«. Wer mit seiner Petition das Quorum von 50 000 Unterschriften innerhalb von vier Wochen erreicht, der hat Anrecht auf eine öffentliche Verhandlung seines Anliegens. Und zumindest bei kleineren Problemen kann der Ausschuss tatsächlich helfen, wie Ausschussmitglied Baumann unterstrich. So habe man der Lebensgefährtin eines in Afghanistan getöteten Bundeswehrsoldaten per Härtefallregelung zu ihrem Geld verholfen.

Auch wenn die Petition erfolglos bleibt, zwingt man die Bundesregierung in vielen Fällen zumindest zu einer Stellungnahme. So unterstützte der Ausschuss im vergangenen Jahr eine Petition, die sich für eine gesetzliche Regelung für Radio-Identifikation-Chips einsetzte und forderte, Verkäufer zu zwingen, diese datenschutzrechtlich bedenklichen Funketiketten nach dem Kauf zu entfernen. Die RFID-Chips finden sich mittlerweile selbst in Kleidung und enthalten Informationen, die auch aus der Ferne ausgelesen werden können. Im Verfahren musste die Bundesregierung eine Stellungnahme abgeben. Gleich zwei Ministerien mussten Vertreter zum Gespräch mit dem Ausschuss schicken. Offenbar ist die Sache noch nicht ganz vom Tisch.

EU-Parlament: Gleichstellung fördern

Neue Strategie für Geschlechtergerechtigkeit in der EU gefordert

Berlin. Klarere Ziele, Aktionen und bessere Überwachung fordert das Europäische Parlament in den Bemühungen der EU zur Gleichstellung von Frauen und Männern. Mit einer Mehrheit von 341 Stimmen beschloss das Parlament am Dienstag eine Resolution für eine entsprechende neue Strategie. 281 Europaabgeordnete stimmten gegen den Initiativbericht der bayerischen Sozialdemokratin Maria Noichl, 81 enthielten sich. »Trotz aller Differenzen haben wir Abgeordneten uns auf unser Hauptziel fokussiert: endlich echte Geschlechtergerechtigkeit in Europa zu erreichen«, sagte Noichl.

Noichl wurde vor der Abstimmung von Abtreibungsgegnern angefeindet, weil in der nicht bindenden Resolution nicht nur die Gleichstellung von Frauen im Arbeitsleben, die Bekämpfung von Diskriminierung aufgrund des Geschlechts wie der Sexualität und ein Ende der Gewalt gegen Frauen verlangt wird. Das Parlament fordert die EU-Mitgliedsstaaten auch dazu auf, Dienste »in den Bereichen sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte, sichere und legale Abtreibung und Verhütung« bereitzustellen.

Dass dies nötig ist, verdeutlicht ein am Dienstag von Amnesty International veröffentlichter Bericht zur Abtreibungsgesetzgebung in Irland. Frauen und Mädchen, die sich dort für einen Schwangerschaftsabbruch entscheiden, würden wie Kriminelle behandelt, so die Menschenrechtsorganisation. Jedes Jahr seien etwa 4000 schwangere Frauen und Mädchen gezwungen, für ihre medizinische Behandlung nach Großbritannien und in andere EU-Staaten auszureisen. *kah*

Koalitionsspiele als Knobelaufgabe

In der Türkei keine schnelle Regierungsbildung / Nationalisten verkünden »rote Linie«

Bei der Parlamentswahl in der Türkei am Sonntag hat die islamisch-konservative Regierungspartei die absolute Mehrheit verloren. Die Bildung einer Koalitionsregierung könnte langwierig werden.

Von Ismail Küpeli

HDP-Unterstützerin auf einer Kundgebung am Montagabend in der Kurdenmetropole Diyarbakir Foto: AFP/Ilyas Akengin

Am Sonntag gingen über 46 Millionen türkische WählerInnen an die Wahlurnen und bescherten den Parteien ein Ergebnis, das eine schnelle Regierungsbildung schwermachen dürfte. Dabei sieht es auf den ersten Blick gar nicht so kompliziert aus: Hatte nicht die regierende Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) verloren, und die Opposition hätte gemeinsam eine Mehrheit im Parlament? So einfach ist es nicht, nicht zuletzt weil die Oppositionsparteien sehr gegensätzlich sind.

Doch zuerst die harten Fakten: Die bisherige Regierungspartei AKP verlor neun Prozent der Stimmen gegenüber den letzten Parlamentswahlen im Jahr 2011 und landete auf bei 41 Prozent. Die größte Oppositionspartei des Landes, die Republikanische Volkspartei (CHP) blieb nahezu unverändert bei 25 Prozent. Die rechtsextreme Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) konnte leicht dazulegen und errang 16 Prozent der Stimmen. Die linke und prokurdische Demokratische Partei der Völker (HDP) trat zum ersten Mal als Partei an und erhielt 13 Prozent. Weiteren Parteien versperrte die Zehn-Prozent-Wahlhürde den Weg ins Parlament.

Wenn es allein nach der Zahl der nötigen Sitze im Parlament gehen würde, wären nach diesen Ergebnissen mehrere Koalitionen denkbar, sowohl mit der Regierungspartei AKP als auch eine Koalition der bisherigen Oppositionsparteien. Aber Politik ist nicht die Addition von Abgeordnetenzahlen. Inzwischen sind über die türkischen Medien Aussagen der Parteien durchgesickert, die bestimmte Koalitionen als unrealistisch erscheinen lassen.

Eine Option, die vielfach von ausländischen JournalistInnen ins Spiel gebracht wird, scheint ausgeschlossen zu sein, nämlich eine Koalition aller Oppositionsparteien im Parlament. Eine CHP/MHP/HDP-Koalition, die sich manche Gegner der AKP wünschen, wird es wohl nicht geben. Zu unterschiedlich sind die Haltungen der rechten MHP und der linken HDP etwa bei der Frage, wie mit dem Friedensprozess zwischen der Türkei und der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) umzugehen ist. Die MHP fordert das Ende jeglicher Gespräch mit der PKK sowie ein militärisches Vorgehen gegen die »Terroristen«, wie die MHP die PKK-Kämpfer bezeichnet. Die MHP hat diesen Punkt inzwischen zu einer »roten Linie« einer Regierungsbeteiligung ihrerseits erklärt. Damit sind Variationen dieser Idee, sei es eine CHP/MHP-Koalition mit Tolerierung seitens der HDP oder eine CHP/HDP-Koalition mit MHP-Duldung, ebenfalls unrealistisch.

Damit ist es wahrscheinlich, dass die nächste Regierung unter der Führung der AKP gebildet wird. Jedoch ist bisher von der AKP wenig durchgesickert, weil alle relevanten AKP-PolitikerInnen auf ein Zeichen vom Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan warten. Doch der Staatspräsident hat sich seit der Wahl kaum geäußert, außer einer knappen schriftlichen Mitteilung, dass die Parteien jetzt eine Verantwortung für Stabilität tragen.

Das Schweigen bei der AKP macht Prognosen zu ihrem Verhalten schwierig, aber eine Koalition mit der HDP lässt sich wohl ausschließen; zumal die HDP mehrfach und deutlich jegliche Koalition mit der AKP abgelehnt hat. Die MHP, die unmittelbar nach der Wahl ebenfalls eine Absage Richtung AKP gesendet hatte, stellte inzwischen Forderungen für eine mögliche Koalition mit der AKP auf. Insbesondere die MHP-Forderung, dass die AKP ihr Projekt eines Präsidialsystems aufgeben sollte, dürfte aber für Schwierigkeiten mit dem jetzigen Staatspräsidenten Erdogan sorgen. Hier kommt es darauf an, ob die MHP diese Forderung aufrecht erhält und ob sich das Erdogan-Lager innerhalb der AKP durchsetzen kann.

Im Sinne eines gemeinsamen politischen Lagers wäre eine AKP/MHP-Koalition vorstellbar, weil die gesellschaftlichen Vorstellungen beider Parteien sich durchaus nahe sind. Weniger wahrscheinlich ist eine AKP/CHP-Koalition, nicht zuletzt weil dies für die bisherige Hauptoppositionspartei CHP das politische Aus bedeuten könnte. Die CHP hat seit 2011 kaum Anhänger gewinnen können und eine Koalition mit der bisherigen Erzfeindin AKP dürfte viele jetzige WählerInnen abschrecken.

Angesicht dieser schwierigen Koalitionsrechenspiele kommen andere Optionen ins Gespräch. So ist es inzwischen durchaus möglich, dass die 45 Tage, innerhalb deren eine Regierung gebildet werden muss, verstreichen. Die Verfassung sieht für diesen Fall Neuwahlen vor.

230 000 Tote im syrischen Krieg seit 2011

Rebellen vermelden Erfolge

Damaskus. Der vor gut vier Jahren begonnene Syrien-Konflikt hat nach Angaben von Oppositionellen mehr als 230 000 Menschen das Leben gekostet. Die in London ansässige syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte dokumentierte nach eigenen Angaben vom Dienstag mit Hilfe von Helfern im Bürgerkriegsland insgesamt 230 618 Personen, die seit den ersten Massenprotesten gegen die Regierung von Präsident Baschar al-Assad am 18. März 2011 in Daraa getötet wurden. Unter den Toten seien 11 500 Kinder.

Nicht gezählt worden seien Tausende Verschwundene. Ebenso wenig seien mehr als 9000 syrische Soldaten und andere regierungsnahe Personen in die Statistik eingeflossen, die von Dschihadisten gefangen genommen worden seien. Das gelte auch für 1500 entführte kurdische Kämpfer sowie für entführte Zivilisten.

Im Süden Syriens haben Aufständische nach eigenen Angaben einen wichtigen Armeestützpunkt erobert. Der Angriff auf den Stützpunkt der 52. Brigade der Regierungstruppen habe am Montag begonnen und sei am Dienstag erfolgreich abgeschlossen worden, sagte Befehlshaber Essam al-Rajes gegenüber AFP. Die Beobachtungsstelle für Menschenrechte sprach von 14 getöteten Rebellen und 20 toten Soldaten. An dem Angriff waren nach den Worten des Befehlshabers fast 2000 Aufständische beteiligt. Der Stützpunkt der Brigade liegt in der Provinz Dara, zehn Kilometer von der Autobahn nach Damaskus entfernt. *dpa/nd*

Meinung machen in der Petersburger Trollfabrik

Weitere Enthüllung über die Platzierung prorussischer Propaganda im Netz

Im Rahmen der Konflikte um Ost, West und die Ukraine führen die Gegner einen Propagandakrieg mit allen Tricks – auch Russland.

Von Irina Wolkowa, Moskau

Der Circle? Das Google-Hasser-Werk von Bestseller-Autor Dave Eggers ist womöglich Kindergeburtstag im Vergleich zu dem Buch, das der Russe Marat Burkchard plant. Dabei wollte der Petersburger Undercover-Journalist ursprünglich nur Material für eine Reportage sammeln, als er bei dem Online-Konzern »Agentur für Internetforschungen« anheuerte. Der Job, sagte er dem russischen Dienst des US-Auslandssenders Radio Liberty, sei der abenteuerlichste gewesen, den er je hatte.

Mehrere Monate verdiente Burkchard sein Brot bei einer Trollfabrik. So nennt man Unternehmen, die in sozialen Medien Hunderte Nutzerkonten einzig und allein anlegen, um andere Useraccounts mit Kreml-Agitprop zu fluten und in Kommentarspalten von Medien antiwestliche Hasstiraden zu entfachen. Auch den Account von Angela Merkel beim Online-Fotodienst Instagram hatten Polit-Spammer beim G7-Gipfel mit gehässigen Kommentaren unterhalb der Gürtellinie befüllt, bis das Bundespresseamt die Reißleine zog.

Den Kreml-Spam produziert eine Troll-Fabrik in Putins Heimatstadt St. Petersburg. Sie nennt sich »Agentur für Internetforschungen« und ist, wie die Anwältin einer Aussteigerin herausfand, als Baufirma ins Handelsregister eingetragen. Ihr Sitz: Ein grauer Betonwürfel am Stadtrand. Ohne Firmenschild oder Eigenwerbung, was in Russland unüblich ist. Burkchard war einer der ersten, der Medien mit Informationen aus dem Innenleben des Klotzes versorgte.

Seinen Worten nach arbeiten auf vier Etagen etwa 40 Abteilungen mit jeweils 20 Beschäftigten. Räumlich seien sie streng voneinander getrennt, Open space und Austausch mit Kollegen wie bei Google seien nicht erwünscht. Bewerber würden streng gesiebt und einer mehrstufigen Aufnahmeprüfung unterzogen.

Burkchard hatte sich beworben, weil das Wort »politisch« in einer Kleinanzeige in der Stadtteilzeitung »Moj rajon«, die nach kreativen Schreibern von Texten suchte, ihn elektrisiert hatte. Als erstes wurde ihm ein neutraler Text abverlangt: Vegane Ernährung: Pro und Kontra. Damit, sagte er, sollte offenbar »die literarische Spreu vom Weizen getrennt« werden. Nur wer bestand, wurde in der nächsten Runde »näher an den eigentlichen Aufgabenbereich herangeführt«. Von Burkchard, einem Hardcore-Liberalen, verlangte man einen Kommentar zu russischen Hilfskonvois für die Ostukraine. Den Test habe er bestanden, sei aber später bei Nachkontrollen der ideologischen Standfestigkeit mehrmals gemaßregelt worden

Da arbeitete er bereits in der Abteilung, die Diskussionsforen in der russischen Provinz mit Beiträgen befüllt und dort bereits veröffentlichte Posts kommentiert. Häufig waren es Werke von Kollegen. Damit es echt wirkt, sagte Burkchard dem Sender, habe es eine klare Rollenverteilung gegeben: Einer war der Bösewicht und attackierte die Macht, zwei Opponenten hielten dagegen. Einer mit einem passenden Bild, der andere mit einem Link, der seine – positive – Sicht bestätigt.

Jeder Kommentar musste auf 35 regionalen Foren gepostet werden, aus mindestens 200 Zeichen bestehen und fünf vorgegebene Tags – Schlagworte – enthalten. Wie die zu kommentieren sind – positiv oder negativ – sei ebenfalls vorgegeben gewesen. Während einer Schicht – jeden zweiten Tag zwölf Stunden am Stück – habe jeder Mitarbeiter mindestens 135 Kommentare posten müssen. Bei einer Nichterfüllung der Norm habe es Abzüge vom Lohn gegeben. Burkchard kam monatlich auf rund 45 000 Rubel, das sind derzeit knapp 820 Euro und erheblich mehr als der russische Durchschnittsverdienst.

In etwa so viel verdiente auch Ljudmila Sawtschuk, bis sie Ende Februar gefeuert wurde. Sie war mit Insiderwissen an die Öffentlichkeit gegangen und hatte gegen die Schweigepflicht verstoßen, zu der sie bei der Einstellung Ende Dezember verpflichtet worden war. Inzwischen klagt sie gegen ihren ehemaligen Brötchengeber. Bei dem Prozess, so ihre Anwältin, werde es nicht nur um Arbeitsrecht gehen. Mitte Juni ist der erste Verhandlungstag.

Dann werden sich auch Mainstream-Medien mit dem Thema befassen müssen. Denn das Troll-Geld soll aus einem Sonderfond des Präsidentenamtes stammen, wo man erbost darüber ist, dass im Netz auf eine positive Meldung zu Russland drei negative kommen. Die Proportionen müssten genau umgekehrt sein, findet auch die angepasste parlamentarische Opposition. Ob die Trolle noch die Trendwende stemmen? Ex-Troll Burkchard glaubt, eher nicht: Wer liest schon diesen Mist?

NACHRICHTEN

Nach Erdbeben findet Nepal Weg aus Verfassungskrise

Kathmandu. Nach dem Erdbeben in Nepal mit Tausenden Toten ziehen die zerstrittenen Politiker des Himalaya-Landes an einem Strang. In der Nacht zum Dienstag einigten sie sich auf einen Weg hin zu einer neuen Verfassung. Nepal solle in Zukunft aus acht Bundesstaaten bestehen, sagte Chinikaji Shrestha von der regierenden Kongresspartei. Das Parlament solle über eine Mischung aus Listen und Direktkandidaten gewählt werden. Auch wurde geregelt, wie Regierungschef und Präsident gewählt werden. Nepal war über Jahrhunderte eine Monarchie gewesen. Ab 1996 führten Maoisten einen bewaffneten Kampf gegen die Herrscher und stürzten sie. *dpa/nd*

Polizisten töten in Indien maoistische Rebellen

Delhi. Polizisten in Indien haben maoistischen Rebellen aufgelauert und mindestens zwölf Aufständische getötet. Die Polizei sprach von einem »bedeutenden Erfolg« im Kampf gegen die Aufständischen. Die Maoisten lehnen die parlamentarische Demokratie ab und kämpfen nach eigener Bekundung für die arme Landbevölkerung. Seit den 60er Jahren gab es bei Kämpfen Tausende Tote. *dpa/nd*

Tunesien arbeitet Diktaturverbrechen auf

Tunis. Mehr als vier Jahre nach der Jasminrevolution arbeiten die Tunesier die Menschenrechtsverstöße öffentlich auf. Die Präsidentin der Kommission für Wahrheit und Würde, Sihem Ben Sedrine, kündigte in Tunis an, dass die Anhörungen in den kommenden Wochen beginnen werden. Bislang habe das Gremium 13 000 Fälle gesammelt. Untersucht werden Verbrechen von 1955 an, ein Jahr vor der Unabhängigkeit Tunesiens von Frankreich. Es geht um Menschenrechtsverstöße unter den Kolonialherrschern, dem Staatsgründer Habib Bourguiba und dessen Nachfolgers Zine el Abidine Ben Ali. *dpa/nd*

Rumäniens Premier behält Immunität

Bukarest. Trotz der gegen ihn laufenden Ermittlungen behält Rumäniens sozialistischer Ministerpräsident Victor Ponta seine parlamentarische Immunität. Am Dienstag lehnte das Abgeordnetenhaus in Bukarest einen Antrag der Staatsanwaltschaft auf Aufhebung der Immunität Pontas ab. Die Abteilung für Korruptionsbekämpfung der Staatsanwaltschaft wirft Ponta Geldwäsche und Beihilfe zur Steuerhinterziehung vor. *dpa/nd*

ANZEIGE

Mähmaschine und Häcksler

Rund 10 000 Euro Spenden sind bereits eingegangen!

An unserer Sonderspendenaktion haben sich schon viele Kubafreund/-innen beteiligt. Herzlichen Dank dafür! Die für den Kauf einer Mähmaschine und eines Häckslers notwendigen 30 000 Euro wollen wir bis zum Sommer erreichen. Diese beiden landwirtschaftlichen Geräte sollen in unserem Projekt in Mayabeque eingesetzt werden, um die dort angebauten Futterpflanzen für unsere nachhaltige Milchproduktion zu verwenden.

Bitte unterstützen Sie unsere Sonderspendenaktion!

Sonderspendenkonto beim PV DIE LINKE/Cuba Sí: BIC: BELADEBEXXX, IBAN: DE 06 1005 0000 0013 2222 10, Stichwort: Milch für Kubas Kinder/Häcksler

Cuba sí

AG in der Partei DIE LINKE

Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: (030) 24 009-455, -456
E-Mail: berlin@cuba-si.org
Internet: www.cuba-si.org

*

NACHRICHTEN

UN-Vermittler drängt Libyens Konfliktparteien zu Friedenslösung

Skhirat. Zu Beginn einer neuen Runde von Friedensgesprächen hat UN-Vermittler Bernardino León die politischen Akteure in Libyen zur Einigung aufgerufen. »Vor euch liegt die einzigartige Chance, euer Land vor einem langwierigen Konflikt und einem endlosen Teufelskreis der Gewalt zu bewahren«, sagte León am Montag in der marokkanischen Ortschaft Skhirat. In Marokko beraten die Vertreter der rivalisierenden Parlamente in Tobruk und in Tripolis. Der UN-Vermittler hofft auf eine Einigung noch vor dem Fastenmonat Ramadan, der um den 17. Juni beginnt. *dpa/nd*

Europarat kritisiert Rassismus in Ungarn

Straßburg/Budapest. Der Europarat hat Ungarn wegen seines Umgangs mit Flüchtlingen und Roma kritisiert. Zugleich tadelte der Ausschuss gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) eine in Ungarn gängige öffentliche rassistische Hetze. Dies geht aus einem Bericht hervor, den der Europarat am Dienstag veröffentlicht hat.

Etwa 22 Prozent der Asylsuchenden lebten in Ungarn in geschlossenen Lagern unter harten Bedingungen und würden von den Bewachern misshandelt, heißt es. Zudem hätten sie kaum Zugang zu Rechtsanwälten und Hilfsorganisationen. Zu viele Romakinder würden im Schulunterricht diskriminiert, schrieb ECRI. Ungarns Regierung wies die Vorwürfe zurück. *dpa/nd*

Regierungspartei bleibt in Mexiko vorn

Mexiko-Stadt. Trotz leichter Verluste hat die Partei der Institutionalisierten Revolution, die in Mexiko regiert die Parlaments- und Regionalwahlen gewonnen. Die Partei von Präsident Enrique Peña Nieto kam bei der Wahl zur Abgeordnetenkammer auf rund 29 Prozent, wie das Wahlamt am Montagabend nach der Auszählung fast aller Stimmen mitteilte. Die konservative Partei der Nationalen Aktion kam auf 20 Prozent. Große Verliererin der Wahl ist die linke Partei der Demokratischen Revolution mit rund zehn Prozent. Sie musste vor allem Stimmen an die neue Partei Morena ihres zweimaligen Präsidentschaftskandidaten Andrés Manuel López Obrador abgeben (etwa acht Prozent). *dpa/nd*

Afrikanische Union gegen den Terror

In Johannesburg drohen das Jahr der Frauen und der Entwicklungsplan bis 2063 in den Hintergrund zu geraten

Die Probleme bleiben, doch der Boykott blieb aus. Afrikas Regierende treffen sich vom 10. bis 12. Juni in Johannesburg zum Gipfel der Afrikanischen Union.

Von Armin Osmanovic, Johannesburg

13 Todesopfer forderte ein Selbstmordattentat auf den Markt im nigerianischen Maiduguri Anfang Juni. Foto: AFP

Der Gastgeber dürfte erleichtert sein, niemand hat bislang seine Teilnahme am Gipfel der Afrikanischen Union (AU) abgesagt. Wegen der fremdenfeindlichen Ausschreitungen im April in Südafrika, bei denen mehrere Afrikaner von Südafrikanern getötet wurden und Tausende Migranten aus Angst das Land verließen, war ein Boykott durch mehrere afrikanische Länder befürchtet worden. Südafrikas Präsident Zuma war nach den Übergriffen nach Mosambik gereist. Vor allem dort war man angesichts der brutalen Gewalt im Nachbarland aufgebracht, der auch Mosambiker zum Opfer gefallen waren.

Als einziger Machthaber dürfte Sudans Präsident Umar al-Baschir fehlen. Gegen ihn gibt es seit geraumer Zeit einen Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Darfur. Dort tobt seit Jahren ein Krieg, der kürzlich wieder aufgeflammt ist. Südafrika zählt zu den Unterzeichnern des Statuts des Internationalen Gerichtshofes und ist daher gehalten, al-Baschir festzunehmen. Viele afrikanische Regierungen kritisieren allerdings den Gerichtshof, weil er unter Hinweis auf die zahlreichen Kriege und Konflikte, ein Übermaß an Fällen in Afrika verhandelte.

Konflikte, Krieg und Terror werden auch diesen AU-Gipfel bestimmen. Vor allem soll die Lage in Burundi debattiert werden. Dort will der Präsident nicht von der Macht lassen. Nach zwei Amtszeiten will Pierre Nkurunziza erneut antreten. Teile der Armee hatten gegen ihn geputscht, doch der Aufstand scheiterte. Die Opposition läuft weiter Sturm gegen Nkurunziza. Bislang sind in dem kleinen ostafrikanischen Land schon über 40 Menschen ums Leben gekommen.

Nigerias Kampf gegen den islamistischen Aufstand von Boko Haram wird den Gipfel ebenfalls beschäftigen. Nigerias neuer Präsident, Ex-General Muhammadu Buhari, hat mit dem Versprechen die Wahl gewonnen, den Terror von Boko Haram zu beenden. In Afrikas bevölkerungsreichstem und wirtschaftlich stärkstem Land tobt seit Jahren Krieg.

Die Dschihadisten von Boko Haram haben große Teile Nigerias unter ihre Kontrolle gebracht Bei den Anschlägen und Kämpfen von Boko Haram sind seit 2009 über 15 000 Menschen ums Leben gekommen. Viele der von den Terrorkriegern in Chibok in 2014 entführten Mädchen sind noch immer in ihrer Gewalt.

Das Militär, dem selber schwere Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden, hat sich als unfähig erwiesen, dem Terror ein Ende zu machen. Seit Anfang des Jahres kämpfen auch Soldaten aus Tschad, Kamerun und Niger gegen die Terrorgruppe Boko Haram, die auch über Kontakte zum Islamischen Staat (IS) verfügt. Im März hatte der Anführer von Boko Haram, Abubakar Shekau, seine Verbundenheit mit dem IS bekundet. Der mit äußerster Brutalität vorgehende IS hat in dem von ihm kontrollierten Gebieten im Irak und Syrien das Kalifat ausgerufen. Boko Haram erwartet von der Verbindung mit dem IS neue Attraktivität und weiteren Zulauf von Extremisten.

In vielen afrikanischen Staaten leben islamische Gläubige. Dazu zählt auch Somalia. Hier operieren seit Jahren die Dschihadisten von al shabaab. Ihre Anschläge in Somalia und Kenia werden auch den AU-Gipfel beschäftigen. Anfang April hatte die Terrorgruppe 150 Studenten in Kenias Norden abgeschlachtet.

Seit 1991 Somalias Diktator Siad Barre gestürzt wurde, befindet sich das Land am Horn von Afrika im Bürgerkrieg. Kenia hatte 2011 Soldaten ins Nachbarland entsandt. Al shabaab will mit den Anschlägen in Kenia deren Abzug erzwingen, um Somalia unter Kontrolle zu bringen. Der Islamische Staat versucht offenbar, auch mit al shabaab in Kontakt zu treten. Bislang haben die somalischen Islamisten sich aber noch nicht dem Kommando des IS unterstellt, wie dies Boko Haram tat.

Angesichts dieser und weiterer Konflikte in Afrika, etwa im westafrikanischen Mali oder im nordafrikanischen Libyen, wo Dschihadisten mit lokalen Banden und Drogenhändlern gemeinsam operieren und auch Anschläge verüben, droht das eigentliche Gipfelthema »Jahr der Frauen und der afrikanische Entwicklungsplan bis 2063« in den Hintergrund zu treten.

Flüchtlinge unerwünscht

Bulgarien gegen Quoten der EU / Widerstand aus Italiens reichem Norden

Die Zahl übers Mittelmeer in EU-Mittelmeerländer geflüchteter Menschen steigt an. Die EU-Kommission möchte sie auch auf andere Mitgliedsländer verteilen.

Sofia. Bulgarien möchte weniger Flüchtlinge aufnehmen, als von der EU vorgesehen. Die Quoten sollten für Länder, die an der EU-Außengrenze erste Anlaufstelle für Migranten sind, bedeutend geringer ausfallen, teilte die bulgarische Regierung am Montag in Sofia mit.

Die EU-Kommission will innerhalb von zwei Jahren insgesamt 40000 Flüchtlinge von Griechenland und Italien per Quote auf andere EU-Staaten umverteilen. Bulgarien soll nach diesen Plänen 788 Flüchtlinge aus Krisengebieten aufnehmen.

Italiens Innenminister Angelino Alfano hat die Äußerungen von Vertretern norditalienischer Regionen zu Flüchtlingen scharf kritisiert. Die Haltung einiger Regionen sei »zutiefst ungerecht«, besonders gegenüber dem Süden, sagte Alfano am Montag in Rom. Er reagierte damit auf Äußerungen der Präsidenten von Ligurien, der Lombardei und Venetien vom Wochenende. Diese hatten verkündet, keine Flüchtlinge mehr aufnehmen zu wollen und auf die damit verbundenen sozialen Spannungen verwiesen. Alfano würdigte die ärmeren südlichen Regionen für ihre Arbeit. Die Lombardei, die reichste Region Italiens, beherbergt derzeit neun Prozent der Flüchtlinge im Land. In Venetien sind vier und in Ligurien zwei Prozent untergebracht. Sizilien hingegen kümmert sich derzeit um 22 Prozent der in Italien ankommenden Asylsuchenden.

Rund 102 000 Menschen sollen seit Jahresbeginn laut der Internationale Organisation für Migration in Genf in Booten über das Mittelmeer nach Europa geflohen sein. *dpa/nd*

Kairo gnadenlos

Todesurteile in Ägyptens Fußballprozess bestätigt

Das »Todesspiel« von Port Said ging als der schwerste Ausbruch von Gewalt in Ägyptens Fußballgeschichte ein. 74 Menschen starben bei den Ausschreitungen 2012. Elf Personen sollen dafür gehängt werden.

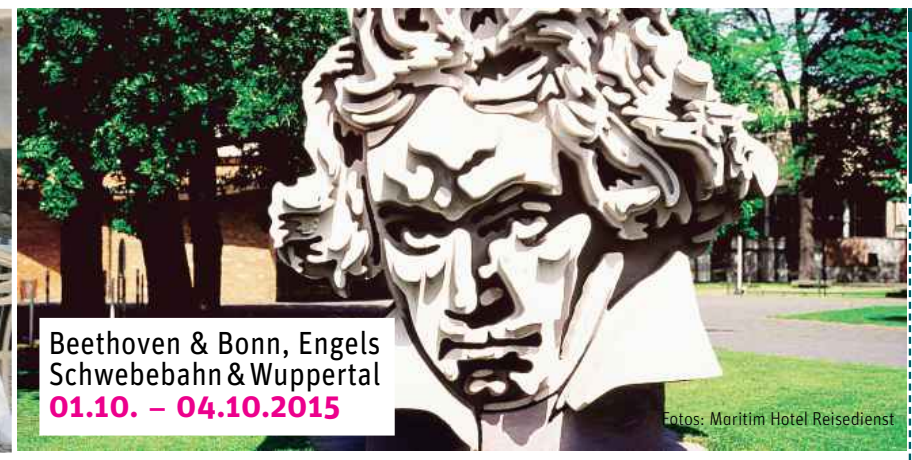
Kairo. Ein ägyptisches Gericht hat am Dienstag die Todesurteile gegen elf Beteiligte an Ausschreitungen während eines Fußballspiels bestätigt. Sie sollen an den blutigsten Fan-Krawallen in der Geschichte des Landes beteiligt gewesen sein. Im Februar 2012 waren im Stadion der Hafenstadt Port Said 74 Menschen ums Leben gekommen, als in einer politisch aufgeheizten Atmosphäre Fans des örtlichen Vereins Al-Masri nach dem Abpfiff brutal auf Anhänger des Kairoer Clubs Al-Ahli losgegangen waren. Nach Berücksichtigung der Meinung des Muftis, der höchsten staatlichen Glaubensautorität im Land, bestätigten die Richter am Dienstag ihre Entscheidung vom 19. April. Gegen die Urteile kann Berufung eingelegt werden.

Die Zusammenstöße fielen in eine Zeit politischer Spannungen – ein Jahr nach dem Sturz von Präsident Hosni Mubarak. Die Fans von Al-Ahli galten als Speerspitze der erfolgreichen Rebellion gegen ihn. *dpa/nd*

ANZEIGE

TAUNUS, EIFEL, AHR & WUPPER

Taunus: Goethe, Römer, Mainz & Hessen
12.08. – 16.08.2015



Beethoven & Bonn, Engels Schwebebahn & Wuppertal
01.10. – 04.10.2015

Fotos: Maritim Hotel Reisedienst

1. Tag Stadtrundgang Kurort Bad Homburg mit Innenbesichtigung Landgrafenschloss.
2. Tag Führung Freilichtmuseum Hessenpark (ca. 100 Gebäude) und durch die Saalburg (weltweit einziges rekonstruiertes Römerkastell). Abendessen in antiker Taberna (Nachbau).
3. Tag Stadtbesichtigung Frankfurt (M.) mit Goethe-Museum, Römerberg und Mainschifffahrt.
4. Tag Stadtführung Mainz mit Dom, Gutenberg-Museum und St. Stephan Kirche (Fenster von Marc Chagall). Kutschfahrt über den Rheinhöhenweg, Weinprobe, Stärkung mit Mainzer Nationalgericht »Weck, Worscht un Woi«. Am Abend Besuch der traditionsreichen Spielbank in Bad Homburg.
5. Tag Heimreise.

Eingeschlossene Leistungen
✓ Fahrt im komfortablen Reisebus ab/bis Berlin
✓ 3 x Ü/F im Maritim Hotel Bad Homburg
✓ Apfelwein-Empfang
✓ 1 x Hessisches Buffet im Hotelrestaurant
✓ 1 x Abendessen in römischer Taberna
✓ Spaziergang Bad Homburg und Landgrafenschloss
✓ Besuch Hessenpark mit Mundart-Führung
✓ Führung durch das Römerkastell Saalburg mit Aperitif
✓ Tagesausflug nach Frankfurt (M.) mit Auffahrt Main-Tower, Führung Goethe-Haus, Spaziergang Römerberg und Schifffahrt
✓ Tagesausflug nach Mainz mit Stadtrundgang
✓ Kutschfahrt durch die Weinberge und »Weck, Worscht un Woi«
✓ Besuch/Führung in Spielbank Bad Homburg
✓ nd-Reisebegleitung Irene Kohlmetz
✓ Nutzung von Schwimmbad, Sauna und Dampfbad im Hotel

1. Tag Rundgang in Bonn »Auf den Spuren Beethovens«.
2. Tag Stadtrundfahrt mit Poppelsdorfer Schloss, Museumsmeile und Kanzlerbungalow. Am Abend fak. Beethoven-Konzert auf historischen Instrumenten (»anima eterna«, Leitung Jos van Immerseet, PK 2 € 38,–).
3. Tag Besuch von Kloster Maria Laach und Fahrt ins Ahrtal mit Kellerführung, Fassweinverkostung und rustikaler Winzervesper. Besichtigung der Römervilla (Villa Rustica).
4. Tag Heimreise. Stopp in Wuppertal. Fahrt im historischen Kaiserwagen der Schwebebahn mit Stadt- und Industriegeschichte, dargeboten von der munteren Schaffnerin. Danach Besuch des Engels-Hauses, heute Museum für Frühindustrialisierung.

Eingeschlossene Leistungen
✓ Fahrt im komfortablen Reisebus ab/bis Berlin
✓ 3 x Ü/F im Maritim Hotel Bonn
✓ Kölsch-Empfang im Hotel 1 x Konzertteller im Hotel
✓ »Beethoven«-Spaziergang mit Beethoven-Haus und Abendessen in einem Traditionsgasthaus
✓ Stadtrundfahrt ehemaliges Regierungsviertel und Kanzlerbungalow
✓ Tagesausflug Abtei Maria Laach mit gregorianischen Mönchsgesängen, Weingutsbesuch mit Mittagsimbiss und Führung Römervilla
✓ Fahrt im Kaiserwagen der Wuppertaler Schwebebahn mit Imbiss
✓ Besuch Engels-Haus/»Historisches Zentrum«
✓ nd-Reisebegleitung Irene Kohlmetz
✓ Nutzung von Schwimmbad, Sauna und Fitnessraum

Information und Buchung:
nd-Leserreisen, Herr Diekert
030/2978-1620

Kultur & Genuss sowie Zeit-, Industrie- und alte Geschichte

ND-LESERREISE ANMELDUNG

☐ Ich interessiere mich für die nd-Leserreise ○ **»Taunus«** (p.P. im DZ € 584,–, EZZ € 78,–) ○ **»Beethoven & Bonn«** (p.P. im DZ € 459,–, EZZ € 48,–) und bitte um unverbindliche Zusendung ausführlicher Informationen und der ABGs des Veranstalters.

☐ Hiermit melde ich mich für die nd-Leserreise ○ **»Taunus«** und/oder ○ **»Beethoven & Bonn«** mit ____Personen an. Bitte senden Sie mir Rechnung und Buchungsbestätigung zu.

Gewünschte Unterbringung: ☐ DZ ☐ EZ

Versicherung: ☐ Reiserücktrittskostenvers. ☐ Kompl. (RR, KV, Haftpfl., Gepäck)

Name, Vorname — Geburtsdatum (fak. Angabe)

Name, Vorname — Geburtsdatum (fak. Angabe)

Anschrift

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort — Tel.-Nr. (für evtl. Rückfragen)

✘ Datum, Unterschrift

Coupon bitte einsenden: nd-Leserreisen, F.-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin oder Fax: 030/2978-1650 • leserreisen@nd-online.de • www.neues-deutschland.de/leserreisen

Veranstalter: Freizeitreisen KG, Berlin

neues deutschland SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

*

MEINE SICHT

Umlenken

Bernd Kammer über Gerechtigkeit für den Radverkehr

Für Berlin zeigt die Kurve derzeit nach unten, jedenfalls, was die Rankings in Sachen Fahrrad-Freundlichkeit betrifft. Rutschte die Stadt kürzlich beim Klimatest des Radlerverbandes ADFC vom 24. auf den 30. Platz unter 39 Städten ab, so landete sie jetzt beim sogenannten Copenhagenize Index, der die großen Städte dieser Welt untersucht, auf Platz zwölf. 2011 war es noch der fünfte Platz.

Immerhin liegt Berlin damit noch vor allen anderen deutschen Großstädten, aber die Bewertung der dänischen Fahrradlobbyisten klingt trotzdem wenig schmeichelhaft: »Die Stadt beharrt noch immer darauf, in altmodische Auto-Infrastruktur zu investieren.« Gut erkannt, die Stadtautobahn A 100 etwa verschlingt schlappe 500 Millionen Euro, die Piste von Marzahn nach Treptow (Ost-Tangente) 100 Millionen. Für den Radverkehr dagegen stehen derzeit lediglich sechs Millionen Euro zur Verfügung, von denen ein Großteil nicht ausgegeben werden kann – weil in den Ämtern das Personal fehlt.

Dabei beträgt der Anteil des Autos am Gesamtverkehr nur noch 30 Prozent, während der des Fahrrads bei 15 liegt, angepeilt werden 20 Prozent. Für die Radler stehen jedoch nur drei Prozent der Verkehrsfläche zur Verfügung, für Autos 58 Prozent, davon 19 zum Parken. Es wäre also nur gerecht, den Straßenraum umzuverteilen, wie auch die finanziellen und personellen Ressourcen. Derzeit gibt der Senat für den Radverkehr jährlich etwa vier Euro pro Einwohner aus, selbst gestecktes Ziel sind allerdings fünf, der Bund fordert mindestens zehn Euro. Für einen Bruchteil des Auto-Geldes könnte die Stadt ihr Rad-Infrastruktur modernisieren, heißt es aus Kopenhagen.

»Die Frustration ist sehr hoch«

Verband fordert mehr Geld und Personal für den Radverkehr in Berlin

In den vergangenen zehn Jahren hat sich die Zahl der Radler in Berlin etwa verdoppelt. Die finanziellen Aufwendungen des Senats für den Radverkehr haben damit nicht Schritt gehalten, sagt der ADFC.

Von Josephine Schulz

Eine Hauptstraße auch für Radfahrer: die Schönhauser Allee. Foto: imago/Schöning

Als »Fahrradstadt« inszeniert sich Berlin bei Touristen und Bewohnern. Wer von diesem Ziel wenig mitbekommt, sind die Radfahrer. Sie leben in der Hauptstadt gefährlich. An Kreuzungen sind sie für abbiegende Autos unsichtbar, auf mehrspurigen Straßen fehlen Radwege. Wo es solche gibt, werden sie von parkenden Autos blockiert. Und soll das Rad abgestellt werden, beginnt die Suche nach einer geeigneten Laterne, an der noch nicht drei andere Fahrräder hängen.

Dabei hat der Senat schon vor zwei Jahren die Radverkehrsstrategie beschlossen. Mehr Geld, mehr Personal und bessere Infrastruktur versprach die Politik den Zweiradfahrern. Denn die sind zahlenmäßig auf dem Vormarsch. 15 Prozent der Wege werden in Berlin mit den Rad zurückgelegt – Tendenz steigend.

Große Worte, nichts dahinter, beklagt nun der Allgemeine Deutsche Fahrradclub (ADFC) und fordert: »Handeln statt Schönreden«. Eva-Maria Scheel, Landesvorsitzende des ADFC sagt: »Die Frustration bei den Radfahrern ist sehr hoch. Denn bei der Umsetzung der Strategie hapert es gewaltig«. Dass auf den Straßen in Sachen Fahrradfreundlichkeit Stillstand herrscht, hat einen einfachen Grund: Es fehlt das Geld. Fünf Euro pro Einwohner im Jahr sollten laut Radverkehrsstrategie investiert werden. Der ADFC will noch mehr. »Radverkehr ist günstig, aber kostenlos nicht zu haben«, meint Vorstandsmitglied Bernd Zanke. »Über 300 Millionen Euro werden jährlich für den Bau und Erhalt von Straßen ausgegeben. Eigentlich müsste die finanzielle Aufwendung für den Radverkehr proportional zu dessen Anteil an der gesamten Mobilität sein.«

Von solchen Summen ist die Hauptstadt weit entfernt. Sechs Millionen Euro hat der Senat im vergangenen Jahr für den Radverkehr bereitgestellt. Genutzt wurde davon laut ADFC nur knapp die Hälfte. Denn die Bezirke rufen das Geld nicht ab. Der Grund: Personalmangel.

Das Versagen bei der Umsetzung der Radverkehrsstrategie kam Ende Mai auch im Abgeordnetenhaus auf den Tisch. »Fahrradverkehr in Berlin – null Punkte für den Senat«, hieß das Thema, das auf Antrag der Piratenfraktion debattiert wurde. Deren verkehrspolitischer Sprecher Andreas Baum beschreibt die Situation als desaströs. »Vor zwei Jahren hat der Senat seine ehrgeizige Radverkehrsstrategie beschlossen. Doch schon beim wichtigsten Punkt ist nichts passiert: Elf von zwölf Bezirken verfügen über kein für die Radverkehrsplanung qualifiziertes Personal«. Und Harald Wolf (LINKE) findet: »Wir haben kein Erkenntnisdefizit, sondern ein Finanzierungs-, Umsetzungs- und Kontrolldefizit.«

In Punkto Personalmangel sind sich Opposition und ADFC einig. Der Fahrradclub fordert zehn zusätzliche Stellen in der Senatsverwaltung. Zudem ist in den Bezirken je eine Ingenieurstelle einzurichten, mindestens zehn Ordnungskräfte sollten den Radverkehr überwachen. Insgesamt wären das 132 Stellen in den Bezirken. »Das hört sich erstmal verrückt an«, sagt Zanke. Diesen Zahlen seien aber keine Neuerfindung vom Fahrradclub, sondern würden in der Radverkehrsstrategie bereits drinstehen. Geld ist allerdings nicht das einzige Problem. »Die Behörden sind zu vielfältig. Jeder muss immer jeden fragen und am Ende ist niemand zuständig«, meint Zanke. Und auch Scheel fordert: »Radverkehr muss Chefsache werden«. Es gehe um die grundsätzliche Frage, wie man sich das Leben und die Mobilität in einer Großstadt vorstelle. Das Fahrrad sei der Schlüssel zu einer lebenswerteren und gesünderen Stadt.

In den letzten zwei Jahren hat die Politik viel geredet und wenig gemacht. Aber der ADFC hat Hoffnung. »Wir wissen ja, dass im nächsten Jahr Wahlen sind«, so Zanke.

Die Stadtentwicklungsverwaltung wies die Vorwürfe zurück. Viele der ADFC-Forderungen seien längst Teil der alltäglichen Arbeit, um die Radverkehrsstrategie umzusetzen.

Referendarin darf Kopftuch tragen

Im Fall einer Kopftuch-tragenden Rechtsreferendarin hat das Bezirksamt Neukölln der Einstellung der Muslima unter Einschränkungen zugestimmt.

Die angehende Juristin Betül Ulusoy könne ihre Ausbildungsstation im Rechtsamt Neukölln antreten, teilte das Bezirksamt am Dienstag in Berlin mit. Sollte sie allerdings in dieser Zeit ein Kopftuch tragen, dürfe sie »keine hoheitlichen Aufgaben mit Außenwirkung« übernehmen. Damit folge das Bezirksamt einer Vorgabe des Kammergerichtes als Ausbildungsbehörde für Rechtsreferendare zum Umgang mit dem Tragen religiöser Symbole.

Zugleich forderte das Bezirksamt den Berliner Senat auf, in der Frage einer möglichen Neuregelung des Berliner Neutralitätsgesetzes nach dem letzten Kopftuch-Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes eine Grundsatzentscheidung für alle Verwaltungen zu treffen. Der Fall der muslimischen Rechtsreferendarin Ulusoy hatte in den vergangenen Tagen für Wirbel gesorgt. Die 26-Jährige hatte öffentlich gemacht, ihr sei im Bezirksamt Neukölln ein telefonisch zunächst zugesagter Referendariatsplatz verweigert worden, nachdem sie sich persönlich vorgestellt habe. Dieser Darstellung widersprach das Bezirksamt. Vielmehr sei bei dem Gespräch unter Berufung auf zwei Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes mitgeteilt worden, dass wegen ihres Kopftuches ihre Einsatzmöglichkeiten und Einsatzorte als Rechtsreferendarin erst geprüft werden müssten.

Der Berliner Staatsrechtler Christian Pestalozza sprach von einem Einzelfall, »den man locker angehen« sollte und falls notwendig flexibel auf der Grundlage des Berliner Neutralitätsgesetzes entscheiden könne. Pestalozza sagte am Dienstag dem rbb-Inforadio, der jungen Muslimin könne der Referendariatsplatz nur verwehrt werden, wenn das Neutralitätsgesetz dies erlaube. Aber selbst wenn die Rechtsreferendarin hoheitlich tätig werde, lasse das Neutralitätsgesetz für die Zeit der Ausbildung Ausnahmen vom Kopftuchverbot zu, sagte der emeritierte Jura-Professor. Dabei verwies der Staatsrechtler auf den jüngsten Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes zum Kopftuchtragen im öffentlichen Dienst. Danach ist für ein Verbot eine konkrete Gefährdung des öffentlichen Friedens nötig. Wenn diese nicht festzustellen sei, müsse die konkrete Ausnahme getroffen werden. *epd/nd*

Atze vor dem Aus?

Kultursenat will trotz offensichtlicher Streitigkeiten mit Theaterchef den Betrieb sichern / Piraten wollen Freigabe von City Tax-Geldern prüfen

Unbesetzte Stellen, fehlende Pädagogen, Mehrkosten wegen verpflichtender Versicherung: Leitung und Ensemble des Musiktheaters Atze befürchten eine Insolvenz noch im Winter 2015.

Von Sarah Liebigt

»Wenn nichts passiert, ist das Atze zum Ende des Jahres pleite«, erklärt Geschäftsführer Thomas Sutter. Grund für diese düsteren Worte ist u.a. ein Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtes. Sutter hatte vor selbigem gegen eine verpflichtende Sozialversicherung seiner Schauspieler bei der Bayerischen Versorgungskammer (BVK) geklagt – und verloren. Seiner Ansicht nach sind die Atze-Mitarbeiter nicht als »abhängig beschäftigt« zu sehen, d.h. sie sind nicht weisungsgebunden. Das Gericht ist anderer Ansicht und fällte ein Pauschalureil: Wenn nur ein/e Schauspieler/in seinen oder ihren Lebensunterhalt überwiegend am Atze verdient, müssen mit sofortiger Wirkung alle freien Mitarbeiter des Atze-Ensembles sozialversicherungspflichtig beschäftigt werden. Damit die Schauspieler trotzdem die selben Löhne erhalten, kommen laut Geschäftsführung auf das Atze Mehrkosten von rund 240 000 Euro pro Jahr zu.

Thomas Sutter wandte sich daraufhin mit der Bitte an den Senat, die Förderung zu erhöhen. Ein Gespräch Ende Mai mit dem zuständigen Abteilungsleiter in der Kulturverwaltung, Konrad Schmidt-Werther, fasst Sutter zusammen: »Die Senatskulturverwaltung sieht überhaupt keinen Grund, irgendetwas für Atze zu tun. Weder für 2015, noch für den Doppelhaushalt.«

Die Fronten scheinen verhärtet: »Wir haben ungeachtet der befremdlichen Form, in der Herr Sutter interne Gespräche in sehr tendenziöser und sachlich unrichtiger Weise öffentlich macht, Interesse an einer konstruktiven Lösung der aktuellen Probleme des Atze Musiktheaters und bieten dazu unsere Unterstützung an«, sagte Kulturstaatssekretär Tim Renner auf Nachfrage des »nd«. »Die Schwierigkeiten, in die das Atze Musiktheater durch das Urteil der bayerischen Versorgungskammer geraten ist, können wie auch daraus abzuleitende Maßnahmen erst dann seriös geprüft werden, wenn dieses vorliegt.«

Renner bekräftigte, die Senatskulturverwaltung habe großes Interesse an der Fortsetzung der wichtigen Theaterarbeit durch das Atze, könne und wolle aber die Geschäftsführung nicht aus ihrer unternehmerischen Verantwortung entlassen.

»Das Atze wird im nächsten Jahr 30 Jahre alt«, so der Geschäftsführer. Die Geschichte des Theaters sei immer eine »an der Kante« gewesen. Nun stünde das Musiktheater vor dem Aus. Sutter vergleicht das Atze mit Kinder- und Jugendtheatern wie dem Grips oder dem Theater an der Parkaue. Jene Häuser werden mit Beträgen in Millionenhöhe gefördert.

Foto: imago/Schöning

Genau dieser Vergleich ist es, den manche Vertreter der Berliner Kulturlandschaft Sutter übel nehmen. »Ich meine schon, dass der Senat den Zuschuss erhöhen muss«, sagt Wolfgang Brauer, kulturpolitischer Sprecher der Linksfraktion, dem »nd«. Wenn das Land Berlin sich wünsche, dass das Atze bleibt, dann müsse es dafür sorgen, dass das Theater hinreichend gefördert wird. Sutters Vergleich mit Grips und Parkaue hält er indes für nicht passend.

Der kulturpolitische Sprecher der Piratenfraktion, Philip Magalski, hatte sich unlängst mit Sutter getroffen. Auf nd-Nachfrage verwies Magalski auf einen möglichen »Feuerwehrtopf«. »Gerade sind 1,6 Millionen Euro aus den City Tax-Einnahmen freigegeben worden für kulturelle Zwecke.« Der Senat müsse dringend prüfen, ob daraus Mittel für das Atze verwendet werden können, so Magalski. Vielleicht sei das ein Glücksfall, dass die Mittel gerade jetzt frei gegeben wurden. »Wenn Atze weg ist, ist Atze weg. «

Thomas Sutter selbst bat in einem Schreiben an den Haupt- sowie den Kulturausschuss, ebenfalls darum, zu prüfen, ob »durch die Freigabe der City Tax-Gelder etwas für das Atze getan werden kann«.

ANZEIGE

Harald Kretzschmar
FÜNF JAHRZEHNTE SATIRISCHER ZEITZEICHNER

Vernissage am Donnerstag, 11. Juni 2015, 19 Uhr
im Rosa-Luxemburg-Saal und KIZ
Sie sind herzlich eingeladen!

Begrüßung: Katja Kipping
Verlautendes: Prof. Dr. Karl-Friedrich Wessel u. Klaus-Detlef Haas
Nachklingendes: Manfred Maurenbrecher

Vorstand der Partei DIE LINKE, DAS ANTIEISZEITKOMITEE Karl-Liebknecht-Haus am Rosa-Luxemburg-Platz, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Die Ausstellung ist im Rosa-Luxemburg-Saal und KIZ (Kommunikations- und Informationszentrum) bis 30. September 2015 werktags vom 9 bis 17 Uhr und bei allen öffentlichen Veranstaltungen zu sehen.

ANZEIGE

Befreiung und Befreier

sowjetische Kriegsgefangene im deutschen Bewusstsein

Fachgespräch am Mittwoch, **17. Juni 2015,** 17–20 Uhr, Reichstagsgebäude, Eingang West, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit den MdB ***Jan Korte*** und ***Ulla Jelpke*** sowie ***Hannes Heer*** (Leiter der Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944«); ***Günter Saathoff*** (Vorstand der Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft EVZ), ***Dr. Jörg Morré,*** Direktor des deutsch-russischen Museums Berlin-Karlshorst

Anmeldung dringend erforderlich.

Weitere Informationen und Anmeldung unter www.linksfraktion.de/termine

DIE LINKE. IM BUNDESTAG

V.i.S.d.P. Sahra Wagenknecht, Dietmar Bartsch

NACHRICHTEN

Neuer Staatssekretär Hardliner in Asylpolitik

Potsdam. Der 39-jährige Matthias Kahl tritt an diesem Mittwoch die Nachfolge des umstrittenen Innenstaatssekretärs Arne Feuring an. Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) überreichte dem bisherigen Fachbereichsleiter für Soziales in der Kreisverwaltung Oberhavel am Dienstag in der Staatskanzlei die Ernennungsurkunde. Anders als sein Vorgänger, der über Manipulationsvorwürfe bei der Kriminalstatistik stolperte, soll sich Kahl nicht um die Polizeireform, sondern in erster Linie um die Aufnahme der steigenden Zahl von Asylbewerbern und die geplante Kreisreform kümmern. Kahl gilt in Asylfragen als Hardliner. Innenminister Karl-Heinz Schröter (SPD) erklärte, Kahl genieße sein volles persönliches Vertrauen. Weil er an Asylbewerber Gutscheine statt Bargeld ausgeben ließ, erwarb sich Schröter einst selbst als Landrat von Oberhavel den Ruf eines asylpolitischen Hardliners. Seit er im November 2014 Minister wurde, ist Schröter in Asylfragen nicht mehr negativ aufgefallen. *dpa/nd*

Urteil zu tödlichem Babyschütteln gilt

Cottbus. Das Urteil nach einer tödlichen Schüttelattacke auf ein Baby in Südbrandenburg ist rechtskräftig. Es sei keine Revision eingelegt worden, sagte ein Gerichtssprecher am Dienstag. Die 32-jährige Mutter des Kindes war wegen Körperverletzung mit Todesfolge zu zwei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt worden. Die Frau aus Bad Liebenwerda (Elbe-Elster) hatte in der Verhandlung unter Tränen berichtet, dass sie mit dem sechs Monate alten Kind nicht fertig geworden sei. Sie und ihr kleiner Sohn seien krank gewesen. Er habe nicht einschlafen können und ständig geweint. Da habe sie ihn genommen und mehrmals geschüttelt. Das war Ende 2012. Das Baby starb Wochen später im Krankenhaus an den Folgen eines Hirntraumas. Die Mutter zeigte sich selbst an. Die Frau lebt heute in Bayern. *dpa/nd*

Hochzeitssänfte restauriert

Paretz. Restauratorin Sylke Manzke schließt am Dienstag in Paretz einen letzten Riss in der Lederbespannung der restaurierten Hochzeitssänfte von Elisabeth Christine Ulrike von Braunschweig-Wolfenbüttel, benutzt für ihre Heirat mit Friedrich Wilhelm II. Die Sänfte, die Bestandteil der im Schloss Paretz gezeigten Ausstellung von Sänften, Kutschen und Schlitten ist, wird ab 22. August in der Ausstellung »Frauensache. Wie Brandenburg Preußen wurde« gezeigt. *dpa/nd*

Foto: dpa/Bernd Settnik

21. Brandenburger Landpartie

Potsdam. Bei der 21. Brandenburger Landpartie bieten 260 Landwirte am kommenden Wochenende wieder einen Einblick in ihre Arbeit. Sie öffnen ihre Agrarbetriebe für Besucher. Die Verbraucher interessiere immer mehr, woher die Lebensmittel kommen, die auf ihren Tischen landen, sagte Agrarminister Jörg Vogelsänger (SPD) am Dienstag. 2014 zählte die Landpartie rund 100 000 Besucher. *dpa/nd*

Kitakinder, kleine Gruppe

Beim Mittagessen im Kindergarten »Spielhaus« in Frankfurt (Oder): Die Krippenkinder in Brandenburg im Alter von 0 bis 3 Jahren dürfen sich freuen. Die rot-rote Koalition verbessert nochmals den Betreuungsschlüssel. Ab August 2015 soll rechnerisch eine Erzieherin auf 5,5 Kinder kommen, ab August 2016 eine Erzieherin auf fünf Kinder. Die Betreuungsrelation wurde in der vergangenen Legislaturperiode schon einmal verbessert, damals von eins zu sieben auf eins zu sechs. *nd*

Foto: dpa/Patrick Pleul

Röhre zum Rutschen

Stadt Wildau eröffnete Anbau der »Kita am Markt« samt zusätzlicher Spielfläche

Bereits zwei Mal erweiterte Wildau die kommunale »Kita am Markt«. Bei Bedarf kann dies auch noch ein drittes Mal geschehen. Der jüngste Anbau wurde am Dienstag feierlich eröffnet.

Von Andreas Fritsche

»Oh, oh, oh, du armer Floh,/ hast sechs Beine und du hüpfst nur so«, singen die Knirpse begeistert und hüpfen dazu. Mit dieser kleinen Einlage eröffnet die Stadt Wildau (Dahme-Spreewald) am Dienstag einen Erweiterungsbau der kommunalen »Kita am Markt« für 50 Mädchen und Jungen.

Einen Kindergarten gibt es an dieser Stelle schon seit 1946. Das alte Gebäude wurde bereits 2009 für 1,3 Millionen Euro mit einem zweigeschossigen Anbau für 107 Kinder versehen. Die Möglichkeit für einen zweiten Anbau war damals mit bedacht worden. Jetzt hat die Kita 237 Plätze. Doch damit nicht genug. Der jüngste Anbau kann bei Bedarf für weitere 50 Kinder aufgestockt werden. Die Statik des Gebäudes ist extra schon dafür ausgelegt. Ob und wann die dritte Erweiterung notwendig wird, vermag Bürgermeister Uwe Malich (LINKE) nicht zu sagen. Das lasse sich schwer abschätzen. Momentan gebe es viele Geburten und einen Zuzugsdrang, aber zu wenig Wohnungen.

Der komplette Neubau einer vierten kommunalen Kita in Wildau hätte eine Millionensumme gekostet. Insofern komme man mit rund 680 000 Euro für den zweiten Anbau günstig weg, weiß der Bürgermeister. »Trotzdem ist es viel Geld.« Aber leid tut es Malich nicht darum. Denn mit der Investition habe die Stadt »in sozialer Hinsicht wieder einen deutlichen Schritt nach vorn gemacht«. Allen Eltern könne nun für jedes Kind vom vollendeten ersten Lebensjahr bis zur Einschulung ein Betreuungsplatz angeboten werden. Erste Anmeldungen liegen vor. In fünfeinhalb Monaten entstand der Flachbau, den Architekt Michael Riedel so beschreibt: »Nicht spektakulär, quadratisch, praktisch, mit Seele.« Äußerlich komme das Gebäude bescheiden daher. Wesentlich sei das Innenleben, erklärt der Architekt. Auf 190 Quadratmetern gibt es vier Gruppenräume und ein Kreativzimmer, die sich mittels Schiebetüren variabel abtrennen lassen. Der mit kleinen Fenstern versehenen Mauer neben dem Durchgang sieht man nicht mehr an, dass dies einmal eine Außenfassade gewesen ist.

Bürgermeister Malich betont, die Bauarbeiten seien so rekordverdächtig schnell abgeschlossen worden, weil der Winter mild gewesen ist und die Baufirmen fleißig mitgezogen haben. Dabei wurde auch die Spielplatzfläche der Kita erweitert. Es gibt nun noch mehr Klettergeräte, zusätzlichen Platz zum Toben und Schaukeln und auch zwei Röhren, je eine zum Rutschen und Hindurchkriechen. Kitaleiterin Mandy Schäfer zeigt sich mit dem Ergebnis sehr zufrieden. Sie hebt hervor, dass nichts ohne sie entschieden wurde, so dass der Anbau den Bedürfnissen der Kinder und Erzieher angepasst werden konnte.

Diskussionen hatte es vor zwei Jahren darum gegeben, wo die Wildauer Kitakapazitäten erweitert werden. Die Stadt sei räumlich in »Oben und Unten« geteilt, weiß der Bürgermeister. Schnell heiße es missmutig: »Schon wieder etwas für die unten.« Nach Einschätzung von Malich wurde schließlich der günstigste Standort gewählt. Für die vielen Berufspendler nach Berlin liegt die »Kita am Markt« auf dem kurzen Fußweg von den Park&Ride-Stellflächen zum S-Bahnhof. Das Bringen und Abholen der Kinder wird den Eltern damit erleichtert, so dass sich Beruf und Familie besser vereinbaren lassen.

Die drei Kinder mit dem weitesten Weg wohnen 3,1 Kilometer entfernt, gesetzlich zulässig wären bis zu 30 Kilometer Anfahrtsweg, erläutert Malich.

GASTKOMMENTAR

LINKE prüft Abschaffung von Elternbeiträgen

Gerrit Große zum neuen brandenburgischen Kita-Gesetz

Der Wert einer rot-roten Koalition muss sich an vielem messen lassen: Wie organisieren wir ein lebenswertes Leben in den unterschiedlichen Regionen Brandenburgs? Wie kann das Land ökonomisch erfolgreich, ökologisch zukunftsfest und zugleich sozial gerechter werden? Wie sichern wir die Teilhabe aller am Reichtum des Landes und wie die demokratische Mitwirkung? Und eine entscheidende Frage dabei ist: Wie gelingt es, die frühkindliche Bildung, Betreuung, Versorgung und Erziehung so auszugestalten, dass jedes Kind unabhängig von seiner sozialen Herkunft die Grundlagen für ein selbstbestimmtes Leben erwerben und seine Potenziale entfalten kann?

Dafür tragen Eltern Verantwortung. In einer immer stärker auf Verdichtung und Beschleunigung ausgerichteten Arbeitswelt ist dies keine leichte Aufgabe. Eine wirkliche kindgerechte Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist nur schwierig zu gewährleisten. Davon können alle Eltern von Kita- und Schulkindern ein Klagelied singen. Gleichermaßen wichtig ist es, auch Kindern erwerbsloser Eltern ein anregungsreiches Aufwachsen zu ermöglichen.

Der nunmehr seit August 2013 für alle Kinder geltende Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung war ein längst überfälliger Schritt und ist zumindest in den neuen Bundesländern auf schon gelebte Praxis gestoßen. Der Anspruch aber muss eine qualitativ hochwertige Kindertagesbetreuung sein. Diese kann sich in Brandenburg durchaus sehen lassen. Wir können inzwischen für 62 Prozent der 0- bis 3-Jährigen und für 95 Prozent der 3- bis 6-Jährigen die Kitabetreuung gewährleisten. In Brandenburg kann jede Familie, die es möchte, eine Betreuung in Anspruch nehmen.

Gerrit Große ist Sprecherin für Kinder, Jugend und Kultur der Linksfraktion im Landtag. Sie ist Lehrerin für Deutsch und Musik.

Foto: dpa/Ralf Hirschberger

Die Zuschüsse des Landes werden bei etwa gleich bleibender Kinderzahl von 149 Millionen Euro im Jahr 2009 auf 287 Millionen im Jahr 2016 steigen und sich bis 2018 auf 330 Millionen quasi verdoppeln. Das hat in Brandenburg keine andere Regierung vorher geleistet.

Dennoch gibt es noch mehrere Probleme zu bewältigen. Eine gute Qualität ist maßgeblich von einer guten Personalausstattung abhängig. Von einer solchen sind wir in Brandenburg noch weit entfernt. Nachdem wir in der letzten Legislatur die Fachkraft-Kind-Relation für die 0- bis 3-Jährigen von 1:7 auf 1:6 , die der 3- bis 6-Jährigen von 1:13 auf 1:12 verbessert haben, werden wir uns im Landtag nun am Donnerstag in erster Lesung mit einer Änderung des Kita-Gesetzes befassen, um den Personalschlüssel nochmals zu verbessern – zunächst in den Krippen auf 1:5,5 ab August 2015 und auf 1:5 ab August 2016. Die Kosten dafür übernimmt wieder allein das Land. Durch die jetzt zu beschließende Verbesserung werden wir 900 Erzieherinnen zusätzlich einstellen können.

Dennoch wird auch damit noch keine befriedigende Personalausstattung erreicht. Wir sind gehalten, die gesamte Finanzierungssystematik noch einmal dahingehend zu überprüfen, dass auch lange Betreuungszeiten mit der Finanzierung aufgefangen werden. Wir haben die Situation, dass die meisten Kinder aufgrund der Erwerbstätigkeit beider Eltern und der oftmals langen Fahrtwege in unserem Flächenland mehr als acht Stunden in den Einrichtungen sind, die Erzieher-Kind-Relation aber nur für sechs Stunden berechnet wird. Das führt dazu, dass die Gruppen noch immer zu groß für die so notwendige Bildungsarbeit sind. Vor diesem Hintergrund bekräftige ich die Unterstützung der Forderungen der Erzieherinnen und Erzieher für eine größere Wertschätzung ihrer Arbeit in den derzeit laufenden Tarifverhandlungen. Sollten sie erfolgreich verlaufen, werden vor allem die Kommunen, aber auch das Land erhebliche Mehrbelastungen zu schultern haben. Aber das sollten uns die Kinder wert sein. Denn sie profitieren von der Zufriedenheit ihrer Erzieher mit ihrem Beruf ganz unmittelbar.

In der Kitagesetznovelle werden wir zudem eine für die LINKE ausgesprochen wichtige Veränderung vornehmen: Auch in Brandenburg wird es demnach wie in zehn weiteren Bundesländern auf der Ebene der Landkreise und des Landes Elternbeiräte geben.

Die Forderung nach Elternbeitragsfreiheit wurde in der vergangen Woche durch eine Petition von 12 000 Eltern in den politischen Raum getragen. Für die LINKE ist dies eine legitime Forderung, zumal die Eltern in Brandenburg mit etwa 18 Prozent anteilig und sozial gestaffelt die Kindertagesbetreuung mit finanzieren, wir aber ausgehend vom Recht auf Bildung politisch für die Beitragsfreiheit sind. Die LINKE prüft, inwiefern eine Regelung, wie sie in Berlin für drei Kitajahre existiert und wie sie in Thüringen angestrebt wird, finanziert werden kann.

Die Novelle des Kita-Gesetzes soll nach einer Anhörung am 25. Juni im Bildungsausschuss im Juli zur Abstimmung gebracht werden.

Neun Euro die Stunde im Staatsauftrag

Die LINKE will die Anhebung des brandenburgischen Mindestlohns um 50 Cent beantragen. Neun Euro Stundenlohn wären dann Bedingung für öffentliche Aufträge.

Von Wilfried Neiße

Nach dem Willen der Linksfraktion soll Brandenburg in seinem Vergabegesetz künftig neun Euro als Lohnuntergrenze vorschreiben. Diesen Antrag werde die Fraktion in der Haushaltsdebatte einbringen, die an diesem Mittwoch in ihre letzte Phase geht, teilte Vizefraktionschef René Wilke mit. Er bestätigte, dass es dabei nicht um den allgemein geltenden gesetzlichen Mindestlohn gehe, sondern um Aufträge, die private Unternehmen für das Land und die Kommunen ausführen. Für Firmen, die sich um öffentliche Aufträge bewerben, gilt bislang noch eine Lohnuntergrenze von 8,50 Euro. So viel müssen Unternehmen ihren Mitarbeitern wenigstens zahlen, wenn sie Staatsaufträge erhalten wollen.

Die jetzt angestrebte Erhöhung um 50 Cent werde »nicht Millionen und Milliarden kosten«, erklärte Wilke. Sollte die Landtagsmehrheit dem Antrag folgen, wäre »nur noch Schleswig-Holstein vor uns«. Dort gelte für Staatsaufträge eine Lohnuntergrenze von 9,18 Euro. Wilke berief sich bei seinem Vorschlag auf die brandenburgische Mindestlohnkommission, die am Freitag die Anhebung um 50 Cent empfohlen hatte. Die Zustimmung im Landtag vorausgesetzt, könnte das geänderte Vergabegesetz am 1. Januar 2016 in Kraft treten.

> *»Früher war es so, dass die Friseurin die andere Hälfte ihres Lohns bei der Kommune holen musste.«*
> Stefan Ludwig

Auf die Frage nach Mehrbelastungen für die Landkreise, Städte und Gemeinden antwortete der Abgeordnete Stefan Ludwig, durch den inzwischen bundesweit geltenden Mindestlohn von 8,50 Euro seien die Kommunen auch entlastet worden, denn viele Menschen müssten nun »nicht mehr zum Amt«, um ihr Einkommen mit staatlicher Stütze aufzustocken. »Früher war es so, das die Friseurin die andere Hälfte ihres Lohns bei der Kommune holen musste.«

Auf den Einwand, der Mindestlohn koste Arbeitsplätze, sagte Wilke, es habe in Brandenburg 79 Kündigungen gegeben, die mit dem Mindestlohn in Verbindung stehen, und 355 000 Menschen, die von der Einführung des Mindestlohns profitierten. Die größten Nutznießer seien im Garten- und Landschaftsbau sowie im Sicherheitsgewerbe zu finden.

Nicht ganz so euphorisch zeigte sich der Koalitionspartner SPD. Man stehe einer Erhöhung zwar aufgeschlossen gegenüber, wolle sich aber zunächst einmal erklären lassen, wie die Mindestlohnkommission auf die neun Euro gekommen sei, sagte SPD-Fraktionschef Klaus Ness. Er geht aber davon aus, dass die SPD der Empfehlung folgen wird. Ness verwies auf den Koalitionsvertrag mit der Linkspartei. Darin sei die Harmonisierung des Vergabegesetzes mit der bundesweit geltenden Regelung festgeschrieben und auch, dass die Mindestlohnkommission einen neuen Vorschlag macht. Ness zufolge verdient ein Beschäftigter in Westdeutschland durchschnittlich 500 Euro pro Monat mehr als einer in Brandenburg. Der Abstand sei im gewerblichen Bereich noch viel höher, betrage dort 25 Prozent. Der öffentliche Dienst und alle übrigen tarifgeschützten Tätigkeiten sind dagegen laut Ness mit dem Westgehalt nahezu gleichauf.

Der verhinderte Kandidat

Weil ihn Parteifreunde von der Landesliste strichen, will ein AfD-Mann die sächsische Landtagswahl 2014 kippen

Einem Bautzener AfD-Mann winkte ein Landtagsmandat, dann strichen ihn Parteifreunde von der Liste – angeblich, weil er der Partei kein Darlehen geben wollte. Nun will er die Wahl in Sachsen kippen.

Von Hendrik Lasch, Dresden

Arvid Samtleben (vorn M.) wurde auf dem AfD-Landesparteitag in Oberwiesenthal Ende September 2014 aus dem Parteivorstand gewählt. Foto: dpa/Hendrik Schmidt

Arvid Samtleben ist kein Mann der sanften Töne. Die »Alternative für Deutschland«, für die er beinahe in Sachsens Landtag eingezogen wäre, sei nach dem »Führerprinzip« organisiert, sagt er; zu Parteifreunden aus dem Landesvorstand fällt ihm das Adjektiv »korrupt« ein. Im Parlament wäre er womöglich ein Kandidat für Ordnungsrufe geworden. Er gelangte aber nicht in den Landtag – und will deshalb nun die Landtagswahl vom 31. August 2014 kippen. Seit Monaten befasst sich der Wahlprüfungsausschuss des Landtags mit dem verzwickten Fall, der auch nach einer mündlichen Anhörung diese Woche nicht entschieden ist: Vorerst sollen weitere Gutachten eingeholt werden.

Im April 2014 wähnte sich Samtleben, ein in Braunschweig gebürtiger Betriebswirt, in der Erfolgsspur: Bei einem Parteitag in Weinböhla wurde der damalige AfD-Chef im Kreis Bautzen auf Platz 14 der AfD-Landesliste gewählt. Das hätte für ein Mandat gereicht: Vier Monate später errang die AfD 9,7 Prozent und damit exakt 14 Sitze im Parlament. Samtleben indes war zwischenzeitlich von der Liste der Anwärter gestrichen worden – durch Parteifreunde. Zunächst hatte der Landesvorstand einen entsprechenden Beschluss gefasst; danach veranlasste der als »Vertrauensperson« benannte Rechtsanwalt Michael Muster bei der sächsischen Landeswahlleiterin die »Teilrücknahme« der eingereichten Liste. Auf Samtlebens Platz rutschte die Unternehmerin Silke Grimm aus der AfD-Hochburg Ostsachsen nach.

Dass auf Parteitagen besiegelte Kandidatenlisten von den Parteien im Nachhinein verändert werden, ist nicht ungewöhnlich. Gängige Gründe sind ein Parteiaustritt, der Wegzug aus dem Wahlgebiet, der Verlust der Wählbarkeit durch eine Verurteilung oder der Tod des Kandidaten. Keiner der Gründe trifft freilich auf Samtleben zu. Er ist vielmehr überzeugt, dass er von der Liste flog, weil er ein Darlehen für die Partei zur Finanzierung des Wahlkampfes verweigerte. Bewerber auf einem der ersten zehn Listenplätze hätten 3000 Euro zahlen sollen, weiter hinten Platzierte 1000 Euro, sagte er bei der Anhörung. Bei einem Einzug in den Landtag wäre das Darlehen quasi als Spende gesehen und nicht zurückgezahlt worden. Finanzschwache Bewerber würden so an Kandidaturen gehindert, sagt Samtleben, der bei seiner eigenen Bewerbung indes von einem »Auskommen als Vermögensverwalter« berichtet hatte, das es ihm »dauerhaft« ermögliche, sich der AfD und ihrer Politik zu widmen.

Wie die Geschichte ausgeht, ist auch nach der Anhörung unklar, die vor einem illustren Publikum stattfand: Unter den Zuhörern waren der Pegida-Gründer Lutz Bachmann, der Pegida-Abtrünnige Joachim Exner, NPD-Landeschef Holger Szymanski und Hans-Thomas Tillschneider von der »Patriotischen Plattform« der AfD. Der AfD-Generalsekretär und Abgeordnete Uwe Wurlitzer sieht die Partei im »Recht, Leute von der Liste zu streichen«. Die teilweise Rücknahme einer Liste sei »nicht ungewöhnlich«, sagt auch Robert Kluger, Stellvertreter der Landeswahlleiterin. Die Vertrauenspersonen der Parteien hätten einen »sehr weiten Entscheidungsspielraum«, bestätigt der CDU-Abgeordnete Christian Piwarz. Er fungiert als Berichterstatter im Ausschuss, dem mit der Abgeordneten Kirsten Muster pikanterweise die Ehefrau von AfD-Vertrauensmann Michael Muster angehört.

Für Klaus Bartl, Jurist und Abgeordneter der LINKEN, ist der Fall weit weniger klar: Laut eines neuen Kommentars zum Bundeswahlgesetz gebe es auch in der Zeit zwischen Einreichung einer Liste durch die Partei und der Bestätigung im Wahlausschuss strengere Regeln für Korrekturen. Der Ausschuss will nun weiter prüfen. Fällt die Entscheidung gegen Samtlebens Einspruch, wird erwartet, dass dieser vor Gericht zieht.

Stundenplan nach Maß und »Lernhäppchen«

Eine Berufsschule in Würzburg kümmert sich vorbildlich um ihre Schüler und wurde dafür für den Deutschen Schulpreis nominiert

Eine Würzburger Berufsschule hilft jungen Leuten mit Handicaps, einen Job zu bekommen. Das Erfolgsgeheimnis: Geduld, Fürsorge – und ein auf den Einzelnen zugeschnittener Lehr- und Stundenplan.

Von Christiane Gläser, Würzburg

Ob Friseur, Gärtner, Bäcker oder Schreiner – nicht alle Jugendlichen schaffen den Abschluss ihrer Lehre. Wenn auch noch Lernschwierigkeiten, körperliche Behinderungen, psychische Erkrankungen oder einfach nur der Alltag den jungen Leuten zu schaffen machen, sind die Hürden ungleich höher. Der Würzburger Schulleiter Harald Ebert und sein Team haben sich zum Ziel gemacht, dass auch Benachteiligte eine Chance auf dem Arbeitsmarkt bekommen.

Die Don-Bosco-Berufsschule setzt auf größtenteils maßgeschneiderte Stundenpläne, »Lernhäppchen«, abgespeckte Berufsbilder – und viel Geduld und Fürsorge. Deshalb wurde sie für den mit insgesamt 243 000 Euro dotierten Deutschen Schulpreis 2015 nominiert, der am Mittwoch in Berlin von Kanzlerin Angela Merkel verliehen wird. Insgesamt 15 vorbildliche Schulen aus zehn Bundesländern stehen auf der »Shortlist«, die siegende Schule erhält 100 000 Euro.

Ein Hauptaugenmerk richten die Würzburger Lehrer darauf, dass die jungen Leute trotz ihres Handicaps fit für die Wirtschaft gemacht werden. Natürlich gebe es einen Bildungsstandard für jedes Berufsbild, sagt Schulleiter Ebert. »Der ist vereinbart, und da muss man drüber. Doch der Weg dahin muss nicht einheitlich sein.« Und so dürfen die Schüler beispielsweise nach ihrem eigenen Tempo lernen.

Ein wichtiges Angebot sind abgespeckte Versionen eines Berufsbildes. Mehr als 20 Praktiker-Versionen – vom Schreiner über den Gärtner bis zum Karosseriebauer – bietet die Berufsschule ihren etwa 600 Schülern. So sind die jungen Leute nach drei Jahren Fachpraktiker statt Gesellen. Aber sie haben einen anerkannten Abschluss und könnten mit einem vierten Jahr den Gesellenbrief nachholen. Das habe enormen Effekt auf die jungen Leute, es stärke ihr Selbstbewusstsein – und ihre Chancen auf einen Arbeitsplatz stiegen immens, sagt Ebert. »Die Lehrer hier stempeln einen nicht einfach ab. Sie erklären so oft, bis man es kapiert hat«, sagt ein Schüler über die Würzburger Berufsschule. »Was man nicht weiß, wird immer wieder besprochen. Man hat keine Panik. Früher, in meiner anderen Klasse, bin ich ausgelacht worden, wenn ich gestottert habe. Hier helfen mir die anderen«, fügt ein anderer Berufsschüler hinzu.

»Am beeindruckendsten für die Jury war, wie engagiert und flexibel die Schule mit der sehr heterogenen Schülerschaft umgeht«, sagt Michael Herm, Sprecher der Robert-Bosch-Stiftung, die den begehrten Deutschen Schulpreis zusammen mit anderen Initiatoren vergibt. »Jugendliche mit Lernbehinderungen, Flüchtlinge, Schulverweigerer – jeder bekommt eine individuelle Förderung.«

Körperbehinderte Abiturienten, alleinerziehende Mütter, junge Leute mit Autismus, Flüchtlinge – jeder Don-Bosco-Berufsschüler steht vor anderen Hürden. So dürfen Alleinerziehende ein bisschen später kommen, um ihr Kind noch in die Kita bringen zu können. »Wir legen dann die Wiederholung des Stoffes in die erste Unterrichtsstunde. So verpasst die junge Mutter nichts«, sagt Ebert. Ein depressiver Schüler lernt an seinen guten Tagen, der E-Rollstuhlfahrer bekommt seine technischen Hilfen, der Autist einen Unterrichtsbegleiter. Der Erfolg gibt der Schulleitung Recht: Etwa zwei Drittel der Don-Bosco-Berufsschüler finden im Anschluss Arbeit. *dpa/nd*

Wismar bekommt eine neue Kaianlage

Millionenförderung von Bund und Land für Hafenausbau

Nach Rostock ist Wismar zweitwichtigster Güterumschlagplatz in Mecklenburg-Vorpommern. Vor allem die Ansiedlung holzverarbeitender Firmen brachte das Geschäft wieder in Schwung.

Wismar. Der Seehafen in Wismar soll in den kommenden Jahren für 35,6 Millionen Euro ausgebaut werden. Land und Bund werden dabei 23,5 Millionen Euro zuschießen. Ministerpräsident Erwin Sellering und Infrastrukturminister Christian Pegel übergaben am Dienstag unmittelbar vor Beginn der auswärtigen Kabinettssitzung in der Hansestadt eine entsprechende Förderzusicherung an Bürgermeister Thomas Beyer (alle SPD). Mit der Großinvestition sollen bis 2018 eine neue, rund 330 Meter lange Kaianlage entstehen und das Hafengelände erweitert werden, inklusive Gleis- und Straßenanschluss.

Nach Angaben von Hafendirektor Michael Kremp werden die Bauarbeiten voraussichtlich im Oktober beginnen. Die neue Kaianlage entstehe auf einer zuvor aufgespülten Fläche und stehe nach Fertigstellung für den Umschlag verschiedener Güter bereit. Mit einem durchschnittlichen Jahresumschlag von etwa vier Millionen Tonnen ist der Seehafen Wismar zweitgrößter Umschlagsplatz in Mecklenburg-Vorpommern. Vor allem Holz, Kali- und Salzprodukte sowie Schrott werden über die Kaikanten gehievt. Bislang gibt es Liegeplätze für 15 Schiffe. Die Hansestadt Wismar ist mit 90 Prozent Hauptgesellschafter, das Land hält zehn Prozent.

Sellering hob die wirtschaftliche Bedeutung der Häfen im Nordosten hervor. Sie seien nicht nur Umschlagplätze für Güter, sondern wichtige Industriestandorte. »Das zeigt sich in Wismar besonders deutlich, wo sich mit den holzverarbeitenden Betrieben und einigen Zulieferern aus der Offshore-Windkraft seit Ende der 90er Jahre eine Reihe von Firmen direkt an der Kaikante angesiedelt haben«, erklärte der Regierungschef. Nach Angaben Pegels ist der Hafen in Wismar »ein anerkanntes Bindeglied für Verkehre zwischen Skandinavien, dem Baltikum sowie Russland mit Österreich und darüber hinaus mit Italien und dem Mittelmeer«.

Nach dem Hafenbesuch kam das gesamte Kabinett im alten Holzhafen zu seiner sechsten auswärtigen Sitzung zusammen. Im Anschluss an die Kabinettsberatung, bei der es laut Staatskanzlei unter anderem um die Vorbereitung der Bundesratssitzung mit den Themen Öffnung der Ehe und Ost-West-Rentenanpassung ging, wurde die Ministerrunde erweitert. Mit führenden Vertretern der Kreisverwaltung und der Stadt berieten die Regierungsmitglieder unter anderem über die wirtschaftliche Entwicklung in Nordwestmecklenburg sowie die Umsetzung der Energiewende. Danach wollten einige Ressortchefs noch Termine im Landkreis wahrnehmen. *dpa/nd*

NACHRICHTEN

Polizist verschickte »Sieg Heil«-SMS – und bleibt im Dienst

Ulm. Ein Polizist der früheren Polizeidirektion Göppingen in Baden-Württenberg hat im Jahr 2012 mehrere SMS mit rechtsextremen Inhalten verschickt. Wie der Südwestrundfunk am Dienstag auf seiner Internetseite berichtete, endete das folgende Disziplinarverfahren mit einer Geldbuße. Ein Sprecher des Polizeipräsidiums Ulm bestätigte den Vorgang der Deutschen Presse-Agentur. Der Mann hatte nach Informationen des SWR Kurznachrichten an andere Polizeibeamte verschickt – mit Texten der verbotenen Rechtsrock-Band »Landser« sowie der Formulierung »Sieg und Heil und fette Beute – ein dreifaches Sieg Heil«. Gegen den Beamten war ein Disziplinarverfahren eingeleitet und sein Haus durchsucht worden. Der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg stellte allerdings Ende 2013 fest, dass die Anordnung der Durchsuchung durch das Verwaltungsgericht Stuttgart rechtswidrig gewesen sei. Aus dem Beschluss geht außerdem hervor, dass die Staatsanwaltschaft ein entsprechendes Verfahren bereits 2012 eingestellt hatte. Befragte Kollegen des Polizisten hätten nichts über »rechtslastige Tendenzen oder Denkstrukturen« des Mannes berichten können. Die Staatsanwaltschaft war zunächst nicht zu erreichen. Zur Höhe der Geldbuße wollte sich der Polizeisprecher nicht äußern. Das Disziplinarverfahren sei im April 2014 abgeschlossen worden. Der Beamte sei weiterhin im Dienst. *dpa/nd*

Freispruch für Halles OB wird überprüft

Halle. Der Freispruch für Halles Oberbürgermeister Bernd Wiegand (parteilos) im Untreue-Prozess wird am Bundesgerichtshof in Karlsruhe geprüft. Das sagte ein Sprecher des Landgerichts Halle am Dienstag. Eine Woche nach dem Urteil im Februar hatte die Staatsanwaltschaft die Revision bereits angekündigt. Nun liegt dem Landgericht die schriftliche Begründung vor. Wiegand war schwere Untreue in drei Fällen vorgeworfen worden. Der OB hatte die Vorwürfe, engen Mitarbeitern mehr gezahlt zu haben als vorgesehen, stets zurückgewiesen. Nach monatelanger Verhandlung hatte das Gericht Wiegand freigesprochen. *dpa/nd*

Erste Gräber für Mensch und Tier

Braubach. Menschen können künftig zusammen mit ihrem Haustier auf speziellen Friedhöfen beigesetzt werden. In Braubach (Rheinland-Pfalz) wurde am Dienstag ein erstes Urnenfeld mit solchen Gemeinschaftsgräbern eröffnet. Am Mittwoch soll ein zweiter Standort in Essen (Nordrhein-Westfalen) eingeweiht werden, wie das Bestattungsunternehmen »Deutsche Friedhofsgesellschaft mitteilte. Es seien die ersten Friedhöfe dieser Art in Deutschland. *dpa/nd*

Sanierung von Opernhaus könnte teurer werden

Stuttgart. Die Sanierung des Opernhauses in Stuttgart droht deutlich teurer zu werden. »Wir nähern uns der nächsten Hunderterzahl«, sagte der Geschäftsführende Intendant der Staatstheater, Marc-Oliver Hendriks, am Dienstag in Stuttgart – ohne die Zahl 400 Millionen in den Mund zu nehmen. Nach einem Gutachten war von Kosten für die Sanierung samt Erweiterung des über hundert Jahre alten Gebäudes von 300 bis 320 Millionen Euro die Rede. Zu optimistische Flächenberechnungen, Sicherheitszuschläge und Veränderungen im sogenannten Baukostenindex je später man baue, könnten die Kosten auf eine Summe treiben, »die ich jetzt hier nicht aussprechen mag«, sagte Hendriks. *dpa/nd*

NACHRICHTEN

Gericht kippt Mehrarbeit für Gymnasiallehrer in Niedersachsen

Lüneburg. Zu Unrecht hat Niedersachens rot-grüne Regierung den Lehrern an Gymnasien eine Stunde Mehrarbeit pro Woche aufgedrückt. Das hat das Oberverwaltungsgericht Lüneburg am Dienstag festgestellt. Neun Pädagogen hatten gegen die Verordnung geklagt, durch die ihre Wochenarbeitszeit auf 24,5 Stunden erhöht worden war. Die Neuregelung hatten zu Protesten geführt und auch zum Boykott von Klassenfahrten. Nach Ansicht des Gerichts widerspricht die Verordnung dem Grundgesetz, da sie den Gleichheitsgrundsatz missachte. Die Regierung habe sich aus allen Lehrern die Gymnasialpädagogen herausgegriffen und nur deren Arbeitszeit erhöht. Zum Begründen dieses Schrittes hätte wissenschaftlich nachgewiesen werden müssen, wie hoch die Arbeitsbelastung der Lehrer ist. Das Land kann gegen das Urteil Beschwerde einlegen. *haju*

Linksfraktion startet Landtour im Nordosten

Sassnitz. Die Linksfraktion des Schweriner Landtags hat am Dienstag mit einem Besuch im Fährhafen Sassnitz ihre diesjährige Landtour gestartet. »Wir mussten erfahren, dass die Fährlinie zum russischen Ust Luga südlich von St. Petersburg massiv unter den Handelsaktionen leidet, die als Reaktion auf den Ukraine-Konflikt verhängt wurden. Der Warenverkehr ist um 90 Prozent eingebrochen«, sagte Fraktionschef Helmut Holter nach dem Hafenbesuch. Er erneuerte seine Forderung nach einem politischen Dialog des Westens mit Russland zur Beilegung der Ukraine-Krise. »Doch gehen die Signale, die vom G7-Gipfel in Elmau gekommen sind, genau in die entgegensetzte Richtung«, beklagte Holter. *dpa/nd*

Proteste gegen Eichsfeldtag der NPD

Leinefelde. Initiativen aus Thüringen und Niedersachsen haben Proteste gegen den sogenannten Eichsfeldtag der rechtsextremen NPD an diesem Sonnabend in Leinefelde angekündigt. Unter dem Motto »Rote Karte zeigen - Keine (Sport)Plätze für Nazis« sind zahlreiche Aktionen geplant, wie das Eichsfelder Bündnis gegen Rechts mitteilte. Bereits am Vortag wollen Aktivisten den von der NPD vorgesehenen Versammlungsplatz, eine Sportanlage in der Leinefelder Südstadt im Eichsfeld, für zwei Stunden symbolisch besetzen. Am Sonnabend sollen die Proteste mit einem ökumenischen Gottesdienst, einer Demonstration und einer Kundgebung fortgesetzt werden. *epd/nd*

Erst insolvent, jetzt versteigert

Nürnberg. Auf den Tag genau sechs Jahre nach der Quelle-Insolvenz kam das ehemalige Versandzentrum des untergegangenen Handelsriesen in Nürnberg unter den Hammer. Die zweitgrößte leerstehende Immobilie Deutschlands ersteigerte der portugiesische Investor Sonae Sierra am Dienstag für 16,8 Millionen Euro. Die Investoren waren die einzigen Bieter.

Sonae Sierra plant nach Angaben von Deutschland-Chef Thomas Binder in dem vom Bauhaus-Architekten Ernst Neufert entworfenen und denkmalgeschützten Komplex einen Mix aus Handel, Büro und Wohnungen. Er rechnet mit einer Bauzeit von zweieinhalb Jahren. Den bislang im Quelle-Komplex untergekommen Künstlern und Kreativen versprach Binder eine Zukunft in einem »Kreativzentrum«. *dpa/nd*

Foto: dpa/Daniel Karmann

Erfolgreich blockiert

Erneut Abschiebung eines Flüchtlings in Sachsen-Anhalt verhindert

Magdeburg. In Sachsen-Anhalt ist zum vierten Mal innerhalb von zwei Wochen eine Abschiebung durch eine Blockade gestoppt worden. Die in der Landeshauptstadt Magdeburg geplante Abschiebung eines Eritreers wurde in der Nacht zu Dienstag von 60 Menschenrechtsaktivisten verhindert, wie die Initiative »Refugees Welcome« mitteilte. Die Teilnehmer hätten um Mitternacht den Eingangsbereich der Asylunterkunft im Stadtteil Alt Westerhüsen besetzt, in dem sich der Mann aufhielt. Er sei inzwischen »in Sicherheit«.

Die Polizei bestätigte, dass eine von der Ausländerbehörde vorgesehene Abschiebung »nicht stattgefunden« habe. Die Beamten waren im Zuge eines sogenannten Amtshilfeersuchens beteiligt.

Die Gruppe »Refugees Welcome« hatte bereits in der Nacht zum 27. Mai mit einer Blockade vor dem Gebäude in Alt Westerhüsen die Abschiebung eines ebenfalls aus Eritrea kommenden Mannes verhindert. In den folgenden Tagen wurde in Calbe bei Bernburg zweimal die geplante Abschiebung einer Familie aus Albanien blockiert.

Im jüngsten Fall in Magdeburg sollte der Mann »Refugees Welcome« zufolge wegen der Dublin-Verordnung nach Italien abgeschoben werden. Er werde aber derzeit schmerztherapeutisch behandelt, betonte die Initiative. In Italien drohe ihm ein Leben in Obdachlosigkeit und ohne medizinische Versorgung. *epd/nd*

Platzverweis für Jesus

Bahnhöfe in Nordrhein-Westfalen zensieren Ruhrtriennale-Plakat nach Bibelkreis-Protest

Nach einer Kleinstdemo zensierte das Management des Hauptbahnhofs Essen die Werbung für das wichtigste Kulturfestival des Ruhrgebiets. Andere Städte zogen am Dienstag nach.

Von Marcus Meier

Es ist eigentlich nur die Reproduktion des Fotos eines Bildes von Jesus. Exakter: Ein Werbe-Plakat, das unter anderem einen menschlichen Rücken zeigt, auf dem das Konterfei des Religionsgründers eintätowiert ist, der von Christen als Sohn zweier männlicher Wesen verehrt wird, nämlich von Gottvater und vom Heiligem Geist, der ihn, Jesus, der mit seinen beiden Vätern zudem identisch ist, zeugte. Es wirbt als Teil einer 16-Plakate umfassenden Serie für die Mitte August beginnende Ruhrtriennale, das bedeutendste Theater-, Kunst- und Musik-Festival des Ruhrgebiets.

Also: Hochkultur! Und doch reichte das Werbemittel aus, um im Jahr 2015 in einer deutschen Großstadt einen Eklat auszulösen, in dessen Folge das Bahnhofsmanagement des Essener Hauptbahnhofes sich genötigt wähnte, das Plakat entfernen zu lassen. Vom Sicherheitspersonal, wie die Lokalpresse nicht zu betonen vergaß.

Zu groß war offenbar der Druck, den vier besonders eifrige Katholiken des Bibelkreises Essen-Kray mit ihrem Protest erzeugten. Am Montagmittag nahmen sie an den vier Ecken des auf den Boden geklebten Plakats Stellung, »schützend«, wie der Reporter der »Westdeutschen Allgemeinen« kongenial vermerkte. In der Tat bildete die fromme Kleingruppe eine Art Cordon sanitaire um das Plakat, um so Passanten daran zu hindern, über das Foto der Jesus-Tätowierung zu stapfen.

Hunderte Bahnkunden mussten Umwege in Kauf nehmen, wenn sie zu ihren Zügen wollten. Die Bahn belohnte den Protest, indem sie die Forderungen der Protestierenden erfüllte.

»Es verletzt unsere religiösen Gefühle, wenn Passanten Jesus Christus tausendfach ins Gesicht treten«, ließ sich ein Teilnehmer zwecks Rechtfertigung der Aktion zitieren. »Selbst Moslems« seien entsetzt gewesen, argumentierte er und deutete schließlich an, dass die Aktion nicht würde stattgefunden haben, wenn das Plakat an der Wand platziert worden wäre. So viel Toleranz muss sein, auch wenn man einwenden mag, dass hartnäckige Treter so nicht davon abgehalten worden wären, dem Jesus-Bild ein Leid anzutun.

Das Plakat sei in den Boden eingelassen worden, um mehr Aufmerk-

Die Bahn belohnte den Protest, indem sie die Forderungen der Protestierenden erfüllte.

samkeit zu erzielen, heißt es in einer Stellungnahme der Ruhrtriennale. Keineswegs habe man religiöse Gefühle verletzen wollen. Doch stellten die Festival-Macher auch klar: »Wir halten an dem Plakatmotiv weiterhin fest und haben nicht vor, das Plakat zurückzuziehen«. Denn die Kunst sei frei.

Bei der Deutschen Bahn AG sieht man das anders. Auch andere nordrhein-westfälische Hauptbahnhöfe, darunter Dortmund, Bochum, Duisburg und Köln, folgten gestern dem Essener Beispiel. »Inzwischen wurde das Plakat in allen Städten entfernt«, sagte ein Bahn-Sprecher gegenüber »nd«. Als Grund nannte er, man habe Proteste wie die »spontane Zusammenkunft« in Essen vermeiden wollen. Das Plakat wirbt für das Musiktheaterstück »Accattone«, dessen gleichnamige Hauptfigur laut Programmheft ein subproletarischer »Anti-Messias« ist, der bürgerliche Wert- und Moralvorstellungen ignoriert. Es verbindet einen Text Pier Paolo Pasolinis mit der Musik Johann Sebastian Bachs.

ANZEIGE

Für Rechner, Smartphone oder Tablet!

Elektrisierend: nd digital für nur 9 €

Bei einem Traditionsblatt wie uns muss man ab und zu mal darauf hinweisen, wie sehr wir mit der Zeit gehen. Und neben der gedruckten Ausgabe täglich ein digitales Angebot ins Netz stellen, das es in sich hat. Allein das Webarchiv ist das Geld wert, doch es kommt noch besser:
Vier Wochen lang nd digital (Web, Archiv, ePaper) nur 9 Euro!* Elektrisiert? Dann los!

*Wenn Sie spätestens 7 Tage vor Ablauf der 4 Wochen kündigen, ist das Abo beendet. Andernfalls kostet es anschließend im Normaltarif € 17,50, ermäßigt € 10,20 / Monat.
Interesse? Dann anrufen unter (030) 29 78 18 00 Aboseite: neues-deutschland.de/online

neues deutschland
▸ SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

nd

*

Dokumentiert: Die Eröffnungsrede zur diesjährigen Triennale der Karikatur in Greiz

Wenn ein Satiricum vierzig wird

Von Harald Kretzschmar

Barbara Henniger, 2013

Abbildungen: Staatliche Bücher- und Kupferstichsammlung Greiz

Das Satiricum Greiz. Juni 1975
Vor vierzig Jahren von Werner Becker, Greiz, und Harald Kretzschmar, Kleinmachnow, gegründet. Nach knapp zehn Jahren war mein Co-Gründer tot. Nun lebe ich schon drei Jahrzehnte als Mythos des Gründers einer Sache, die es nach der Legende von der allseits herrschenden Zensur der Diktatur gar nicht hätte geben dürfen. Ich bin eine Person, die es nach offizieller Lesart gar nicht geben dürfte. Das ist ein auf kuriose Weise übermächtiger Ansporn, weiter zu leben und zu wirken im Sinn eines sehr persönlichen Credo.

Hier stehe ich. Ich kann auch anders. Ich komme nachweislich aus dem Gestern. Bin ich deshalb von gestern? Nein. Keineswegs.

Ich zeichne und schreibe, rede und lebe heute. Ich blicke um mich, und sehe: Wir sind heute schüchterner als gestern. Wir? Ich weniger als das Wir. Das Wir, das den Zeitgeist markiert. Das Wir, das die kritische Instanz der Satire klein und im Abseits hält. Als Randerscheinung unseres Lebens. Als provinzielle Petitesse. Das Wir, das Größen wie Loriot vergöttert und sein namenloses Kleinvolk bestenfalls belächelt. – Die Massen? Sie berührt Kritik kaum.

Im täglichen Umgang lebt die Mehrheit der Leute witzlos und satirefern. Kaum einer kauft noch Bücher und Journale solchen Inhalts. Der erzählte politische Witz ist zur Chimäre verkommen. Politiker und ihre Lobbyisten lächeln und lachen ohne jeden Grund in jede Kamera. Witz und Geist schütteln sie einfach ab. Kabarettisten buhlen um Einschaltquoten. Die gezeichnete Satire sucht auf Nebenwegen ihr Ziel. Das von humorloser Werbung stumpf gewordene Publikum erwartet kichrige Streicheleinheiten. Die intellektuelle Elite lässt ihren Frust laut über alle Bühnen herausschreien. Komödianten? Das ich nicht lache ...

Paris Charlie Hebdo. Januar 2015
Vier unserer wackeren Mitstreiter werden von einer pseudoreligiös eingefärbten Lynchmafia blindlings hingemeuchelt. Die ganze Halbwelt ist als halbganze Welt höchst alarmiert. Alarm! Alarm! Alarm! So schreien Witztöter und Ironieleugner aller Couleur im Chor. Millionenfach stellen sie sich spontan vor die Satire, rücken an ihre Seite, der Prophet Mohammed tränenden Auges völlig daneben. Angesichts dessen muss die Satire in die Knie gehen. Sie strauchelt, aber niemand macht am nächsten Tag noch Aufhebens von ihr.

Nun liegt sie also danieder, die Satire.

Ist sie noch konservierbar im Museum? Ihre dort gesammelte gewaltige Potenz – kann sie ihr wieder auf die Beine helfen? Wir runzeln die Stirn: Liegt sie denn nicht eigentlich längst hinter uns, die scharf und brillant gezeichnete und tiefgründig pointierte Satire? Da stehen wir nun um sie herum, Feiernde zum Fest des Gewesenen. Trauernde zum Unwiederbringlichen. So wie es war, ist es nicht mehr. Wie aber wird es sein? Der normwidrige querbürstende Scherzbold, läuft er nun im Irrgarten der lustvollen Blödelei rund oder auf der Zielgeraden kritisch-ironischer Vernunft auf?

Na, wartet mal ab.
Wenn erst inoffiziell aufgepeitschter und offiziell geduldeter Unwille selbsternannten Volkes euch so recht Beine macht und in die rechte Ecke zurechtweist! Vorerst üben wir schon mal an griechischen oder ukraino-russischen armen Versuchskaninchen, ob unsere alten deutschen Stammtischparolen strichmännchenweise satirisierbar sind! Wissen wir denn, was wir im Namen der Pressefreiheit so alles tun dürfen? Alles unter Kontrolle? Tun wir denn überhaupt alles? Was ist denn dieses Alles?

Was wissen wir schon?
1975 glaubten wir zu wissen, was wir dringend brauchen: Ein Satiricum als Sammelpunkt kritischen Zeichnens. Es war unser alles. Wir mehrten es und zehrten davon. Inzwischen ist alles austauschbar. Wer fragt nach uns? Wer braucht uns? Wir gehen ins Internet und werden auf den Websites der Karikatur mit Kübeln voll textüberladenem zeichnerischem Unrat überschüttet. Bildung kommt oft genug von Einbildung. Vom Ungefähr. Bilden und Ein-Bild-von-etwas-Machen, das würde zusammengehören. Jetzt fotografieren wir alles. Eins zu eins. Täuschend ähnlich. Alles geklont. Selfie bevorzugt. Uns genügt der oberflächliche Abglanz der Erscheinung. Ursachen? Beweggründe? Zusammenhänge? Was soll's?

Hat Zeichnen als Zeichengeben ausgedient?
Das eben ist die aktuelle Frage. Verkehrszeichen sind ein notwendiges Übel und Satzzeichen Glücksache. Als der Mensch Ziffern und Buchstaben erfand, war er genial. Wenn der Mensch nur noch das kopierte Abbild anbetet, wird er zum Kretin. Millionenfaches Reproduzieren vorgefertigter Manga-Klischees ersetzt ihm das Finden von Eigenem. Wer ernsthaft für die Abschaffung der individuellen Handschrift plädiert, pfeift schon längst auf jede Zeichnung – ob nun als Vor- oder Aufzeichnung. Nichts wird den anvisierten Norm-Menschen der Zukunft dann noch auszeichnen. Sein digital einzig geforderter Zeigefinger gleitet flüchtig über eine ständig neue und gleichzeitig schnell vergehende virtuelle Erscheinungswelt.

Was sollte heute ein Satiricum noch sammeln?
Ich muss mich doch heute fragen, was all der sensibel bezeichnete und kunstvoll bedruckte Papierkram, der hier gesammelt wird, im Hinblick auf die arrogante Übermacht technischen Größenwahns noch wert ist? Hier ist kritisch kommentierte Menschengeschichte aufbewahrt. Hier lacht der Mensch noch, hier darf er es sein. Der Mensch? Dieses mechanisch tätowierte rasierte handymanipulierte Wesen, wie menschlich ist es? Über einen originellen Witz lachen, und dabei Kunstgenuss haben, das ist doch was. Wer kann davon leben, etwas Komisches für uns aufzuzeichnen? Der Mensch soll immer länger leben, aber immer kürzer treten. Was immer er tut, ist alsbaldigem Verbrauch und Verfall geweiht. Was soll dazu ein Museum?

Blick zurück im Zorn, und finde das Heute prachtvoll!
So spricht der Zeitgeist. 1975 in diesen Breiten, das ist ideologisch kontaminiertes Gelände. Die Zensur des Unrechtsstaates soll uns in widerwärtigster Weise geknechtet haben, sagen die Geschichtsbücher, die schon längst auf die Bebilderung mit Karikaturen verzichtet haben. Ein dazumal problemlos zentral finanziertes Karikaturenmuseum namens Satiricum – das muss doch der reine Bluff gewesen sein. Ein Winkelzug des Klassenfeindes, um mal die damals übliche Terminologie zu benutzen. Vorsicht ist geboten. Hängt das zur Sicherheit mal niedriger. Der als Föderalismus kostümierte Provinzialismus wird es schon richten.

Freunde – bitte nicht diese Töne!
Das werden Sie jetzt zu rufen versucht sein. Ja, ich beherrsche mich ja schon. Der geübte Selbstzensor in mir rät zur Diplomatie. Aber nein. Ich sprach vom Menschen. Ich will es schlicht menschlich sagen: In einer Ausstellung, die so, wie wir es hier heute sehen, in immer wieder zeichnerisch pointierter Form brandneu blitzgescheit buntgemischt brisanteste Aspekte dieser unserer Gesellschaft behandelt, da ist Pessimismus wahrlich fehl am Platze. Ohne eine gewaltige Prise Optimismus, aber mit einem Übermaß an freudiger Tatkraft seitens seiner Chefin und ihrer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sähe dieses Haus nicht so aus, wie wir es im Moment erleben. Das muss unbedingt ohne jede Einschränkung gesagt werden. Danke, Eva Maria von Mariassy, vielen herzlichen Dank für Ihren Einsatz.

Diese Rede wurde am 6. Juni zur Jubiläumsfeier anlässlich der Eröffnung der 8.Triennale der Karikatur »Alles unter Kontrolle« (bis 4. Oktober) im Sommerpalais Greiz gehalten. Im Publikum befand sich mit 34 aus ganz Deutschland angereisten Karikaturisten und -innen genau die Hälfte aller Ausstellenden. Den ganzen Tag wurde im nach der Flut von 2013 völlig wiederhergestellten Schlossgebäude und Schlosspark gemeinsam gefeiert, was zu feiern war: die Vergangenheit und Gegenwart des Genres, das eben doch nicht tot zu kriegen ist – der Satire.

Klaus Stuttmann, 2013

»Die meisten Menschen benutzen ihre Jugend, um ihr Alter zu ruinieren.«

Jean de La Bruyère

Anne Will folgt auf Jauch

Bald wieder sonntags

Übernimmt Anne Will von Günther Jauch den Talkshow-Platz im Ersten? Entsprechendes berichteten gestern der Berliner »Tagesspiegel« und der »Spiegel«. Die Intendanten haben über die Personalie am Dienstagnachmittag beraten. Das Ergebnis stand bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe allerdings noch nicht fest.

Der Personalwechsel ist genau genommen eine Rückkehr, denn die Moderatorin der nach ihr benannten Politik-Talkshow war nie weg, aber vier Jahre lang eben nicht auf dem ersten Platz der Talkshows am Sonntagabend in der ARD gesetzt, sondern ins Mittwochnachtprogramm abgeschoben. Grund dafür war Günther Jauch. Eigens für ihn schmiss die ARD 2011 ihr Programm um; Anne Will musste dem TV-Millionär weichen und talkte fortan auf einem quotentechnisch ungünstigen Sendeplatz.

Mit der Rückkehr von Will an ihren alten Sendeplatz soll dem Vernehmen nach eine Reduzierung der Talkshows von vier auf drei verbunden sein. Neben »Anne Will« wird es künftig »Hart aber fair« mit Frank Plasberg (Montag) und »Menschen bei Maischberger« mit Sandra Maischberger (Dienstag) geben. Der alte Sendeplatz von Anne Will am Mittwochabend soll künftig anderweitig besetzt werden. *jam*

KURZKULTUR

Venedig. Die evangelisch-lutherische Kirche zeigt anlässlich der Kunstbiennale eine Ausstellung über den Bildhauer Ernst Barlach (1870-1938). +++ Düsseldorf. Der Ausverkauf der Kunstsammlung des inhaftierten Kunstberaters Helge Achenbach hat begonnen, nun steht ein Auktionsmarathon an. *epd/dpa/nd*

ANZEIGE

*

»Saul und David«

Echter Rembrandt

Nach über 50 Jahren ist das berühmte Gemälde »Saul und David« endgültig als echter Rembrandt anerkannt worden. Ein internationales Expertenteam hatte mit modernster Technik in achtjähriger Forschung die Herkunft nachgewiesen, sagte die Direktorin des Mauritshuis in Den Haag, Emilie Gordenker, am Dienstag. »Wir haben einen Rembrandt, der in zwei Phasen gemalt wurde.«

In einer besonderen Ausstellung präsentiert das niederländische Museum ab Donnerstag das vollständig restaurierte Gemälde, das Rembrandt (1606-1669) von etwa 1650 bis 1655 gemalt hatte. Im 19. Jahrhundert war es zum Teil zerstückelt und auch stark übermalt worden.

Thema des Bildes ist die Begegnung von Saul und David nach der Geschichte des Alten Testaments. Der junge David kniet vor dem König und spielt Harfe. Saul findet Trost in der Musik, wird aber später aus Eifersucht einen Speer auf David werfen.

Das Gemälde war erst 1830 bei einer Versteigerung in Paris aufgetaucht und kam 1898 ins Mauritshuis. Bis Ende der 1960er Jahre galt es als eines der schönsten Werke Rembrandts. Dann hatten jedoch führenden Experten die Herkunft bezweifelt. *dpa*

Buchmarkt

Erlöse 2014 gefallen

Der Umsatz im deutschen Buchmarkt ist im vergangenen Jahr um 2,2 Prozent geschrumpft. Insgesamt fielen 2014 die Erlöse in der Branche auf 9,32 Milliarden Euro, wie der Börsenverein des Deutschen Buchhandels am Dienstag in Frankfurt am Main mitteilte. Das Minus begründete der Verband mit dem Mangel an Top-Bestsellern. Der Internet-Buchhandel fiel zum zweiten Mal in Folge um 3,1 Prozent. Dagegen kam der klassische Einzelhandel mit einem Rückgang von 1,2 Prozent glimpflich davon. »Es gibt eine Rückbesinnung auf den stationären Buchhandel«, sagte Börsenvereinsvorsteher Heinrich Riethmüller. Jedes zweite Buch werde von den traditionellen Sortimentern verkauft. *dpa*

Elbphilharmonie

Vorermittlung eingestellt

Das Kostendebakel beim Bau der Hamburger Elbphilharmonie wird für die Verantwortlichen kein juristisches Nachspiel haben. »Das Vorermittlungsverfahren wurde eingestellt. Wir haben keine Anhaltspunkte für Straftatbestände wie Untreue, Betrug oder etwaige Korruptionsdelikte gefunden«, sagte die Sprecherin der Hamburger Staatsanwaltschaft, Nana Frombach, am Dienstag. Das »Hamburger Abendblatt« hatte zuvor darüber berichtet. Vor gut einem Jahr hatte die Staatsanwaltschaft das Vorermittlungsverfahren eingeleitet. Es sollte geklärt werden, ob der 726 Seiten umfassende Bericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses Hinweise auf Straftaten enthält.

Laut dem Abschlussbericht sind eine unfertige Planung, mangelnde Kontrolle vonseiten der Politik und ein Chaos auf der Baustelle schuld am Desaster beim Bau der Elbphilharmonie. Die Kosten für den Steuerzahler stiegen von ursprünglich 77 Millionen auf 789 Millionen Euro, die Eröffnung wurde von 2010 auf 2017 verschoben. *dpa*

Das Jahrhundert der Manns: Manfred Flügge entwirft ein Porträt der berühmten Familie

Glück, Unglück, Zwist, Hader

Von Klaus Bellin

Sie waren jung, und am liebsten waren sie auf Reisen. In Lübeck, ihrer Geburtsstadt, hielt sie wenig. Einen heißen Sommer lang wohnten sie, entlaufene Söhne einer angesehenen Kaufmannsfamilie, als Untermieter einer guten Frau in Rom, Via Torre Argentina, spielten am Abend Domino und suchten angestrengt nach ihrer Zukunft. Schreiben wollten sie. Einen Augenblick dachten sie sogar an einen gemeinsamen Roman, doch dann hatte der Jüngere die rettende Idee: Er würde den Verfall einer Lübecker Familie erzählen, seiner Familie.

Der Stoff lag ihm ja zu Füßen, und der Bruder (»Wenn ich mir die Ehre beimessen darf, habe ich an dem berühmten Buch meinen Anteil gehabt«) konnte mit seinen Erinnerungen und Erfahrungen helfen. »Im kühlen, steinernen Saal«, wird Heinrich Mann später in seinem Lebensbericht schreiben, »begann der Anfänger, mit sich selbst unbekannt, eine Arbeit, bald sollten viele sie kennen, Jahrzehnte später gehörte sie der ganzen Welt.« Im August 1900 war der Roman »Buddenbrooks« fertig. Er erschien, aufgeteilt in zwei Bände, 1901. Mit der Volksausgabe 1903, nun in einem Band, kam der Ruhm.

So fing alles an: mit zwei wetteifernden Brüdern, die ihre Gemeinsamkeit schon bald hinter sich ließen und scharfe Konkurrenten wurden, dann, zu Beginn des Ersten Weltkriegs, sogar erbitterte Gegner und die eine Dynastie der Literaten stifteten, so außergewöhnlich wie prominent. »Was für eine sonderbare Familie sind wir!«, hat Klaus Mann im Tagebuch notiert. »Man wird später Bücher über uns – nicht nur über einzelne von uns – schreiben.« Er hat Recht behalten. Seit Jahren wächst die Zahl der Lebensbeschreibungen und Editionen, und die Faszination hält an, befeuert noch von Heinrich Breloers dokumentarisch grundiertem Fernsehroman »Die Manns« von 2001. Jetzt kommt aus dem Aufbau-Verlag ein weiteres Buch dazu, ein Familienporträt, entworfen von Manfred Flügge, und die nächste Publikation zum Thema, verfasst von Tilmann Lahme, soll in diesem Herbst bei S. Fischer schon folgen.

Die »Buddenbrooks« haben alles verändert. Plötzlich war Thomas, der anfangs mit Heinrichs Bucherfolgen nicht mithalten konnte, ein Autor im Scheinwerferlicht. Er hatte es geschafft, stand dort, wo er immer hinwollte: oben, weit höher jedenfalls als der Bruder, und ehe der sich versah, hielt er 1903 einen Brief in der Hand, in dem Thomas sich zum Lehrmeister aufschwang und ohne Umschweife erklärte, mit Heinrichs literarischer Entwicklung nicht einverstanden zu sein. Er nahm dessen Romane und Novellen aufs Korn, sprach von »verrenkten Scherzen«, »unwürdigen Grimassen«, »sinnlosen und unanständigen Lügengeschichten«, vermisste »jede Strenge, jede Geschlossenheit, jede sprachliche Haltung«. Da war er bereits erkennbar, der Abgrund, der Riss, der bald schon unüberbrückbar wurde. Sie standen, nun deutlich voneinander geschieden, in feindlichen Lagern, Kriegsbefürworter der eine, Thomas, und damit auf der Seite der Mehrheit in Deutschland, erbitterter Kriegsgegner und Außenseiter der andere, Heinrich. 1918 konnte endlich »Der Untertan« erscheinen, der Roman, der 1914 schon fertig war, aber nicht erscheinen konnte, die große, beißende Abrechnung mit dem Kaiserreich, ein Erfolgsbuch. 1921 wurde Heinrich fünfzig. Die Glückwünsche kamen aus allen Himmelsrichtungen. Nur Thomas schwieg. Er streckte die Hand erst Anfang 1922 wieder aus, als Heinrich lebensbedrohlich erkrankt war.

Thomas Mann mit seiner Tochter Erika, seiner Frau Katia und seinem Sohn Klaus, 1931 Foto: akg-images

»Was für eine sonderbare Familie sind wir! Man wird später Bücher über uns – nicht nur über einzelne von uns – schreiben.«

Klaus Mann

Die Familie, von der Manfred Flügge erzählt, ist ein Mythos geworden, durch ihre Produktivität, ihr Handeln und Schreiben Teil der jüngeren deutschen Geschichte, nicht wegzudenken aus der Literatur. Sie hat dem Jahrhundert Glanz verschafft und war gleichzeitig überreich an Prüfungen, Dramen, Krisen, Missverständnissen, Glück, Unglück, Zwist und Hader. Da war ja nicht nur der Konflikt der berühmten Brüder. Die Schwestern Carla und Julia brachten sich um. Es gab die schrillen, spektakulären Eskapaden der Thomas-Mann-Sprösslinge Erika und Klaus in den zwanziger Jahren, beide später eminent politische Köpfe. Es gab unterdrückte und ausgelebte Homosexualität, Drogenkonsum, die Reibungen und Wunden, die sich aus der Dominanz des Vaters ergaben, die heftigen Aversionen gegen Heinrichs Frau Nelly, die KZ-Haft von Mimi Mann, Heinrichs zweiter Frau (die an den Folgen 1947 starb), 1949 den Freitod Klaus Manns in Cannes. Und schließlich waren da noch die Thomas-Mann-Kinder Monika, die Verfemte, und Michael, der Schwierige, unbeherrscht und unzufrieden. Erst war er Bratschist, dann Literaturwissenschaftler. Er selber sprach von einem »infantilistischen Leben«, das er führe. Man fand ihn am 1. Januar 1977 tot in seinem Bett, im Blut viel Alkohol und Barbiturate. Nur Elisabeth, das Küken, hat strahlend bekannt, unter dem Vater nicht gelitten zu haben.

Das alles hat man hier und da natürlich längst lesen können, am ausführlichsten, zusammengesetzt aus lauter Einzelporträts, in einem Buch von Marianne Krüll (»Im Netz der Zauberer«), aber nicht so dicht, so fesselnd, bereichert um neue Materialien wie hier. Manfred Flügge bindet die Einzelgeschichten geschickt zu einer weiträumigen Erzählung, die immer beides im Blick hat: die Familie mit all ihren Besonderheiten, Konflikten und Erschütterungen sowie die Wirren und Schrecken der Zeit.

Der Verlust der Heimat, das Exil mit all den Krisen, von denen auch Thomas Mann anfangs nicht verschont blieb, der Kampf gegen die Naziherrschaft, der zu ihrer Weltgeltung wesentlich beitrug, hat sie alle zusammengeschweißt. Mit Recht würdigt Flügge dabei auch die Leistung Katia Manns. Ihr vor allem war es zu danken, dass die Gemeinschaft nicht zerbröckelte, sie schrieb Briefe, um den Zusammenhalt zu sichern, kümmerte sich unter den nun gänzlich veränderten Bedingungen um die weitere Ausbildung ihrer jüngeren Kinder, unterstützte die älteren, sorgte später auch für den vereinsamten Heinrich Mann, der in den USA ein Fremder blieb, unbeachtet, angewiesen auf die finanzielle Hilfe des Bruders.

Im vorletzten Kapitel, überschrieben »Novellenverbrechen«, dreht sich beinahe alles noch einmal um Thomas Mann. Seit seinen Anfängen ließ er's sich nicht nehmen, seine Figuren nach realen Vorbildern zu formen. Er hat damit immer wieder Anstoß erregt, Ärger verursacht und auch handfeste Auseinandersetzungen provoziert, etwa mit Gerhart Hauptmann, den er als Mynheer Peeperkorn im »Zauberberg« karikierte, oder Arnold Schönberg, der sich im »Doktor Faustus« seiner Zwölftonmusik beraubt sah. Schlimmer noch traf es Frido Mann, den Lieblingsenkel, im »Faustus« der Knabe Echo, den Thomas Mann aus künstlerischen Gründen sterben ließ, wenn auch unter Tränen, wie er 1952 gestand. Seine späteren Lebensprobleme hat Frido immer mit seinem Schicksal im Buch des Großvaters in Verbindung gebracht.

Manfred Flügge: Das Jahrhundert der Manns, Aufbau Verlag, 416 Seiten, geb., 22,95 Euro.

Die derzeit laufenden Händelfestspiele in Halle haben zwischen Opernthriller und Counterartistik jede Menge zu bieten

Innen hui, außen pfui

Von Roberto Becker

Heutzutage macht oft eine marktschreierische Verpackung mehr her als ihr Inhalt. Bei den Händelfestspielen in Halle ist es diesmal umgekehrt. Aber man kann es mit der Zurückhaltung auch übertreiben. In der Saalestadt hat man den Eindruck, das Stadtmarketing sei noch nicht erfunden worden. Dass die traditionsreichen, tatsächlich in der Stadt verwurzelten Festspiele zum höheren Ruhme des in Halle geborenen Barockmeisters gerade im Gange sind, kann man beim Spaziergang durch die charmante Altstadt glatt übersehen. Ein bisschen mehr Gedöns müsste schon sein, oder besser: wieder werden.

Aber das war's dann schon mit dem Gemeckere. Denn was künstlerisch in diesem Jahr unter dem Motto »Händel und seine Interpreten« aufgeboten wird, kann sich wahrlich hören und sehen lassen! Es ist keineswegs selbstverständlich, dass Festspiele in Zeiten knapper Kassen ihren Besuchern allein schon vier Opernproduktionen anbieten können. Neben der Wiederaufnahme von Nigel Lowerys »Arminio«-Inszenierung (die, und das ist ein Alleinstellungsmerkmal der Oper Halle, im Repertoire gereift ist) gibt es als Novität und aktuellen Hauptbeitrag des Opernhauses die von Stephen Lawless erstmals szenisch aufgeführte Händeloper »Lucio Cornelio Silla«. Romelia Lichtenstein brilliert darin als Gattin des Diktators und Frauenhelden Silla. Den gibt der junge Filippo Mineccia als glutäugigen Duce-Verschnitt und mit dramatischem Counter-Drive. Für dieses nur zweistündige, höchst spannende Psychogramm einer fortschreitenden Hybris hat Frank Philipp Schlössmann ein Drehbühnenlabyrinth aus imperialen Salons gebaut. Durch maßvoll hinzugefügte, mit einer Leni-Riefenstahl-Ästhetik spielende Videos bekommen die etwas beklemmend Furchterregendes.

Dass diese zu Unrecht gering geschätzte Ausgrabung ein festspielgemäßer Überraschungserfolg wurde, liegt auch an der übrigen Sängercrew, aus der etwa Counter Jeffry Kim und Ines Lex im Duett glänzten. Und natürlich an Enrico Onofri, der das bestens disponierte Händelfestspielorchester zu knackigen Tempi animierte.

In einer Dichte wie noch nie haben sich erstklassige Countertenöre bei diesen Festspielen eingefunden.

Im Goethe-Theater Bad Lauchstädt war dann der von Lucinda Childs in ein ironisch witziges Zwischenreich aus Theaterintrige und Historienschinken gesetzte »Alessandro« zu Gast. Max Emanuel Cencic muss sich hier als wunderbar timbrierter und gereifter Counter-Star (bzw. Feldherr) zwischen zwei exzentrischen Theaterdiven (bzw. Prinzessinnen) entscheiden, die beide scharf auf ihn sind. Man ahnt, wie die Legenden über den Zickenkrieg der Diven – hier wunderbar von Blandine Staskiewicz und Dilyara Idrisova imitiert – und die Kastratenallüren zu Händels Zeiten gerade bei dieser Oper in die Welt kamen. In Bad Lauchstädt steuern George Petrou und sein Ensemble »Armonia Atena« den barock historischen Sound bei, der beim Publikum genauso zündete wie die witzige Inszenierung und die vokale Prachtentfaltung. Diese schon vor zwei Jahren geplante, dann aber der Hochwasserabsage zum Opfer gefallene Produktion passt jetzt genau zum Festspielmotto. Die Wiener Produktion der »Semiramide« vom gerade wiederentdeckten Händelzeitgenossen Leonardo Vinci komplettiert das erlesene Opernprogramm.

Als dem französischen Counterstar Philippe Jaroussky der diesjährige Händelpreis überreicht wurde und er seine Händelkompetenz bei der Gelegenheit mit einem hinreißenden Konzert (bei dem Nathalie Stutzmann nicht nur dirigierte, sondern virtuos auch einen Altpart übernahm) unter Beweis stellte, war das nur der Auftakt für eine ganze Parade von erstklassigen Countertenören, die sich in einer Dichte wie noch nie zu diesen Festspielen in Halle eingefunden haben. Allein bei den Opernproduktionen machen mehr als ein halbes Dutzend mit. Zur bejubelten Sensation wurde freilich der Argentinier Franco Fagioli, der seine Arien für Cafarelli (einem der exzentrischsten Kastratenlegenden) wie ein Feuerwerk der Virtuosität abfackelte. Das richtige Feuerwerk gibt's dann traditionsgemäß am Ende dieses exzellenten Festspieljahrgangs.

Die Händelfestspiele dauern bis zum 14. Juni. www.haendelfestspiele-halle.de

TV-Tipp: »Paul Celan – Dichter ist, wer menschlich spricht« von Ullrich Kasten und Hans-Dieter Schütt

Schwarze Milch der Frühe

Von Gunnar Decker

Paul Celan mit seiner Frau Gisèle Celan-Lestrange Foto: SWR/Nachlass Eric Celan

Ein Dichterleben im Film, gar fernsehkompatibel? Wer zieht hier wen zu sich hinauf, oder herunter? Aber wer das Filmemacherduo Ullrich Kasten und Hans-Dieter Schütt kennt (Filme zu den Langhoffs, zum Theater im geteilten Berlin, zu Hitler und Stalin, über Molotow oder zuletzt Lenin), der weiß, Kompromisse in ästhetischen Fragen vermeiden sie mit Entschiedenheit.

Nun also der Dichter Paul Celan und seine »atemlose Stille des Verstummens«. Der Untertitel zum Film klingt nach Beschwörung. Dichter ist, wer menschlich spricht? Aber bis wohin, in welche Regionen der Negation reicht doch dieses Allzu-Menschliche! Es war immerhin Heinrich Mann, der sagte: »Der ideale Künstler wäre ein Ungeheuer.«

Wir wissen von Paul Celan gemeinhin nicht viel mehr, als dass er der Autor der »Todesfuge« ist, vielleicht noch, dass die uralte Claire Goll ihn beschuldigte, ein Plagiator ihres angebeteten Mannes Iwan Goll zu sein. Letzeres hat die Zeit längst widerlegt. Auch dadurch, dass die »Todesfuge« immer noch mit aller Wucht zu uns spricht. Ihre gewaltsam-zärtlichen Worte steigen aus dem Schmerzzentrum nicht nur des eigenen Lebens, sondern auch eines mit unvorstellbarer Kälte mordenden 20. Jahrhunderts herauf. Die Form der Fuge, urdeutsch anmutend seit Bach, umkreist bei Celan ein Mysterium des Nicht-Verstehen-Könnens: »Schwarze Milch der Frühe wir trinken dich nachts / wir trinken dich mittags der Tod ist ein Meister aus Deutschland / wir trinken dich abends und morgens wir trinken und trinken / der Tod ist ein Meister aus Deutschland sein Auge ist blau / er trifft dich mit bleierner Kugel er trifft dich genau ...«

Wie kann man eine derartig symbolische Sprache – dichten heißt verdichten! – ins Medium des Films übersetzen? Wo Dichten doch durch alle Abbilder hindurch ins Urbildhafte durchdringt? Wo doch die Reisen des Dichters Paul Celan, in Sprache verwandelt, sämtlich Reisen im Kopf sind? Dies kann nur gelingen, wenn die filmische Annäherung einem ebenso strengen Maßstab der Form unterworfen ist, Bilder und Worte einen Rhythmus bilden: als Komposition wahrnehmbar werden.

Wer einen Dichter verstehen will, so wissen Kasten und Schütt, der muss den Bildern folgen, die dieser nicht los wird. Im »Schatten der Wundmale« ersteht dann auch dieses Porträt, das den äußerlichen Lebensweg Celans im Spiegel jener Worte zeigt, wie sie die Gedichte bezeugen. Erfahrenes ist dabei mehr als bloß das Erlebte. Geboren 1920 als Paul Anczel in Czernowitz, das damals zu Rumänien gehörte, die jüdischen Eltern wurden im KZ ermordet. Celan kam 1947 nach Wien, im Jahr darauf ging er nach Paris. Was er schrieb, waren sämtlich Beschwörungen des Grauens, dem einen Namen zu geben den Beruf des Dichters eigentlich übersteigt.

Wie auch Auschwitz die geschichtlichen Möglichkeiten eigentlich übersteigt – und eben doch stattgefunden hat. Celans Sprache versichert sich des Glaubens an die Bodenlosigkeit der Wortgefäße mittels einer geradezu religiösen Überanstrengung von Erwartung ans Wort – um diese dann doch zerbrechen zu lassen. Fassungslos stand der »deutsche Kulturträger« nach dem Krieg vor dem Faktum einer perfektionierten Menschenvernichtungsmaschine namens Auschwitz, dem Beitrag Deutschlands zur Re-Barbarisierung des Fortschritts. »Bei Wein und Verlorenheit, bei / beider Neige: / ich ritt durch den Schnee, hörst du, / ich ritt Gott in die Ferne – die Nähe, er sang, / es war / unser letzter Ritt über / die Menschen-Hürden.«

Celan versucht das Trauma der Vernichtung der Eltern stellvertretend für die europäischen Juden schreibend zu bannen – Gedichte sind Zaubersprüche! –, unterliegt dabei immer wieder. Psychische Krisen, Verdüsterungen aller Art, häufen sich. Kasten und Schütt sprechen mit dem Sohn Eric Celan über diese inneren Zerrissenheiten des Vaters, der das »Land der Mörder« nicht mehr ertrug und doch die deutsche Sprache bewohnte, ebenso wie die ihm ebenbürtige Dichterin Ingeborg Bachmann (die er in aller Unstetigkeit liebte), die Tochter eines Kärntner Nazis, die, wie er, an der »Wunde Deutschland« litt.

Wir reisen durch die Welt der Dichtung, aber auch der Lebensstationen und Archive. Der Celan-Forscher Bertrand Badiou wird befragt. Celans Verhältnis zu seinem ihm trotz allem verwandten Antipoden Heidegger kommt zur Sprache, ebenso wie ein unrühmliches Kapitel des westdeutschen Nachkriegsliteraturbetriebs. Die sich links gebenden Autoren der »Gruppe 47« verhöhnen Celans Dichtung als einen »Singsang wie in einer Synagoge«, mancher bemüht sogar geschmacklose Goebbels-Analogien, um seinen Vortragsstil zu denunzieren. Es war jene Zeit Ende der sechziger Jahre, als sich selbst Günter Grass für einen – beachtlichen – Gedichtband, den er veröffentlicht hatte, an den Pranger kommuneseliger Ideologie gestellt sah, denn: Nur unverbesserliche Reaktionäre schreiben Gedichte statt »engagierter Literatur«!

1970 in Paris kurz vor seinem fünfzigsten Geburtstag. Der Dichter Paul Celan, dem sich die Wunde Deutschland (seine »Angstlandschaft«) nicht schließen will, ertränkt sich in der Seine. Ihn konnten die Worte nicht retten – doch uns bleibt ihre magische Zeugniskraft.

Arte, 21.50 Uhr

FIFA-Film

Flop an den Kinokassen

Von Jürgen Amendt

Bastian Schweinsteiger, Fußballspieler im Dienste des FC Bayern München, hat etwas richtig gestellt. Seine Lobesrede auf FIFA-Boss Joseph S. Blatter in dem Film »Die Mannschaft« sei als humoristische Anspielung zu verstehen. Schweinsteiger hatte in dem Film über die Fußball-WM vergangenes Jahr dem FIFA-Boss dafür gedankt, dass dieser die WM nach Brasilien geholt habe. Den Überschwang des Lobes erklärt der heutige Kapitän der deutschen Fußball-Nationalmannschaft damit, dass das Wetter in Brasilien schön gewesen sei und man die Zeit am Strand genossen habe, erklärte Schweinsteiger am Montag in Köln.

Man kann das Statement auch so interpretieren: Schweinsteiger setzt sich rechtzeitig und öffentlichkeitswirksam von Blatter ab. Der zählt seit seinem angekündigten Abgang als FIFA-Präsident und den Korruptions-Ermittlungen des FBI gegen hochrangige FIFA-Funktionäre nicht mehr zu den Personen, mit denen ein Spieler wie Bastian Schweinsteiger gemeinsam aufs Foto möchte.

Für Blatter kommt es aber noch dicker. Nicht nur Schweinsteiger wendet sich ab, das ganze Volk der USA tut es dem Fußballspieler gleich. »United Passions«, ein von der FIFA mit 25 Millionen Euro finanziertes Film-Projekt über die Geschichte des Fußball-Weltverbandes FIFA, ist bislang an den US-Kino-Kassen gefloppt. An den ersten beiden Tagen spielte der Film nach Medienberichten lediglich umgerechnet 545 Euro (!) ein. Dabei waren die Rollen prominent besetzt: Hollywood-Star Tim Roth ist in der Rolle von Blatter zu sehen, Gérard Depardieu spielt den Erfinder der Fußball-WM, Jules Rimet. *Mit Agenturen*

Mittwoch

ARD

5.00 Report München
5.30 ZDF-Morgenmagazin
9.00 Tagesschau
9.05 Rote Rosen
9.55 Sturm der Liebe
10.45 Um Himmels Willen
11.35 Papageien, Palmen & Co.
12.00 Tagesschau
12.15 ARD-Buffet
13.00 ZDF-Mittagsmagazin
14.00 Tagesschau
14.10 Rote Rosen
15.00 Tagesschau
15.10 Sturm der Liebe
16.00 Tagesschau
16.10 Elefant, Tiger und Co.
17.00 Tagesschau
17.15 Brisant
18.00 Gefragt – Gejagt
18.50 Hubert und Staller
19.45 Wissen vor acht – Werkstatt
19.50 Wetter vor acht
19.55 Börse vor acht
20.00 Tagesschau
20.15 **Sportschau live** Fußball: Testspiel, Deutschland – USA, aus Köln; ca. 22.50 DFB-Pokal, Auslosung der Spielpaarungen der 1. Hauptrunde · Live
23.00 **Sportschau Club** DFB-Pokal: Auslosung der Spielpaarungen der 1. Hauptrunde
0.00 Anne Will
1.15 Tagesschau
1.25 **Water – Der Fluss des Lebens** Drama, IND/CDN 2005

ZDF

5.30 ZDF-Morgenmagazin
9.00 heute
9.05 Volle Kanne – Service täglich
10.30 Die Rosenheim-Cops
11.15 SOKO Wismar
12.00 heute
12.10 drehscheibe
13.00 ZDF-Mittagsmagazin
14.00 heute – in Deutschland
14.15 Die Küchenschlacht
15.00 heute
15.05 Bares für Rares
16.00 heute – in Europa
16.10 SOKO Kitzbühel
17.00 heute
17.10 hallo deutschland
17.45 Leute heute
18.05 SOKO Wismar
18.54 Lotto am Mittwoch – Die Gewinnzahlen
19.00 heute
19.20 Wetter
19.25 Heldt Krimiserie
20.15 **Rosamunde Pilcher: Nebel über Schloss Kilrush** Romanze, D/A 2007 · Mit Lara Joy Körner, Hendrik Duryn, Reiner Schöne
21.45 **Inga Lindström: Prinzessin des Herzens** Romanze, D 2010 Mit Rufus Beck, Patrick Rapold
23.15 heute-journal Wetter
23.45 Markus Lanz
0.55 heute+
1.10 **Rach und die Restaurantgründer** (3/4) Dokumentationsreihe

Arte

5.05 **Ravel – Strawinsky. Jahre der Freundschaft** · Ausführende: Jean-Efflam Bavouzet (Klavier)
5.50 Zwischen Himmel und Erde
6.20 X:enius
6.45 Abgedreht!
7.35 In der Hängematte auf dem Amazonas
8.20 X:enius
8.50 Mission Rosetta
9.45 Das Rätsel der Dunklen Materie
10.40 Reisen für Genießer
11.10 Reisen für Genießer
11.40 Gartenträume
12.25 360° Geo Reportage
13.20 ARTE Journal
13.45 Tod in Venedig (Wh.) Drama, I/F 1971
15.55 Zwischen Himmel und Erde
16.20 Chinas mythische Berge
17.05 X:enius
17.30 Torpedos im Morgengrauen
18.25 Eine Sommerreise durch den Kaukasus
19.10 ARTE Journal
19.30 Australien, eine Zeitreise
20.15 **Gold** Abenteuerfilm, D/CDN 2013 · Mit Nina Hoss
21.50 **Paul Celan – Dichter ist, wer menschlich spricht**
22.45 **Pommersche Illusionen** · Dokumentarfilm, D 2012
0.05 Blutsbande Dramaserie
1.05 Blutsbande

3Sat

7.30 Alpenpanorama
9.00 ZIB
9.05 Kulturzeit
9.45 nano
10.15 Markus Lanz
11.30 Schweizweit
12.00 Newton
12.25 Erlebnis Österreich
13.00 ZIB
13.20 Die Toringi – Europäische Macht aus dem Thüringer Becken
13.50 Mord im Mittelalter
14.20 Hildegard von Bingen
14.50 Hinter dem Horizont – Timbuktu und das Nigerdelta (1/2) · Dokumentarfilm, D 2003
15.30 Hinter dem Horizont – Timbuktu und das Nigerdelta
16.15 Schätze des Islam am Mittelmeer
17.00 Byzanz – Das goldene Reich am Bosporus
17.45 mare TV – Reportage
18.30 nano spezial
19.00 heute
19.20 Kulturzeit
20.00 Tagesschau
20.15 Koran, Kommerz und Korruption Die Türkei im Umbruch
21.05 Mustafa Kemal Atatürk – Die Geburt einer Republik
22.00 ZIB 2
22.25 Our Grand Despair Drama, TRK/D/NL 2011
0.00 Ruhestand unter Palmen

MDR

5.20 Thüringen-Journal
5.50 Der Osten
6.20 LexiTV – Wissen für alle
7.20 Rote Rosen
8.10 Sturm der Liebe
9.00 Brisant
9.45 Einfach genial
10.10 Seehund, Puma & Co.
11.00 MDR um elf
11.45 In aller Freundschaft
12.30 Maciste, der Stärkste unter der Sonne Abenteuerfilm, I 1963 · Mit Mark Forest, José Greci, Giuliano Gemma u.a.
14.00 MDR um zwei
15.00 LexiTV – Wissen für alle
16.00 MDR um vier
17.45 MDR aktuell
18.05 Wetter für 3
18.10 Brisant
18.54 Unser Sandmännchen
19.00 Regional
19.30 MDR aktuell
19.50 Tierisch, tierisch
20.15 Exakt Das Nachrichtenmagazin
20.45 Peiniger in weißen Kitteln – Im Auftrag des Politbüros
21.15 Außenseiter – Spitzenreiter Gesucht und gefunden von Madeleine Wehle
21.45 MDR aktuell
22.05 Tatort Edel sei der Mensch und gesund · TV-Kriminalfilm, D 2011 · Mit Dominic Raacke
23.35 Comedy mit Karsten
0.20 Rockpalast Backstage Scooter

RBB

5.40 Potsdam erwacht
6.00 Täter – Opfer – Polizei
6.30 Thadeusz
7.00 nano
7.30 Das Mittelalter-Experiment
8.00 Brandenburg aktuell
8.30 Abendschau
9.00 ZiBB
9.55 ARD-Buffet
10.35 Rote Rosen
11.25 Sturm der Liebe
12.15 Zoobabies
13.00 rbb aktuell
13.05 Schloss Einstein
13.30 In aller Freundschaft
14.15 Planet Wissen
15.15 Schweinswale – zwischen Sylt und Kanada (VPS 15.14)
16.00 rbb aktuell
16.05 Heute im Parlament
17.00 rbb aktuell
17.05 Wolf, Bär & Co.
17.55 Unser Sandmännchen
18.00 rbb um 6
18.27 rbb wetter
18.30 ZiBB
19.27 rbb wetter
19.30 Abendschau
19.30 Regional
20.00 Tagesschau
20.15 rbb Praxis
21.45 rbb aktuell
22.15 Klartext Das Politik-Magazin
22.45 Vorsicht Sehnsucht Drama, I/F 2009
0.20 rbb Praxis Magazin

NDR

5.15 DAS!
6.00 Sesamstraße
6.25 mareTV kompakt
6.35 plietsch.
7.20 Rote Rosen
8.10 Sturm der Liebe
9.00 Nordmagazin
9.30 Hamburg Journal
10.00 Schleswig-Holstein Magazin
10.30 Regional
11.00 Hallo Niedersachsen
11.30 Seen auf dem Dach der Welt
12.15 In aller Freundschaft
13.05 NaturNah
13.35 Brisant
14.00 NDR//aktuell
14.15 Bilderbuch Deutschland
15.00 NDR//aktuell
15.15 Küstenparadies Kroatien
16.00 NDR//aktuell
16.10 Mein Nachmittag
17.10 Seehund, Puma & Co.
18.00 Regional
18.15 So ein Tag
18.45 DAS!
19.30 Regional
20.00 Tagesschau
20.15 Expeditionen ins Tierreich
21.00 Unsere Geschichte
21.45 NDR//aktuell
22.00 Großstadtrevier Krimiserie
22.50 extra 3 Satiresendung
23.20 Zapp Das Medienmagazin
23.50 Studio Hamburg Nachwuchspreis 2015 Bester Kurzfilm
1.35 Weltbilder (VPS 1.50)

WDR

10.30 Aktuelle Stunde 11.10 Giraffe, Erdmännchen & Co. 12.00 Pinguin, Löwe & Co. 12.45 WDR aktuell 13.00 Servicezeit 13.30 In aller Freundschaft 14.15 Die Prinzessinnen von Rajasthan 15.00 Planet Wissen 16.00 WDR aktuell 16.15 daheim & unterwegs 18.00 Lokalzeit 18.05 Hier und heute 18.20 Servicezeit 18.50 Aktuelle Stunde 19.30 Lokalzeit 20.00 Tagesschau 20.15 Das NRW Duell 21.00 Mit Bock durchs Land (4/6) 21.45 WDR aktuell 22.00 Die LottoKönige 22.25 Die LottoKönige 22.55 Der Bestatter 23.55 Der Elefant – Mord verjährt nie · Der Lügner 0.40 Erlebnisreisen-Tipp 1.00 Domian

SWR

16.00 SWR Landesschau aktuell 16.05 Kaffee oder Tee 17.00 SWR Landesschau aktuell 17.05 Kaffee oder Tee (VPS 16.05) 18.00 SWR Landesschau aktuell 18.12 Baden-Württemberg Wetter 18.15 made in Südwest 18.45 SWR Landesschau Baden-Württemberg 19.30 SWR Landesschau aktuell 20.00 Tagesschau 20.15 betrifft ... 21.00 Neues von den Knochen-Docs (1/2) 21.45 SWR Landesschau aktuell 22.00 Tatort (VPS 21.59) · Alter Ego · TV-Kriminalfilm, D 2012 23.30 Alfred Brehm – Die Gefühle der Tiere 1.15 Serengeti darf nicht sterben · Dokumentarfilm, D 1959 2.35 betrifft ... · Dokumentationsreihe

PHOENIX

8.15 Berichte aus der DDR 9.00 Vor Ort 9.10 BON(N)Jour 9.15 Thema 10.30 Deutscher Schulpreis 2015 12.30 Schüler in der Leistungsfalle 13.00 Befragung der Bundesregierung 13.30 Der Buschpilot und seine Frau 14.15 Srebrenica – Opfer klagen an 15.00 Srebrenica 15.30 Vor Ort 17.00 Erste Zuflucht 17.30 Vor Ort 18.00 G7-Gipfel in Elmau 18.30 Heimatabend Bonn 19.15 Berichte aus der DDR 20.00 Tagesschau 20.15 Königliche Dynastien · Die Habsburger 21.00 Königliche Dynastien · Die Hohenzollern 21.45 heute journal 22.15 Phoenix-Runde 23.00 Der Tag 0.00 Phoenix-Runde · Dokureihe

KIKA

12.30 Garfield 12.55 Die fantastische Welt von Gumball 13.20 Piets irre Pleiten 13.40 Die Pfefferkörner 14.10 Schloss Einstein 15.00 H2O – Plötzlich Meerjungfrau 15.25 Horseland, die Pferderanch 15.50 Lenas Ranch 16.15 logo! Die Welt und ich 16.20 Garfield 16.50 Geronimo Stilton 17.15 Der kleine Nick 17.40 Yakari 18.05 Ritter Rost 18.15 Glücksbärchis – Willkommen im Wolkenland 18.40 Wolkenkinder 18.50 Unser Sandmännchen 19.00 Peter Pan – Neue Abenteuer 19.25 Wissen macht Ah! 19.50 logo! Die Welt und ich 20.00 Ki.Ka Live 20.10 Das Surfcamp 20.35 Alien Surfgirls · Notruf ins All

Bayern

7.40 Tele-Gym 7.55 Panoramabilder / Bergwetter 8.35 Tele-Gym 8.50 Das Waisenhaus für wilde Tiere 9.40 Abendschau 10.25 Wir in Bayern 11.40 Dahoam is Dahoam 12.10 In aller Freundschaft 12.55 Nashorn, Zebra & Co. 13.45 Traumpfade 14.15 Das grüne Band 15.05 Polizeiinspektion 1 15.30 Wir in Bayern 16.45 Rundschau 17.00 Traumpfade 18.00 Abendschau 18.45 Rundschau 19.00 Stationen.Dokumentation 19.45 Dahoam is Dahoam 20.15 Bayerntour 21.00 Kontrovers 21.45 Rundschau-Magazin 22.00 Für Bayern mit Napoleon (1/2) 22.45 Kino Kino 23.00 Rundschau-Nacht 23.10 Die Frau die singt – Incendies. Drama, CDN/F 2010 · Lubna Azabal, Mélissa Désormeaux-Poulin 1.10 Dahoam is Dahoam

Sat1

5.30 Sat.1-Frühstücksfernsehen 10.00 Auf Streife 11.00 Richterin Barbara Salesch 12.00 Richter Alexander Hold 13.00 Richter Alexander Hold 14.00 Auf Streife 15.00 Im Namen der Gerechtigkeit – Wir kämpfen für Sie! 16.00 Anwälte im Einsatz 17.00 Mein dunkles Geheimnis 17.30 Schicksale – und plötzlich ist alles anders 18.00 In Gefahr – Ein verhängnisvoller Moment 19.00 Newtopia 19.55 Sat.1 Nachrichten 20.15 Last Samurai. Actionfilm, USA 2003 23.15 Last Man Standing. Gangsterfilm, USA 1996 1.10 Spiegel TV – Reportage · Die Last der Sterne (1/2): Spitzenköche zwischen Genie und Pleite 1.35 News & Stories · Waterloo – Johannes Willms über Napoleons letzte Schlacht 2.24 So gesehen

Pro7

5.20 Suburgatory 6.00 Two and a Half Men 7.30 Mike & Molly 8.20 How I Met Your Mother 9.45 The Big Bang Theory 11.05 Mike & Molly 11.55 Two and a Half Men 13.45 2 Broke Girls 14.15 The Big Bang Theory 15.35 How I Met Your Mother 17.00 taff 18.00 Newstime 18.10 Die Simpsons 19.05 Galileo 20.15 Grey's Anatomy – Die jungen Ärzte · Risiko / Schockzustand 22.15 The Big Bang Theory · Strafe muss sein / Mädelsabend mit Kerl / Das Eiersalat-Äquivalent / Man lernt nie aus / Strafe muss sein / Mädelsabend mit Kerl 1.05 Fringe – Grenzfälle des FBI · Wechselspiel 1.55 Fringe – Grenzfälle des FBI · Der Gedankenleser 2.45 ProSieben Spätnachrichten 2.50 The Big Bang Theory · Das Eiersalat-Äquivalent · Comedyserie

DLF

5.05 Informationen am Morgen 9.05 Kalenderblatt 9.10 Europa heute 9.35 Tag für Tag 10.10 Länderzeit 11.35 Umwelt und Verbraucher 12.10 Informationen am Mittag 13.35 Wirtschaft am Mittag 14.10 Deutschland heute 14.35 Campus und Karriere 15.05 Corso – Kultur nach 3 16.10 Büchermarkt 16.35 Forschung aktuell 17.05 Wirtschaft und Gesellschaft 17.35 Kultur heute 18.10 Informationen am Abend 18.40 Hintergrund 19.05 Kommentar 19.15 Zur Diskussion 20.10 Aus Religion und Gesellschaft · Geist ist zwischendrin. Martin Bubers Kulturtheorie des „Ich und Du" 20.30 Lesezeit 21.05 Querköpfe22.05 Musikforum 22.50 Sport aktuell 23.10 Das war der Tag 23.57 National- und Europahymne 0.05 Deutschlandfunk Radionacht

Hessen

9.35 hessenschau 10.05 Giraffe, Erdmännchen & Co. 10.55 Früher. Später. Jetzt (3/3) 11.25 In aller Freundschaft · Sirenengesang 12.10 Noch einmal zwanzig sein ... Komödie, D 2007 13.40 Meine Heimat Afrika. Drama, D 2009 15.10 Das Glück dieser Erde 16.00 hessenschau kompakt 16.05 hallo hessen 16.45 hessenschau kompakt 17.00 hallo hessen 17.50 hessenschau kompakt 18.00 Maintower 18.20 Brisant 18.50 Service: Trends 19.15 Alle Wetter! 19.30 hessenschau 20.00 Tagesschau 20.15 Mex – Das Marktmagazin 21.00 Alles Wissen 21.45 Der Geld-Check 22.30 hessenschau kompakt 22.45 defacto 23.15 Bad Lieutenant – Cop ohne Gewissen. Kriminalfilm, USA 2009 1.05 So war das alte Hessen

RTL

5.35 Explosiv – Das Magazin 6.00 Guten Morgen Deutschland 8.30 Gute Zeiten, schlechte Zeiten 9.00 Unter uns 9.30 Betrugsfälle 10.00 Die Trovatos – Detektive decken auf 11.00 Die Trovatos – Detektive decken auf 12.00 Punkt 12 14.00 Verdachtsfälle 17.00 Betrugsfälle 17.30 Unter uns 18.00 Explosiv – Das Magazin 18.30 Exclusiv – Das Star-Magazin 18.45 RTL aktuell 19.03 Wetter 19.05 Alles was zählt 19.40 Gute Zeiten, schlechte Zeiten 20.15 Die 10 ... (2/5) · ... außergewöhnlichsten Heldentaten 21.15 I Like the 80's (2/5) · Die Grünen ziehen in den Bundestag ein / Hitler Tagebücher 22.15 „Stern"-TV 0.00 RTL Nachtjournal 0.27 RTL Nachtjournal – Das Wetter 0.30 Team Wallraff – Reporter undercover

VOX

5.00 Medical Detectives – Geheimnisse der Gerichtsmedizin 5.55 Hilf mir doch! 6.50 Verklag mich doch! 8.45 Verklag mich doch! 9.45 Hilf mir doch! 10.55 Mein himmlisches Hotel 11.55 Shopping Queen 13.00 Wer weiß es, wer weiß es nicht? 14.00 Wer weiß es, wer weiß es nicht? 15.00 Shopping Queen 16.00 4 Hochzeiten und eine Traumreise 17.00 Mein himmlisches Hotel 18.00 mieten, kaufen, wohnen 19.00 Das perfekte Dinner 20.00 Prominent! 20.15 Outlander · Die Hochzeit 21.20 Outlander · Im Steinkreis 22.25 Major Crimes · Gegner wider Willen 23.20 Crossing Jordan – Pathologin mit Profil · Kalte Spuren 0.15 Crossing Jordan – Pathologin mit Profil · Eiskalt 1.10 vox nachrichten

DRadio

9.07 Im Gespräch 10.07 Lesart · Das Literaturmagazin 11.07 Tonart · Das Musikmagazin am Vormittag 12.07 Studio 9 · Kultur und Politik am Mittag 13.30 Länderreport 14.07 Kompressor · Das Kulturmagazin 15.00 Kakadu – Nachrichten für Kinder 15.05 Kakadu · Musiktag · Musikminuten mit Stefan Malzew 15.30 Tonart · Das Musikmagazin am Nachmittag 17.07 Studio 9 · Kultur und Politik am Abend 18.30 Weltzeit 19.07 Zeitfragen · Kultur und Geschichte 20.03 Konzert 21.30 „Das Geld" (3/3) · Hörspiel nach dem gleichnamigen Roman von Émile Zola 22.30 Studio 9 kompakt · Themen des Tages 23.05 Fazit · Kultur vom Tage 0.05 Neue Musik · Huddersfield Contemporary Music Festival 1.05 Tonart · Rock

Einer zu viel: In jedem Kästchen stehen zwei Buchstaben, aber nur einer davon ist richtig. Durch Streichen eines dieser Buchstaben müssen sinnvolle Begriffe entstehen.

Z	T	O	■	S	R	P	L	U	R	T	E	■	S	■	Z	■	■
I	S	N	■	O	P	E	K	R	N	K	B	■	J	■	M	■	■
■	U	F	L	P	S	T	E	R	■	N	■	Z	I	Z	R	■	■
■	P	A	E	A	P	E	A	P	■	H	■	L	E	L	A	■	■
P	Y	■	O	B	U	■	T	■	T	M	U	T	P	■	S	■	■
L	A	■	I	A	I	■	G	■	E	I	T	E	L	■	R	■	■
P	T	R	■	C	■	L	T	U	M	U	■	N	■	S	K	■	■
N	E	E	■	B	■	B	E	N	L	E	■	L	■	O	A	■	■
■	T	L	T	E	N	U	S	■	R	■	E	D	U	L	U	■	■
■	L	E	E	A	E	R	R	■	B	■	A	A	A	E	A	■	■
S	J	O	E	U	■	T	■	H	N	R	U	E	H	M	T	■	■
I	E	N	A	T	■	L	■	B	E	K	T	B	B	H	L	■	■
I	R	■	U	■	H	T	F	S	■	E	■	■	■	■	■	■	■
E	L	■	R	■	E	L	E	E	■	A	■	■	■	■	■	■	■
R	■	Y	E	R	D	■	U	T	N	■	■	■	■	■	■	■	■
D	■	E	A	F	A	■	S	I	A	■	■	■	■	■	■	■	■
R	S	I	■	R	U	S	■	L	N	R	■	■	■	■	■	■	■
A	L	A	■	A	D	I	■	E	E	A	■	■	■	■	■	■	■
T	I	P	P	■	R	■	T	L	R	H	■	■	■	■	■	■	■
N	E	M	N	■	I	■	E	E	C	E	■	■	■	■	■	■	■

Auflösung von Dienstag

■■■■J■A■■■LE■K■■
MANNA■STREITFALL
■LO■MATRATZE■R■U
ULEMA■LAB■E■HABE
■ECKIG■F■ANMUTIG
EGK■K■GOETZ■FETE
■O■TABUS■T■
■ROON■R■TEE
■I■GESUESST
REPORT■RITA

*

NACHRICHTEN

UFO will Schlichtung bei der Lufthansa beenden

Frankfurt am Main. Bei der Lufthansa droht erneut ein Tarifkonflikt zu eskalieren. Die Gewerkschaft der Flugbegleiter (UFO) hat die Schlichtungsgespräche mit dem Unternehmen nach sechs Runden für gescheitert erklärt und einen abschließenden Spruch von den Schlichtern Herta Däubler-Gmelin und Friedrich Merz verlangt. Lufthansa habe in den Gesprächen unter anderem über die Gehälter und die Betriebsrenten »ausschließlich Beton angerührt«, sagte UFO-Chef Nicoley Baublies am Dienstag in Frankfurt am Main. Die Gewerkschaft wolle deswegen die Schlichtung beenden und für den Sommer eine härtere Gangart mit Streiks vorbereiten, um die tariflichen Rechte ihrer Mitglieder zu schützen. *dpa/nd*

Arzneimittelausgaben um zehn Prozent gestiegen

Berlin. Die Arzneimittelausgaben sind im vergangenen Jahr um fast zehn Prozent auf 33,3 Milliarden Euro gestiegen. Dies geht aus dem neuen Arzneimittelatlas der forschenden Pharmaunternehmen hervor, der am Dienstag in Berlin vorgestellt wurde. Danach wird die eine Hälfte des Anstiegs von 2,95 Milliarden Euro auf Innovationen bei der Behandlung etwa von Hepatitis-C- oder Krebs-Patienten zurückgeführt. Die Krankenkassen machten das »Preisdiktat« der Pharmaunternehmen im ersten Jahr nach der Einführung neuer Medikamente dafür verantwortlich. *dpa/nd* *Kommentar Seite 4*

Wachstum im Euroraum gewinnt an Tempo

Luxemburg. Das Wachstum im Euroraum hat zu Jahresbeginn an Tempo gewonnen. Das Bruttoinlandsprodukt legte im ersten Quartal um 0,4 Prozent zum Vorquartal zu, wie die europäische Statistikbehörde Eurostat am Dienstag in Luxemburg nach einer zweiten Schätzung mitteilte und damit eine erste Erhebung bestätigte. Das ist der stärkste Zuwachs seit dem zweiten Quartal 2013. In den vergangenen Quartalen hatte sich das Wachstumstempo stetig erhöht. Gestützt wurde das Wachstum sowohl durch den privaten Konsum als auch durch die Investitionen. Die Konsumausgaben legten um 0,5 Prozent zum Vorquartal zu. Die Investitionen stiegen um 0,8 Prozent. *dpa/nd*

Benko trennt sich von KaDeWe-Mehrheit

Essen. Karstadt-Eigner René Benko trennt sich von der Mehrheit an den drei Luxuswarenhäusern KaDeWe in Berlin, Alsterhaus in Hamburg sowie Oberpollinger in München. Mit der italienischen Warenhausgruppe La Rinascente, die seit 2011 einer thailändischen Holding gehört, werde ein strategischer Partner an Bord geholt, teilte die Benko-Holding Signa am Dienstag mit. Im Rahmen der langfristig angelegten Partnerschaft werde La Rinascente 50,1 Prozent an der operativen Gesellschaft von The KaDeWe Group halten. 49,9 Prozent sollen im Besitz von Signa bleiben. *dpa/nd*

Anbaufläche für Soja mehr als verdoppelt

Bonn. Die Sojabohnen finden sich immer öfter auch auf deutschen Äckern. Nachdem im Jahr 2012 bundesweit nur auf rund 5000 Hektar Soja angebaut wurde, stand die Hülsenfrucht 2014 auf doppelt so viel Fläche (10 000 Hektar), wie die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung am Dienstag mitteilte. 2015 werde sich aufs Neue ein Rekord einstellen, denn alleine in Bayern (7000 Hektar) und Baden-Württemberg (4000 Hektar) zeichneten sich Bestwerte ab. Der Süden Deutschlands sei der Anbauschwerpunkt für die Pflanze. Zum Vergleich: Spargel wächst bundesweit auf gut 25 000 Hektar. *dpa/nd*

Metaller auf der Straße

Bundesweiter Aktionstag der IG Metall gegen geplanten Stellenabbau bei Siemens

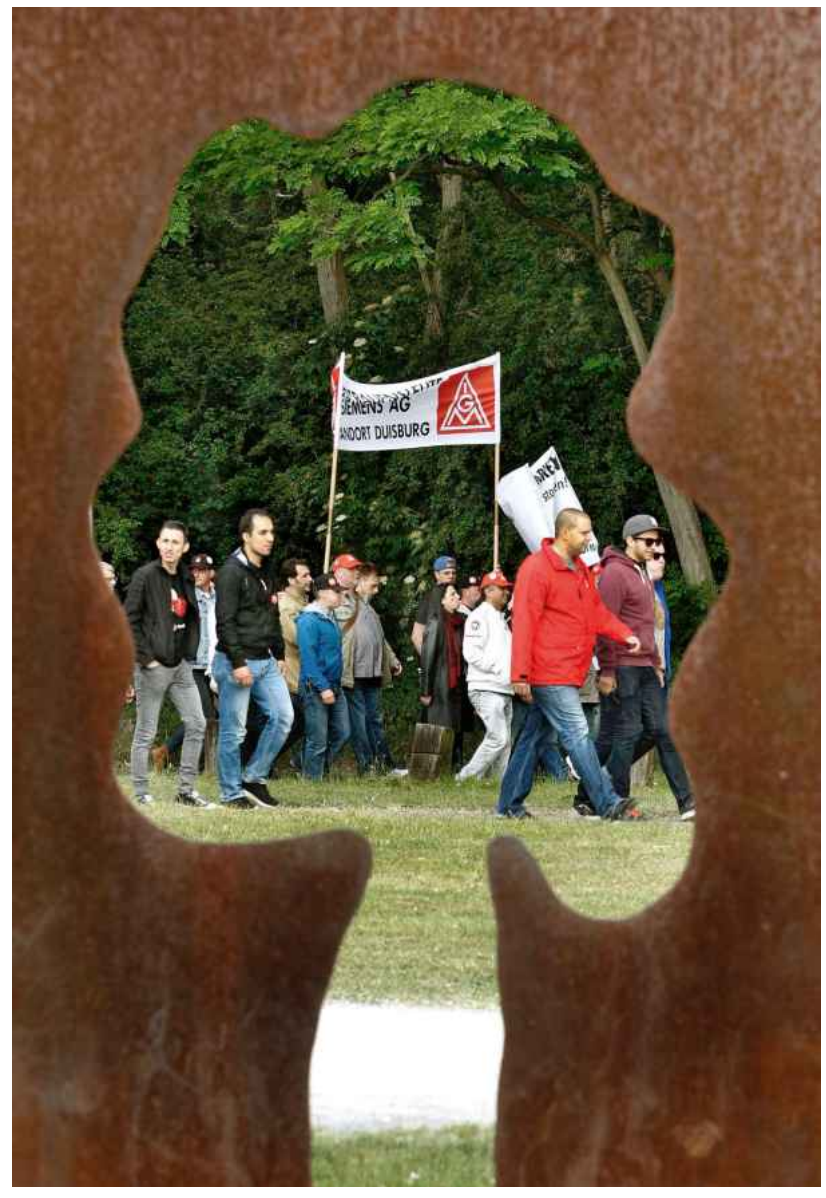
4500 Jobs will Siemens streichen. Doch die Mitarbeiter wollen um ihre Arbeitsplätze kämpfen, das machten sie am Dienstag deutlich.

Von Rudolf Stumberger

Es ist 8.30 Uhr, als sich an diesem wolkenverhangenen Dienstagmorgen rund 250 Mitarbeiter vor dem Südtor von Siemens in München-Neuperlach versammeln. Mit dabei: rote Fahnen, Trillerpfeifen und Infomaterial. Die Stimmung ist gut und kämpferisch. »Der Mensch kommt vor der Marge«, lautet eine Parole. Man wolle eine Deutschlandstrategie für Siemens, es werde nicht genügend investiert, man brauche Innovationen und Investitionen, bringt Renate Stubitsch von der IG Metall München die Forderungen der Kollegen auf den Punkt.

Die Kundgebung in Neuperlach (an dem Standort geht es vor allem um Softwareentwicklung) ist nur eine von vielen an diesem Morgen in ganz Deutschland. Mit einem bundesweiten Aktionstag protestierte die Metallergewerkschaft gegen erneute Personalabbaupläne beim Weltkonzern Siemens. Auch München mit seinen insgesamt rund 8000 Siemens-Arbeitsplätzen ist davon betroffen.

Der Konzern hatte im Mai außer seinen Quartalszahlen auch Pläne für einen erneuten Stellenabbau vorgelegt: Im Rahmen eines sogenannten Transformationsprogrammes sollen vor allem im Energiebereich weitere 2200 Stellen in Deutschland wegfallen – über den bereits bekannten Abbau von 1200 Arbeitsplätzen hinaus. Weltweit werden rund 4500 Mitarbeiter betroffen sein. Siemens reagiere, so die IG Metall, »damit nach dem altbekannten Schema auf den steigenden Druck durch Analysten und an den Börsen: Das Management dreht bei akuten oder strukturellen Problemen reflexartig an der Schraube der Personalkosten, statt langfristig tragfähige Lösungsansätze zu entwickeln.«



Protest gab es auch in Duisburg Foto: dpa/Roland Weihrauch

Für die Gewerkschaft ist klar: Die Energiewende als wesentlicher Faktor der Marktveränderungen ist seit vier Jahren absehbar. Das Management aber habe dies zu lange ausgesessen und frühzeitiges Umsteuern hin zu alternativen Zukunftsfeldern hinausgezögert. Jetzt sollten die Folgen dieser Versäumnisse auf die Beschäftigten abgewälzt werden: »Eine solche kurzfristige Flickschusterei aber kann proaktives Gestalten der Zukunft, wie es IG Metall und Betriebsräte im Rahmen ihrer Arbeitnehmerinitiative ›Siemens 2020‹ seit Jahren fordern und fördern, nicht ersetzen«, so die Metaller. Anstatt »schon wieder eine neue Sau durchs Dorf« zu treiben, forderte der bayerische IG-Metall-Bezirksleiter Jürgen Wechsler eine Diskussion, wie die Standorte in Bayern und ganz Deutschland gesichert werden können. Die IG Metall erwarte von Siemens, sich nicht kurzfristigem Renditedruck zu beugen, sondern Innovationen in neue Produkte mit zukunftsorientierten Konzepten für alle Standorte umzusetzen.

Die Hauptkundgebung des IG-Metall-Aktionstages in Bayern fand mit 1200 Teilnehmern in Nürnberg statt, 3500 Kollegen aus Nordrhein-Westfalen versammelten sich in Duisburg, in Berlin kamen 1500 Gewerkschafter zum Verwaltungsgebäude an der Nonnendammallee. Zusätzlich wurden Flugblätter verteilt, gab es Infostände und Mitarbeiterversammlungen.

Birgit Steinborn, Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats und stellvertretende Vorsitzende im Aufsichtsrat von Siemens, fasste die Ziele der Aktionen zusammen: »Wir wollen klarmachen, dass ein globales Unternehmen wie Siemens eine Strategie für das Innovations- und Hochtechnologieland Deutschland braucht, um weiterhin weltweit konkurrenzfähig zu bleiben. Wir werden daher um den Erhalt von Arbeitsplätzen und den Erhalt der Wertschöpfungskette kämpfen. Wir brauchen langfristige Perspektiven für die deutschen Standorte.« Reine Kostensparprogramme wirkten einer langfristig orientierten Zukunftsperspektive für das Unternehmen entgegen und dies nicht nur in Deutschland. »Darum werden wir kämpfen wie die Bären!«, versprach Steinborn den Siemens-Mitarbeitern in Berlin.

Deutsche Bank im Visier der Fahnder

Razzia wegen dubioser Kundengeschäfte

Frankfurt am Main. Erneute Razzia bei der Deutschen Bank: Ermittler durchsuchten am Dienstag mehrere Büros des größten deutschen Geldhauses. Anlass waren nach Angaben des Finanzinstituts dubiose Geschäfte einzelner Kunden. »Die Durchsuchung zielt darauf ab, Beweismittel im Zusammenhang mit Ermittlungen gegen Kunden in Bezug auf bestimmte Wertpapiertransaktionen sicherzustellen«, teilte ein Konzernsprecher in Frankfurt am Main mit. Es seien keine Mitarbeiter beschuldigt. Die Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt bestätigte die Durchsuchungen.

Nach Medienberichten geht es um Steuerbetrug durch sogenannte Cum-Ex-Geschäfte. Dabei handelt es sich um den Kauf und Verkauf von Aktien rund um den Dividendenstichtag von Unternehmen. Wertpapiere wurden rasch hintereinander zwischen mehreren Beteiligten hin- und hergeschoben. In der Folge wurden mehrfach Bescheinigungen über Kapitalertragssteuern ausgestellt, die aber gar nicht gezahlt worden waren. Der Staat soll so um Milliarden gebracht worden sein. Erst 2012 wurde die Gesetzeslücke geschlossen. Zu »Cum-Ex« ermitteln mehrere Staatsanwaltschaften.

Die Deutsche Bank hatte in den vergangenen Jahren immer wieder Besuch von Fahndern: Im Verfahren um Umsatzsteuerbetrug beim Handel mit Luftverschmutzungsrechten (CO_2-Zertifikate) wurde die Bankzentrale in Frankfurt gleich zwei Mal durchsucht. Mit diesem Verfahren hatte die aktuelle Aktion nach Angaben der Generalstaatsanwaltschaft nichts zu tun. *dpa/nd*

Der Briefkasten bleibt leer

8000 Mitarbeiter im Ausstand / Streik soll ausgeweitet werden

Im Arbeitskampf bei der Post erhöht die Gewerkschaft den Druck. Bundesweit sind mehrere tausend Beschäftigte im Streik. In den kommenden Tagen sollen sich auch die Paketzusteller anschließen.

Von Haidy Damm

Die Machtprobe im Poststreik spitzt sich zu. Am Dienstag streikten bundesweit rund 8000 Beschäftigte, rund sieben Millionen Sendungen blieben liegen, das sind rund neun Prozent aller verschickten Briefe.

Bundesweit sind die Beschäftigten in 83 Briefverteilzentren in den Ausstand gerufen. In Schleswig-Holstein seien gut 360 Mitarbeiter dem Aufruf gefolgt und damit mindestens 80 Prozent, sagte ver.di-Sprecher Lars Uwe Rieck. In Hamburg legten etwa 550 von 600 Beschäftigten die Arbeit nieder. In Mecklenburg-Vorpommern beteiligten sich laut Gewerkschaft bislang 140 von 165 Mitarbeiter. Rieck sprach von einer hohen Streikbereitschaft. Auch in Berlin und Brandenburg sowie in Rheinland-Pfalz-Saarland wurde die Arbeit niedergelegt. In Hessen rechnete die Gewerkschaft mit rund 600 Streikenden in den sieben Briefzentren.

Detlef Borowsky, Landesfachbereichsleiter Postdienste kritisierte die Haltung der Post AG, die das letzte ver.di-Angebot als völlig unzureichend zurückgewiesen hatte: »Es darf nicht vergessen werden, dass die Gewinne des Postkonzerns seit Jahren steigen und im Paketmarkt die DHL-Marktanteile sogar im wachsenden Markt gestiegen sind. Wer hier von strukturellen Problemen spricht, wie der Postvorstand, hat wohl die Bodenhaftung verloren«, so Borowsky. Der Gewerkschafter geht von einer langen Auseinandersetzung aus.

Ver.di hatte in der vergangenen Woche ein umfassendes Angebot vorgelegt. Das Gesamtpaket sah unter anderem eine Rückführung der vom Konzern für die Paketzustellung unter dem Namen DHL Delivery GmbH gegründeten 49 Regionalgesellschaften in den Haustarifvertrag der Deutschen Post AG vor. Im Gegenzug sollten die rund 140 000 Beschäftigten auf eine lineare Gehaltserhöhung verzichten. Zudem sollten alle neu eingestellten Beschäftigten durch eine neue Entgelttabelle nicht mehr nach zwei, sondern erst nach drei Jahren in die jeweils nächsthöhere Erfahrungsstufe aufsteigen. Damit will die Gewerkschaft erreichen, dass rund 6000 Paketboten, die zu niedrigeren Löhnen in regionale Gesellschaften ausgegliedert wurden, wieder unter das Tarifdach der Post zurückkehren. Die Post AG hatte dieses Angebot nicht angenommen. Damit waren die Verhandlungen nach sechs Tarifrunden gescheitert.

Kundenkommunikation in Erfurt Foto: dpa/Sebastian Kahnert

Jetzt will die Gewerkschaft den Druck erhöhen. »Die Deutsche Post AG hat sich bisher keinen Millimeter in Richtung einer Lösung des Konfliktes bewegt, sondern im Gegenteil ein von uns zur Befriedung vorgelegtes Gesamtangebot ignoriert. Wir müssen den Druck nun massiv erhöhen«, sagte die stellvertretende ver.di-Vorsitzende und Verhandlungsführerin Andrea Kocsis. In den kommenden Tagen sollen sich auch die Paketzusteller anschließen.

Konzernchef Frank Appel argumentierte dagegen mit mangelnder Wettbewerbsfähigkeit und gab sich zuversichtlich, dass das Unternehmen die Folgen des unbefristeten Streiks abfedern kann. »Wir hatten ja in diesem Jahr schon 28 Streiktage und können damit umgehen«, sagte er der »Bild«. Appel kündigte in der Boulevardzeitung an, hart zu bleiben. Die Forderungen der Gewerkschaft seien »leider kein Beitrag zur Lösung unseres Kernproblems«. Die Löhne bei der Post seien zu hoch.

Vertreter der LINKEN forderten die Bundesregierung auf, als größte Anteilseignerin »deeskalierend« tätig zu werden. »Was derzeit bei der Deutschen Post stattfindet, ist nichts anderes als erpresserisches Lohndumping«, sagte die gewerkschaftspolitische Sprecherin Jutta Krellmann.

30 Millionen für die Rana-Plaza-Opfer

Nach langer Verzögerung durch die Textilbranche ist der Fonds nun gefüllt

Die Entschädigungsmittel für die Rana-Plaza-Opfer in Bangladesch stehen vollständig bereit. Die ILO fordert besseren Arbeitsschutz.

Genf. Die Opfer des Fabrikeinsturzes von Rana Plaza in Bangladesch sollen laut der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in den kommenden Wochen weitere Entschädigungen erhalten. Durch eine anonyme Spende von 2,4 Millionen US-Dollar habe der Kompensationsfonds für die Opfer die benötigten 30 Millionen Dollar erreicht, teilte die ILO am Dienstag in Genf mit.

ILO-Generaldirektor Guy Ryder sprach von einem »Meilenstein«. Es blieben aber noch viele Herausforderungen. »Wir müssen jetzt zusammen daran arbeiten, dass solche Unglücke in der Zukunft verhindert werden können und dass ein nationales Versicherungssystem für Arbeitsunfälle eingeführt wird«, erklärte Ryder.

Rund 2800 Überlebende und Angehörige des Unglücks in der Textilindustrie von 2013 hatten laut der UN-Organisation Anträge auf Entschädigung gestellt. Rund 70 Prozent der beantragten Gelder seien bereits ausgezahlt worden. Im Koordinationskomitee für die Entschädigungen vertreten sind neben der ILO auch Bangladeschs Regierung, Firmen, Beschäftigte, Gewerkschaften und Menschenrechtsorganisationen. Bei dem Einsturz des neungeschossigen Rana-Plaza-Gebäudes nahe der Hauptstadt Dhaka am 24. April 2013 wurden etwa 1200 Arbeiterinnen und Arbeiter getötet, Hunderte wurden verletzt.

An dem Entschädigungsfonds beteiligten sich nach ILO-Angaben auch deutsche Firmen wie KiK und C&A, die jeweils eine Million Dollar einzahlten. Menschenrechts- und Entwicklungsorganisationen hatten immer wieder die mangelnde Bereitschaft großer Textilfirmen kritisiert, in den Fonds einzuzahlen.

Die vollständige Entschädigung der Opfer wertete die Kampagne für Saubere Kleidung nun als »Durchbruch für Gerechtigkeit« und sprach von einem Erfolg der öffentlichen Proteste vor Filialen der verantwortlichen Markenfirmen sowie der Onlinepetitionen, an denen sich über eine Million Menschen beteiligten. »Ohne die Unterstützung der vielen Bürgerinnen und Bürger wäre dieser Erfolg nicht möglich gewesen«, sagte Berndt Hinzmann von der entwicklungspolitischen Organisation Inkota. »Das ist ein Beweis dafür, dass solidarisches Handeln etwas verändern kann.« Der Aktivist forderte die Politik auf, verbindliche Instrumentarien für die Entschädigung, Haftung und Sorgfaltspflicht von Unternehmen und Händlern zu entwickeln.

Das Fabrikunglück hatte ein grelles Licht auf die Sicherheitsprobleme in den Textilfabriken von Bangladesch geworfen, das nach China weltweit die Nummer zwei der Textilexporteure ist. Rund vier Millionen Beschäftigte arbeiten im Textilsektor des südasiatischen Landes. Die meisten westlichen Modekonzerne lassen in Bangladesch fertigen. Die vier Millionen Arbeiter in den mehr als 4000 Textilfabriken des Landes bräuchten dringend Schutz. Das Unglück von Rana Plaza führte dazu, dass die Kontrollen der Fabrikgebäude verstärkt und die Löhne angehoben wurden. Vergangene Woche wurden 41 mutmaßliche Verantwortliche des Fabrikeinsturzes wegen Mordes angeklagt. *Agenturen/nd*

Regeln für den Tiefseebergbau

Noch vor dem Beginn der Förderung soll es einen weltweit verbindlichen Rahmen geben

Die G7-Staaten haben sich für ein internationales Regelwerk für den Rohstoffabbau in den ökologisch sensiblen Tiefseeregionen ausgesprochen. Doch was ist mit den küstennahen Gewässern?

Von Hermannus Pfeiffer

Bergbaukonzerne wollen neue Regionen erschließen. Das Objekt der Rohstoffbegierde in der Tiefsee sind Manganknollen. Foto: dpa/Caroline Seidel

Umweltgruppen loben die Beschlüsse des G7-Gipfels im bergigen Elmau. Auf mehreren Seiten widmen sich die sieben führenden Industriestaaten in ihrer Abschlusserklärung dem Schutz der Meeresumwelt. Dabei nehmen die G7-Länder erstmals auch das »wachsende Interesse am Tiefseebergbau« wahr, wie sie es formulieren.

Kurz zuvor hatte die Bundesregierung einen exklusiven Lizenzvertrag zur Exploration unterschrieben. Tausend Kilometer vor Madagaskar ziehen in 3000 bis 4000 Metern Tiefe »polymetallische Sulfide« die Industrie magisch an. Die sogenannten Schwarzen Raucher enthalten wichtige Mineralien für Hochtechnologieprodukte. Doch während ein deutsches Forschungsschiff erst im Herbst zu einer Erkundungsreise aufbrechen wird, könnten Russland und China bereits 2016 mit dem Abbau starten. Dazu müssten sie allerdings den Zuschlag der Internationalen Meeresbodenbehörde (IMB) auf Jamaika erhalten.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte sich im Vorfeld des G7-Gipfels für einen besseren Meeresschutz stark gemacht. Erstmals sitzt mit Barack Obama nun auch ein US-amerikanischer Präsident mit im Rettungsboot: Die G7 »ruft« die Meeresbodenbehörde auf, einen wirksamen Kodex für nachhaltigen Tiefseebergbau zu verabschieden. Bislang begnügten sich die USA mit einem unverbindlichen Beobachterstatus auf Jamaika. Auch die Interessen von Entwicklungsländern sollen berücksichtigt werden.

Rohstoffe aus dem Meer gelten nach dem Seerechtsübereinkommen als »gemeinsames Erbe der Menschheit« – Gewinne müssten daher unter allen Ländern aufgeteilt werden. Verhindern wollen Merkel und Obama schädliche Auswirkungen. Wörtlich heißt es: »Wir bekennen uns zum Vorsorgeansatz im Bereich der Tiefseebergbauarbeiten sowie zur Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen und wissenschaftlicher Forschung.« Zu den obersten Prioritäten zählen die sieben Regierungschefs allerdings auch die ordnungspolitische Sicherheit für Investoren.

Unter Umweltverbänden in aller Welt stieß diese Erklärung auf Wohlwollen. Tim Packeiser vom WWF-Meereszentrum in Hamburg spricht von einem »Erfolg«. Es bestehe zwar kein Grund zum Feiern, aber die G7-Erklärung sei »sehr, sehr schön bis in die Wortwahl«. Und eine Steilvorlage für die im Sommer beginnenden Verhandlungen auf Jamaika.

Anderen gehen die G7-Vorschläge nicht weit genug: Francisco Marí, Meeresexperte des Entwicklungsdienstes Brot für die Welt, vermisst am G7-Beschluss den Vorrang für das Recycling von Rohstoffen. Und die deutsche Linkspartei hatte ein weltweites Moratorium für den Tiefseebergbau gefordert – »so lange uns im lichtleeren Raum der Tiefsee der Durchblick fehlt«, sagt Ralph Lenkert, umweltpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Bundestag. Erst wenn ausreichende Informationen über den Meeresboden, seine Flora und Fauna sowie dessen möglichen Schutz vorlägen, könne an Tiefseebergbau überhaupt gedacht werden.

Doch selbst noch so gute Regeln der Meeresbodenbehörde werden lediglich für die Hohe See gelten. Viel weiter gediehen ist aber der Abbau von Rohstoffen in Gewässern, die zu den Ausschließlichen Wirtschaftszonen jedes Staates gehören, die bis 200 Seemeilen (370 Kilometer) vor die Küste reichen. Meeresexperte Marí befürchtet daher einen Zwei-Klassen-Abbau – »weil noch gar keine Regeln in diesen nationalen Gewässern existieren«, sagte er in einem Interview mit evangelisch.de. »Vor Papua-Neuguinea wird wahrscheinlich der erste Tiefseebergbau stattfinden.« Dort im küstennahen Pazifik bereitet der in Kanada registrierte multinationale Konzern Nautilus Minerals den Abbau schon ganz handfest vor. Noch in diesem Jahr könnten erstmals rohstoffreiche Manganknollen abgebaut werden.

Stromkonzerne entdecken zahlungsunfähige Kunden

Die linke Podemos-Partei will die Energiearmut in Spanien beseitigen. Großfirmen versuchen nun, das Thema zu besetzen

Jedem zehnten Haushalt in Spanien fehlt Geld für Strom und Gas. Energiefirmen fordern mehr staatliche Energiesozialhilfe, ein vergiftetes Angebot an die aufstrebende linke Podemos-Partei.

Von Benjamin Beutler

Spaniens Stromriese »Iberdrola« und Gasversorger »Gas Natural Fenosa« machen sich Sorgen ums Geschäft. 1,8 Millionen Haushalte der 46,5-Millionen-Einwohner-Nation leiden laut einer Auftragsstudie der Multis unter »Energiearmut«. Jeder zehnte Haushalt, so ein gerade in Madrid vorgestelltes Papier, habe wegen Wirtschaftskrise und gestiegener Preise für Strom und Gas Probleme, die monatliche Energierechnung zu begleichen. Zwischen 2007 und 2014 wurde Strom um 76 Prozent teurer, der Gaspreis erhöhte sich um 35 Prozent. Die Autoren der wirtschaftsnahen Stiftung »Economics for Energy« stellten fest, dass die »schlimmsten Jahre der Wirtschaftskrise eine hohe Zahl der Haushalte mit großer Kraft getroffen hat«. Von 2007 bis 2012 seien die Einkommen im Jahr nur um ein Prozent gestiegen, die Einkommensungleichheit aber um 13 Prozent. Bis 2014 sei Energiearmut, die meist Erwerbslose und Geringverdiener trifft, auf ein Rekordhoch geklettert und habe sich gegenüber 2007 verdreifacht.

Die Studie wurde von Aktienriesen wie Iberdrola, Gas Natural Fenosa, dem Textilgiganten Inditex, der Santander-Bank und dem US-Aluminiumkonzern Alcoa gesponsert. Warum aber machen diese sich gerade jetzt Sorgen um Ungleichheit und arme Stromkunden? Grund ist der spektakuläre Wahlerfolg des Oppositionsbündnisses Podemos bei den Regional- und Kommunalwahlen Ende Mai. Dort wurde die Linkspartei aus dem Stand drittstärkste Kraft. Für die Parlamentswahlen im Dezember kann sie sich Regierungschancen ausrechnen.

Die Bekämpfung der Energiearmut steht auf der Podemos-Agenda ganz oben. »Wir träumen von einem Land, in dem im Winter jeder heizen kann«, kündigte Podemos-Chef Pablo Iglesias einen »Wandel des Energiemodells« an. Und meinte damit die Rückverstaatlichung der Energiewirtschaft. Podemos-Vize Íñigo Errejón rief das »Ende der Privilegierten« aus.

Im Programm für die Mai-Wahlen war allerdings von Verstaatlichung keine Rede mehr. In einem »weichgespülten« Energiekapitel, so Analysten, wurde nur noch die »Mindest-Grundversorgung mit Licht und Gas« als »öffentliche Dienstleistung« versprochen. Dieses »gemeinschaftliche Bedürfnis« könne »unabhängig davon befriedigt werden, ob sie von öffentlichen oder privaten Institutionen bereitgestellt wird«. Strom- und Gassperren sollen verboten werden, wenn »das Ausbleiben der Rechnungszahlung Gründen geschuldet ist, die außerhalb des Willens des Haushalts oder Konsumenten liegt, insbesondere bei plötzlicher Armut«. Feststellen sollen das lokale Behörden.

Garantieren will Podemos zudem eine Mindestversorgung mit Strom und Gas. Machen die Energiekosten eines als arm eingestuften Haushaltes mehr als zehn Prozent von dessen Einkommen aus, springt ein »öffentlicher Fonds gegen Energiearmut« ein. Und zwar solange, bis die Armut überwunden ist. Daneben wird Versorgern bei Wucherverträgen oder Intransparenz mit Bestrafung gedroht. Über Ökosteuern auf »verschmutzende Aktivitäten der Stromfirmen« soll Umweltschutz finanziert werden.

Die Energiefirmen haben das Podemos-Programm gut studiert – um gleich nach dem Wahlerfolg ein vergiftetes Angebot auf den Tisch zu legen: Ein 2009 eingeführter Strombonus – 2014 beansprucht von rund 2,5 Millionen Haushalten – müsse reformiert werden, so die Auftragsschreiber. Bisher profitieren Rentner über 60, Behinderte, Witwen, Kinderreiche und komplett erwerbslose Familien vom 25-Prozent-Rabatt. Der Forderungskatalog der Multis: Mehr Anspruchsberechtigte, höhere Förderung, Ausweitung auf Gas. Dabei geht es nicht um einen Preisnachlass, das Energiegeld soll den Armen aufs Konto überwiesen und die »Finanzierung auf die öffentlichen Haushalte übertragen werden«.

Großbank streicht tausende Stellen

Hongkong. Die britische Großbank HSBC will weltweit bis zu 50 000 Arbeitsplätze abbauen. Die Kürzung von 20 000 bis 25 000 Stellen sei Teil einer weltweiten Restrukturierung, hieß es am Dienstag in einem Bericht an die Investoren. Weitere 25 000 Stellen fielen weg, weil sich die HSBC aus der Türkei und aus Brasilien zurückziehen wolle.

Die Großbank will sich künftig stärker auf Asien konzentrieren, belässt ihren Hauptsitz aber in London. Asien werde im Laufe der nächsten zehn Jahre das Zentrum des internationalen Handels, sagte Konzernchef Stuart Gulliver. Im industriegeprägten Süden Chinas wolle die Großbank präsenter werden, genau wie in südostasiatischen Ländern wie den Philippinen, Indonesien oder Malaysia, die jährliche Wachstumsraten von mehr als vier Prozent aufweisen. Insgesamt sollen bis 2017 jährlich Kosten zwischen 4,5 und fünf Milliarden Dollar (4 bis 4,5 Milliarden Euro) eingespart werden. Bis zu 4,5 Milliarden Dollar soll die Restrukturierung kosten.

Derzeit beschäftigt Europas größte Bank 266 000 Mitarbeiter, davon 48 000 in Großbritannien. Die HSBC musste sich in jüngster Zeit mehreren Skandalen stellen: Wegen Manipulationen an Devisenmärkten zahlte das Unternehmen Strafen in den USA und in Großbritannien. Zudem soll die Schweizer Tochter laut den als »Swissleaks« bekannten Enthüllungen in der Vergangenheit Kunden bei der Steuerhinterziehung geholfen haben. Die Züricher Filiale hatte sich nach den Enthüllungen von den kritisierten Praktiken distanziert. *AFP/nd*

Foto: AFP/Philippe Lopez

NACHRICHTEN

EU-Kommission gibt Gazprom mehr Zeit

Brüssel. Im Streit um Geschäftspraktiken hat die EU-Kommission Gazprom sechs Wochen mehr Zeit für eine Antwort auf die Vorwürfe gegeben. Der russische Energieriese müsse bis September eine Stellungnahme schicken, teilte die Behörde am Dienstag in Brüssel mit. Gazprom habe um mehr Zeit gebeten. Die Kommission wirft Gazprom unlautere Geschäftspraktiken in Osteuropa vor und droht mit einem Milliardenbußgeld. Gazprom habe in acht osteuropäischen EU-Ländern die Gasmärkte abgeschottet und die Preise hoch getrieben. Die EU-Kommission untersucht den Fall bereits seit 2012. Die Zugeständnisse des Konzerns reichten Brüssel nicht aus, zumal die Gespräche seit der Ukraine-Krise auf Eis lagen. Im April hatte die Behörde die offizielle Beschwerde nach Moskau geschickt. *dpa/nd*

China erhält Vetorecht in neuer Entwicklungsbank

Peking. In der Asiatischen Infrastruktur-Investmentbank (AIIB) soll China als größter Beitragszahler ein Vetorecht für alle grundlegenden Entscheidungen erhalten. Das »Wall Street Journal« berichtete am Dienstag, dass Peking durch die Abstimmungsstruktur der Organisation in wichtigen Fragen »die Oberhand« behalten werde. China trägt demnach beinahe ein Drittel zur Kapitaldecke in Höhe von 100 Milliarden Dollar (88,7 Milliarden Euro) bei und hält dadurch zwischen 25 und 30 Prozent aller Stimmen. Die Volksrepublik konnte eine Reihe westlicher Länder für das Projekt gewinnen, darunter auch Deutschland. In Berlin will das Bundeskabinett am Mittwoch der Unterzeichnung der Gründungsdokumente der AIIB zustimmen. *AFP/nd*

GM droht Verfahren wegen Zündschlössern

New York. Für General Motors (GM) könnte der Skandal um defekte Zündschlösser ein juristisches Nachspiel haben. Das US-Justizministerium erwäge, das Unternehmen wegen krimineller Vertuschungen und irreführender Angaben zu der Pannenserie anzuklagen, die mit über 100 Todesfällen in Verbindung gebracht wird, berichtete das »Wall Street Journal« am Dienstag. GM kämpft wegen fehlerhafter Zündschlösser, die in voller Fahrt in die Aus-Position zurückspringen können, mit Massenrückrufen und Entschädigungsforderungen. *dpa/nd*

General Electric verkauft Private-Equity-Sparte

Fairfield. General Electric (GE) stößt seine Private-Equity-Finanzsparte und ein Portfolio an Bankkrediten für etwa zwölf Milliarden Dollar (10,6 Milliarden Euro) an den kanadischen Pensionsfonds Canada Pension Plan Investment Board ab. Der Verkauf des Geschäftsfelds, das Finanzierungen für Beteiligungsfirmen anbietet, solle bis zum dritten Quartal abgeschlossen werden, teilte GE am Dienstag mit. Der Konzern hatte im April angekündigt, die Finanztochter innerhalb von zwei Jahren nahezu komplett loswerden zu wollen. *dpa/nd*

Zyperns Wirtschaft wächst erstmals seit 2011

Nikosia. Zypern hat zum Jahresbeginn erstmals seit 2011 ein Wirtschaftswachstum verzeichnet. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) legte zwischen Januar und März um 1,5 Prozent im Vergleich zum Vorquartal zu, wie die Statistikbehörde des Landes am Dienstag mitteilte. Im vierten Quartal 2014 war das BIP noch um 0,4 Prozent geschrumpft. Damit setzte das EU-Mitgliedsland der Serie von 14 Quartalen mit einem Rückgang des BIP ein Ende. Zuletzt hatte Zyperns Wirtschaft im zweiten Quartal 2011 zugelegt. *AFP/nd*

*

Illustration: 123RF/Sylwia Nowik [M]

IN BEWEGUNG

Protest gegen Freifahrtschein für V-Leute

Berlin. Anlässlich einer Anhörung zur Geheimdienstreform im Bundestag haben Bürgerrechtler gefordert, die geplante Straffreiheit für V-Leute und Verdeckte Ermittler aus dem Gesetzentwurf zu streichen. Wenn die Staatsanwaltschaft von der Verfolgung von

Protest vor dem Bundestag Foto: HU

Verbrechen absehen könne und Behördenleiter des Geheimdienstes straffällig gewordene V-Leute weiter beschäftigen dürften, stärke dies die unkontrollierbare Macht der Geheimdienste, kritisierten Mitglieder der Humanistischen Union (HU) am Montag bei der Protestaktion vor dem Bundestag. Eine bisher illegale Praxis werde damit legalisiert. Mit Schildern verwiesen die Aktivisten auf bekannte Beispiele straffälliger V-Leute und ihre Verfassungsschutzgehälter. Ein V-Mann wie der heute im NSU-Prozess angeklagte Carsten Szczepanski könne in Zukunft nicht mehr vor Gericht gestellt werden, warnte der HU-Vorsitzende Werner Koep-Kerstin vor einem »Freifahrtschein für Straftaten«. Durch die geplante Reform würde das Bundesamt für Verfassungsschutz massiv ausgebaut. Es soll über 250 neue Stellen, eine gestärkte Stellung gegenüber den Landesbehörden und erweiterte Befugnisse erhalten. Nach dem »Totalversagen in der NSU-Staatsaffäre« sei diese Hochrüstung ein »Schlag ins Gesicht aller NSU-Opfer und ihrer Familien«, mahnte Koep-Kerstin die Aussetzung der Geheimdienstreform an.

Im Bundestag wies Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen Kritik zurück. Es gehe nur darum, bereits vorhandene Daten auch dem Bund zur Verfügung zu stellen. *nd/dpa*

Kritik an Kriegskonferenz auf Kieler Woche

Kiel. Unter dem Motto »War starts here – Keine Kriegs-Konferenz in Kiel« rufen etwa 30 Organisationen zu einer Demonstration gegen eine gemeinsame Konferenz des Instituts für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel und eines Exzellenzzentrums der NATO auf. Bei der »Kiel Conference« am 23. Juni, die erstmals im Rahmen der Kieler Woche stattfinden wird, diskutieren Menschen aus Militär, Industrie, Wissenschaft und Politik, »wie im Ostseeraum Krieg mit Minen geführt werden kann«, heißt es in dem Aufruf. Die Kieler Woche werde immer mehr zur »Kriegs-Show«. Das Bündnis wendet sich gegen die Zusammenarbeit von Militär, Rüstungsindustrie und Wissenschaft, Kiel als Rüstungsstandort sowie eine einseitige Positionierung der Kieler Woche auf Seiten der NATO. *nd*

Aus Selbstachtung

TTIP-Gegner Michael Efler fordert die EU-Abgeordneten auf, einen Vertrag mit Schiedsgerichten abzulehnen

Michael Efler vom Verein Mehr Demokratie ist Vertreter im Stop-TTIP-Bürgerausschuss. Die selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative (EBI) »Stop TTIP« streitet vor dem Europäischen Gerichtshof dafür, offiziell anerkannt zu werden, so dass sich die Kommission mit ihrem Anliegen befassen muss. Die EU-Kommission hat dies abgelehnt. Mit dem TTIP-Gegner sprach **Ines Wallrodt**.

Foto: Mehr Demokratie

Über zwei Millionen Bürger haben die »Bürgerinitiative gegen TTIP« unterzeichnet. Aber die Kommission muss sich damit nicht befassen, weil sie sie nicht anerkannt hat. Wie, glauben Sie, entfalten Sie auch ohne offiziellen Status politischen Druck?
Wir sind schon jetzt die größte Europäische Bürgerinitiative, die es seit der Einführung des Verfahrens vor drei Jahren gab. Auch ohne Anhörung im Europaparlament wird unsere Kritik bereits wahrgenommen. Medien, Bürger, Wissenschaftler fragen uns an. Es gibt Kontakte ins Europäische Parlament hinein. Dadurch, dass wir so viele Menschen erreichen, schaffen wir ein Bewusstsein für die Probleme mit TTIP und die Notwendigkeit, sich europaweit zu organisieren.

Woher kommen die meisten Stimmen?
Mehr als 1,1 Million aus Deutschland…

Es gibt also doch keine europäische Bewegung von unten, sondern Deutschland dominiert auch hier?
Ich würde nicht sagen, dass Deutschland alles andere an die Wand drückt. 500 Organisationen aus ganz Europa tragen die Initiative inzwischen. Angelehnt an die offizielle EBI haben wir das notwendige Quorum bereits in 14 Ländern geschafft, und es werden mit Sicherheit noch mehr. Lediglich sieben wären nötig. Daran kann man sehen, dass TTIP auch in anderen Ländern ein Thema ist. In Österreich und Luxemburg gibt es große Bewegungen, aus Frankreich stammen 180 000 Unterschriften, aus Großbritannien 320 000. Und auch einige osteuropäische Staaten sind gut dabei, etwa Slowenien oder Tschechien. Diesen Vernetzungs- und Bewusstseinsbildungseffekt in politische Erfolge zu übertragen, bleibt natürlich die große Aufgabe – aber daran arbeiten wir ja.

Wer oder was ist der zentrale Hebel, der TTIP stoppen kann – das Europaparlament, ein einzelner Mitgliedsstaat, der nicht ratifiziert?
Es gibt mehrere Hebel. Am Mittwoch wird über eine Resolution des Europäischen Parlaments abgestimmt. Auch in den USA gibt es Auseinandersetzungen: Es kann gut sein, dass Obama das Schnellverfahren gar nicht durchbekommt. Und ob es bei den Verhandlungen jemals eine Einigung gibt, ist überhaupt nicht sicher. Da liegen die Positionen zum Teil noch weit auseinander. Es gibt in Europa einige Troublemaker wie Griechenland oder Österreich, wo der Bundeskanzler ein Abkommen mit Schiedsgerichten klar ablehnt. Sollte also im Europäischen Rat Einstimmigkeit nötig sein, kann ein Mitgliedsstaat alles blockieren. Am wahrscheinlichsten ist aber ein Scheitern im Parlament. Die Abgeordneten haben schon einmal einen ausgehandelten Vertrag platzen lassen: ACTA ist das Beispiel schlechthin.

Die Resolution des Europaparlaments ist nicht bindend für die Kommission. Wird die sich überhaupt dafür interessieren?
Juristisch ist es eine Empfehlung, politisch hat sie aber eine wichtige Bedeutung, weil das Parlament ja am Ende dem Vertrag zustimmen muss. Die Kommission wird natürlich behaupten, wir haben gekämpft wie die Löwen, konnten uns aber nicht in jedem Punkt durchsetzen … Aber es kann nicht völlig ignorieren, was das Parlament an Wünschen äußert. Wenn das Parlament den Schiedsgerichten eine unmissverständliche Absage erteilt und die Kommission dennoch daran festhält, kann es TTIP eigentlich nicht ratifizieren. Das verlangt schon seine Selbstachtung.

Die Kommission hat auf die Kritik reagiert und Regelungen zum Investorenschutz verändert. Die SPD sieht darin den »Anfang vom Ende der intransparenten Schiedsstellen« und hat einer Resolution mit reformiertem Investorenschutz im EU-Handelsausschuss zugestimmt.
Das ist völlig übertrieben. Alle bisherigen Schutzstandards, die Investoren in den Verträgen haben, sind noch drin. Sie werden lediglich vager formuliert. Und das Verfahren wird etwas freundlicher, also transparenter gemacht. Und dann gibt es diese große Nebelkerze mit dem Internationalen Gerichtshof, über die jetzt alle reden. Aber wenn man mal in den Text schaut, dann formuliert das die Kommission sehr zurückhaltend als eine mittelfristige Option. Ich vermute, dass daraus nicht mehr als eine nette Absichtserklärung wird. Selbst wenn man die Schiedsgerichtsbarkeit stärker an normalen Gerichten orientiert, muss man weiterhin belegen, warum wir überhaupt eine solche Umgehung der staatlichen Rechtssysteme brauchen. So einen gigantischen Freiluftversuch darf man auf keinen Fall riskieren.

Die Befürworter von TTIP halten Ihnen Panikmache vor. Auf welche schlechten Erfahrungen können Sie denn verweisen?
Oh, eine ganze Menge. Deutschland wird gerade von Vattenfall wegen der Energiecharta auf fünf Milliarden Euro Schadensersatz verklagt. Schon die Anwaltskosten binden mehrere Millionen Euro aus dem Bundeshaushalt. Die Stadt Hamburg hat Auflagen für das Kohlekraftwerk Moorburg aufgeweicht, damit Vattenfall seine Klage zurückzieht. Die Nordamerikanische Freihandelszone kennt viele Schiedsklagen. Kanada ist vielfach verklagt worden, dabei geht es um Genehmigungen für Giftmülldeponien, Fracking oder auch Medikamente. In einem Fall hat das oberste kanadische Gericht ein Patent für ungültig erklärt, weil das Medikament wirkungslos ist. Nun fordert ein amerikanischer Investor 800 Millionen Dollar Schadenersatz.

Wie wird sich das Europaparlament positionieren?
Alle bisher vorgeschlagenen Verbesserungen sind bestenfalls Schönheitskosmetik, die an der Idee einer Paralleljustiz zur staatlichen Rechtsprechung festhalten. Ich bin aber Optimist und hoffe, dass es nicht bei dem bisherigen Beschlusstext bleibt.

Alles hängt an der sozialdemokratischen Fraktion. Die schwankt hin und her: Mal trifft sie Absprachen mit den Konservativen über die Schiedsgerichte, dann wieder heißt es, man stimmt keiner privaten Schlichtung zu.
Es gibt schon wieder über 100 Änderungsanträge, darunter mehrere zu den Schiedsgerichten. Ich habe den Eindruck, dass die Sozialdemokraten bereit wären, den Kompromiss nochmal aufzuschnüren an dieser Stelle.

Die Debatte um TTIP fokussiert sich auf die Schiedsgerichte. Was ist mit den vielen anderen Kritikpunkten, etwa, dass künftig in der Planungsphase jedes Gesetz geprüft werden soll, wie es sich auf den internationalen Handel auswirkt.
Es ist eine Gefahr, dass die öffentliche Wahrnehmung sich sehr stark auf die Schiedsgerichte beschränkt und anderes hinten runter fällt. Diese sogenannte regulatorische Kooperation ist ähnlich bedrohlich wie Schiedsgerichte. Auch dazu sollte es in der Resolution eine klare Absage geben.

Wie geht es nach der Entscheidung im Europaparlament für Ihre Initiative weiter?
Wir sammeln bis zum 6. Oktober weiter Unterschriften. Dann ist der Start ein Jahr her, so lange hat man nach den Regeln der offiziellen EBI Zeit. Als nächstes wollen wir die 2,5 Millionen erreichen. Damit hätten wir auch noch die ACTA-Petition getoppt. Das wäre ein starkes Signal.

Über zwei Millionen Bürger in Europa fordern ein Nein. Foto: dpa/Axel Heimken

TTIP im Parlament

Das Europäische Parlament will am Mittwoch seine Empfehlungen zu den Verhandlungen über das geplante Freihandels- und Investitionsabkommen TTIP zwischen den USA und der EU verabschieden.

Der Handelsausschuss dringt in seinem Beschlussentwurf zwar auf eine Modernisierung des umstrittenen Investorenschutzes, ohne aber die umstrittenen Schiedsgerichte direkt abzulehnen. Zugleich fordert die Resolution öffentlich ernannte unabhängige Richter, öffentliche Anhörungen und eine Berufungsinstanz. »Mittelfristig« könnte ein öffentlicher Internationaler Investitionsgerichtshof »die angemessenste Lösung« sein, heißt es in der Resolution, die unter Federführung des deutschen Sozialdemokraten Bernd Lange entstand.

Zwar kann das Parlament die TTIP-Verhandlungen, die auf EU-Seite von der Europäischen Kommission geführt werden, nicht direkt steuern. Aber am Ende der Verhandlungen stimmen die 751 Abgeordneten über das Abkommen insgesamt ab. *nd*

Fünf Minuten Widerstand

Die Gipfelgegner haben sich eine Gewaltdebatte aufzwingen lassen und dadurch ihre Kritik geschwächt

Massive Polizeipräsenz, Demoverbote und ständige Warnungen vor »Krawallmachern«: Unter diesen Bedingungen überhaupt sichtbaren Protest auf die Straße zu bringen, war ein Erfolg.

Von Robert D. Meyer

Wer den Charakter der Anti-G7-Proteste verstehen will, fängt am besten nicht beim Gipfeltreffen auf Schloss Elmau oder im Protestcamp Garmisch-Partenkirchen an, sondern blickt nach Klais. Die kleine bayerische Gemeinde galt als das organisatorische Nadelöhr des Gipfels. Wer nach Elmau wollte, musste zwangsläufig durch das 200-Seelen-Dörfchen, verfügte er nicht wie die geladenen Staats- und Regierungschef über einen Helikopter.

In Klais wollte das Bündnis »Stop-G7« am Sonntag protestieren. Am Ende wurde es nach langem juristischen hin und her die wohl kürzeste Demonstration der Welt. 40 Meter Fußmarsch und 50 Demonstranten – mehr wollten weder Polizei noch bayerische Justiz und Landespolitik den Gipfelgegnern zugestehen. Wohl jeder hätte es verstanden, wenn das Anti-G7-Bündnis diesem deutlichen Fingerzeig bayerischer Meinungs- und Versammlungsfreiheit ferngeblieben wäre, doch die Kritiker kamen. 50 Teilnehmer eines Fahrradkorsos stellten ihre Räder auf dem Bahnhofsvorplatz ab, entrollten ihre Transparente und liefen einmal bis zum Ende der Parkplatzeinfahrt. Fünf Minuten und Schluss. Die Botschaft der Gipfelgegner, sie war eindeutig: Ihr könnt uns noch so viele Steine in den Weg werfen, wir lassen uns das Grundrecht auf Protest nicht nehmen. Reine Präsenz als Symbol des politischen Widerstands.

Genau darin liegt der Erfolg dieses Protestwochenendes und des Bündnisses »Stop-G7-Elmau«. Von Anfang an hatten der Freistaat Bayern und dessen Institutionen, angefangen von der Garmisch-Partenkirchener Bürgermeisterin Sigrid Meierhofer (SPD) bis hin zu Innenminister Joachim Herrmann (CSU), klar gemacht: Wir wollen das Treffen der mächtigen Staatschefs, aber keine Gegner. »Null Toleranz« war das Credo.

Müssten Proteste in Russland oder Iran unter den gleichen Vorzeichen staatlicher Einschüchterungsversuche, juristischer Verbote und gebetsmühlenartiger Warnungen vor »Krawallmachern« stattfinden, ein Aufschrei wäre hierzulande quer durch alle Parteien und Medien gegangen.

Stattdessen schlossen sich selbst Gipfelkritiker in den Reihen von Attac der vor allem von Union und SPD ständig erhobenen Forderung an, sich im Vorfeld von gewaltbereiten Protestierenden abzugrenzen. Dem globalisierungskritischen Netzwerk hätte jedoch auffallen müssen, dass die Definition von Gewalt aus dem Blickwinkel von Christsozialen bereits beim Aufruf zu friedlichen Blockaden beginnt. Was zuletzt bei den Blockupy-Demonstrationen in Frankfurt am Main im März erkennbar war, wurde bei den Anti-G7-Protesten noch ersichtlicher: Die Bewegung gegen demokratisch fragwürdige Institutionen hat sich durch eine von Teilen der Politik gezielt forcierte Gewaltdebatte auseinander treiben lassen, sodass das eigentliche Anliegen der gemeinsamen Kritik, auf die strukturelle Gewalt von Institutionen wie der G7 hinzuweisen, in der öffentlichen Wahrnehmung weitestgehend unterging.

Woran kaum jemand dachte: Eine ähnliche Drohkulisse wie vor Elmau 2015 bauten Teile der Politik auch zu den Gipfelprotesten in Heiligen-

damm 2007 auf. Die heute in vermeintlich »legitime« und »gewalttätige« Demonstranten gespaltene Protestbewegung hätte sich der staatlichen Repression erinnern sollen, als am 9. Mai 2007 Polizisten bundesweit Durchsuchungen bei Gipfelgegnern durchführten, weil diese angeblich eine »terroristische Vereinigung« bildeten. Dieser Verdacht konnte den damaligen Protest nicht spalten, 2008 entlarvte der Bundesgerichtshof die Vorwürfe sogar als völlig absurd. Erst durch den Zusammenhalt aller Akteure konnten jene im Gedächtnis eingebrannten Bilder entstehen, wie das tausender Demonstranten, die am ersten Gipfeltag in kleinen Gruppen die Polizeihundertschaften umgingen und schließlich bis an den berühmten Absperrzaun der Sicherheitszone rund um das Tagungshotel gelangten.

In Elmau waren solche für eine Protestbewegung symbolisch wichtigen Erfolge kaum möglich. Einerseits hatten die Sicherheitsbehörden aus Heiligendamm gelernt und schlicht durch den Fakt zahlenmäßiger Überlegenheit fast jeden staatlich unkontrollierten Ausbruch aus dem Protestcamp in Garmisch verhindert. Andererseits schwächte die Gewaltdebatte die Mobilisierung.

Als Erfolg kann sich das Elmauer Bündnis anrechnen, unter diesen Bedingungen überhaupt Nischen für einen hörbaren Protest gesucht zu haben. Andere wichtige Akteure waren Garmisch-Partenkirchen im vorauseilenden Gehorsam gegenüber der Politik lieber gleich ganz ferngeblieben.

Dossier zum Gipfel: dasND.de/g7gipfel

»Zu robust und einfach viel zu kräftig«

Das Schweizer Debüt bei einer Fußball-WM der Frauen verlief beim 0:1 gegen Japan spektakulär, aber glücklos

Ein umstrittener Elfmeter lässt Titelverteidiger Japan bei der Fußball-WM jubeln. Die Eidgenossinnen nutzten ihre Chancen nicht.

Von Luise Wagner, Vancouver

Die Schweizer Torhüterin Gaëlle Thalmann (2.v.r.) verursacht im Zweikampf mit Japans Kozue Ando (2.v.l.) den spielentscheidenden Strafstoß. Foto: AFP/Rich Lam

Tolle Stimmung, angenehmes Stadionklima trotz Rekordhitze und doch auffällig viele leere Plätze im BC Place Stadium in Vancouver, das beim zweiten Spiel der WM-Gruppe C zwischen Japan und der Schweiz nicht mal zur Hälfte besetzt war. Es lag wohl am herrlichen Strandwetter in der Pazifikmetropole, wo seit Tagen um die 30 Grad Celsius den Asphalt aufheizen. Die ganze Stadt scheint sich an die Strände verkrümelt zu haben, die am Montagnachmittag (Ortszeit) rund ums populäre Stadtviertel Kitsilano proppenvoll waren.

Der Hochsommer lockte also nur echte Fans in Stadion. Dafür waren die 25 942 Zuschauer wirklich begeisterte Soccer-Anhänger, die alle Ballstafetten der beiden Teams mit einem »Hopp-Hopp-Schwiiz« oder »Japan! Japan!« begleiteten. Dabei war die Südostkurve mit den Schweizer Anhängern zum Anpfiff des Spiels lauter als die auf das ganze Stadion verteilten japanischen Anhänger, die eigentlich in der Überzahl waren.

Nicht wenige Schweizer haben ihren Urlaub dieses Jahr extra nach Kanada verlegt, um ihr Frauenteam zu unterstützen, das erstmals bei einer WM dabei ist. Einige Eidgenossen brachten sogar Kuhglocken mit und malten sich die Gesichter knallrot an. »Wir sind anstelle von Sepp Blatter gekommen, der ja leider nicht dabei sein kann«, scherzte Martin Z. aus Schaffhausen, dem es peinlich ist, dass der Weltverband FIFA unter Landsmann Blatter seit Jahrzehnten in Zürich seine Geschäfte abwickeln kann.

Japan als amtierender Weltmeister trat zunächst zurückhaltend und abwartend auf. Er habe mit einem starken und schnellen Sturm der Schweizerinnen gerechnet, sagte Trainer Norio Sasaki nach der Partie. Wohl deshalb hatte er nicht die erfahrene Stammtorhüterin Miho Fukumoto ins Tor gestellt, sondern auf die kräftigere und größere Erina Yamane gesetzt. Die kontrollierte die vielen Flanken und Schüsse auf ihr Tor immer wieder gekonnt und setzte die flinken Außenspielerinnen ein.

Japan versuchte das Spiel mit jenem eleganten und präzisen Kurzpassspiel zu kontrollieren, mit dem sie 2011 in Deutschland Weltmeister geworden waren. Dass aber die Schweizerinnen als Debütanten das Spielgeschehen derart dominierten, hatte die technisch versierten Japanerinnen ein wenig überrascht. Immer wieder gab es gefährliche Angriffe und aufregende Strafraumszenen. Letztlich scheiterten die Schweizerinnen an sich selbst, weil sie in den wichtigen Momenten zu hektisch agierten. Der letzte genaue Pass auf die gefährlichen Stürmerinnen Lara Dickenmann und Ramona Bachmann wollte oft nicht ankommen.

Ein umstrittener Elfmeter brachte in der 29. Minute die Japanerinnen in Führung. Torhüterin Gaëlle Thalmann war angstfrei nach einem hohen Ball gehechtet und unglücklich mit Mittelfeldspielerin Kozue Ando zusammengeprallt, die verletzt ausscheiden musste. Die mexikanische Schiedsrichterin Lucila Venegas zückte die gelbe Karte für Thalmann und gab jenen Elfmeter, der letztlich spielentscheidend war. Für Trainerin Martina Voss-Tecklenburg, die seit 2012 das Schweizer Nationalteam auf die WM vorbereitet, eine Fehlentscheidung: Angeblich habe ihre Torhüterin zuerst den Ball und dann die Gegnerin berührt.

Die anschließend zur besten Spielerin gewählte Torschützin Aya Miyama sah das selbstredend ganz anders. Thalmann sei etwas zu robust zur Sache gegangen und auch einfach viel zu kräftig, meinte die kleine Mittelfeldspielerin, die in Japan ein Star ist und das Team als Spielführerin anführt. In der Tat wirkten die zierlichen Japanerinnen wie Kinder neben den athletisch gebauten Schweizerinnen.

Es schien als machte der strittige Elfmeter die Schweizerinnen jedoch nur wütender. Vor allem in der zweiten Halbzeit stach Ramona Bachmann besonders hervor, wurde von einer La-Ola-Welle nach der anderen durch die Fans immer wieder in den Strafraum der Japanerinnen getragen und dribbelte sich häufig spektakulär bis zur Grundlinie durch. Nur der Schuss aufs Tor traf eben nie ins selbige. Stattdessen rutschte die 24-Jährige auf dem Kunstrasen aus oder schoss daneben – in der Nachspielzeit sogar auf das leere Tor.

»Schade, wirklich schade«, sagte Trainerin Voss-Tecklenburg später aufgewühlt und enttäuscht. »Wir hätten uns wirklich ein Unentschieden verdient! Ich kann der Mannschaft nichts vorwerfen. Es war schwer für Japan, gegen uns heute zu gewinnen.« Auf das leidige Thema Kunstrasen wollte die ehemalige deutsche Nationalspielerin nicht mehr eingehen. Es sei genug vor dem Start der WM darüber debattiert worden, und sie habe in ihrer langen Karriere als Spielerin auch auf Naturrasen genug Spieler ausrutschen sehen.

»Ramona Bachmann ist mit Sicherheit die traurigste Spielerin heute an diesem Abend. So viele tolle Chancen selbst erarbeitet und dann doch nicht genutzt«, beklagte Voss-Tecklenburg, die mit ihrem Team gegen Ecuador oder Kamerun noch einmal Vollgas geben will. Dort rechnet sie sich trotz der knappen Niederlage und der bitteren Tränen von Bachmann noch einiges aus in dieser WM: »Wir lassen den Kopf nicht hängen und nutzen jede Chance. Endlich können diese fantastischen Schweizer Spielerinnen auf der Weltbühne zeigen, wozu sie in der Lage sind.«

Almaty überzeugt und holt auf

Die kasachische Präsentation des Konzepts für die Winterspiele 2022 hinterließ mehr Eindruck beim IOC als die des Favoriten Peking

Das Rennen um die Winterspiele 2022 dürfte noch spannend werden. Außenseiter Almaty beeindruckte das IOC am Dienstag mit einer starken Präsentation. Favorit Peking muss bangen.

Von John Bagratuni und Andreas Schirmer, Lausanne

Der Favorit Peking wankt, Außenseiter Almaty holt auf. Mit einer starken Präsentation hat die kasachische Stadt am Dienstag in Lausanne im Endspurt um die Vergabe der Olympischen Winterspiele 2022 die 85 IOC-Mitglieder beeindruckt. »Ich habe das Gefühl, dass Almaty viel stärker ist und eine bessere Bewerbung hat, als viele Leute das bisher geglaubt haben«, sagte Craig Reedie, Vizepräsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), nach dem technischen Briefing.

»Sie haben einen guten Job gemacht. Sie waren gut vorbereitet«, meinte auch Ski-Weltverbandspräsident Gian Franco Kasper nach dem 45 Minuten langen Auftritt Almatys im Olympischen Museum mit Ministerpräsident Karim Massimow an der Spitze. »Es ist noch zu früh, mehr zu sagen, aber das Rennen wird eng werden.« Gewählt wird die Winterspielestadt 2022 am 31. Juli vom IOC-Kongress in Kuala Lumpur.

Neutralität wahrte IOC-Präsident Bach bei der Bewertung der beiden Präsentationen. »Es war wirklich beeindruckend, wie beide Städte die Reformen der Agenda 2020 einbezogen haben«, erklärte er. Man sehe den klaren Fokus auf Nachhaltigkeit und Kostenbewusstsein bei der Planung. »Es war eine exzellente Sitzung mit vielen Fragen der IOC-Mitglieder und der internationalen Verbände«, sagte Bach.

»Wir sind absolut zufrieden und sicher, dass es ein Erfolg für uns wird«, sagte Almatys Bürgermeister Achmetschan Jessimow. Auch der Vizepräsident des Bewerbungskomitees, Andrej Krjukow, ist nach dem gelungenen Schaulaufen optimistisch: »Wir konnten unsere Stadt und unser Konzept von der besten Seite zeigen. Es ist besser, man sieht sich einmal, als wenn man von etwas 100 mal hört.« Nach dem Bestechungsskandal Ende der 90er Jahre um die Spiele in Salt Lake City sind Visiten der IOC-Mitglieder in Bewerberstädten untersagt.

Zuversicht demonstrierte auch die chinesische Delegation. »Wir hatten eine sehr gute Kommunikation mit den IOC-Mitgliedern. Ich bin nun noch zuversichtlicher, was unsere Bewerbung angeht«, urteilte Chinas Vizeministerpräsidentin Liu Yandong. Und Pekings Bürgermeister Wang Anshun erwartet nach dem Lausanner Dialog »einen großen Erfolg«.

Viel Schnee oder Kunstschnee, Olympia der kurzen Wege oder der langen Distanzen zwischen den Sportarenen: Almaty und Peking sind mit höchst unterschiedlichen Konzepten angetreten. Das 1,6 Millionen Einwohner große Almaty liegt am Fuße des Thien-Shan-Gebirges. 70 Prozent der Sportstätten sind höchstens 30 Kilometer vom Olympischen Dorf entfernt, jede Menge Schneefall im Winter und saubere Luft seien garantiert, 80 Prozent der Wettkampfanlagen bereits fertig. Sie werden 2017 für die Winter-Universiade genutzt.

Bei Winterspiele in Peking, das bereits 2008 Schauplatz der Sommerspiele war, werden die Athleten mehr Transportzeiten und Wettbewerbe auf Kunstschnee in Kauf nehmen müssen. Die alpinen Veranstaltungen sollen in der 90 Kilometer entfernten Yanking Zone ausgetragen werden. Rund 160 Kilometer weit weg von Chinas Kapitale in der Zhangliakou Zone sind die Medaillenkämpfe der Biathleten, Langläufer, Skispringer, Snowboarder und Freestyler vorgesehen. Für die Eröffnungsfeier ist das bei Olympia 2008 schon für die Leichtathletik genutzte »Vogelnest« vorgesehen. *dpa/nd*

ALMATY 2022 CANDIDATE CITY

Die Wahl des geringeren Übels

Anfang Juni hatte die Evaluierungskommission des IOC einen Bericht veröffentlicht, in dem zwar das übliche Lob nicht fehlte. So habe Peking hervorragende Sportstätten und tolle Entwicklungspläne, und Almaty biete ein kompaktes Konzept. Aber die Prüfer formulierten auch klare Bedenken zu beiden Bewerbern um die Olympischen Winterspiele 2022.

Nur die Eiswettbewerbe würden in Chinas Hauptstadt stattfinden. »Das große Operationsfenster mit drei Zonen und verschiedenen Clustern verkompliziert die Planungen für Sicherheit und Durchführung« der Spiele, heißt es zu Peking. Die alpinen Wettkämpfe würden auf Mittelgebirgshügeln ausgetragen. Auch die nordischen Skisportler und Freestyler wären auf Kunstschnee angewiesen, dafür wären Unmengen Wasser nötig. Zudem wird der Bau von Bahnstrecken in die Außenzonen Milliarden verschlingen.

Für Almaty verweisen die Prüfer auf Faktoren, die sich »negativ auf die Spiele und die Fähigkeit der Regierung auswirken, finanzielle Unterstützung zu bieten«. So zeigt selbst Machthaber Nursultan Nasarbajew seit Monaten auffallend wenig Interesse an Olympia. Der niedrige Ölpreis setzt dem Land, das reich am schwarzen Gold ist, schwer zu. Menschenrechtsbedenken nähren beide Länder ununterbrochen. *SID/nd*

BEIJING 2022 Candidate City

NACHRICHTEN

Sami Khedira wechselt in der kommenden Saison nach fünf Jahren bei Real Madrid zu Juventus Turin. Der Mittelfeldspieler unterschrieb einen Vierjahresvertrag beim italienischen Fußballrekordmeister. In der Saison vor dem WM-Titelgewinn in Brasilien hatte sich Khedira einen Kreuzbandriss zugezogen und hatte auch in dieser Spielzeit mehrfach mit Verletzungen zu kämpfen. Auch Bundesligist FC Schalke 04 hatte sich zuletzt um eine ablösefreie Verpflichtung des 28-Jährigen bemüht.

Die Beschuldigungen gegen den ehemaligen FIFA-Vizepräsidenten Jack Warner reißen nicht ab. Er soll nach Informationen der BBC im Verdacht stehen, Hilfsgelder für Opfer des Erdbebens auf Haiti zur Seite geschafft zu haben. Die USA fordern die Auslieferung Warners, der auf der Karibikinsel Trinidad und Tobago lebt. In Italien ist auch der in den FIFA-Skandal verwickelte argentinische Unternehmer Alejandro Burzaco festgenommen worden. Der 51-Jährige arbeitete für eine Sportmarketing-Agentur und wird von der US-Justiz wegen Korruption, Verschwörung und organisierten Verbrechens gesucht.

In Pyeongchang wird es erstmals bei Olympischen Winterspielen Teamwettbewerbe im alpinen Skisport sowie Massenstartrennen im Eisschnelllauf geben. Dies gab IOC-Präsident Thomas Bach am Montagabend bekannt. Neu im Programm der Winterspiele 2018 in Südkorea sind zudem der Mixed-Wettbewerb im Curling sowie die »Big Air«-Konkurrenz im Snowboard.

Max Hartung hat bei der Fecht-EM in Montreux die Silbermedaille gewonnen und für das erste deutsche Edelmetall der Titelkämpfe gesorgt. Im Säbelfinale unterlag er dem Olympiasieger Aron Szilagyi aus Ungarn mit 11:15, verhinderte mit dem Erfolg am Montagabend aber die erste EM ohne deutsche Einzelmedaille. Einen Tag später siegte das deutsche Männer-Florettteam nach seiner Halbfinalniederlage gegen Frankreich im Kampf um Bronze gegen Großbritannien mit 45:37. *Agenturen/nd*

Max Hartung Foto: imago/PuzzlePix

In Zahlen

Fußball: Frauen-WM in Kanada: Gruppe C: Kamerun - Ecuador 6:0 (3:0), Japan - Schweiz 1:0 (1:0), Gruppe D: Schweden - Nigeria 3:3 (2:0), USA - Australien 3:1 (1:1). Männer, Länderspiele: Türkei - Bulgarien 4:0, Dänemark - Montenegro 2:1, Malta - Litauen 2:0, Norwegen - Schweden 0:0.

Eishockey: Männer, NHL-Finale (best of 7), 3. Spiel: Chicago - Tampa Bay 2:3 (Stand: 1:2).

TV-Tipp

09.15 - 11.30 Eurosport: Fußball: U20-WM in Neuseeland, Achtelfinale: Ukraine - Senegal. 13.00 - 15.00 Eurosport: Tennis: Männer, Turnier in Stuttgart, Achtelfinale. 16.00 - 17.30 Eurosport: Radsport: Critérium du Dauphiné, 4. Etappe. 18.55 - 20.45 Sport1: Handball: Männer, EM-Qualifikation: Finnland - Deutschland. 20.15 - 22.50 ARD: Fußball: Testspiel: Deutschland - USA.

*

NACHRICHTEN

Bei einem Unfall in Australien ist ein Auto in ein gut besuchtes Café geschleudert worden. Mindestens 18 Menschen erlitten Verletzungen. Ein Augenzeuge sprach von »totalem Chaos«. Laut Polizei entzündete sich infolge des Unfalls vor dem Café in Ravenshoe (Queensland) eine Gasflasche, daraufhin habe das Gebäude Feuer gefangen. Augenzeuge Ken Hodge sagte, er habe beobachtet, wie zwei Autos vor dem Café kollidiert seien. Eines habe durch den Aufprall regelrecht abgehoben und sei in das Restaurant gekracht. Es habe sich wie ein Erdbeben angefühlt.

Zwei Nonnen sind fast drei Tage ohne Essen und Trinken in einem defekten Lift in Rom gefangen gewesen. Der Aufzug sei wegen eines Blackouts am Freitagnachmittag in einem Gebäude steckengeblieben, berichteten italienische Medien am Montag. Zwar hätten die Nonnen um Hilfe gerufen, aber niemand habe sie gehört, weil des Gebäude leer gewesen sei. Am Montagmorgen habe sie eine Putzfrau gefunden. Die Frauen kamen mit einem Schock und dehydriert ins Krankenhaus.

Mit einem Ausweichmanöver hat die Internationale Raumstation ISS eine mögliche Kollision mit Weltallschrott verhindert. Die sechsköpfige Besatzung habe ihren Kurs leicht verändert, so die Flugleitzentrale bei Moskau am Montagabend. Die Crew nutzte dazu die Düsen eines angekoppelten Raumfrachters vom Typ Progress. Die Station war schon mehrfach zu solchen Manövern gezwungen. Zu Schäden kam es bisher nicht. Meist sind es Teile alter Satelliten, die durch die Schwerelosigkeit irren.

Die jüngsten Unwetter haben in Tirol Millionenschäden angerichtet. Die Schäden an Wohnhäusern belaufen sich auf zehn Millionen, in der Landwirtschaft auf eine Million Euro, so die Agentur APA am Dienstag. Im Sellrain- und im Paznauntal hatten 130 Menschen ihre Häuser verlassen müssen, 1200 Feuerwehrleute und 250 Soldaten arbeiteten an der Beseitigung der Schäden. Starkregen und Muren hatten die Sellraintalstraße an einigen Stellen unterspült oder weggerissen. In Oberösterreich waren wegen Überflutungen, Erdrutschen und umgestürzter Bäume in der Nacht auf Dienstag rund 1500 Feuerwehrleute im Einsatz.

Ein Australier muss sich seit Dienstag vor Gericht verantworten, weil er mit einer Planierraupe mehrere Autos zerstört und in ein Haus gefahren ist. Laut Medienberichten konnte sich zwei Frauen in letzter Sekunde aus dem Haus retten. Der 48-Jährige habe am Montag den Bulldozer gestohlen und zunächst die Autos zertrümmert. Dann sei er in das Gebäude in Teralba gefahren, das einem früheren Freund gehört, berichtete der Sender ABC. Während des Angriffs befanden sich die Lebensgefährtin des früheren Freundes und deren 20-jährige Tochter im Haus. »Wir spürten, wie sich das Haus anhob, als wir die Eingangsstufen erreichten«, sagte die Mutter zu Reportern. *Agenturen/nd*

Hochzeit oder Maskenball? – Kampf gegen MERS!

Selbst Hochzeiten stehen derzeit in Südkorea unter besonderem Schutz. Die Behörden haben am Dienstag den siebten Todesfall durch die Viruserkrankung MERS vermeldet. Eine 68-jährige Frau starb in Seoul. Seit Mitte Mai sind 95 Menschen erkrankt. Es ist der bislang schwerste Ausbruch der Krankheit außerhalb Saudi-Arabiens.

Angesichts drohender wirtschaftlicher Einbußen will Seoul die Krankheit schnell eindämmen. »Die öffentliche Besorgnis über die Folgen des MERS-Ausbruchs auf unsere Wirtschaft und Gesellschaft wächst«, so Premier Choi Kyung Hwan. Die Besucherzahlen von Kinos und Massenveranstaltungen brachen ein. »Daher haben wir beschlossen, durch eine aktive und umfassende Vorgehensweise noch diese Woche ein Ende der MERS-Krise zu erreichen.« Präsidentin Park Geun Hye sagte, sie hoffe, die Menschen würden sich zum Wohl der wirtschaftlichen Stabilität kooperativ zeigen. Diese Hochzeitsgesellschaft tut es offenbar schon. *AFP* Foto: AFP

Puppenrevolution in Australien

Designerin produziert die Spielzeuge mit bodenständigen Gesichtern und Kleidungsstücken

Geschminkte Lippen, riesige Augen, wallende Haare – das macht viele Puppen zum Streitobjekt in Sexismusdebatten. Eine australische Puppendesignerin gibt den Puppen natürliche Gesichter.

Von Barbara Barkhausen, Sydney

Barbie läuft neuerdings auf flachen Schuhen durch die Welt und die britische Spielzeugfirma Makies produziert Puppen mit Hörgeräten oder Feuermal im Gesicht. Auch den Bratzpuppen scheint eine Überholung bevorzustehen, wie die Webseite des Spielzeugherstellers derzeit ankündigt. Bratzpuppen sind als Konkurrenz zur Barbiepuppe entstanden.

Einen Baustein für diese »Puppenrevolution« hat eine junge Künstlerin gesetzt, die mit ihrer Familie auf Australiens größter Insel Tasmanien lebt. Die Kreationen der Australierin werden im Internet millionenfach geteilt, ein Film über ihre Arbeit ist auf Youtube bereits über 14 Millionen Mal geklickt worden.

Sonia Singh begann in ihrer Freizeit kaputte Bratzpuppen zu restaurieren, nachdem sie vergangenen September ihren Job als Wissenschaftlerin verloren hatte. Doch die Australierin repariert dabei nicht nur gebrochene Beine oder näht zerrissene Kleider. Sie gibt den Puppen eine Generalüberholung. »Ich rette die Puppen aus dem Müll und gebe ihnen eine zweite Chance zu spielen«,

screenshot: www.etsy.com

schreibt sie auf ihrer Internetseite. Dafür schminkt sie das Gesicht der Puppen mit Nagellackentferner ab und malt mit Farbe und Pinsel ein neues, natürliches Gesicht mit normal großen Augen und Augenbrauen und ungeschminkten Lippen. Auch die Haare werden kindlicher gestaltet mit dicken Zöpfen oder Pferdeschwänzen. An die Füße bastelt die Australierin öfter mal Gummistiefel, damit die Puppen »bereit für ein Abenteuer im Freien« sind. Ihre Mutter strickt für die Puppen neue Pullover und näht Latzhosen, die eng anliegenden Hosen und Miniröcke haben ausgedient.

Ihre Schwester und sie seien mit Second-Hand Puppen und selbstgemachten Spielsachen aufgewachsen, sagt die Künstlerin. »Es macht mir Spaß, alte Gegenstände zu reparieren und wieder zu nutzen und ihnen somit ein zweites Leben zu geben.« So sei die Idee für ihre »Tree Change Dolls« entstanden, die statt Glamour-Look nun bodenständige Gesichter und Kleidungsstücke erhalten.

Die Australierin, deren Arbeit inzwischen auch in die weltweite Debatte miteinbezogen wird, mit welchen Spielzeugen Kinder spielen sollten, produziert trotz der internationalen Resonanz auf ihre Arbeit nach wie vor Einzelstücke. Stehen neue Puppen in ihrem Internetladen zum Verkauf, sind die deswegen meist in wenigen Minuten ausverkauft.

Derzeit überlegt Sonia Singh noch, wie sie ihre Geschäftsidee in eine nachhaltige, größere Produktion umwandeln könnte, doch ihre Ideen und vor allem die Debatte, die sie mit ihrer Arbeit angefeuert hat, scheinen die großen Spielwarenhersteller bereits beeinflusst zu haben.

So brachte US-Spielwarenhersteller Mattel gerade eine neue Reihe seiner berühmten Barbies heraus, die statt Stöckelschuhen nun flache Schuhe tragen und zudem mehr Diversifikation bieten sollen: Die 23 neuen Barbies haben 14 unterschiedliche Gesichtsausdrücke, acht verschiedene Hautfarben, 18 Augenfarben, 22 Frisuren und 23 Haarfarben und sollen Frauen authentischer darstellen. Ein kleiner Schritt für Barbie, aber ein riesengroßer für alle Frauen, wie das Frauenmagazin »Cosmopolitan« auf seiner US-Webseite als Reaktion schrieb.

Sonde findet Glas auf dem roten Planeten

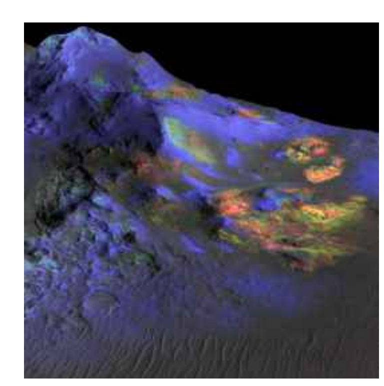
Die Einschläge sind uralt – und könnten lange gesuchte Spuren von Leben auf dem Mars bergen: Zu Glas geschmolzenes Gestein in den Kratern enthält möglicherweise Einschlüsse.

Washington. Auf dem Mars sind erstmals Glasablagerungen nachgewiesen worden. Das Glas in mehreren Kratern sei durch die Hitze beim Einschlag kosmischer Brocken entstanden, teilte die US-Raumfahrtbehörde NASA mit. Aufgespürt wurden die Ablagerungen mit dem »Mars Reconnaissance Orbiter« (MRO).

Mit der Sonde, die den roten Planeten seit 2006 umrundet, wurden Lichtreflexionen der Oberfläche vermessen. Die Forscher hoffen nun, dass in dem Glas Hinweise auf früheres Leben auf dem roten Planeten konserviert sein könnten. Künftige Missionen könnten die Krater genauer ins Visier nehmen, hieß es.

Mehrere Wissenschaftler um Peter Schultz von der Brown University in Providence (USA-Bundesstaat Rhode Island) hatten vor einiger Zeit gezeigt, dass Spuren des Lebens auf der Erde im Glas von Einschlagkratern erhalten sind. Die Forscher fanden organische Moleküle und Pflanzenreste eingeschlossen in Glas an einer Stelle in Argentinien, an der vor Millionen Jahren ein Gesteinsbrocken aus dem All eingeschlagen war.

Dies sei der Anlass gewesen, auch auf dem Mars nach solchen Glasablagerungen zu suchen, heißt es in der Mitteilung der NASA. Ihr typisches Spektrum in den Lichtreflexionen des roten Planeten auszumachen, sei allerdings nicht so leicht. Die Forscher hätten darum zunächst verschiedene Stäube so gemischt, dass die Zusammensetzung der von Mars-Gestein entsprach, und dies dann



Das Glas schimmert grün. Foto: NASA/JPL-Caltech/JHUAPL/Univ. of Arizona/dpa

zu Glas verschmolzen. Dann sei die typische Signatur der Lichtreflexion dieser Proben vermessen worden. Nach diesem Muster sei anschließend in den Aufnahmen der Mars-Sonde gezielt gesucht worden.

Glasablagerungen wurden demnach unter anderem im Krater Hargraves gefunden. Er liegt in einer Region, in der demnächst ein weiterer Mars-Rover landen könnte: Ziel der Mission »Mars 2020 Rover« ist es, Boden- und Gesteinsproben zu sammeln – die möglicherweise sogar zur Erde gebracht werden sollen. *dpa*

Wetter in der Region

Heute scheint fast überall die Sonne. Nur wenige Wolken sind am Himmel. Die Höchstwerte betragen 22 Grad, und der Wind weht schwach bis mäßig aus Nordost. In der Nacht wird es größtenteils wolkenlos. Dabei ist mit Tiefstwerten bis 9 Grad zu rechnen.

Biowetter

	Belastung
Kopfschmerzen	mittel
Migräne	mittel
Bluthochdruck	keine
Niedriger Blutdruck	keine
Kreislaufbeschwerden	keine
Rheumaschmerzen	keine

Pollenflug

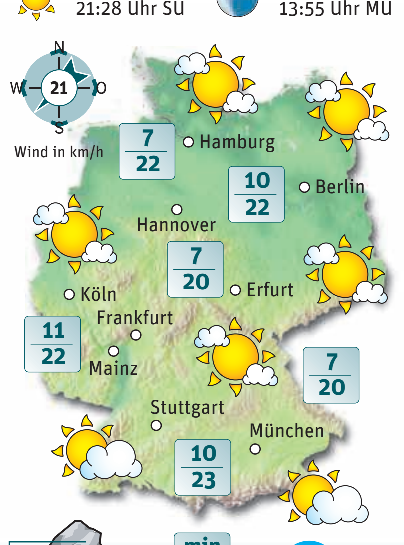
	Belastung
Gräser	stark
Sauerampfer	stark
Spitzwegerich	stark
Roggen	stark
Brennnessel	mittel

keine · gering · mittel · stark

Aussichten der nächsten Tage

Donnerstag	Freitag	Samstag
9 / 25	11 / 28	18 / 32

04:44 Uhr SA
21:28 Uhr SU
01:36 Uhr MA
13:55 Uhr MU



Nullgradgrenze: 3300 Meter
min / max des 24h-Tages
Qmet

Bangkok	wolkig	40°
Buenos Aires	wolkig	16°
Chicago	Schauer	30°
Delhi	heiter	44°
Dubai	sonnig	41°
Havanna	wolkig	35°
Hongkong	wolkig	34°
Johannesburg	sonnig	16°
Kairo	sonnig	33°
Kapstadt	bedeckt	16°
Las Palmas	heiter	28°
Los Angeles	sonnig	23°
Mexico City	wolkig	27°
Miami	Gewitter	32°
Moskau	heiter	18°
Nairobi	wolkig	26°
New York	sonnig	27°
Peking	Schauer	27°
Rio de Janeiro	sonnig	32°
San Francisco	wolkig	17°
Seoul	sonnig	34°
Singapur	Schauer	34°
Sydney	bewölkt	15°
Tel Aviv	heiter	28°
Tokio	wolkig	27°
Toronto	Schauer	24°
Vancouver	sonnig	25°

					4			8
5		6					9	4
		8	7	6			2	
9	3							7
				1				
	4	2	9		6			
		9		7				
					8	3		6
2	6							

Sudoku

Das Zahlenrätsel muss so vervollständigt werden, dass in jeder waagerechten und jeder senkrechten Zeile sowie in jedem der neun Unterquadrate jede Ziffer von 1 bis 9 nur einmal auftaucht.

Mit freundlicher Unterstützung von www.sudoku-drucken.de

Die Lösung

8	4	3	7	2	5	1	6	9
1	9	2	6	3	8	4	5	7
6	7	5	4	9	1	2	3	8
4	1	9	2	7	6	3	8	5
2	8	6	5	1	3	7	9	4
5	3	7	8	4	9	6	2	1
7	6	8	1	5	2	9	4	3
9	2	1	3	8	4	5	7	6
3	5	4	9	6	7	8	1	2

10. Juni 2015
Nr. 1206

nd

Beilage der Tageszeitung neues deutschland

ratgeber

Fragen & Antworten rund um die Pflege

Auch für Personenaufzüge gibt es seit dem 1. Juni 2015 eine Prüfplakettenpflicht. Spätestens in einem Jahr müssen in allen Aufzügen die Plaketten kleben. Foto: dpa/Ulrich Perrey

Was ändert sich für die Verbraucher mit dem 1. Juni 2015?

Neues Kapitel für Arbeitgeber im Arbeitsschutz

Neben der Mietpreisbremse, die seit 1. Juni 2015 allerdings nicht in allen Bundesländern, sondern nur in Berlin in Kraft trat *(siehe nd-ratgeber vom 3. Juni 2015),* und dem Bestellerprinzip, wonach der Vermieter die Maklerkosten tragen muss, sind zum 1. Juni weitere Neuregelungen in Kraft getreten.

1. Neue Verordnung zur Betriebssicherheit: Eine Neufassung der Betriebssicherheitsverordnung (BetrSichV) aus dem Bundesarbeitsministerium, die am 1. Juni 2015 in Kraft getreten ist, soll Unfällen und Gesundheitsschäden in Betrieben vorbeugen. Damit beginnt für Arbeitgeber ein neues Kapitel im Arbeitsschutz.

So müssen beispielsweise Aufzüge künftig eine TÜV-Plakette tragen. Die Plakette zeigt den nächsten Prüftermin an. Aufzüge müssen ab dem 1. Juni 2015 mindestens alle zwei Jahre überprüft werden.

Neue Bestimmungen gelten auch für Paternoster-Aufzüge. Ab 1. Juni 2015 dürfen sie nur noch von denen genutzt werden, die zuvor eine Einweisung erhalten haben – etwa Beschäftigte in einem Bürohaus. Besucher dürfen sie dagegen nicht mehr betreten.

Diese Bestimmung hat viel Unmut ausgelöst, so dass inzwischen an einer Novellierung der Verordnung gearbeitet wird. Geplant ist, dass es Ausnahmen von der Paternoster-Einschränkung geben soll. Verstöße gegen die Prüf- und Sorgfaltspflichten der BetrSichV gelten künftig als Ordnungswidrigkeiten und können strafrechtlich verfolgt werden.

2. Kennzeichnung von Gefahrenstoffen: Seit Monatsbeginn gelten neue Regeln für Warnhinweise auf Reinigungsmitteln. Die quadratischen Hinweise mit schwarzen Zeichen auf orangefarbenem Grund verschwinden. Neu sind schwarze Zeichen auf weißem Untergrund umrandet von einer roten Raute. Hintergrund: Die Vereinten Nationen wollen die Kennzeichnung für chemische Stoffe und Gemische weltweit vereinheitlichen. Insgesamt gibt es sechs neue Zeichen, zum Beispiel soll ein toter Fisch vor einem Baum vor Umweltgefahren warnen, wenn das Mittel sorglos weggekippt wird.

Eine neue Kennzeichnungspflicht gilt ab 1. Juni auch für Backofensprays, Geschirrreinigertabs, Lacke und Klebstoffe. Gefährliche Gemische von Chemikalien werden nach Angaben der Bundesregierung neu eingestuft und sind einheitlich zu kennzeichnen. Verpackungen müssten deutlicher auf die Gefahren der Inhaltsstoffe aufmerksam machen und Informationen über die sichere Verwendung liefern.

3. Änderung bei Nahrungsmitteln: Ab 24. Juni 2015 müssen Gen-Pollen im Honig EU-weit nicht mehr gekennzeichnet werden. Pollen gelten dann nicht mehr als »Zutat« im Honig, sondern als »natürlicher Bestandteil« und müssen demnach auch nicht mehr in der Zutatenliste aufgeführt werden.

4. Entzug des Personalausweises: Die deutschen Behörden können gewaltbereiten Islamisten künftig für bis zu drei Jahre den Personalausweis abnehmen, um sie an der Ausreise in Kampfgebiete wie Syrien oder den Irak zu hindern. Die Betroffenen sollen stattdessen einen Ersatzausweis bekommen, mit dem sie Deutschland nicht verlassen dürfen.

5. Zahlung der Ghettorente: Ab 1. Juni ist die Zahlung der Ghettorente auch nach Polen möglich. Aufgrund eines deutsch-polnischen Abkommens können deutsche Renten aufgrund von Beschäftigung in einem Ghetto auch an Menschen gezahlt werden, die in der Republik Polen leben. Nach Angaben der Bundesregierung dürfte es sich um einige hundert Personen handeln. *AFP/nd*

DIESE WOCHE

Soziales 2
Die Bereitschaft zur Organspende ist rückläufig

Arbeit 3
Kurioser Fall vor Gericht zum Arbeitszeugnis

Wohnen 4
Die Mietpreisbremse bei Wiedervermietung – wo greift sie und wo nicht?

Grund & Haus 5
Zur Verkehrssicherungspflicht für Hausbesitzer

Familie & Steuern 6
Wie ist der Lebenspartner bei Scheidung oder Todesfall abgesichert?

Geld & Versicherung 7
Geldanlage Lebensmittel Bargeldverbot künftig auch in Deutschland?

Verbraucherschutz 8
Aufgepasst bei Tarifumstellung von Telecolumbus Tipps zum Kinderpass bei Auslandsreisen

Fragen & Antworten rund um die Pflege

Was ist bei Pflegebedürftigkeit zu tun?

Das Thema Pflege wird immer relevanter. Das hat auch die Politik erkannt und mit dem Pflegestärkungsgesetz die erste Stufe der Pflegereform verabschiedet. Danach sollen Pflegebedürftige künftig höhere Leistungen erhalten – die gesetzlichen Pflegebeiträge wurden dafür zu Jahresbeginn um 0,3 Prozent auf 2,35 Prozent angehoben. Fragen & Antworten rund um die Pflege.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden waren im Dezember 2013 in Deutschland 2,63 Millionen Menschen pflegebedürftig im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes (SGB XI). Foto: nd/Ulli Winkler

Wer legt fest, ob man pflegebedürftig ist?
In den meisten Fällen tritt Pflegebedürftigkeit plötzlich ein. Betroffen sind vor allem Menschen in fortgeschrittenem Alter. Aber auch junge Menschen können durch einen Unfall oder durch eine Krankheit von einem Tag auf den anderen zum Pflegefall werden.

Als pflegebedürftig gilt nach der Definition des Pflegeversicherungsgesetzes, wer in der Folge einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit in den Bereichen der Körperpflege, der Ernährung, der Mobilität und der hauswirtschaftlichen Versorgung eingeschränkt ist.

Wer bekommt welche Pflegestufe?
Je nach Umfang des Hilfebedarfs werden Pflegebedürftige in eine von drei Stufen eingeteilt:

Pflegestufe 1: Erhebliche Pflegebedürftigkeit
- Mindestens einmal täglich Hilfebedarf bei der Grundpflege (Körperpflege, Ernährung oder Mobilität);
- mehrfache Hilfe pro Woche bei der hauswirtschaftlichen Versorgung;
- wöchentlicher Zeitaufwand beträgt im Tagesdurchschnitt mindestens 90 Minuten.

Pflegestufe 2: Schwerpflegebedürftigkeit
- Mindestens dreimal täglich Hilfebedarf bei der Grundpflege (Körperpflege, Ernährung oder Mobilität);
- mehrfache Hilfe pro Woche bei der hauswirtschaftlichen Versorgung;
- wöchentlicher Zeitaufwand beträgt im Tagesdurchschnitt mindestens drei Stunden.

Pflegestufe 3: Schwerstpflegebedürftigkeit
- Rund um die Uhr Hilfebedarf bei der Grundpflege (Körperpflege, Ernährung oder Mobilität);
- mehrfache Hilfe pro Woche bei der hauswirtschaftlichen Versorgung;
- wöchentlicher Zeitaufwand beträgt im Tagesdurchschnitt mindestens fünf Stunden.

Wer finanziert die Pflege?
Die finanzielle Unterstützung durch die Pflegekasse unterscheidet sich je nach Pflegestufe und Art der Pflege. Wer im Heim lebt oder zu Hause von professionellen Pflegediensten versorgt wird, erhält aus der Pflegekasse maximal 1612 Euro im Monat. Das reicht für die Versorgung oftmals nicht aus. Um finanzielle Härten im Pflegefall abzumildern, ist es daher ratsam, eine private Pflegetagegeldversicherung abzuschließen. Grundsätzlich gilt: Wer sich schon in jungen Jahren für die private Pflegevorsorge entscheidet, zahlt deutlich niedrigere Beiträge und sorgt so für die finanzielle Absicherung des Pflegefalls.

Wie und wo erfolgt die Beantragung des Pflegegeldes?
Wer Pflegegeld beantragen möchte, muss zunächst bei der jeweils zuständigen Pflegekasse einen Antrag auf Gewährung einer Pflegestufe stellen. Ist die Berechtigung formell geprüft, übergibt die Pflegekasse die Beurteilung des jeweiligen Falles an den medizinischen Dienst der Krankenkasse (MDK). Dessen Mitarbeiter stimmen kurzfristig einen Termin mit dem Pflegebedürftigen oder seinen Angehörigen ab, um sich vor Ort ein Bild von dem konkreten Fall zu machen und gegebenenfalls die Einstufung in eine Pflegestufe zu befürworten.

Was ist beim aktuellen Pflegestärkungsgesetz noch neu?
Neben den bereits erwähnten höheren Leistungen ist ein weiteres Ziel des Pflegestärkungsgesetzes der Ausbau der ambulanten Betreuung und der Leistungen im Pflegeheim. So sollen beispielsweise zu Hause betreute Patienten leichter vorübergehend in Pflegeheimen untergebracht werden können. *W&W/nd*

Organspenden

Nach Transplantationsskandalen erstmals Anstieg

Trotz eines leichten Anstiegs der Organspenderzahlen zu Beginn dieses Jahres mit 375 Spendern zwischen Januar und Mai ist nach Einschätzung des Medizinischen Vorstands der Deutschen Stiftung Organtransplantation, Axel Rahmel, die Trendwende noch nicht geschafft.

»Die Spenderzahlen unterliegen aber schon immer erheblichen Schwankungen von Monat zu Monat, so dass von einer Trendwende nicht gesprochen werden kann«, so Axel Rahmel. Mehr als 10 000 Menschen warten in Deutschland auf ein lebensrettendes Spenderorgan.

Laut Statistik ist die Zahl der Organspenden in diesem Jahr erstmals seit vier Jahren wieder gestiegen: Von Januar bis Mai wurden 375 hirntoten Spendern Organe entnommen. Im gleichen Vorjahreszeitraum waren es 287. Auch das vierte Quartal 2014 zeigte mit 215 Spendern bereits einen leichten Anstieg gegenüber dem letzten Quartal 2013, als nur 201 Menschen ihre Organe spendeten.

Die Skandale um Manipulationen bei Organverpflanzungen an mehreren deutschen Universitätskliniken, wo Ärzte offenbar Patientendaten manipulierten und so die Vergabe von Spenderorganen beeinflussten, hatten die Zahl der Spender im Zeitraum von 2011 bis 2014 deutlich einbrechen lassen (siehe Grafik). So lag 2014 die Zahl der Organspender nach dem Tod bundesweit bei nur noch 864 gegenüber immerhin noch 1296 im Jahr 2011. Dazu noch eine Vergleichszahl: Bundesweit starben im vergangenen Jahr 892 Menschen, die auf der Warteliste standen.

Ein Organspender kann mehreren schwer kranken Menschen das Leben retten, da Herz, Lunge, Leber, Nieren, Bauchspeicheldrüse und Dünndarm sowie Gewebe gespendet werden können. Ein eingepflanztes Organ kann über Jahrzehnte funktionstüchtig bleiben. Im Schnitt sind 70 Prozent der Nieren fünf Jahre nach der Transplantation weiterhin intakt.

Laut einer aktuellen Umfrage haben rund 35 Prozent der Deutschen inzwischen einen Organspendeausweis. 71 Prozent sind grundsätzlich damit einverstanden, dass ihnen nach ihrem Tod Organe entnommen werden. Vor zwei Jahren waren es noch 68 Prozent. Wenn ein hirntoter Mensch nicht zu Lebzeiten schriftlich niedergelegt hat, ob er zu einer Organspende bereit ist oder nicht, entscheiden die Angehörigen. Seit 1963 wurden in Deutschland insgesamt 120 000 Organe transplantiert. *epd/nd*

Wussten Sie, dass ...

... 2013 mehr als jeder Achte in Deutschland (das sind 10,2 Millionen) eine amtlich anerkannte Behinderung hatte? 7,5 Millionen waren schwer-, 2,7 Millionen leicht behindert. *nd*

ratgeber – Beilage des nd

erscheint wöchentlich jeweils mittwochs

Redaktionell verantwortlich:
Jürgen Holz (joh) und
Peter Kollewe (kol)

nd-ratgeber
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin
Tel.: (030) 29 78 17 72 / 73
Fax.: (030) 29 78 16 00
E-Mail: ratgeber@nd-online.de
www.twitter.com/ndratgeber

Die Redaktion weist darauf hin, dass wir keine Rechtsauskunft im Sinne von Rechtsberatung geben.

Landesarbeitsgericht zu einem kuriosen Fall über das Arbeitszeugnis

Kein Anspruch auf ein Zeugnis ohne Silbentrennung

Mit einem Sachverhalt aus dem Kuriositätenkabinett durfte sich nach Ansicht vom Arbeitgeberverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen in Essen (AGAD) das Landesarbeitsgericht (LAG) Baden-Württemberg beschäftigen.

Das Arbeitsverhältnis mit der klagenden Verwaltungsangestellten und Schulsekretärin hatte nach Ausspruch einer betriebsbedingten Kündigung wegen Schließung der Schule durch gerichtlichen Vergleich geendet.

In dem Vergleich hatte sich der Arbeitgeber zur Erstellung eines wohlwollenden Arbeitszeugnisses verpflichtet. Dazu hatte der Prozessbevollmächtigte der Arbeitnehmerin dem Arbeitgeber einen entsprechenden Text übersandt. Diesen ohne Silbentrennung linksbündig abgesetzten Text hatte der Arbeitgeber in den Blocksatz formatiert und die Funktion Silbentrennung aktiviert. Hierin sah die Klägerin eine Benachteiligung.

Beanstandete Silbentrennungen in einem Arbeitszeugnis stellen keinen Mangel dar. Foto: dpa/Jens Büttner

»Es ist sehr zu begrüßen, dass beide Instanzen dem wenig nachvollziehbaren Ansinnen der Klägerin mit deutlichen Worten begegnet sind. Ein Zeugnis muss inhaltlich richtig und in gehöriger Form abgefasst sein. Es stellt keine Urkunde zur »Ordensverleihung« dar«, erklärt Rechtsanwalt Dr. Oliver K.-F. Klug, Hauptgeschäftsführer vom Arbeitgeberverband AGAD.

Die Trennung »Korrespondenz« am Ende der letzten Zeile auf Seite 1 des erteilten Zeugnisses verstoße nach Ansicht der Klägerin gegen das Gebot der Silbentrennung über mehrere Textseiten hinaus, so wie es bei der Redaktion eines Textes durch einen Lektor auch beanstandet würde. Auch eine Trennung von mehreren Worten innerhalb eines Absatzes werde in der redaktionellen Praxis beanstandet und signalisiere mangelnde germanistische Qualität.

Dabei sei nach **Urteil des Landesarbeitsgerichts Baden-Württemberg vom 27. November 2014** zu beachten, dass ein – unterstellt – leicht negativer Eindruck der Zeugnisform im vorliegenden Fall keinen Schatten auf das berufliche Können der Klägerin werfen dürfte.

Wie im Zeugnis dokumentiert, endete das Arbeitsverhältnis wegen Einstellung des Betriebs der Schule, in der die Klägerin beschäftigt gewesen sei. Ein unbefangener Zeugnisleser würde also eine – unterstellt – kleine Unvollkommenheit wie die der vorgenommenen Silbentrennung zwanglos dem Umstand zuschreiben, dass das mit entsprechender Expertise ausgestattete Verwaltungspersonal vor Ort betriebsbedingt ausgeschieden sei.

Im Übrigen teilte die Kammer die vom **Arbeitsgericht Düsseldorf (Urteil vom 19. Dezember 1984, Az. 6 Ca 5682/84)** vertretene Auffassung, dass von Arbeitgebern oft genug verlangt werde, kleine nicht ins Gewicht fallende Unvollkommenheiten ihrer Arbeitnehmer hinzunehmen, und dass dies dann aber auch umgekehrt gelten müsse.

Schließlich argumentiert die Kammer des Landesarbeitsgerichts auch noch damit, dass die beanstandete Silbentrennung überhaupt keinen Mangel darstelle und führt dafür sowohl Forumszitate aus dem Internet als auch Zitate aus dem Buch »Der kleine König Dezember« an. *AGAD/nd*

Dienstwagen

Warum keine Kündigung wegen privater Fahrt

Wer den Arbeitsweg mit dem Dienstwagen fährt, kann nicht fristlos gekündigt werden, wenn der Arbeitnehmer auch zu Hause arbeitet. Vorausgesetzt der Mitarbeiter dokumentiert seine Fahrten und handelt nicht entgegen konkreter Anweisungen.

So urteilte das L**andesarbeitsgericht Rheinland-Pfalz (Az. 2 Sa 152/14),** wie die Deutsche Anwaltshotline (D-AH) berichtet.

Der Fall: Eine Firma hatte einem schwerbehinderten Mitarbeiter aus dem Marketing ein Geschäftsfahrzeug zur Verfügung gestellt. Seine Geschäftsreisen und andere betriebliche Fahrten sollte er dokumentieren, erhielt sonst aber keine weiteren Anweisungen. Er nutzte das Fahrzeug allerdings auch für seinen Arbeits- und Heimweg, den er auch stets dokumentierte. Dies nahm die Firma aber zum Anlass und kündigte dem Mitarbeiter fristlos wegen dem privat zweckentfremdeten Dienstwagen.

Dagegen wehrte sich der Mitarbeiter. Er habe den Dienstwagen nur genutzt, wenn es sich um Firmenangelegenheiten gehandelt hätte. So hätte er seine Arbeit öfter mit nach Hause genommen oder am nächsten Tag sehr früh zu einer Geschäftsreise aufbrechen müssen. Wegen seiner Behinderung brauchte er das Fahrzeug auch dazu, die Arbeitsmaterialien mit dem Auto nach Hause zu nehmen.

Das Urteil: Das Landesarbeitsgericht Rheinland-Pfalz gab ihm Recht. Eine fristlose Kündigung sei hier nicht angebracht. Seiner Pflicht, die durchgeführten Fahrten zu dokumentieren, kam der Mann nach. Auch weil er keine besondere Einweisung erhalten hatte und die Fahrten offensichtlich einen dienstlichen Hintergrund hatten, sei eine fristlose Kündigung nicht rechtens, erklärte das Gericht.

»Erst wenn ein Fehlverhalten des Angestellten es für den Arbeitgeber unzumutbar macht, ihn weiter zu beschäftigen, ist eine Abmahnung vor der Kündigung nicht nötig«, so Rechtsanwältin Andrea Brümmer von der telefonischen Rechtsberatung. Das sei aber hier nicht der Fall gewesen. *D-AH/nd*

Zahlen & Fakten

Fünf Prozent üben zwei Jobs aus

Die Mehrfachbeschäftigung in Deutschland hat sich seit dem Jahr 2011 um knapp 13 Prozent erhöht. Beliebt als Zweitjob sind vor allem die Dienstleistungsbereiche. Foto: dpa/Axel Heimken

Fünf Prozent der Erwerbstätigen in Deutschland haben mindestens zwei Jobs. Rund zwei Millionen Menschen hätten im vergangenen Jahr neben ihrer Haupttätigkeit mindestens in einem weiteren Arbeitsverhältnis gestanden. Das teilte das Statistische Bundesamt Ende April 2015 mit. Die Zahl der Menschen mit Mehrfachbeschäftigung habe sich seit 2011 um knapp drei Prozent erhöht.

Im Nebenjob arbeiteten Erwerbstätige im Schnitt 8,5 Stunden pro Woche. Am häufigsten waren Mehrfachbeschäftigungen bei Erwerbstätigen in mittleren Altersgruppen: So betrug der Anteil der Personen mit einer weiteren Tätigkeit bei den 35- bis 44-Jährigen 5,8 Prozent und bei den 45- bis 54-Jährigen 5,5 Prozent. *epd/nd*

Immer mehr Fehltage im Job wegen psychischer Erkrankungen

Weil sie psychisch krank sind, fallen viele Berufstätige aus – Tendenz steigend. Zudem beobachtet die Krankenkasse DAK, dass Hirndoping nicht unbedingt ein Problem von Topmanagern ist.

So fallen Arbeitnehmer in Berlin immer häufiger wegen psychischer Erkrankungen im Job aus. Fehltage von DAK-Versicherten verbunden mit Depressionen und Angsterkrankungen nahmen 2014 im Vergleich zum Vorjahr um rund ein Fünftel zu. Die Zunahme dieser Ausfallzahlen liegt seit 2000 bei 45 Prozent. In keinem anderen Bundesland sei seelisches Leid so verbreitet wie in Berlin.

Mit eine Ursache dafür sehen die DAK-Experten darin, dass psychische Erkrankungen in Großstädten weniger mit einem Stigma verbunden sind. Die Menschen bekennen sich im Arztgespräch leichter zu ihrem Leiden, und die Ärzte sind sensibler für diese Diagnosen.

Psychische Erkrankungen waren der zweithäufigste Grund für Fehltage, hinter Erkrankungen des Muskel- und Skelettsystems, zu denen auch Rückenschmerzen zählen.

Grundlage des DAK-Berichts waren den Angaben zufolge Daten von 105 500 erwerbstätigen DAK-Versicherten in Berlin und Arzneimitteldaten. Repräsentative Befragungen unter 5000 Beschäftigten bundesweit widmeten sich der Verbreitung von »Hirndoping«. Damit ist gemeint, dass Menschen ohne medizinischen Grund verschreibungspflichtige Medikamente einnehmen – etwa um die Konzentration zu steigern, Ängste abzubauen oder die Stimmung aufzuhellen.

Nach DAK-Hochrechnungen betreiben dies etwa 32 000 Berliner regelmäßig. Verwendet würden dafür etwa Betablocker, Antidepressiva oder Mittel für Menschen mit Demenz oder ADHS. Die DAK sieht eine »deutliche Grauzone« bei Verschreibungen: Bei Ritalin-Verordnungen etwa habe es in 11,5 Prozent der Fälle in Behandlungsdaten keine Hinweise auf ADHS gegeben.

Ein Massenphänomen ist Hirndoping laut Kasse aber noch nicht. Ein Großteil der Erwerbstätigen (83 Prozent) lehnt es den Angaben nach generell ab. Auffällig: Die meiste Erfahrung mit Pillenmissbrauch hätten Menschen, die einfachen Tätigkeiten nachgehen. Das Klischee dopender Topmanager bestätige sich damit nicht. *dpa/nd*

Mietpreisbremse bei Wiedervermietung

Wo sie greift – und wo nicht

Am 1. Juni 2015 trat das »Gesetz zur Dämpfung des Mietanstiegs auf angespannten Wohnungsmärkten« (Mietrechtsnovellierungsgesetz) in Kraft: Bei Wiedervermietungen darf die Miete maximal zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Die Bundesregierung hat jedoch so viele Ausnahmen, Einschränkungen und Bedingungen eingebaut, dass die Bremse nur zum Teil halten kann, was sie auf den ersten Blick verspricht. Der Berliner Senat will sie zügig in der ganzen Stadt anwenden. Was bringt sie den Mietern? Wo greift sie – und wo nicht?

Bei der Wiedervermietung von Wohnungen ist bisher die Miethöhe nicht reguliert. Der Vermieter darf verlangen, was der Markt hergibt. Freigewordene Wohnungen werden deshalb bei angespanntem Wohnungsmarkt zu deutlich höheren Mietpreisen neu vermietet.

Weil die Vermieter von dieser Möglichkeit weidlich Gebrauch machen, erhöht sich am Ende dadurch auch das gesamte Mietniveau einer Stadt. Denn die hohen Mieten bei Wiedervermietung gehen in den Mietspiegel ein, der Leitlinie für die Mieterhöhungen in bestehenden Mietverhältnissen ist.

Mit der Mietpreisbremse dürfen Vermieter bei Wiedervermietung einer Wohnung höchstens zehn Prozent mehr als die ortsübliche Vergleichsmiete verlangen. Die ortsübliche Vergleichsmiete wird in der Regel mit dem Mietspiegel errechnet. Möglich ist aber auch ein Sachverständigengutachten.

Mit dem »qualifizierten« Berliner Mietspiegel kann für jede Wohnung, abhängig von Lage, Baualter, Größe und Ausstattung, sehr präzise die monatliche Nettokaltmiete pro Quadratmeter Wohnfläche berechnet werden. Wenn man dies für eine zu vermietende Wohnung konkret durchrechnet und zehn Prozent aufschlägt, ergibt sich die Höchstmiete, die nach der Mietpreisbremse zulässig ist. Die erfreulich einfache Grundregel der Mietpreisbremse wird leider durch eine Vielzahl von Ausnahmen verkompliziert und dadurch erheblich eingeschränkt.

Jede Menge Ausnahmen

Mieten, die schon höher liegen als die Höchstgrenze der Mietpreisbremse, haben Bestandsschutz. Hat also der Vormieter schon eine Miete gezahlt, die mehr als zehn Prozent über dem ortsüblichen Maß liegt, darf der Vermieter diese Miethöhe auch vom Nachmieter verlangen, allerdings auch nicht mehr.

Die Mietpreisbremse gilt generell nicht für Wohnungen, deren Erstbezug nach dem 1. Oktober 2014 vonstatten ging. In diesen Neubauwohnungen greift die Mietpreisbremse weder beim ersten Mieter noch bei allen folgenden Mieterwechseln.

Für die erste Vermietung nach einer umfassenden Modernisierung ist die Bremse ebenfalls außer Kraft gesetzt. Bei den Folgevermietungen findet sie jedoch Anwendung.

Als »umfassend« gilt eine Modernisierung, wenn der Aufwand mindestens einem Drittel der Neubaukosten entspricht. Auch Wohnungen, die in einem Dreijahreszeitraum vor der Wiedervermietung »normal« (also nicht umfassend) modernisiert wurden, bekommen eine Extrawurst: Vermieter dürfen hier auf die ortsübliche Vergleichsmiete der unmodernisierten Wohnung zuzüglich zehn Prozent noch die Modernisierungsumlage, also elf Prozent der Investition, draufschlagen.

Bezahlbarer Wohnraum – die hoch gelobte Mietpreisbremse muss sich erst in der Praxis beweisen. Foto: imago/imagebroker

Die Bremse gilt außerdem nicht für Wohnheime, möblierte Untermietzimmer und Wohnraum, der zum vorübergehenden Gebrauch vermietet wird.

Aufgrund der vielen Ausnahmen kann ein Mieter kaum allein erkennen, ob die geforderte Miete rechtmäßig ist. Wenn der Vermieter behauptet, die Vormieter hätten bereits eine Miete über der Grenze der Mietpreisbremse gezahlt, könnte man diese Angabe überprüfen, indem man den vorigen Mieter fragt. Meist bekommt man ihn aber nicht zu Gesicht.

Wenn fraglich ist, ob in den letzten drei Jahren eine Modernisierung stattgefunden hat, könnte man die Hausbewohner um Auskunft bitten – das ist auch nur eine behelfsmäßige Lösung.

Der **Berliner Mieterverein** bietet auf seiner Internetseite **Musterschreiben**, um beim Vermieter bei Verstoß gegen die Mietpreisbremse eine »qualifizierte Rüge« vorzutragen: www.berliner-mieterverein.de/aktuell/musterschreiben-mietpreisbremse-ruege.pdf

Angaben zu Mietspiegelwertberechnung: www.stadtentwicklung.berlin.de/wohnen/mietspiegel/

Beizeiten rügen

Um die Rechtmäßigkeit der geforderten Miethöhe zu überprüfen, braucht man überprüfbare Angaben. Die Kosten einer vorangegangenen Modernisierung oder die Miethöhe des letzten Mieters kennt letztlich nur der Vermieter. Der neue Mieter hat einen Auskunftsanspruch gegenüber dem Vermieter über die Fakten, die eine mehr als zehnprozentige Überschreitung der ortsüblichen Vergleichsmiete rechtfertigen. Verweigert der Vermieter die Auskunft, kann der Mieter den Teil seiner Mietzahlungen bis zum Erhalt der Auskunft zurückbehalten, der die selbst errechnete preisrechtlich zulässige Miete überschreitet.

Um die zu viel gezahlte Miete nicht zu verlieren, sollte dem Vermieter gleich nach Vertragsabschluss eine Rüge wegen Überschreitung der preisrechtlich zulässigen Miethöhe gemäß Mietspiegel mitgeteilt werden. Hierfür hat der Berliner Mieterverein ein Musterschreiben.

Stellt sich später heraus, dass keine der Ausnahmen vorliegt und trotzdem das Limit der Mietpreisbremse überschritten wird, muss die zu viel gezahlte Miete ab dem Zeitpunkt der Rüge zurückgezahlt werden. Fortan gilt die ermittelte korrekte Miethöhe. Der Zugang der Rüge muss beweisbar sein, etwa als Einschreiben.

Bei weiteren rechtlichen Auseinandersetzungen muss der Mieter lediglich den Beweis für die mehr als zehnprozentige Überschreitung der ortsüblichen Vergleichsmiete erbringen. Über die konkrete Mietspiegeleinordnung und das Vorliegen von wohnwerterhöhenden und -senkenden Merkmalen wird es gerichtliche Auseinandersetzungen geben – wie heute schon bei strittigen Mieterhöhungen.

Vermieter ohne Risiko

Für den Vermieter ist die Missachtung der Mietpreisbremse völlig gefahrlos. Zu viel kassierte Miete muss er nur zurückzahlen, wenn der Mieter gerügt hat. Höchstens wird die überhöhte Miete auf die Höchstgrenze der Mietpreisbremse reduziert. Bußgelder, Sanktionen drohen nicht – Risiko gleich null.

Da die Rechtslage mit all ihren Ausnahmen für die Mieter intransparent ist, eröffnen sich den Vermietern viele Wege, die Mietpreisbremse zu umgehen. Zu hoffen, dass die Mieter den Verstoß nicht erkennen, ist nur eine Möglichkeit.

Vermieter könnten Zuschläge verlangen, die die Miete trotz formaler Einhaltung der Mietpreisbremse am Ende weit über die Höchstgrenze hinaustreiben können. Zu befürchten ist auch, dass das neue Gesetz unterwandert wird, indem der Vermieter neben einer korrekten Nettokaltmiete eine weit überhöhte Betriebskostenpauschale verlangt.

Die Vereinbarung einer Staffelmiete ist keine Möglichkeit, die Mietpreisbremse zu umgehen. Sobald eine im Mietvertrag festgeschriebene Staffel eintritt, kann man die neue Miethöhe mit dem dann gültigen Mietspiegel abgleichen und dagegen vorgehen, wenn die ortsübliche Vergleichsmiete um mehr als zehn Prozent überschritten wird. Das gilt aber nur für neue Staffelmietvereinbarungen. Staffelmieten von vor Inkrafttreten der Mietpreisbremse bleiben vollständig gültig. Bei Indexmieten unterliegt nur die Ausgangsmiete der Mietpreisbremse.

Konjunktur für den »vorübergehenden Gebrauch«

Weil die Mietpreisbremse bei Wohnraum, der »nur zum vorübergehenden Gebrauch vermietet ist«, nicht greift, dürfte diese Vermietungsart in Zukunft Konjunktur bekommen. Allein eine zeitliche Befristung in den Mietvertrag zu schreiben, genügt aber nicht, um die Mietpreisbremse zu umgehen. Im Grundsatz fallen auch befristete Mietverträge unter das neue Gesetz.

Schon seit einiger Zeit ist zu beobachten, dass Vermieter den qualifizierten Mietspiegel angreifen *(siehe nd-ratgeber Nr. 1205 vom 3. Juni 2015)*.

Die Bundesländer können Städte, Gemeinden oder auch Stadtteile benennen, in denen die Mietpreisbremse gelten soll. Der Berliner Senat will die Mietpreisbremse sofort in der ganzen Stadt in Kraft setzen.

Sobald dies geschehen ist, gilt die Mietpreisbremse bis zu fünf Jahren. Eine Verlängerung ist ohne erneute Gesetzesänderung ausgeschlossen. Eine durchgreifende Dämpfung der Mieten kann in diesem Zeitraum nicht erwartet werden. Das gilt auch für Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel.

Aus: MieterMagazin 5/2015

Mieterhöhung zwischen zwei Mietspiegeln

Zur Begründung von Mieterhöhungen nach § 558 BGB verweisen Vermieter in der Regel auf den Berliner Mietspiegel. Auch Mieter prüfen daran eine Mieterhöhung. Doch was, wenn noch in der Zustimmungs- oder Klagefrist (§ 558 b BGB) ein neuer Mietspiegel veröffentlicht wird?

Die Zustimmungsfrist für den Mieter währt bis zum Ablauf des auf den Zugang der Mieterhöhung folgenden zweiten Monats. Erfolgt keine Zustimmung, so hat der Vermieter weitere drei Monate Zeit, um eine Zustimmungsklage zu erheben. So kann es dazu kommen, dass der Vermieter seine Mieterhöhung im April 2015 noch mit dem Mietspiegel 2013 begründete. Wenn aber im Juni die Zustimmungsfrist endet und mittlerweile der neue Mietspiegel 2015 gilt, ist der Prüfung dieser zugrunde zu legen und nicht mehr der von 2013.

Wer also seit Anfang 2015 eine Mieterhöhung nach § 558 BGB erhalten hat, die nach dem Mietspiegel 2013 nicht oder nicht vollständig begründet war, sollte nach Erscheinen des Mietspiegels 2015 dringend nochmals rechtlichen Rat einholen, damit überprüft werden kann, ob die ursprüngliche Vorgehensweise korrigiert werden muss.

Aus: MieterMagazin 5/15

Verkehrssicherungspflicht für Hausbesitzer und Häuslebauer

Bei Unwetterwarnung: Schotten dicht!

Gewitter, Sturm, Orkanböen, Starkregen: Kaum ist es sommerlich warm, sind die ersten Unwetter der Saison schon Geschichte. Mit weiteren Warnungen der »Wetterfrösche« ist immer zu rechnen. Hausbesitzer sollten immer vorbereitet sein, rät der Verband Privater Bauherren (VPB) und empfiehlt: Ist das Unwetter im Anmarsch – Schotten dicht!

Konkret heißt das, Fenster und Türen fest schließen, dabei auch die Dachfenster und die Lichtkuppeln nicht vergessen. Klappläden entweder schließen oder ganz öffnen und die Flügel arretieren. Auch Rollläden sollten bei Sturm nicht auf »Halbmast« stehen, sondern ganz geöffnet oder komplett heruntergelassen sein; halbgeschlossene Läden werden oft von Böen aus den Führungsschienen gerissen.

Schwachstellen Fenster und Jalousien

Wer außenliegende Jalousien hat, sollte bei Starkwind die Lamellen in den schützenden Kasten fahren. Das gilt auch für außenliegende Wintergartenbeschattungen und Markisen: Bei Sturmwarnung ab ins Gehäuse!

Gekippte Fenster sind gefährdet. Bei Durchzug können sie zuschlagen und dabei zu Bruch gehen. Das ist vor allem bei WC- und Treppenhausfenstern wichtig. Sie werden gerne angekippt und haben keine Läden. Zerbricht die Scheibe, steht der Raum dem Schlagregen schutzlos offen.

Unwetter bringen nicht nur Wind, sondern meist auch extremen Regen. Dann kommt die Gefahr fürs Haus gleichermaßen von unten: Sobald der öffentliche Kanal das Regenwasser nicht mehr fassen kann, staut es sich in die Keller der Häuser zurück. Wer dann die Passanten auf den Kopf fällt. Sturmschäden sollten schnell behoben werden. Defekte Dächer, instabile Bäume und abgebrochene Äste müssen repariert oder beseitigt werden.

Weil Dachdecker und Baumexperten nach Unwettern meist viel zu tun haben und nicht gleich kommen können, müssen sich Hausbesitzer zunächst selbst helfen: Gefährliche Stellen sichern, den Bereich unter dem schadhaften Dach mit Flatterband absperren, Löcher im Dach versuchen, mit Folie zu schützen, damit kein Regen in die Konstruktion eindringt.

Unwetterschäden aller Art können teuer werden. Foto: dpa/Marcel Kusch

Schotten nicht dicht hat, steht im Wasser. Die Kontrolle der Schieber und Hebeanlagen gehört unbedingt auf die Liste der jährlichen Wartungsarbeiten.

Nachkontrolle auf dem Dach und im Keller

Ist der Sturm vorbei, sollten Hausbesitzer umgehend ihre Immobilie inspizieren, rät der VPB. Das ist wichtig, denn dem Eigentümer obliegt die sogenannte Verkehrssicherungspflicht. Er haftet, wenn jemand durch sein Haus zu Schaden kommt, etwa wenn ein vom Sturm gelockerter Ziegel einem meln beginnt, warnt der VPB. Die Sanierung wird aufwendig und teuer.

Auch bei nassen Teppichen sollten Hausbesitzer nicht lange fackeln, sondern alles Nasse aus dem Keller holen. Je schneller die Räume wieder trocken sind, umso geringer ist die Schimmelgefahr.

Baustelle inspizieren

Selbst Bauherren, die noch nicht im neuen Heim wohnen, sollten vor und nach dem Unwetter auf ihrer Baustelle nach dem Rechten sehen. Sie haben als Grundstücksbesitzer immer die Verkehrssicherungspflicht. Der Schutz des Bauwerks dagegen ist eigentlich Aufgabe der Baufirma, aber nicht alle Unternehmen kümmern sich darum.

Deshalb lohnt sich der kurze Check: Sind beim Rohbau alle Öffnungen abgedeckt, damit der Starkregen nicht ins Haus rauscht? Ist das Dach schon gedeckt, empfehlen die VPB-Experten zu prüfen, wohin die Fallrohre entwässern. Auf gar keinen Fall darf das Wasser einfach neben der Hauswand ins Erdreich sickern. Wasser muss immer weg vom Haus.

Kümmern sich die Handwerker nicht darum, legt der Bauherr am besten selbst Hand an. Das ist einfach: Am unteren Ende des Fallrohres wird ein Kunststoffrohr aufgesteckt und damit das Regenwasser ins Gelände umgeleitet – je weiter weg vom Haus, desto besser. Kunststoffrohre gibt es in passender Größe für wenige Euro in jedem Baumarkt. *VPB/nd*

Bundesweite Aktion für Schlichtungen

Mit einer bundesweiten Unterschriftenaktion fordert der Verbraucherschutzverband Wohnen im Eigentum (WiE) Ergänzungen im Referentenentwurf für das neue Verbraucherstreitbeilegungsgesetz (VSBG). Mit diesem Gesetz wird die (fast) kostenfreie, schnelle Schlichtung von Konflikten zwischen Verbrauchern und Unternehmen eingeführt. Das VSBG soll für alle Wirtschaftsbereiche gelten, also auch für das Wohnungseigentum. Bisher bleibt im Referentenentwurf jedoch die spezielle Situation der Besitzer von 9 000 000 Eigentumswohnungen unberücksichtigt!

Deshalb sagt WiE: »Genug geklagt! Durch Schlichtungen lassen sich etwa 30 bis 40 Prozent aller Gerichtsverfahren in Wohnungseigentumssachen vermeiden und somit Ärger, Zeit und Geld sparen. Geben Sie uns Rückendeckung mit Ihrer Unterschrift und weiteren aus Ihrer WEG!«

Wie kann man sich an dieser Aktion beteiligen? Siehe dazu unter http://www.wohnen-im-eigentum.de/politik/verbraucherstreitbeilegung.html. *WiE/nd*

Vermieter: Haussanierung

Zeiträume nicht ausdehnen

Wer ein Mietshaus generalsanieren will, muss dies in einem überschaubaren Zeitraum tun. Anderenfalls könnte sich das Finanzamt zu Recht weigern, die vorgetragenen Sanierungskosten auch steuerlich anzuerkennen.

Wie die Wüstenrot Bausparkasse (W&W) mitteilt, hat der **Bundesfinanzhof (Az. IX R 46/13)** eine entsprechende Entscheidung eines Finanzgerichts bestätigt.

Im Urteilsfall hatte der Kläger versucht, Werbungskosten in der mehrjährigen Sanierungsphase steuerlich geltend zu machen. Dieses Recht billigte ihm der BFH grundsätzlich zu, solange er die Absicht habe, die leerstehenden Wohnungen wieder zu vermieten. Ein Eigentümer hat also einen angemessenen Entscheidungsspielraum.

Diesen Spielraum sah das Gericht im konkreten Fall jedoch überschritten. Es beanstandete, dass der Eigentümer jahrelang – es soll sich dabei um neun Jahre gehandelt haben – untätig geblieben war. Es sei nicht absehbar gewesen, ob der Kläger die Räume überhaupt wiedervermieten wolle und für wann das gegebenenfalls geplant sei.

Somit habe er das Finanzamt und auch die Finanzgerichte nicht davon überzeugen können, auf diese Weise wieder Einkünfte erzielen zu wollen. *W&W/nd*

Schimmelbefall trotz Lüftung

Bessere Dämmung nötig

Schimmelt es trotz regelmäßigen Lüftens in einer Wohnung, kann dies an einer unzureichenden oder falschen Dämmung des Gebäudes liegen.

In diesem Fall müssen die Eigentümer das Gebäude sanieren. Dies können auch einzelne betroffene Wohnungseigentümer einer Wohnanlage von der Eigentümergemeinschaft einfordern. Die Wüstenrot Bausparkasse (W&W), weist auf ein aktuelles Urteil des **Landgerichts Karlsruhe (Az. 11 S 14/14)** hin.

Der Eigentümer einer Wohnung wehrte sich erfolgreich gegen einen Beschluss der Eigentümergemeinschaft, mit dem diese eine Sanierung des Altbaus abgelehnt hatte. Aus dem Gutachten eines Sachverständigen ergab sich, dass die Gebäudewände nicht ausreichend gedämmt waren und es dadurch zu Schimmelbildungen kam.

Maßgeblich waren dabei die technischen Anforderungen, die bei der Errichtung des Gebäudes galten. Es stelle keine ordnungsgemäße Verwaltung dar, wenn die Eigentümer in dieser Situation eine bessere Dämmung des Gebäudes ablehnten, entschied das Gericht.

Da die befallene Wohnung wegen der bestehenden Gesundheitsgefahren nicht mehr bewohnbar war, ordnete das Landgericht Karlsruhe die sofortige Sanierung des Gebäudes an. *W&W/nd*

Wohneigentum

Höchstens drei Minuten Redezeit?

Wohnungseigentümer dürfen Redezeit in der Eigentümerversammlung nicht generell einschränken

Auf einer Eigentümerversammlung fassten Wohnungseigentümer den Beschluss, die Redezeit der Teilnehmer künftig auf drei Minuten zu beschränken. Diesen Beschluss focht ein Eigentümer erfolgreich an.

Das **Landgericht Frankfurt am Main (Az. 2-09 S 6/13)** entschied, dass der Beschluss nicht ordnungsgemäßer Verwaltung entspreche und ungültig sei. Redezeiten müssten sich an Bedeutung und Komplexität der Materie orientieren. Sie unabhängig vom Gegenstand der Erörterung ein für allemal festzulegen, beeinträchtige das Mitwirkungsrecht der Eigentümer einschneidend. *OnlineUrteile.de/nd*

Wie ist der Lebenspartner bei Scheidung oder Todesfall abgesichert?

Sogar fernere Verwandte können die Immobilie erben

Immer mehr Paare leben ohne Trauschein in einer gemeinsamen Immobilie. Solange man glücklich unter einem Dach wohnt, gibt es keine Probleme. Doch was passiert im Falle einer Trennung oder beim plötzlichen Tod eines Lebenspartners?

Trennt sich das Paar, wird meist auch die gemeinsame Immobilie verkauft. Sind beide im Grundbuch eingetragen und kommt es zu keiner Einigung über die Aufteilung des Verkaufserlöses, so wird dieser geteilt.

Hat einer der Lebenspartner beim Kauf einen höheren Anteil der Kaufsumme finanziert, so hat dieser im Falle einer Trennung keinen Anspruch auf eine Ausgleichszahlung. Der Erlös wird zur Hälfte geteilt.

Wer dieses verhindern will, muss vorsorgen. Bei einem Notar können sich unverheiratete Paare beraten lassen, wie bei einer Trennung Ungerechtigkeiten vermieden werden können. Dabei sollte berücksichtigt werden, ob ein Partner den Haushalt geführt und Kinder versorgt hat und somit berufliche Nachteile für seine Karriere in Kauf nehmen musste.

Häufig haben auch die Eltern des einen Partners das Haus mit finanziert oder günstige Verwandtendarlehen gewährt. Der Notar hilft, auch für diese Fälle eine Regelung zu finden.

Ferner gibt es die Möglichkeit, festzulegen, dass im Trennungsfall die Immobilie auf einen der Partner übergeht. Und schließlich sollte sich das Paar schon beim Notar einigen, wie Verluste oder Gewinne beim Immobilienverkauf zu verteilen sind.

Haben beide Lebenspartner die Immobilie gemeinsam finanziert und ist nur eine Person als Eigentümer eingetragen, so sollte mit dem Notar für den Fall der Trennung oder für den Todesfall erörtert werden, wie der nicht eingetragene Partner vor einer Übervorteilung geschützt werden kann. Anderenfalls drohen lange und kostspielige Gerichtsverfahren.

Stirbt ein Partner einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft, so gehört der Überlebende nicht zu den gesetzlichen Erben. Gibt es kein Testament, so erben zuerst die Kinder und auch die Kinder aus einer vorangegangenen Beziehung. Eventuell gibt es sogar noch einen Ehepartner, von dem man schon lange getrennt lebt.

Ist die Scheidung noch nicht eingereicht, ist der Ehepartner gesetzlicher Erbe oder hat Anspruch auf einen Pflichtteil. War der Verstorbene kinderlos, erben die Eltern, Geschwister und Großeltern des Erblassers oder sogar fernere Verwandte. Im schlimmsten Fall fällt das Vermögen und somit auch ein Teil der Immobilie an den Staat. Wer dies verhindern will, sollte sich bei einem Notar beraten lassen, wie er den Lebenspartner im Todesfall absichern kann.

Wer sich von einem Notar beraten lassen möchte, findet diese im Internet unter www.notar.de.

Notarkammer Berlin/nd

Wer in nichtehelicher Lebensgemeinschaft lebt, sollte sich mit Blick auf die Zukunft von einem Notar beraten lassen, damit im Todesfall oder bei Scheidung alles klar geregelt ist. Foto: fotolia/Alexander Raths

Steuertipp

Geerbte Grundstücke getauscht

Wenn Mitglieder einer Erbengemeinschaft nach der Verteilung gemeinsam geerbter Grundstücke Flächen tauschen, müssen sie dafür Grunderwerbsteuer zahlen.

So das **Urteil des Finanzgerichts Rheinland-Pfalz in Neustadt vom 12. Mai 2015 (Az. 4 K 1380/13).** Die Steuer falle dagegen nicht an, wenn die Erbengemeinschaft zuerst entscheide, wer welches Areal bekomme und dann die Grundstücke verteile.

Damit wies das Gericht die Klage eines Mannes zurück, der zusammen mit seinen beiden Geschwistern und dem Großvater von seiner Großmutter mehrere Grundstücke geerbt hatte. Zwei davon wurden zu je einem Drittel auf die drei Geschwister übertragen. Nachdem diese Anteile getauscht hatten, gehörte dem Kläger ein Grundstück allein. Das Finanzamt verlangte daraufhin rund 1900 Euro Grunderwerbsteuer von ihm und begründete das mit dem Tausch.

Der Mann berief sich auf das Gesetz, wonach keine Steuer anfällt, wenn ein Erbe im Zuge der Nachlassverteilung ein Grundstück von einem anderen erwirbt. Das gelte aber nur, wenn das Grundstück noch Teil des Gesamterbes sei und von der Erbengemeinschaft übertragen werde, stellten die Richter klar. Das sei hier nicht der Fall. Mit der Übertragung der Grundstücke auf die Geschwister seien die Flächen nicht mehr Teil des Nachlasses gewesen, sondern zu Eigentum geworden. *dpa/nd*

Keine zwei Namen

Ein Transvestit darf neben seinem männlichen Vornamen nicht auch offiziell einen weiblichen tragen, entschied das **Verwaltungsgericht Ansbach am 2. März 2015 (Az. AN 14 K 14.00440).**

Der Kläger hatte beim Standesamt beantragt, dass sein Vorname von einem weiblichen Vornamen ergänzt wird, da er sich gleichermaßen männlich wie weiblich fühle, wobei eine Geschlechtsumwandlung nicht beabsichtigt sei.

Das Standesamt verweigerte das Anliegen. Die deutsche Rechtsordnung gehe davon aus, dass jeder entweder männlich oder weiblich sei. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Namensgebungsrecht dürfe kein Vorname vergeben werden, der dem Geschlecht des Namensträgers eindeutig widerspreche. *dpa/nd*

Pflegeeltern

Kind darf den Familiennamen annehmen

Pflegeeltern dürfen unter bestimmten Voraussetzungen den Nachnamen ihres Pflegekindes ändern, so dass das Kind den Familiennamen der Pflegeeltern annehmen darf.

Das **Verwaltungsgericht Mainz wies mit Urteil vom 19. Mai 2015 (Az. 4 K 464/14 MZ)** im Fall eines zehnjährigen Mädchens die Klage des leiblichen Vaters gegen die Namensänderung zurück.

Zulässig sei eine Namensänderung, wenn sie dem Wohl des Pflegekindes förderlich sei und keine »überwiegenden Interessen« an der Beibehaltung des bisherigen Namens bestünden, heißt es in der veröffentlichten Entscheidung.

Im verhandelten Fall lebt das Mädchen seit seiner Geburt bei den Pflegeeltern. Nach Auffassung der Richter besteht eine intensive Beziehung des Kindes zu den Pflegeeltern, die es auch weiterhin zu stabilisieren gelte. Das Mädchen hatte sich selbst eine Namensänderung gewünscht, worauf die Gemeindeverwaltung einem Antrag der Pflegeeltern stattgab.

Der leibliche Vater klagte dagegen, weil der Schritt die Bindung zwischen dem Kind und den leiblichen Eltern schädige.

Die Mainzer Richter begründeten ihr Urteil unter anderem auch damit, dass das Kind ursprünglich gar nicht den Familiennamen des Vaters, sondern den der Mutter erhalten hatte. *epd/nd*

Kindergeld bei erwachsenen Kindern

Anspruch bleibt – trotz selbstständiger Beschäftigung

Eltern haben auch bei ihren erwachsenen Kindern, die einer selbstständigen Tätigkeit nachgehen, Anspruch auf Kindergeld. Dafür müsse die selbstständige Beschäftigung aber weniger als 15 Wochenstunden umfassen.

Das entschied der **Bundesfinanzhof (BFH) in München mit Urteil vom 13. Mai 2015 (Az. III R 9/14).** Geklagt hatte eine Mutter aus Thüringen, die zwischen November 2005 und Juli 2006 für ihre erwachsene Tochter Kindergeld bezog. Diese arbeitete als selbstständige Kosmetikerin. Da sie dabei jedoch nur einen geringen Gewinn machte, war sie nach Angaben ihrer Mutter als arbeitssuchend bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldet.

Als die Familienkasse von der selbstständigen Tätigkeit erfuhr, hob sie die Kindergeldfestsetzung auf und forderte das gezahlte Kindergeld in Höhe von 1386 Euro zurück. Die Tochter habe in einem »gewerblichen Beschäftigungsverhältnis« gestanden, so dass die Mutter kein Geld beanspruchen durfte.

Der BFH stellte nun klar, dass ein Kindergeldanspruch für arbeitssuchend gemeldete Kinder besteht, wenn das Kind unter 21 Jahre alt ist und nicht in einem Beschäftigungsverhältnis steht. Als »beschäftigungslos« könnten auch Kinder gelten, die einer selbstständigen Tätigkeit nachgehen. Voraussetzung sei, dass die Tätigkeit weniger als 15 Wochenstunden umfasst. Die Höhe der Einkünfte spiele keine Rolle.

Der BFH verwies den Fall an das Thüringische Finanzgericht zurück. Dieses muss nun die Anzahl der Wochenstunden der selbstständigen Tätigkeit ermitteln und feststellen, ob die Tochter tatsächlich als arbeitssuchend gemeldet war. *epd/nd*

Geldanlage: Lebensmittel

Vom Acker bis zum Teller

Gesunde Lebensmittel als eine Geldanlage? Das verwundert. Doch so abwegig ist es nicht, denn die ökologische Landwirtschaft drängt in die Stadt, um Kleinanleger zu finden.

Einmal die Woche klingelt der Bauer. Unsere Nachbarn kriegen dann ein Kistchen voll mit Zucchini, Weißkohl oder Mettwurst geliefert. Je nach Saison unterscheidet sich der Inhalt. Für den heimischen Herd heißt das, flexibel sein. Verbraucher haben heute viele Möglichkeiten, in gesunde Lebensmittel zu investieren: Ganz klassisch als Käufer, aber auch als »Finanzinvestor«.

Ökolandwirtschaft ist ein Markt mit Zukunft.

Die Bundesregierung hat in ihrem Nachhaltigkeitsbericht 20 Prozent als Ziel für den Ökolandbau festgeschrieben – bisher sind es 6,5 Prozent. Um das Ziel zu erreichen, könnte die »Regionalwert AG Hamburg« helfen, meint der schleswig-holsteinische Schriftsteller Robert Habeck (»Hauke Haiens Tod«). »Ein spannendes Projekt«, sagt der heutige grüne Landwirtschaftsminister in Kiel. Die AG gibt seit März sogenannte Bürgeraktien aus. Habeck unterstützt das Engagement für eine nachhaltige Land- und Lebensmittelwirtschaft.

Die neue Regionalwert ist die dritte Aktiengesellschaft unter dem Regionalwertdach. Eine vierte wird gerade im Rheinland gegründet. In Thüringen gibt es erste Bestrebungen.

Die Idee stammt ursprünglich aus der Region Freiburg. Dort gründete der Demeter-Gärtnermeister Christian Hiß 2006 die erste Regionalwert AG: Derzeit profitieren davon 17 Unternehmen, darunter zehn Neugründungen.

In Hamburg will man bis zu fünf Millionen Euro einsammeln und in Norddeutschland investieren. Damit soll ein regionaler Bioverbund »vom Acker bis zum Teller« finanziert werden, vom Bauernhof bis zum Einzelhändler, sagt Vorstand Ulf Schönheim. Regionalwert könnte in die Rolle des Vermittlers und Beraters schlüpfen, der finanziellen Spielraum verschafft.

Eine Beteiligung kann für nd-LeserInnen durchaus Sinn machen. Ein antikapitalistischer

Biolandwirtschaft – ein lohnendes Investitionsobjekt? Kapital für die Umwelt, das doppelt Gewinn bringen kann. Foto: imago/Blickwinkel

Grund sind die rasant steigenden Bodenpreise. Finanzmärkte und Biogasbetreiber haben sie in den letzten Jahren hochgetrieben. Das behindert Neugründungen im Biolandbau und erschwert Nachfolgeregelungen – jedem zweiten Biohof fehlt heute ein Erbe.

Supergeldrenditen werden Agraranlegern – anders als beispielsweise einst vom »grünen« Energieunternehmen Prokon – nicht versprochen. So haben die fünfhundert Aktionäre der Freiburger Regionalwert bislang keine Dividenden gesehen. Und Aktien oder Genussscheine sind grundsätzlich riskant: Bei einer Firmenpleite droht sogar ein Totalverlust des eingesetzten Geldes. Minister Habeck hat also in mehrfacher Hinsicht Recht.

Kuhaktie vom Bauernhof

Spannend sind auch andere Geldanlagen in Lebensmittel. Der Kattendorfer Hof in Schleswig-Holstein finanziert sich durch Hunderte Teilhaber. Seit zehn Jahren setzt Bauer Matthias von Mirbach zudem auf »Kuhaktien«: 500 Euro kostet ein Anteil. Die «Aktie" ist kein Wertpapier nach dem Aktienrecht, sondern ein Genussschein besonderer Art: unbefristet, aber kündbar, frei übertragbar und vererbbar.

Das Wertpapier sichert einen Anteil an der Herde. Als Dividende gab es am Jahresanfang 2,5 Prozent in bar oder 5 Prozent in Lebensmitteln. Zurzeit sind alle Kuhaktien des Kattendorfer Hofes vergriffen.

Auch andere Bauern haben die Beteiligung von Kleinstanlegern als Chance erkannt. Seit 2011 existiert das Netzwerk Solidarische Landwirtschaft (www. solidarische-landwirtschaft.org). Viele der über 150 angeschlossenen Höfe bieten finanzielle Beteiligungsmöglichkeiten.

Auch Bioläden und lokale Unternehmen wie die Bingenheimer Saatgut AG beteiligen Kunden und Bekannte. Junge Unternehmen wie Erdbär oder Mammas & Pappas sammel(te)n per Schwarmfinanzierung (»Crowdfunding«) Kapital ein. Beispielsweise Seedmatch, Seedexperts oder Ecocrowd bieten solche Beteiligungen im Nachhaltigkeitsbereich im Internet an.

Wer es noch gemeinnütziger mag, finanziert per Genossenschaftsanteil »Allmende«: Kulturland eG unterstützt regional eingebundene Biohöfe, die betreute Menschen integrieren oder mit Schulklassen arbeiten. Mittels zinsfreier(!) Geldanlage investieren Sie in Ackerland, Wiesen, Hecken. Als Zins werden Sie am Hofleben beteiligt.

Wer seine Dividende lieber in Naturalien möchte, kann in sogenannte Ernteanteile investieren. Die Möglichkeit dazu bietet sich heute in jeder größeren Stadt. Menschen, meist Städter, zahlen monatlich Beiträge an einen Bauernhof in der Nähe. Der deckt damit einen Teil seiner Kosten. Dafür erhalten Sie jede Woche Anteile der Ernte. Ihre Dividende holen Sie sich direkt vom Hof ab oder von einer Abholstelle im Stadtteil. Sie wird auch nach Hause geliefert. *Hermannus Pfeiffer*

Literaturtipp über »Grünes Geld« und Geldanlagen in Lebensmitteln, siehe Ausgabe 1-2015 der Zeitschrift »Ökologie & Landbau«. Das Heft kann für 10,20 Euro beim Oekom Verlag in München bestellt werden (Tel. 089 / 54 41 840 oder Internet oekom@intime-media-services.de).

Anlage in Gold

Teures Edelmetall

Geldanleger müssen keine horrende Gebühr für dubioses Anlagegeschäft zahlen.

Bei dem Modell kauft ein Edelmetallhändler für die Anleger Gold und Silber im Gegenwert der eingezahlten Geldsumme (hier: 80 Euro pro Monat) und lagert es für sie ein. Im Januar 2011 schloss ein Ehepaar mit einer Edelmetallhändlerin zwei derartige Ratenkaufverträge ab (Laufzeit 10 bzw. 20 Jahre).

Das Paar investierte in zwei Jahren 5876,93 Euro. Von der Händlerin gab es weder einen Prospekt über Anlagemodell oder Depotgebühren noch Allgemeine Geschäftsbedingungen AGB.

Nach zwei Jahren kündigte das Paar schriftlich beide Depots und forderte das Geld zurück. Doch die Händlerin erstattete nur 933,42 Euro. Den Restbetrag verrechne sie mit den vertraglich vereinbarten Gebühren.

Die Anleger klagten 4943,51 Euro ein. Zu Recht, so das **Amtsgericht München (Az. 122 C 4188/14).** Sie müssten für die Geldanlage keine Gebühren bezahlen. Die AGB regelten die Gebühren. Doch in den Vertragsformularen seien sie nicht enthalten. So gehörten sie auch nicht zum Vertragsinhalt.

Selbst wenn das so wäre, könnten die Anleger den gesamten Betrag zurückfordern. Denn die Abschluss- und Depotgebühr sei so hoch, dass das Ehepaar die Verträge vermutlich nicht unterschrieben hätte.

Bei Vertragsverhandlungen über Geldanlagen müssten Anlageunternehmer und -vermittler die Anleger über alle relevanten Vertragsbestandteile unterrichten. Das Paar habe dazu überhaupt nichts erfahren. Die Händlerin habe ihre Informationspflichten verletzt und müsse so den Gesamtbetrag zurückzahlen. *OnlineUrteile.de/nd*

Bargeldverbot in Deutschland

Was steckt hinter dieser Debatte?

Die meisten Deutschen bezahlen völlig selbstverständlich kleinere und größere Einkäufe bar – knapp 80 Prozent aller Transaktionen, so die Bundesbank. Jetzt aber scheint eine Debatte nach Deutschland zu schwappen, die auf den ersten Blick absurd erscheint. Bezahlen mit Bargeld solle eingeschränkt, ja sogar verboten werden, wird gefordert.

Warum kein Bargeld mehr?

Im Wesentlichen werden zwei Gründe genannt. Erstens: Bargeld werde für illegale Aktivitäten verwendet, etwa für das Waschen von Drogengeld, bei Steuerhinterziehung oder Schwarzarbeit. Ein Bargeldstopp würde dem einen Riegel vorschieben. Zweitens, etwas komplizierter, geht es um die Geldpolitik der Zentralbanken.

Was hat Bargeld damit zu tun?

Geldpolitik funktioniert im Wesentlichen über »Buchgeld« wie Spareinlagen und Bankkredite. Eine Zentralbank – also die Bank der Banken – kann die Spar- und Kreditzinsen in gewissem Umfang steuern, indem sie ihre Leitzinsen verändert. Im Euroraum liegen die Zinsen teils sogar schon im Minus. Rutschen sie zu tief ins Minus, steigt für Verbraucher und Unternehmen der Anreiz, Geld nicht mehr auf ihr Konto zu stellen, sondern in Münzen und Geldscheinen zu horten.

Das bedeutet: Bargeld begrenzt die Möglichkeiten einer Notenbank, in Krisenzeiten die Wirtschaft durch Negativzinsen – also superbilliges Geld – anzuschieben.

Nur wissenschaftlich?

Ja und Nein. In der deutschen Politik gibt es darüber bisher keine große Diskussion. Es gibt aber Länder mit Entwicklungen in diese Richtung. So will die dänische Regierung den gesetzlichen Zwang zur Annahme von Bargeld – den es auch in Deutschland gibt – lockern. Einzelhändler, Tankstellen und Restaurants sollen vom nächsten Jahr an keine Geldscheine oder Münzen mehr annehmen müssen.

Was sagen Kritiker?

Gegner sagen, dass nicht nur Bargeld für illegale Aktivitäten verwendet wird. Als Beispiel werden häufig die »Bitcoins« genannt – eine virtuelle Internetwährung, die nicht von Zentralbanken ausgegeben wird und sich ihrer Kontrolle entzieht.

Mit Blick auf die Geldpolitik wird argumentiert, eine Abschaffung des Bargelds diene in erster Linie dazu, den Notenbanken ihren verfehlten Krisenkurs zu erleichtern. Eine Folge sehr niedriger oder gar negativer Zinsen ist, dass Sparer belastet und Kreditnehmer entlastet werden. Mit der Abschaffung des Bargelds würde den Sparern die Möglichkeit genommen, einer Entwertung ihrer Guthaben auszuweichen. *dpa/nd*

Verbraucherzentrale Thüringen

Aufgepasst bei der »Tarifumstellung« von Telecolumbus

Die Verbraucherzentrale Thüringen ermutigt Verbraucher mit einem reinen Internet-Tarif, die von ihrem Anbieter Telecolumbus ein Schreiben mit einer »Tarifumstellung« bekommen haben und damit nicht einverstanden sind, dies nicht hinzunehmen und rät zum Widerspruch.

Michael T. *(Name geändert)* aus Ostthüringen meldete sich frustriert bei der Verbraucherzentrale Thüringen. Vor wenigen Wochen erst hatte sich sein bestehender Internet-Vertrag mit Telecolumbus zum moderaten Preis von 12,99 Euro pro Monat automatisch um ein Jahr verlängert, da flatterte ihm ein Brief des Anbieters ins Haus.

Telecolumbus gab darin eine »Tarifumstellung« bekannt. Die Folge: Für Michael T. steht ab sofort nur noch schnelleres Internet allerdings künftig zum Preis von 19,99 Euro zur Verfügung. Wer damit nicht einverstanden ist, könne den Vertrag kurzfristig kündigen. Michael T. wollte aber seinen günstigen Vertrag fortführen und widersprach der Tarifänderung. Das lehnte Telecolumbus ab.

Ralf Reichertz, Rechtsexperte der Verbraucherzentrale Thüringen (vzth), findet die Schreiben von Telecolumbus rechtlich fragwürdig und rät betroffenen Verbrauchern, auf Erfüllung ihrer Verträge zu bestehen. »Verträge sind einzuhalten – das gilt auch für Telecolumbus. Natürlich hat der Anbieter das Recht zur Tarifumstellung, jedoch müssen dabei laufende Verträge eingehalten werden. Telecolumbus kann diese nur unter Beachtung der Laufzeiten und Kündigungsfristen beenden. Das verlangt das Unternehmen ja schließlich auch von seinen Kunden. Im Fall von Michael T. kann nach Ansicht der Verbraucherzentrale Thüringen Telecolumbus erst zum Februar 2016 mit einer Frist von sechs Wochen den Vertrag kündigen.«

Die Verbraucherzentrale Thüringen rät Telecolumbus-Kunden, die Tarifanpassung nicht hinzunehmen. Sie sollten den Anbieter auf die Unwirksamkeit der Änderung hinweisen und weiterhin nur den alten Preis zahlen. Bei bestehender Einzugsermächtigung sollten sie diese widerrufen oder dem Anbieter ausdrücklich mitteilen, dass sie nur in Höhe des alten Preises erteilt wird.

Verbraucher können sich an alle Beratungsstellen wenden und auch Hilfe zum Schriftverkehr einholen. *vzth/nd*

Verbrauchertelefon unter 0900 17 75 770 (1 Euro/min im deutschen Festnetz, Mobilfunk abweichend) von Montag bis Freitag von 9 bis 18 Uhr.

Nur noch bis 27. Juni 2015

Widerruf alter Verträge endet

Verbraucher, die Geschäfte an der Haustür oder Verträge im Fernabsatz abgeschlossen haben, hatten bislang bei fehlender oder falscher Widerrufsbelehrung ein zeitlich unbegrenztes Widerrufsrecht. Mit der Umsetzung der EU-Verbraucherrechterichtlinie in deutsches Recht zum 13. Juni 2014 ist ein Widerruf jetzt nicht mehr unbefristet möglich. Darauf weist die Verbraucherzentrale Sachsen-Anhalt hin (vzsa).

Nach neuem Recht beginnt die Widerrufsfrist grundsätzlich nicht vor ordnungsgemäßer Belehrung zu laufen, aber das Widerrufsrecht erlischt nun spätestens zwölf Monate und 14 Tage nach Erhalt der Ware bzw. bei Dienstleistungen nach Vertragsschluss. Dies hat auch Auswirkungen auf »Altverträge«: Die grundsätzliche Regel, dass für Altverträge altes Recht angewendet wird, findet nun in Sachen Widerrufsfrist bei fehlender, nicht ordnungsgemäßer oder falscher Belehrung zum 27. Juni 2015 ein Ende. Auch für alle vor dem 13. Juni 2014 geschlossenen Verträge erlischt das Widerrufsrecht nunmehr am 27. Juni 2015. Wer in der Vergangenheit einen Vertrag bei einem Vertreterbesuch, auf einer Kaffeefahrt, am Telefon oder im Onlineshop geschlossen hat, hat also nur noch begrenzt Zeit zum Widerruf. *vzsa/nd*

Verbraucherzentrale Sachsen-Anhalt: Servicetel. (0900) 177 57 70 für 1 Euro/min im deutschen Festnetz, Mobilfunkpreise abweichend.

Sturz eines Fahrgastes

Linienbusbetreiber haftet

Ein Fahrgaststurz in einem öffentlichen Verkehrsmittel ist keine Seltenheit, doch die rechtlichen Konsequenzen sind vielfach strittig. Foto: imago/Christian Thiel

Kann ein Verkehrsunternehmen nach dem Sturz eines Fahrgastes später im Gerichtsverfahren den Busfahrer nicht mehr ermitteln, so ist die Unfallversion des Gestürzten nicht allein deswegen strittig.

So urteilte das **Oberlandesgericht Frankfurt am Main (Az. 22 U 113/33)** und gab der verletzten Klägerin Recht.

Wie die telefonische Rechtsberatung der Deutschen Anwaltshotline (D-AH) berichtet, war eine Frau nach dem Einsteigen in einen Linienbus gestürzt, als dieser ruckartig losfuhr, bevor sie Platz nehmen konnte. Dabei brach sie sich einen Lendenwirbel und ist seitdem erheblich beeinträchtigt. Die Frau klagte daraufhin auf Schmerzensgeld und Schadenersatz.

Doch dies zunächst ohne Erfolg. Der Betreiber der Linie gab an, keine Dokumentation zu besitzen, um den Fahrer des Busses zum Unfallzeitpunkt ermitteln zu können. Auch die genannte Fahrtzeit, Ort und Strecke konnte das Verkehrsunternehmen nicht mehr bestätigen. Da somit keine Fahrfehler des Busfahrers nachgewiesen werden konnten, wies das Landgericht die Klage ab.

Doch das Oberlandesgericht Frankfurt am Main kassierte das Urteil der Vorinstanz und gab der Frau Recht. Sie habe überzeugend darlegen können, sich richtig verhalten zu haben und auch alle nötigen Hinweise geliefert, um den Busfahrer ermitteln zu können.

»Daher kann es nicht zulasten der Geschädigten gehen, wenn der Betreiber der Buslinie hier versäumt hat, die Fahrten korrekt zu dokumentieren«, erläutert Rechtsanwalt Frank Böckhaus von der Deutschen Anwaltshotline. Es reiche jedenfalls nicht aus, die Version der Klägerin einfach zu bestreiten. *D-AH/nd*

Kinderpass bei Auslandsreisen

Eltern, die mit ihren Kleinkindern ins Ausland reisen wollten, konnten in früheren Zeiten deren Namen und Daten in ihrem Pass eingetragen lassen. Das genügte in den meisten Ländern. Seit drei Jahren gibt es das nicht mehr. Heute braucht jedes Kind unabhängig vom Alter ein eigenes Reisedokument, Personalausweis oder Pass, wenn es mit oder ohne Eltern ins Ausland reist.

Nach Auskunft des Automobilclubs Kraftfahrer-Schutz (KS) können Eltern dabei zwischen verschiedenen Dokumenten für Kinder wählen: Kinderreisepass, normaler Reisepass, E-Reisepass oder Personalausweis, der bei Reisezielen innerhalb Europas ausreicht.

Was sinnvoll ist, hängt nicht zuletzt auch vom Reiseland ab. Die zuständige Passbehörde gibt Auskunft. Für die meisten Babys, Kleinkinder und Kinder rät der KS allein aus Kostengründen zum Kinderreisepass, der mit 13 Euro billiger als ein Reisepass (37,50 Euro) ist.

Übrigens darf nur derjenige, der als Sorgeberechtigter den Aufenthalt des Kindes zu bestimmen hat, den entsprechenden Antrag stellen. Diese Person muss persönlich mit dem Kind (auch Babys) zur Passbehörde kommen. Sind beide Elternteile antragsberechtigt, kann einer allein kommen, sofern er eine Zustimmungserklärung des anderen Elternteils vorlegt.

Für den Antrag muss man die folgenden Unterlagen mitbringen:

- ein aktuelles Biometrietaugliches Passfoto des Kindes;
- Personalausweise oder Reisepässe aller sorgeberechtigten Personen:
- gegebenenfalls die Zustimmungserklärung des abwesenden Elternteils;
- alte Ausweisdokumente des Kindes (falls vorhanden) oder Geburtsurkunde des Kindes im Original.

Kinder, die das zehnte Lebensjahr vollendet haben, müssen ihren Kinderreisepass selbst unterschreiben. Ein Kinderreisepass hat sechs Jahre Gültigkeit, längstens allerdings bis zum zwölften Lebensjahr. *KS/nd*